

Wirtschaft und Gesellschaft

FRAUEN - FAMILIE

ARBEITNEHMERSCHUTZ

Inhalt

Editorial

Sind sie vorbei, die Zeiten des
sinnlosen wirtschaftspolitischen
Aktivismus keynesianischer
Prägung?

Markus Marterbauer

Der Verlust des Wachstums-
vorsprungs

Kai Biehl

Personenbezogene Analyse der
Beschäftigung

Agnes Streissler

Sozial- und Gesundheitsausgaben
des Bundes 2001-05

Jürgen Noll

Reform des Gewährleistungsrechts

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

27. Jahrgang (2001), Heft 4

Inhalt

Sind sie vorbei, die Zeiten des sinnlosen wirtschaftspolitischen Aktivismus
keynesianischer Prägung? 435

Markus Marterbauer
Der Verlust des Wachstumsvorsprungs. Österreichs makroökonomische
Entwicklung 1970 bis 2000 443

Kai Biehl
Erste Ergebnisse einer personenbezogenen Analyse der Beschäftigung
Österreichs 467

Agnes Streissler
Die Sozial- und Gesundheitsausgaben des Bundes 2001-2005 509

Kommentar

Jürgen Noll
Juristisch-ökonomische Anmerkungen zur Reform des Gewährleistungs-
rechts 531

Bücher

Norbert Reuter, Ökonomik der ‚langen Frist‘: Zur Evolution der Wachstums-
grundlagen in Industriegesellschaften (Helge Peukert) 539

Robert Constanza, John Cumberland, Herman Daly, Robert Goodland,
Richard Norgaard, Einführung in die Ökologische Ökonomik
(Michaela Haase) 546

Wolfgang Lecher, Hans-Wolfgang Platzer, Stefan Rüb, Klaus-Peter Weiner,
Verhandelte Europäisierung. Die Einrichtung Europäischer Betriebsräte
(Christian Bellak) 555

Viktor Vanberg (Hrsg.), Friedrich A. von Hayek, Wirtschaft, Wissenschaft
und Politik. Aufsätze zur Wirtschaftspolitik (Günther Chaloupek) 558

Anton Pelinka, Fritz Plasser, Wolfgang Meixner (Hrsg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie (Klaus Dieter Mulley)	562
Agnus Maddison, The World Economy. A Millenial Perspective (Felix Butschek)	564
Andreas Novy, Brasilien: Die Unordnung der Peripherie (Michael Mesch)	567
Jahresregister	573
Materialien zu ‚Wirtschaft und Gesellschaft‘	578

Unsere AutorInnen:

Kai Biehl ist Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Markus Marterbauer ist Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien.

Jürgen Noll ist Universitätsassistent am Institut für Betriebswirtschaftslehre der Universität Wien.

Josef Schmee ist Mitarbeiter der Abteilung Kommunalpolitik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Agnes Streissler ist Mitarbeiterin der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Editorial

Sind sie vorbei, die Zeiten des sinnlosen wirtschaftspolitischen Aktivismus keynesianischer Prägung?

I.

Die Wirtschaften Europas, der USA und Japans wurden von den Terroranschlägen in einer Phase ausgeprägter konjunktureller Schwäche getroffen. Die Abkühlung der Konjunktur hatte Mitte letzten Jahres begonnen, verstärkte sich im ersten Halbjahr 2001 und griff auf immer mehr Länder über. Erstmals seit den siebziger Jahren droht Amerika, Japan und Europa zugleich eine Rezession. Der sich abzeichnende synchrone Abschwung im OECD-Raum ist vermutlich ein Ergebnis der Zunahme der weltwirtschaftlichen Verflechtung. Die Stärke der weltwirtschaftlichen Abkühlung spiegelt sich darin, daß der Welthandel im ersten Halbjahr 2001 bereits geschrumpft ist. Nur in wenigen Regionen – wie China, Mittel- und Osteuropa – war die Wirtschaftsaktivität in diesem Zeitraum noch deutlich nach oben gerichtet.

Die Terroranschläge vom 11. September belasten die Entwicklung der Weltwirtschaft weiter. Dabei ist für die weltweite Wirtschaftsentwicklung von besonderer Bedeutung, wie rasch es der Regierung in den USA gelingen wird, das Vertrauen der Konsumenten und Investoren wieder herzustellen.

Kennzeichen dieser Entwicklung sind Revisionen der Prognosen der Wirtschaftsforscher – den sinkenden Wachstumszahlen des BIP stehen steigende Arbeitslosenzahlen gegenüber –, Firmenzusammenbrüche, ein gedämpftes Konsum- und Investitionsklima und drohende Finanzkrisen in den Schwellenländern (Argentinien).

II.

Nachdem in den beiden letzten Jahrzehnten neoliberalen Auffassungen entsprechend der Rückzug des Staates gepredigt und vorangetrieben wurde, setzt nun in der wirtschaftspolitischen Debatte wieder eine neue Sehnsucht nach dem Staat ein – eine Rückbesinnung auf Keynes und sein Konzept von der Konjunktursteuerung durch eine antizyklische Budgetpolitik. Höchst unterschiedlich sind demgegenüber die Reaktionen der jeweiligen Re-

gierungen. Sie reichen von (anfänglicher) Realitätsverweigerung über das Festhalten an starren Regeln bis hin zu einer antizyklischen Ausrichtung der Geld- und Budgetpolitik.

Obwohl auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Lissabon im März 2000 das Erreichen der Vollbeschäftigung bis zum Jahre 2010 zum europäischen Schlüsselziel erklärt wurde, bleiben die makroökonomischen Blockaden für eine europäische Beschäftigungspolitik trotz des Konjunkturabschwunges weiterhin aufrecht. Sie betreffen einerseits die Geld- und andererseits die Budgetpolitik. In Übereinstimmung mit dem Vertrag von Maastricht ist die Geldpolitik primär der – sehr restriktiv definierten – Preisstabilität verpflichtet, so daß die Europäische Zentralbank zwangsläufig der Inflationsbekämpfung den Vorrang gegenüber der Wachstumsstimulierung einzuräumen hat. Die europäische Geldpolitik folgt einer Ideologie, welche die Wirtschaftspolitik darauf reduziert, die Märkte zu öffnen und die Preise stabil zu halten und die dabei steigende Arbeitslosigkeit in Kauf nimmt. Das Beispiel der US-amerikanischen Notenbank zeigt, daß dies keineswegs sachnotwendig ist. Ihre Verantwortung umfaßt neben einem stabilen Preisniveau auch die Beschäftigung und ein maßvolles Zinsniveau. Die US-Notenbank hat in bisher zehn Schritten sehr entschlossen auf den konjunkturellen Einbruch reagiert. Demgegenüber verfolgte die Europäische Zentralbank sehr lange eine restriktive, wachstumsdämpfende Geldpolitik. Die Zinssenkungen erfolgten zeitlich viel später, und auch das Ausmaß der Zinssenkungen war deutlich geringer.

In bezug auf die Budgetpolitik liegt die Souveränität zwar bei den einzelnen Mitgliedstaaten der EU, doch der Stabilitäts- und Wachstumspakt – und hier insbesondere die immer restriktivere Handhabung durch den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister – behindert einen expansiven Einsatz. Die Verpflichtung auf das vorrangige Ziel, im Regelfall bereits im Jahre 2001 einen ausgeglichenen Haushalt bzw. einen Haushaltsüberschuß zu erreichen, nimmt den Mitgliedstaaten weitgehend die Möglichkeit, durch öffentliche Konjunkturprogramme dem Konjunkturabschwung und damit der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Trotz des Konjunktureenbruchs fordert die EU bis heute die Mitgliedstaaten auf, die Bemühungen zur Verringerung der öffentlichen Neuverschuldung und defizitfinanzierte Nachfragestimulierungen über öffentliche Haushalte zu vermeiden. Dieses Beharren bedeutet, daß konjunkturbedingt niedrigere Steuereinnahmen (höhere Ausgaben) durch Ausgabenkürzungen bzw. Einnahmenerhöhungen ausgeglichen werden müssen. Eine derartige Politik wirkt prozyklisch, verstärkt also den Abschwung. Das hat Kritiker auf den Plan gerufen, die ein striktes Festhalten am Stabilitäts- und Wachstumspakt als wenig sinnvoll erachten. So haben eini-

ge Staaten vorgeschlagen, daß der Stabilitäts- und Wachstumspakt revidiert und nur auf zyklisch bereinigte Defizite angewendet werden sollte, um konjunkturelle Effekte automatisch berücksichtigen zu können. Demnach wären ausgeglichene öffentliche Haushalte nur als überzyklische Richtlinie zu verstehen. Zusätzlich fordern einige Mitgliedstaaten, den Stabilitäts- und Wachstumspakt nur auf den investitionsbereinigten Haushalt anzuwenden, also die im Protokoll zu den Maastrichter Verträgen verankerte „Goldene Regel“ anzuwenden. Das würde bedeuten, daß die Ausgaben für öffentliche Investitionen nicht auf das Budgetdefizit angerechnet werden. Durch einen so definierten Pakt ließe sich die Flexibilität der nationalen Beschäftigungspolitik deutlich erhöhen. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland fordern mehr Spielraum für die Fiskalpolitik und treten für eine Redefinition des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein. Auch das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut fordert eine flexible Interpretation des europäischen Stabilitätspakts. Am radikalsten ist die Haltung des „Economist“:¹ „But since the stability pact serves no positive purpose, and risks doing such serious harms, it would be far better and cleaner simply to get rid of it altogether.“

Obwohl zu befürchten ist, daß der langfristige (überzyklische) Wachstumspfad in Mitleidenschaft gezogen wird, wenn an diesem Kurs festgehalten wird, hat sich bisher praktisch keine Regierung vom Ziel eines ausgeglichenen Haushalts öffentlich distanziert. Das ist weiter nicht verwunderlich, da bereits Andeutungen von Distanzierungen von den in den Stabilitätsprogrammen festgelegten Budgetzielen vom Ecofin-Rat und der Europäischen Zentralbank nach wie vor heftig kritisiert werden. Die europäische Wirtschaftspolitik ist also nicht bereit, den Konjunkturabschwung zur Kenntnis zu nehmen und den beschäftigungspolitischen Handlungserfordernissen gerecht zu werden. Es bleibt aber abzuwarten, ob sich die großen Länder an die Beschlüsse des Ecofin-Rates halten werden, oder ob sie angesichts weiter steigender Arbeitslosenzahlen und bevorstehender Wahlen nicht wenigstens die automatischen Stabilisatoren – gleichsam als gebotene Mindestreaktion auf eine Konjunkturabschwächung – wirken lassen werden.

Die Budgetpolitik in den USA steht in krassem Gegensatz zur europäischen. Die USA hat auf einen expansiven budgetpolitischen Kurs umgeschaltet. Am 1. Juli erhielt jeder Steuerpflichtige einen Steuerscheck von 300 Dollar zur Stärkung der Kaufkraft. Bereits wenige Tage nach den Terroranschlägen verkündete Präsident Bush ein 100 Mrd. Dollar-Paket zur Stützung der Konjunktur (steuerliche Investitionsanreize, Ausweitungen öffentlicher Investitionen etc.). Einer expansiven, wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik in den USA steht somit eine restriktive, wachstums-

bremsende Wirtschaftspolitik in Europa gegenüber. Es ist daher zu befürchten, daß die Wachstums- und Entwicklungschancen der europäischen Wirtschaft gegenüber jenen der USA erneut ins Hintertreffen geraten. Das spräche dafür, die asymmetrischen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Europa – Fixierung der Geldpolitik auf das Ziel Preisstabilität durch eine unabhängige Zentralbank und die zunehmende Disziplinierung der regelgebundenen Budgetpolitik – einer kritischen Evaluierung und gegebenenfalls einer Neupositionierung zu unterziehen.

III.

In Österreich erhob die ÖVP-FPÖ Regierung die Erreichung eines „Nulldefizits“ bis zum Jahre 2002 und ein Konstanthalten in den Jahren 2003 und 2004² zu einem wirtschaftspolitischen Dogma, an dessen objektiver Hinterfragung sie keinerlei Interesse hatte und hat. Auf die Frage, ob eine Budgetpolitik im Sinne eines permanenten „Nulldefizits“ ökonomisch sinnvoll ist, kann die moderne Finanztheorie keine eindeutigen Antworten liefern. Es kann aber doch gesagt werden, daß ein striktes „Nulldefizit“ weder von der neoklassischen Theorie noch von der postkeynesianischen Theorie als optimale langfristige Haushaltsregel empfohlen wird. Beide Theorien lassen einen Interventionsspielraum zum Zwecke der Stabilisierung zu. Die neoklassische Theorie argumentiert mit der intergenerationalen Lastenverteilung und die postkeynesianische Theorie mit Nachhaltigkeitsüberlegungen. Es macht daher ökonomisch auch wenig Sinn, das „Nulldefizit“ zu einem Ziel an sich zu erklären. Da mit einer solchen Budgetpolitik auch Kosten verbunden sind, die von der Gesellschaft getragen müssen, ist eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit dieses Ziels gerade in der jetzigen Phase der Konjunkturabschwächung sinnvoll, weil eben die Gefahr besteht, daß die Sparideologie prozyklisch wirken kann.

IV.

Schneller als erwartet zeigt sich, wie schädlich die beschleunigte Festlegung des Budgetziels war. Denn Staatsausgaben sowie Staatseinnahmen und Bruttoinlandsprodukt sind keine voneinander unabhängigen Größen. Reduziert der Staat in Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs seine Ausgaben oder erhöht er seine Einnahmen, so verschlechtert er die wirtschaftliche Entwicklung, so daß das Bruttoinlandsprodukt schwächer steigt, im ungünstigen Fall sogar zurückgeht. Die Verschärfung der Abschwächungstendenzen durch eine fehlgeleitete Budget- und Wirtschaftspolitik läßt sich am österreichischen Beispiel gut de-

monstrieren. Der Rückgang der Konjunktur ist zwar primär eine Folge der internationalen Entwicklung, die Wirtschafts-, insbesondere die Budgetpolitik beeinflusst die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in den Jahren 2001 bis 2003 aber beträchtlich. Unter dem selbst auferlegten Diktat „Nulldefizit bis 2002“ und im Vertrauen auf die gute Konjunktur wurden die Steuern und Gebühren massiv erhöht bzw. Ausgaben gekürzt. Daraus resultierte eine deutliche Schwächung der Masseneinkommen und eine Senkung der Kaufkraft durch eine beschleunigte Inflation. Die Folge ist eine empfindliche Dämpfung des privaten Konsums zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt. Die Folgen der internationalen Konjunkturabschwächung kumulieren sich nun mit den hausgemachten Negativfaktoren. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat die negativen Wachstumswirkungen der Budgetpolitik mit je ¼% in den Jahren 2001 und 2002 beziffert. Jüngste Entwicklungen zeigen, daß die hausgemachte Komponente der Abschwächung größer sein dürfte.

Die konjunkturelle Entwicklung beeinflusst die öffentlichen Budgetsalden zusätzlich über die sogenannten automatischen Stabilisatoren. Diese schlagen sich sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig nieder. Ausgabenerhöhungen sind vor allem bei der Arbeitslosenversicherung und beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung zu erwarten. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge reagieren ebenfalls auf eine Konjunkturabschwächung, das gilt insbesondere für die Umsatzsteuer und die gewinnabhängigen Steuern, aber auch für die Lohnsteuer.

Jüngste internationale Schätzungen (OECD, Europäische Kommission) über den Einfluß der Konjunktur auf den Budgetsaldo zeigen, daß bei einer Ausweitung der Lücke zwischen dem potenziellen und dem tatsächlichen Output um 1% die konjunkturbedingte Verschlechterung des Haushaltssaldos im Durchschnitt der EU-Staaten bei etwa 0,5% des BIP liegt. Für Österreich liegt der entsprechende Wert bei 0,3%. Von der Größenordnung stimmt das mit jenen Werten überein, die das Wirtschaftsforschungsinstitut seiner Herbstprognose zugrunde legte und für die es vom Finanzministerium gescholten wurde, weil ein negativer Finanzierungssaldo so gar nicht in das Marketingkonzept des Finanzministers paßt.

Spät, aber doch hat sich der Finanzminister dazu bekannt, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Trotz der oben dargestellten Auswirkungen auf die Budgetsalden rückte er nicht davon ab, daß die Realisierung des „Nulldefizits“ im Jahre 2002 weiterhin möglich und wünschenswert sei. Das, obwohl das Finanzministerium in seinen eigenen Schätzungen im Stabilitätsprogramm vom Dezember 2000 im unteren Wachstums-Szenario bereits bei einer geringeren als der tatsächlichen Wachstums-

abschwächung (von 2,8% auf 2,1% – Septemberprognose des WIFO 1,9%) im Jahre 2002 einen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo von minus 0,3% erwartet.

Als Begründung wurde angegeben, das Budget 2002 enthalte budgetäre „Polster“ in einer Größenordnung von rund 8 Mrd. S (581,38 Mio. €). In einer Novelle zum Bundesfinanzgesetz 2002 konkretisierte der Finanzminister jene Reserven, mit denen er das Wirken der automatischen Stabilisatoren kompensieren möchte: durch Rücklagenauflösungen (1,6 Mrd. S bzw. 116,28 Mio. €), durch höhere Gewinnabfuhr der OeNB (3,4 Mrd. S bzw. 247,09 Mio. €) und durch niedrigere Zinsausgaben als Folge der gesunkenen Zinsen (2,6 Mrd. S bzw. 188,95 Mio. €). Nur wenig bekannt ist, daß sich weitere Reserven in den Budgetvoranschlägen 2001 und 2002 verbergen, die sich vor allem aus einer Überbudgetierung der Zinsausgaben (je 5-6 Mrd. S bzw. 363,36-436,04 Mio. €) und aus einer Bindung der Ermessensausgaben (je 3 Mrd. S bzw. 218,02 Mio. €) ergeben. Anzumerken ist, daß die Budgeterstellung für beide Jahre gemeinsam und jedenfalls zu einem Zeitpunkt erfolgte, als von Konjunkturabschwächung noch keine Rede war. Daraus resultiert, daß der Finanzminister Erklärungsbedarf hat, wurden doch mit der Begründung Budgetkonsolidierung offensichtlich Sparmaßnahmen in einem Ausmaß beschlossen, die bei korrekter Abbildung der Budgetsituation gar nicht notwendig gewesen wären. Es ist zu vermuten, daß unter dem Deckmantel der Budgetkonsolidierung bei gleichzeitigem Hinweis auf die Schuldenpolitik aus der sozialdemokratischen Ära die Weichen für eine Umverteilung konservativen Zuschnitts gestellt werden.

V.

Trotz dieser Reserven herrschte aufgrund der Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung – Stichwort Rezession –, aufgrund des Zweifels an der Wirksamkeit getroffener Maßnahmen (z.B. Verwaltungsreform) und aufgrund der wahrscheinlichen Nichtanerkennung bestimmter Maßnahmen durch EURO-STAT (Verkauf von Liegenschaften an die Bundesimmobilien-gesellschaft, „Budgettricks“ der Länder) weiterhin Skepsis im Hinblick auf die Erreichbarkeit des „Nulldefizits“ im Jahre 2002. Zweifellos überraschend kam daher Anfang November die Meldung, das „Nulldefizit“ werde bereits im Jahr 2001 erreicht. Ursache für das vorzeitige Erreichen waren Steuerzahlungen der Unternehmen, die ihre Vorauszahlungen kräftig erhöhten (ca. 13 Mrd. S bzw. 944,75 Mio. €), um einer Verzinsung der Steuerschuld zu entgehen. Nur am Rande soll hier angemerkt werden, daß die hohen Einnahmen aus Gewinnsteuern des Jahres 2001 sich nicht mit der ökonomischen Entwicklung erklären lassen und die Nach-

haltigkeit des erreichten Budgetziels – das sich aufgrund der gegebenen Unsicherheiten im übrigen erst realisieren muß – keineswegs gewährleistet ist. Vor letzterem warnen auch die Wirtschaftsforscher.

VI.

Über das Wirken der automatischen Stabilisatoren hinaus beschloß die Regierung nach Einbrüchen in der Bau- und der Exportwirtschaft Anfang September ein Strukturprogramm zur Stabilisierung und Stärkung des österreichischen Arbeitsmarktes. Schon ein flüchtiger Blick auf dieses Programm genügt, um festzustellen, daß es die Regierung mit der Stabilisierung nicht ernst meint, weil die darin angekündigten Maßnahmen bereits budgetiert sind und daher keine zusätzlichen Nachfrageimpulse auslösen. Es handelt sich um ein „Pseudo“-Konjunkturbelebungsprogramm, das der Schönfärberei dienen soll. Indirekt gibt die Regierung das auch zu, denn sie schreibt im Vorspann zu diesem Strukturprogramm: „Vorbei sind die Zeiten des sinnlosen, wirtschaftspolitischen Aktivismus keynesianischer Prägung...“ Das also ist die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung, die sich nach eigenen Angaben durch eine neue Qualität auszeichnet.

Die anhaltende Konjunkturabschwächung veranlaßte die Regierung, am Konjunkturgipfel vom 5. Dezember 2001 weitere Maßnahmen anzukündigen. Damit wurde die bisher ablehnende Haltung gegenüber einem Konjunkturstützungsprogramm aufgegeben. Inhaltlich beschränken sich diese Maßnahmen jedoch auf ein absolutes Minimum.

VII.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wachstumsschwäche und der Kosten für die Beibehaltung eines restriktiven Budgetkurses (hausgemachte Nachfragedämpfung, steigende Arbeitslosigkeit) wäre es dringend geboten, das Ziel des raschen Ausgleichs der öffentlichen Haushalte zugunsten weiterer sinnvoller Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung und zur Entlastung des Arbeitsmarktes zurückzustellen. Dazu gehören: Vorziehen von Investitionen im Bereich der Infrastruktur und der kommunalen Daseinsvorsorge, Realisierung von bereits geplanten Infrastrukturprojekten im Schienenbereich, Intensivierung von Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Damit soll nicht der Eindruck erweckt werden, Österreich könne durch eine keynesianische Konjunktursteuerungspolitik eine mögliche Rezession verhindern. Das kann, wenn überhaupt, nur durch das

Zusammenspiel der US-amerikanischen mit der europäischen Geld- und Budgetpolitik geschehen. Dazu aber bedarf es – wie wir gesehen haben – in Europa einer Abkehr von der derzeit starren Regelbindung der Budgetpolitik und ihrer restriktiven Auslegung sowie einer Änderung der asymmetrischen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Zusätzlich ist auf europäischer Ebene eine bessere Abstimmung der drei Standbeine der makroökonomischen Politik – d.h. der Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik – erforderlich. Bleibt die europäische – und mit ihr auch die österreichische – Wirtschaftspolitik bei ihrer restriktiven, wachstumsbremsenden Ausrichtung, verstärkt dies die Gefahr, daß die Konjunkturabschwächung weltweit in eine Rezession umschlägt.

Anmerkung

¹The Economist (25. August 2001).

²Nach dem Stabilitätsprogramm vom 27. November 2001 werden in den Jahren 2003 und 2004 sogar Überschüsse angestrebt (2003: 0,2% des BIP, 2004: 0,5% des BIP).

Der Verlust des Wachstumsvorsprungs. Österreichs makroökonomische Entwicklung von 1970 bis 2000

Markus Marterbauer¹

1. Günstige makroökonomische Daten

Österreich weist im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte generell günstige makroökonomische Daten auf, jedenfalls in Relation zu den Volkswirtschaften in der OECD, der EU oder gegenüber den beiden wichtigsten Handelspartnern Deutschland und Italien. In internationalen Vergleichen wird als Beleg für die günstige Makroentwicklung vor allem die relativ erfreuliche Lage auf dem Arbeitsmarkt hervorgehoben. Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2000 mit 3,7% der Erwerbspersonen deutlich unter dem Durchschnitt der EU (8,2%). Die Beschäftigungsquote erreichte fast 70% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (62%).

Der Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung ist relativ hoch: Im Jahr 1999 betrug das BIP pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten 24.646 \$. Das ist nur geringfügig weniger als in Belgien und den Niederlanden, die den viert- bzw. fünft höchsten Wert in der EU aufweisen. Im Durchschnitt betrug der Vergleichswert in der EU 22.433 \$. Vergleicht man die Erreichung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele des „magischen Vielecks“ im Durchschnitt der letzten drei Dekaden, so weist auch hier Österreich recht günstige Werte auf (Tabelle 1): Das Wirtschaftswachstum liegt im langfristigen Vergleich über dem EU-Durchschnitt, die Beschäftigung expandiert gleich rasch wie in der EU, während Arbeitslosenquote, Inflationsrate und Finanzierungssaldo des Staates deutlich darunter liegen. Einzig das Defizit in der Leistungsbilanz deutet auf wirtschaftliche Probleme hin.

Die günstigen Werte makroökonomischer Variablen im langfristigen Durchschnitt verschleiern allerdings eine wesentliche Entwicklung in diesem Zeitraum: Österreich hat seinen Vorsprung gegenüber anderen hochentwickelten Ländern über die Jahrzehnte verloren. Von Beginn der siebziger Jahre bis zu den frühen achtziger Jahren war Österreichs wirtschaftliche Entwicklung hervorragend. Seit Beginn der achtziger Jahre

Tabelle 1: Makroökonomische Indikatoren

Ø 1970/2000

	BIP, real	Verbraucher- preise	Beschäfti- gung	Arbeitslosen- rate	Finanzie- rungssaldo	Leistungs- bilanz
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			in %	In % des BIP, p.a.	
Österreich	+2,7	+4,0	+0,4	3,3	-2,4	-1,1
Deutschland	+2,2	+3,4	+0,3	5,7	-2,2	+0,9
EU 15	+2,4	+6,7	+0,4	7,4	-3,3	+0,1

Quelle: OECD, Europäische Kommission.

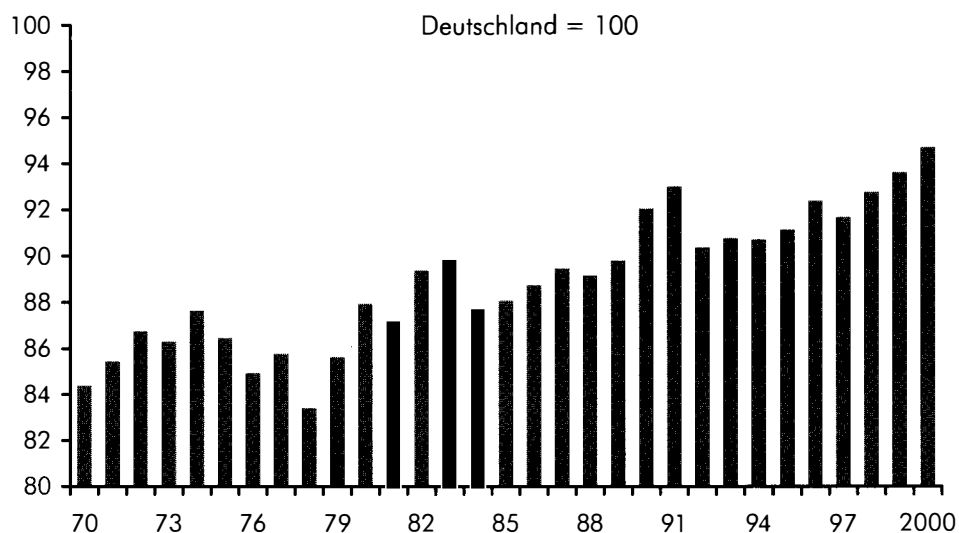
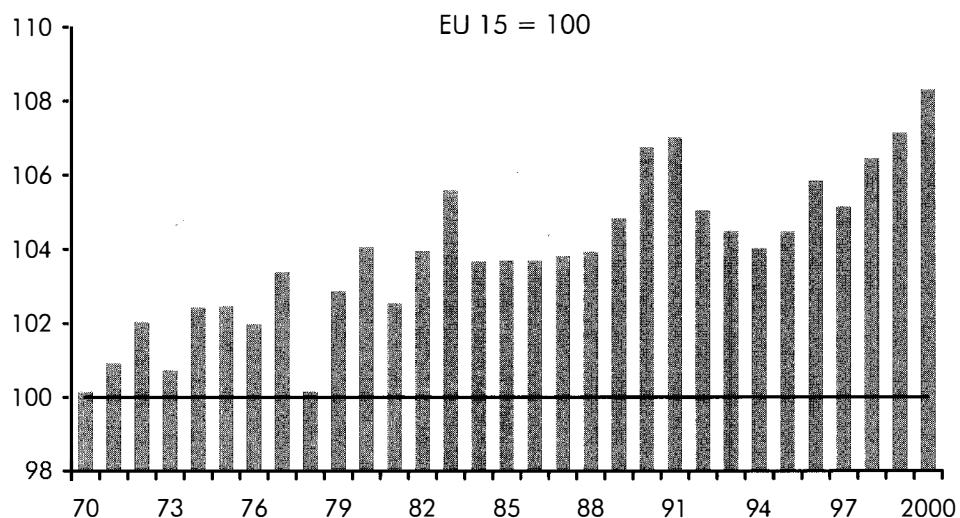
Arbeitslosenrate = in % der Erwerbspersonen

lag die *Performance* allerdings nur mehr im EU-Durchschnitt, mit Ausnahme der frühen neunziger Jahre, als aufgrund spezifischer Umstände neuerlich ein temporärer Wachstumsvorsprung erreicht werden konnte.

Unterscheidet man nach Dekaden, so lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den siebziger Jahren in Österreich bei 3,6% pro Jahr, während es in der EU nur 3,0% betrug (Tabelle 2). Österreich erreichte damit das fünfthöchste Wachstum im Vergleich der 15 EU-Länder. Höhere Wachstumsraten konnten nur in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland verzeichnet werden, wo allerdings das Niveau des BIP deutlich niedriger lag.² In den achtziger Jahren wuchs die Wirtschaft in Österreich mit 2,3% pro Jahr etwa gleich schnell wie in der EU (+2,4%). Im Wachstumsvergleich fiel Österreich an die achte Stelle innerhalb der EU zurück. Die Wachstumsrate betrug in den neunziger Jahren 2,3% pro Jahr, 0,3 Prozentpunkte mehr als im EU-Durchschnitt und um 0,6 bzw. 0,7 Prozentpunkte mehr als in Deutschland und Italien. Damit erreichte Österreich Platz sieben in der EU.

Wird die Entwicklung der Wirtschaftsleistung mittels der Arbeitsproduktivität (definiert als BIP pro Erwerbstätigen) analysiert, so wuchs sie in Österreich in allen drei Jahrzehnten rascher als im EU-Durchschnitt, der Wachstumsvorsprung nahm allerdings ab (Tabelle 3). Der Aufholprozeß gegenüber Deutschland setzte sich während der gesamten Analyseperiode fort (Abbildung 1).

Eine Analyse der „Wohlfahrt“ mittels des Indikators BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten (Tabelle 4) zeigt wieder, daß Österreich vor allem in den siebziger Jahren große relative Wohlstandsgewinne aufwies. Der Wachstumsvorsprung gegenüber der EU betrug fast 1 Prozentpunkt pro Jahr (+3,5% pro Jahr im Vergleich zu +2,6%). Österreich belegte in bezug auf das Wachstum die dritte Stelle innerhalb der EU-Staaten. Der Wohlstand stieg in den siebziger Jahren pro Person um 10% rascher als im Durchschnitt der EU-Länder (Abbildung 2). In den achtziger und neunziger Jahren schwächte sich das Wachstum jedoch markant ab, und es lag nur noch im Durchschnitt der EU- und OECD-Länder.

Abbildung 1: Österreichs relative Arbeitsproduktivität 1970-2000

Quelle: OECD.

Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt – zu Preisen und Kaufkraftparitäten (KKPs) von 1995

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

	Rang	Ø 70/80		Rang	Ø 80/90		Rang	Ø 90/2000
Irland	1	+4,7	Luxemburg	1	+4,4	Irland	1	+7,0
Portugal	2	+4,7	Irland	2	+3,6	Luxemburg	2	+5,8
Griechenland	3	+4,7	Portugal	3	+3,2	Niederlande	3	+2,9
Spanien	4	+3,6	Finnland	4	+3,1	Portugal	4	+2,7
Österreich	5	+3,6	Spanien	5	+2,9	Spanien	5	+2,6
Italien	6	+3,6	Großbritannien	6	+2,7	Dänemark	6	+2,3
Finnland	7	+3,5	Frankreich	7	+2,5	Österreich	7	+2,3
Belgien	8	+3,4	Österreich	8	+2,3	Griechenland	8	+2,3
Frankreich	9	+3,3	Italien	9	+2,2	Großbritannien	9	+2,2
Niederlande	10	+2,9	Deutschland	10	+2,2	Finnland	10	+2,2
Deutschland	11	+2,7	Niederlande	11	+2,2	Belgien	11	+2,1
Luxemburg	12	+2,7	Belgien	12	+2,0	Frankreich	12	+1,8
Schweden	13	+2,0	Schweden	13	+2,0	Deutschland	13	+1,7
Großbritannien	14	+1,9	Griechenland	14	+1,6	Schweden	14	+1,7
Dänemark	15	+1,9	Dänemark	15	+1,6	Italien	15	+1,6
EU15		+3,0	EU 15		+2,4	EU 15		+2,0
OECD		+3,5	OECD		+3,0	OECD		+2,3

Quelle: OECD, WIFO.

Tabelle 3: Arbeitsproduktivität

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

	Rang	Ø 70/80		Rang	Ø 80/90		Rang	Ø 90/2000
Griechenland	1	+4,0	Luxemburg	1	+4,1	Luxemburg	1	+4,5
Spanien	2	+3,9	Irland	2	+3,6	Irland	2	+3,1
Irland	3	+3,8	Finnland	3	+2,4	Finnland	3	+2,9
Belgien	4	+3,2	Spanien	4	+2,3	Schweden	4	+2,5
Portugal	5	+3,0	Frankreich	5	+2,2	Dänemark	5	+2,0
Österreich	6	+3,0	Österreich	6	+2,1	Großbritannien	6	+1,9
Italien	7	+2,9	Italien	7	+2,1	Österreich	7	+1,8
Frankreich	8	+2,8	Großbritannien	8	+2,0	Portugal	8	+1,7
Niederlande	9	+2,6	Belgien	9	+1,9	Griechenland	9	+1,7
Deutschland	10	+2,6	Portugal	10	+1,8	Belgien	10	+1,7
Finnland	11	+2,5	Deutschland	11	+1,6	Italien	11	+1,7
Großbritannien	12	+1,7	Schweden	12	+1,4	Spanien	12	+1,4
Dänemark	13	+1,5	Niederlande	13	+1,3	Deutschland	13	+1,4
Luxemburg	14	+1,4	Dänemark	14	+0,7	Frankreich	14	+1,3
Schweden	15	+1,0	Griechenland	15	+0,6	Niederlande	15	+0,8
EU 15		+2,6	EU 15		+1,8	EU 15		+1,6

Quelle: OECD, WIFO.

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – zu Preisen und Kaufkraftparitäten (KKPs) von 1995
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

	Rang	Ø 70/80		Rang	Ø 80/90		Rang	Ø 90/2000
Griechenland	1	+3,7	Luxemburg	1	+4,0	Irland	1	+6,3
Portugal	2	+3,6	Irland	2	+3,3	Luxemburg	2	+4,5
Österreich	3	+3,5	Portugal	3	+3,0	Portugal	3	+2,6
Irland	4	+3,3	Finnland	4	+2,7	Spanien	4	+2,5
Belgien	5	+3,1	Spanien	5	+2,5	Niederlande	5	+2,3
Italien	6	+3,1	Großbritannien	6	+2,5	Dänemark	6	+1,9
Finnland	7	+3,1	Italien	7	+2,2	Griechenland	7	+1,9
Frankreich	8	+2,7	Österreich	8	+2,1	Österreich	8	+1,8
Deutschland	9	+2,6	Deutschland	9	+2,0	Großbritannien	9	+1,8
Spanien	10	+2,6	Frankreich	10	+1,9	Belgien	10	+1,8
Niederlande	11	+2,1	Belgien	11	+1,9	Finnland	11	+1,8
Luxemburg	12	+1,9	Schweden	12	+1,7	Frankreich	12	+1,4
Großbritannien	13	+1,8	Niederlande	13	+1,6	Italien	13	+1,4
Schweden	14	+1,6	Dänemark	14	+1,5	Schweden	14	+1,4
Dänemark	15	+1,5	Griechenland	15	+1,1	Deutschland	15	+1,3
EU 15		+2,6	EU 15		+2,1	EU 15		+1,7
OECD		+2,4	OECD		+2,2	OECD		+1,5

Quelle: OECD, WIFO.

2. Erfolgreiche Wachstumsausrichtung der Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren

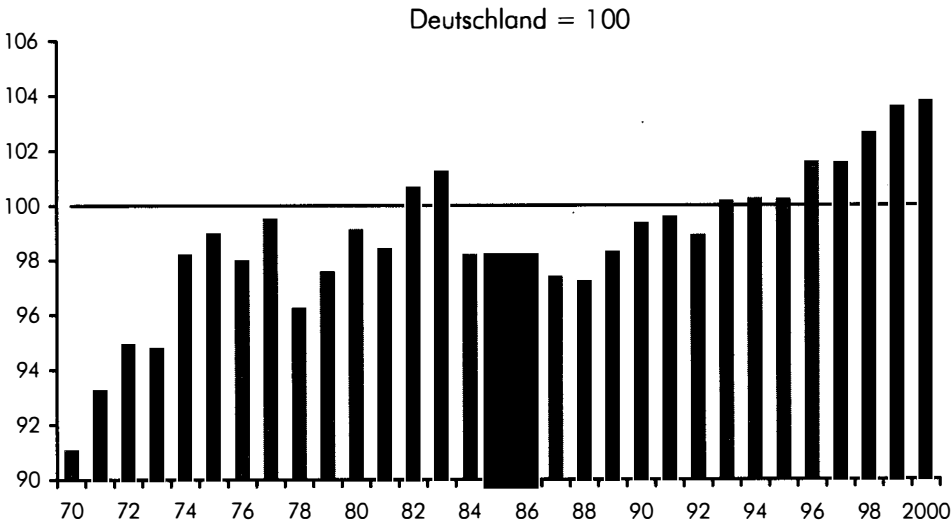
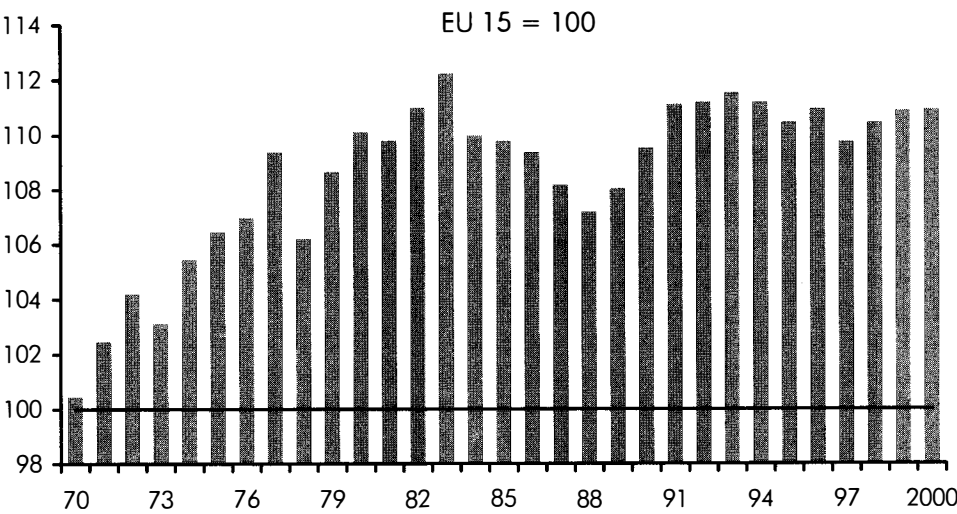
Die letzten drei Dekaden brachten für die Wirtschaftspolitik in Österreich und in der EU sehr unterschiedliche Herausforderungen, und erhebliche Differenzen ergaben sich auch in der Bewältigung dieser Herausforderungen.

Die siebziger Jahre waren in Österreich das Jahrzehnt der erfolgreichen Bewältigung der weltweiten Probleme im Zusammenhang mit „Stagflation“ und tiefer Rezession nach dem „ersten Ölpreisschock“. Die österreichische Wirtschaftspolitik reagierte in dieser Situation mit einer pragmatischen Haltung, die versuchte, vorhandene Spielräume auszuloten und die gegebenen Institutionen flexibel einzubeziehen („*muddling through*“). Im Rahmen dieser Konzeption kamen der antizyklischen Budgetpolitik, der Hartwährungspolitik und der makroökonomisch ausgerichteten Lohnpolitik der Sozialpartner besonders prominente Rollen zu. Diese Politik des „Austrokeynesianismus“³ war vor allem darauf ausgerichtet, die Erwartungen der Unternehmen und der Haushalte zu stabilisieren. Die Rezession 1975 fiel in Österreich schwächer aus als bei den wichtigsten Handelspartnern.

Die auf Stabilisierung ausgerichtete makroökonomische Wirtschaftspolitik stellt sich als wesentliche Determinante einer erfolgreichen kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung dar. Produktion und Nachfrage expandierten im gesamten Jahrzehnt ebenso wie die Beschäftigung merklich rascher als in der EU. Vollbeschäftigung konnte – im Unterschied zu den EU-Ländern – bis Anfang der achtziger Jahre erhalten werden. Trotz der aktiven, expansiven Fiskalpolitik – und entgegen der ex post-Rezeption selbst in der informierten Öffentlichkeit – war der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors deutlich günstiger als im EU-Durchschnitt. Das Defizit des Staates betrug im Durchschnitt der siebziger Jahre in Österreich 0,7% des BIP, in der EU aber 2,0%. Das kann vor allem als Nebenwirkung des Erfolgs in der Beschäftigungspolitik angesehen werden. Österreich „ersparte“ sich die hohen einnahmen- und ausgabenseitigen Belastungen durch Arbeitslosigkeit. Auch die Inflation blieb – vor allem in Folge der Einkommenspolitik der Sozialpartner – markant unter den europäischen Vergleichswerten. Unterschiede in der Nachfragedynamik zwischen Österreich und seinen Handelspartnern resultierten allerdings in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in einem erheblichen Leistungsbilanzdefizit.

Die achtziger Jahre waren das Jahrzehnt der Umstrukturierung. Die wirtschaftlichen Probleme in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie kulminierten Mitte des Jahrzehnts, was markante Verluste an Produktion und Beschäftigung nach sich zog. Auch die Notwendigkeit, nach der Rezession von Anfang der achtziger Jahre das Budget zu konsolidieren („Mallorca-Paket“), trug zu einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums bei. Dies führte zu einem Wachstumsrückstand gegenüber den anderen In-

Abbildung 2: Österreichs relatives Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (zu Preisen und Kaufkraftparitäten von 1995) 1970-2000



Quelle: OECD.

dustrieländern vor allem in der Periode zwischen 1984 und 1987. Folglich fiel das Beschäftigungswachstum zurück, und die Arbeitslosigkeit begann zu steigen, allerdings gedämpft durch umfangreiche Frühpensionierungsprogramme. Aufgrund des erheblichen Umstrukturierungsdrucks konnte Österreich die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Europa in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts erst mit Verspätung aufnehmen.

Die neunziger Jahre waren das Jahrzehnt der Integration – charakterisiert durch die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa auf der einen Seite und die schrittweise Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum, der Europäischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion auf der anderen Seite. Österreichs Wirtschaftswachstum bewegte sich in der ersten Hälfte des Jahrzehnts deutlich über dem Durchschnitt. Es übertraf jenes der EU um 0,6 und jenes der OECD-Länder um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr. Das kann auf drei Ursachen zurückgeführt werden: Erstens bedeutete der Boom, der zunächst von der deutschen Vereinigung 1990/91 ausging, eine wesentliche Sogwirkung für Export und Investitionen in Österreich. Zweitens hat der Zustrom ausländischen Arbeitskräfteangebots – der 1990/91 4% des Arbeitskräftepotentials betrug – dazu beigetragen, daß die österreichische Wirtschaft die starke Expansion der Auslandsnachfrage ohne Kapazitätsengpässe zu bewältigen imstande war. Zum dritten fiel die Rezession 1992/93 in Österreich viel milder aus als in der EU oder in Deutschland. Österreichs BIP wuchs im Jahr 1993 real um 0,4%, während es in der EU um 0,5% und in Deutschland um 1,1% zurückging. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre lag das Wirtschaftswachstum allerdings knapp unter dem EU- und deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.

In den neunziger Jahren war Österreichs wirtschaftliche Entwicklung insbesondere günstiger als jene der beiden Haupthandelspartner Deutschland und Italien. Der Wachstumsvorsprung betrug 0,6 bzw. 0,7 Prozentpunkte pro Jahr. Die stärksten Unterschiede ergaben sich bei den Nachfrageaggregaten öffentlicher Konsum, privater Konsum und Bauinvestitionen. Die Bestimmungsgründe hierfür umfassen die umfangreiche Budgetkonsolidierung in Italien und die starke Ausweitung der Steuerbelastung in Deutschland. Gleichzeitig wuchs die Baunachfrage in Österreich noch rascher als das BIP, während in Deutschland nach dem „Vereinigungsboom“ ein tiefer Einbruch in der Bauwirtschaft erfolgte. Dennoch überrascht das doch deutlich bessere Wachstum in Österreich. Eine Ursache dafür könnte auch gewesen sein, daß Österreich von den handelschaffenden Effekten der Öffnung Osteuropas stark profitierte, während in Deutschland primär die Kosten der Vereinigung zum Tragen kamen.

Trotz der im internationalen Vergleich nach wie vor günstigen Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, wird in Österreich selbst die Entwicklung in den neunziger Jahren kritischer gesehen als in internationalen Vergleichen:⁴ Das Beschäftigungswachstum blieb in diesem Jahrzehnt hinter jenem der EU zurück, insbesondere im privaten Sektor. Im Unterschied zu anderen kleinen Volkswirtschaften (insbesondere Dänemark und

die Niederlande) stieg die Arbeitslosigkeit besonders zwischen 1993 und 1998; dies obwohl Frühpensionierungen nach wie vor eine nennenswerte Rolle spielten. Die Erwerbsquoten der über 55jährigen gehören zu den niedrigsten in der OECD, und die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik sind unterentwickelt. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erfolgte eine stärkere Zielverfehlung auch bei zwei anderen makroökonomischen Indikatoren: Die Defizite der öffentlichen Haushalte lagen erstmals höher als im Durchschnitt der EU, und jene in der Leistungsbilanz überschritten 2% des BIP. Beide wirtschaftspolitische Problembereiche können teilweise mit Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Zusammenhang gebracht werden, die den Staatshaushalt mit etwa 1% und die Leistungsbilanz mit 0,5% des BIP pro Jahr belastet.

3. Der Beitrag der Nachfrageaggregate zum Wirtschaftswachstum

3.1 Starkes Exportwachstum – Marktanteilsgewinne in Deutschland und Impulse durch die Ostöffnung

Der Wert der Exporte von Waren und Dienstleistungen erreicht fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung (im Jahr 2000 49%). Die Entwicklung der Ausfuhren ist deshalb von vitaler Bedeutung für die makroökonomische Situation. Das Exportwachstum hat von der schrittweisen Integration Österreichs in die EU seit Beginn der siebziger Jahre eindeutig profitiert. Es lag während der letzten drei Jahrzehnte immer über jenem des Durchschnitts der EU-Länder (1970-2000: Österreich real 6%, EU 5,5%).⁵

Eine entscheidende Determinante für die Entwicklung des österreichischen Außenhandels bildet die Entwicklung der Nachfrage in Deutschland. Deutschland ist der mit Abstand größte Handelspartner und nimmt etwa ein Drittel des österreichischen Exports ab. Der Anteil Deutschlands an den österreichischen Ausfuhren ist in den siebziger und achtziger Jahren gestiegen, ging in den neunziger Jahren allerdings aufgrund der stark wachsenden Bedeutung der Handelspartner in Osteuropa zurück. In den siebziger Jahren haben die heimischen Exporteure von den positiven Nachfrageeffekten der Abwertung des Schillings gegenüber der DM um 10% im Jahr 1969 profitiert. Langfristig hat aber die Etablierung eines festen Wechselkurses zwischen den beiden Währungen, die Mitte der siebziger Jahre begann, über eine Stabilisierung der Erwartungen der Exporteure positiv zur regen Außenhandelsdynamik mit Deutschland beigetragen. Der Marktanteil der österreichischen Exporteure in Deutschland ist in den letzten drei Jahrzehnten stetig angestiegen. Während die deutschen Importe zwischen 1970 und 2000 um durchschnittlich 8¼% pro Jahr gestiegen sind, wuchs der Export nach Deutschland um 10%.

In den neunziger Jahren wurden die schwachen Importe Deutschlands und Italiens durch ein dynamisches Wachstum der Exporte in die Trans-

formationsländer kompensiert. Die handelsschaffenden Effekte der Ostöffnung haben die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Österreich maßgeblich beeinflusst. Der Anteil der mittel-osteuropäischen Länder Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen am gesamten Export verdoppelte sich von 5% im Jahr 1990 auf 10,5% 2000. Das Wachstum des Exports in diese Länder betrug durchschnittlich +15,7% pro Jahr, während die Ausfuhren insgesamt nur um 7,4% stiegen. Die Handelsbilanz gegenüber Osteuropa war zu Beginn der Dekade ausgeglichen und weist heute einen Überschuß von ½% des BIP auf.

3.2 Hohe Intensität der Investitionen, aber geringe Kapitalproduktivität

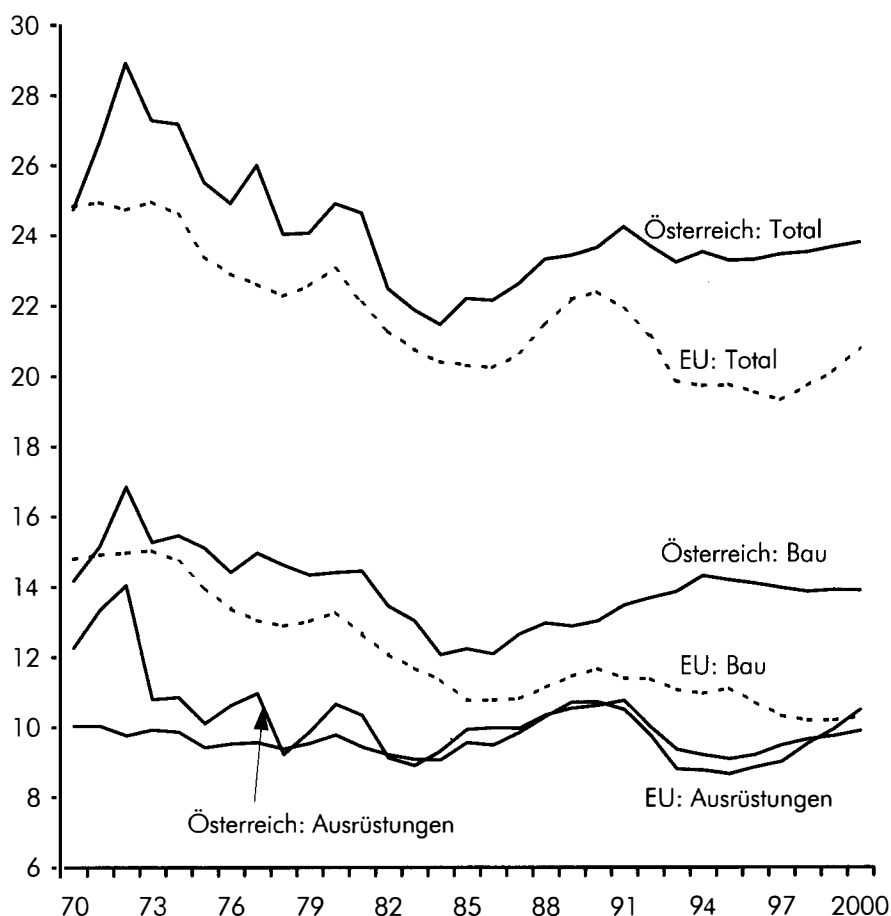
Die Entwicklung des Investitionswachstums bildet eine wesentliche Ursache für die Unterschiede im Wirtschaftswachstum zwischen Österreich und den anderen europäischen Volkswirtschaften. Abbildung 3 zeigt, daß die Investitionstätigkeit in Relation zum BIP in Österreich immer dynamischer war als in der EU, wobei die herausragendsten Unterschiede in den neunziger Jahren auftraten. Zwischen 1990 und 2000 wuchsen die Bruttoanlageinvestitionen in Österreich real um 2,4% pro Jahr, während sie in der EU im Durchschnitt nur um 2,0% und in Deutschland sogar nur um 1,2% expandierten. Die Investitionsquote ist in Österreich mit 24% des BIP in realer Rechnung deutlich höher als im europäischen Durchschnitt, wo sie 20% beträgt.

Hohe Investitionsdynamik kann die wirtschaftliche Entwicklung in zweierlei Hinsicht beschleunigen: zum einen durch ihre Einkommenseffekte, die zum Wirtschaftswachstum nachfrageseitig beitragen, und zum anderen durch Kapazitäts- und Umstrukturierungseffekte, die das langfristige Wirtschaftswachstum angebotsseitig beeinflussen. Ein hohes Investitionsniveau bedeutet makroökonomisch, daß die Nachfrage bei stetiger Ausweitung des Kapitalstocks hoch gehalten werden kann.

In den siebziger Jahren sind die Investitionen in Österreich um 3,7% pro Jahr gewachsen, während sie in der EU nur um 1,6% und in Deutschland sogar nur um 1,2% zunahmen. Die Währungsabwertung 1969 hat dafür zu Beginn des Jahrzehnts aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Export und Ausrüstungsinvestitionen einen Beitrag geleistet. In Hinblick auf die gesamte Dekade waren die regen Investitionsaktivitäten aber vor allem das Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die sich auf die Stabilisierung der Erwartungen der Unternehmen konzentriert hat. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, die Ausgaben für Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und Software umfassen, lagen deutlich höher als in den anderen EU-Ländern. Der Prozeß des „*catching up*“ durch Import von Technologie aus Volkswirtschaften mit höherem technologischen Standard hat in diesem Zusammenhang eine große Rolle gespielt, insbesondere in der Industrie.⁶ Österreich erreichte das Produktivitätsniveau Deutschlands in der Industrie in den frühen neunziger Jahren. Der Aufholprozeß erlaubt

Abbildung 3: Bruttoanlageinvestitionen in Österreich und in der EU

In % des BIP



Quelle: Europäische Kommission, OECD, WIFO.

Produktivitätswachstum durch Imitation, solange das technologische Niveau unter jenem der Partnerländer ist. Sobald aber die Produktivitätsniveaus zur Spitze aufgeschlossen haben, gewinnt eine Innovationsstrategie an Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

In den achtziger Jahren entwickelten sich die Investitionen in Österreich sehr ähnlich wie in der EU, allerdings mit höherem Niveau der Investitionsquoten – sie gingen in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zurück und erhöhten sich in der zweiten Hälfte merklich (Tabelle 5). Erhebliche Unterschiede ergaben sich jedoch in den neunziger Jahren. In der ersten Hälfte der Dekade führte die tiefe Rezession in vielen EU-Ländern zu einem drastischen Rückgang der Investitionsaktivitäten. Zwischen 1990 und 1993 sanken die Bruttoanlageinvestitionen in Großbritannien um 10%, in Spanien um 13%, in Schweden um 25% und in Finnland um 43%. In Deutsch-

land (-4,5%) und Italien (-11%) konzentrierte sich der Rückgang auf das Rezessionsjahr 1993. In Österreich blieb hingegen der Rückgang sehr verhalten (-1% im Jahr 1993).

Die Ausrüstungsinvestitionen sanken in Relation zum BIP in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, allerdings weniger stark als im EU-Durchschnitt. Die anhaltende Ausrichtung der Wirtschaftspolitik an der Stabilisierung der Erwartungen hat dazu ebenso beigetragen wie die dadurch ausgelöste geringere Volatilität in der aggregierten Nachfrage (vor allem jene des privaten Konsums), die über die relativ stabile Kapazitätsauslastung positiv auf die Unternehmensinvestitionen wirkte. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre haben die Integration in den EU-Binnenmarkt und die Ostöffnung den Rationalisierungsdruck deutlich erhöht, insbesondere in jenen Sektoren, die bis dahin vor dem internationalen Wettbewerb geschützt waren. Höhere Investitionen haben wesentlich zum Anstieg des Produktivitätswachstums beigetragen.⁷

Der wesentliche Unterschied zwischen der Investitionsdynamik in Österreich und der EU ergab sich allerdings im Bereich der Bauinvestitionen. In Österreich ist der Anteil der Bauinvestitionen am BIP in der ersten Hälfte der neunziger Jahren kontinuierlich gestiegen, während er in der EU deutlich zurückgegangen ist. Die Bauwirtschaft wird erheblich durch den öffentlichen Sektor beeinflusst. Auf der einen Seite ist die öffentliche Hand selbst ein wichtiger Investor im Infrastrukturbereich, auf der anderen Seite werden private Investitionen – etwa im Wohnbau – in erheblichem Ausmaß subventioniert. In Österreich beträgt der Anteil der Bauinvestitionen etwa 56% der gesamten Investitionstätigkeit und 14% des BIP, gegenüber 47% bzw. 10% in der EU und 57% bzw. 13% in Deutschland.

Der Anstieg der Bautätigkeit in der ersten Hälfte der neunziger Jahre kann zu einem wesentlichen Teil durch die umfangreiche Migration nach der Ostöffnung erklärt werden, die zu einem Anstieg der Wohnungspreise beitrug und den öffentlichen Sektor dazu veranlaßte, Wohnbauprogramme zu erweitern. Das hat positive Wohlfahrtseffekte und hat dazu beigetragen, der Rezession 1992/93 entgegenzusteuern. Wohnbauinvestitionen haben in Relation zum BIP von 5% im Jahr 1990 auf 6½% (1999) zugenommen. Im gleichen Zeitraum haben in der EU die Ausgaben für Wohnungsneubau in Prozent des BIP stagniert. Der starke Anstieg der Bauinvestitionen in Österreich kann demnach primär auf den lebhaften Wohnbau zurückgeführt werden. In den neunziger Jahren haben sich die Bauaktivitäten vom Tief- zum Hochbau verlagert, da dort die Nachfrage hoch war und die Finanzierungsbeschränkungen gering.

Trotz der regen Investitionsaktivitäten und des hohen Anteils der Investitionen am BIP blieben die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten in den neunziger Jahren allerdings enttäuschend. Ein derart hohes Investitionswachstum sollte – verstärkt durch beträchtliche Multiplikatoreffekte – eigentlich einen merklichen Wachstumsvorsprung ermöglicht haben. Daß dieser nicht erzielt wurde, deutet auf geringe makroökonomische Effizienz der Investitionen hin.

Tabelle 5: Bruttoanlageinvestitionen in Österreich und in der EU (in % des BIP)

	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000
<i>Österreich</i>							
Insgesamt	24,7	25,5	24,9	22,2	23,7	23,3	23,8
Ausrüstungen	12,3	10,1	10,7	9,9	10,6	9,1	9,9
Bauten	14,2	15,1	14,4	12,2	13,0	14,2	13,9
Wohnbau	5,5	6,1	5,9	5,2	4,7	6,8	6,3
<i>EU</i>							
Insgesamt	24,8	23,4	23,1	20,3	22,4	19,8	20,8
Ausrüstungen	10,0	9,4	9,8	9,6	10,7	8,7	10,5
Bauten	14,8	14,0	13,3	10,8	11,7	11,1	10,3
Wohnbau	6,7	6,5	6,4	5,2	5,2	5,4	–

Quelle: Europäische Kommission, OECD, WIFO.

Untersuchungen der OECD⁸ zeigen, daß die Kapitalproduktivität in Österreich seit Beginn der siebziger Jahre kontinuierlich zurückgegangen ist und zu Ende der neunziger Jahre nur mehr halb so hoch war wie zum Ausgangspunkt. Die Messung der Produktivität physischen Kapitals unterliegt, wie bekannt, erheblichen theoretischen und empirischen Problemen.⁹ Deshalb sind die OECD-Daten zur Kapitalproduktivität mit Vorsicht zu handhaben, für einen internationalen Vergleich aber sicherlich brauchbar. Sie weisen auf erhebliche Probleme in der Struktur der Faktorsinputs und der makroökonomischen Entwicklung in Österreich hin.

Der österreichische Kapitalstock wuchs in der Messung der OECD mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3,9% in den achtziger Jahren und 4,3% zwischen 1990 und 1998 und wies damit eine der höchsten Wachstumsraten innerhalb der OECD-Länder auf. Die Kapitalintensität der Produktion hat sich im Vergleich zu den anderen Industrieländern enorm erhöht. Auf der anderen Seite ist der technische Fortschritt, gemessen als totale Faktorproduktivität, nur sehr langsam gewachsen. In den neunziger Jahren wiesen nur Griechenland, Island und die Schweiz geringere Wachstumsraten auf.¹⁰

Obwohl also vom stabilen und hohen Investitionsniveau in Österreich erhebliche Impulse für das Wirtschaftswachstum in kurz- und mittelfristiger Perspektive ausgegangen sind, dürfte die Struktur der Investitionsausgaben beträchtliche Probleme in der gesamtwirtschaftlichen Effizienz der Investitionen und in langfristiger Wachstumsperspektive aufzeigen. Bauinvestitionen führen klarerweise zu steigender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, lösen aber auch indirekt über ihre Einkommenswirkung einen Importsog aus. Der Leistungsbilanzeffekt eines Anstiegs der Bauinvestitionen dürfte insgesamt negativ sein. Darüber hinaus dürften langfristige Wachstumseffekte, vor allem im Fall von Wohnbauinvestitionen, eher gering sein. Auf der anderen Seite erhöhen Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere im Bereich von Innovation und Informationstechnologien, ebenfalls die Nachfrage und damit das BIP und die Importe. Sie bieten aber auch positive Impulse für den Export und dürften zumindest ausgeglichene Leistungsbilanzwirkungen haben. Darüber hinaus wird der Strukturwandel angestoßen, der das Wirtschaftswachstum langfristig erhöhen sollte. Deshalb scheint ein zentrales makroökonomisches Problem Österreichs in der Struktur der Investitionen zu liegen. Sie weist eine sehr starke Betonung von Bauinvestitionen, insbesondere im Bereich Wohnbau, auf, während Innovationsaktivitäten zurückbleiben.

Die Ausgaben in dem unter mittelfristigen Wachstumsperspektiven besonders wichtigen Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien lagen von 1992 bis 1999 leicht unter jenen der EU.¹¹ Niedrigere Investitionen als Österreich wiesen die südeuropäischen Länder auf. In Schweden und Großbritannien erreichten die IKT-Ausgaben einen gleich hohen Anteil am BIP wie in den USA. Die vorhandenen empirischen Arbeiten weisen erhebliche Differenzen bezüglich der Höhe des Beitrags der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien zur ge-

samtwirtschaftlichen Entwicklung auf. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß von einer hohen Dynamik in diesem Bereich positive Auswirkungen auf das Wirtschafts- und Produktivitätswachstum zu erwarten sind.

3.3 Privater Konsum stabilisiert die Konjunktur

Eine relativ starke Expansion des privaten Konsums bildete in allen drei Jahrzehnten einen wesentlichen Wachstumsmotor für die österreichische Wirtschaft. Zwischen 1970 und 2000 wuchs der private Konsum durchschnittlich um 2,9% pro Jahr, in der EU betrug der Anstieg nur 2,5%. Der relative Wachstumsunterschied betrug 0,6 Prozentpunkte in den siebziger Jahren, 0,3 Prozentpunkte in den achtziger Jahren und 0,6 Prozentpunkte in den neunziger Jahren.

Das Wachstum des privaten Konsums hat von stabilen Zuwächsen im verfügbaren Einkommen profitiert, die durch hohe Export- und Investitionsnachfrage gestützt wurden. Das Wachstum der Realeinkommen je Arbeitnehmer lag in Österreich merklich über jenem des EU-Durchschnitts. Relative niedrige Arbeitslosigkeit und der umfassende Wohlfahrtsstaat haben zur Stabilisierung des Verbrauchervertrauens beigetragen. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung des privaten Konsums bildet die niedrige Volatilität der Wachstumsraten.¹² Sieht man von den Jahren 1978 und 1984 ab, in denen eine diskretionäre, restriktive Fiskalpolitik zur Bekämpfung hoher Leistungsbilanz- und Budgetdefizite eingesetzt wurde, betrug die Standardabweichung für den privaten Konsum 1,5 Prozentpunkte pro Jahr.

Das relativ hohe Wachstum im privaten Konsum kann auf mehrere Determinanten zurückgeführt werden:

- Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind weniger volatil als in anderen Ländern,¹³ da Produktivität und Arbeitskräfteangebot stark prozyklisch reagieren. Deshalb schwankt das Masseneinkommen deutlich weniger stark als in anderen Ländern.
- Der Anteil von Transfers am Masseneinkommen ist relativ hoch. Das ist auf den ausgebauten, allgemeinen Wohlfahrtsstaat, aber auch auf die – etwa in Relation zu den skandinavischen Wohlfahrtsmodellen – geringe Komponente öffentlicher Dienstleistungen zurückzuführen. Das dämpft Schwankungen in der Kaufkraft der privaten Haushalte.
- Die Sparquote der privaten Haushalte erweist sich als eine Residualgröße, die sich prozyklisch entwickelt und so Schwankungen in der Kaufkraft während des Konjunkturzyklus ausgleicht. Im Fall sinkender verfügbarer Einkommen in rezessiven Phasen oder bei restriktiver Fiskalpolitik, geht die Sparquote merklich zurück, während die Konsumausgaben – insbesondere jene für nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen – relativ stabil bleiben. In Boomerperioden oder in Phasen expansiver Fiskalpolitik erhöht sich hingegen die Sparquote, während das Wachstum des Konsums gegenüber jenem des verfügbaren

Einkommens zurückbleibt. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Volatilität des Konjunkturzyklus und damit auch auf das langfristige Wirtschaftswachstum.

- Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, die dazu tendieren, während des Konjunkturzyklus stärker zu schwanken, spielen noch immer eine geringere Rolle als in anderen hochentwickelten Ländern.

3.4 Öffentlicher Konsum

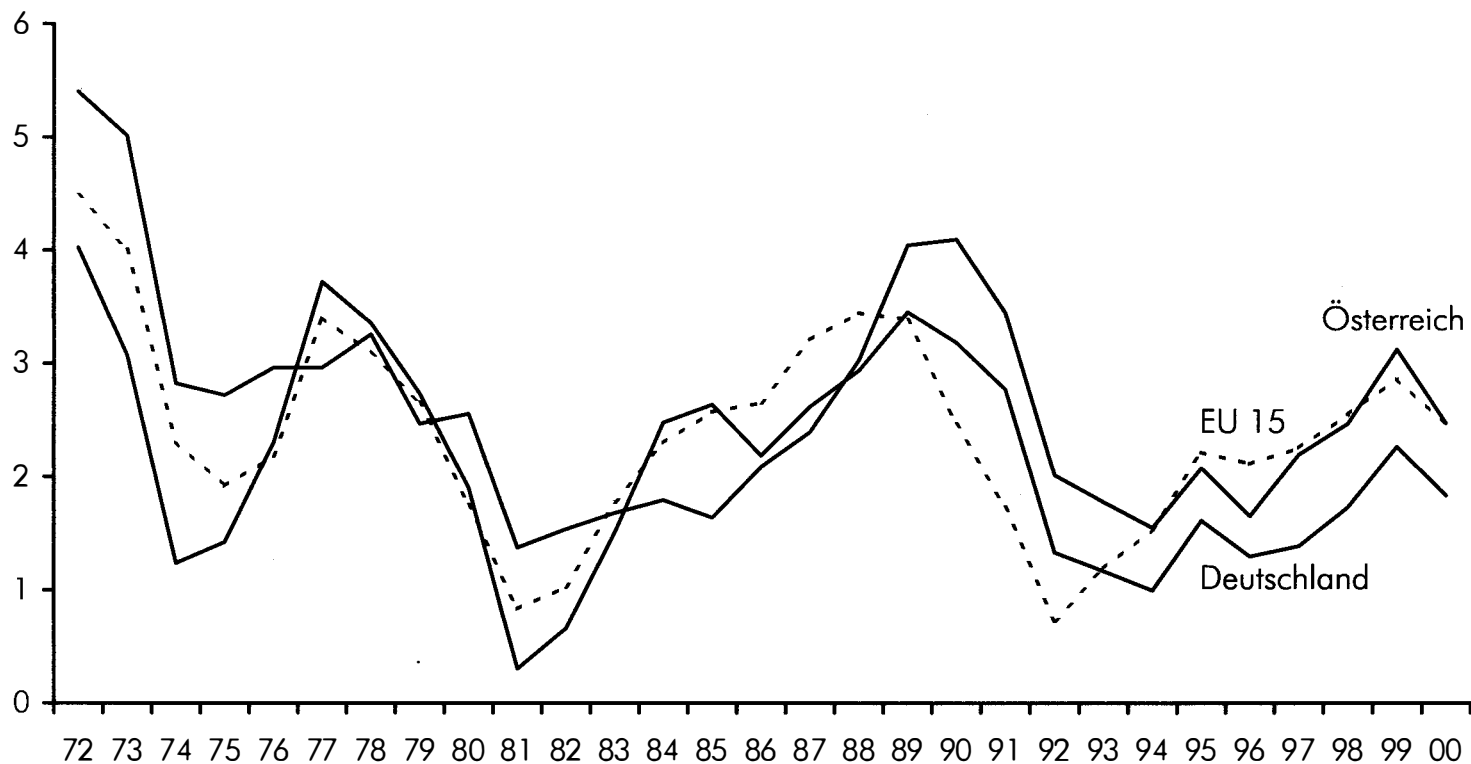
Die öffentliche Konsumnachfrage hat sich zwischen 1970 und 2000 real um 2,3% pro Jahr erhöht. Das entspricht der Entwicklung in der EU (+2,3%), liegt aber leicht über dem Wert Deutschlands (+2,1%). Der öffentliche Konsum hat vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine wichtige Rolle für die aggregierte Nachfrage gespielt und zu höherem Wirtschaftswachstum beigetragen. In dieser Periode hat sich vor allem die öffentliche Beschäftigung deutlich erhöht. Zwischen 1995 und 1997, während der ersten Phase der Budgetkonsolidierung, hat der öffentliche Konsum stagniert, was zum Teil Ergebnis von Ausgliederungen aus dem öffentlichen Sektor war.

4. Niedrige Outputvariabilität und Wirtschaftspolitik

Ein wichtiges Charakteristikum der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich bildet die Tatsache, daß Rezessionen hier relativ mild ausfallen, etwa im Vergleich zu Deutschland. Im Jahr 1975 ging das reale BIP in Deutschland um 1,3% zurück, während es in Österreich um 0,4% fiel. 1981/82 stagnierte das BIP in Deutschland, in Österreich stieg es um 1,8%. 1993 erlebte Deutschland eine schwere Rezession – Nachfrage und Produktion gingen um 1,1% zurück, während sie in Österreich um 0,4% stiegen. Während europäischer Rezessionsjahre gelingt es Österreich regelmäßig, einen Wachstumsvorsprung zu erzielen, der über mehrere Jahre anhält und positive Auswirkungen auf die – langfristige – *Performance* des Arbeitsmarktes mit sich bringt. In Phasen niedriger wirtschaftlicher Aktivität geht die Beschäftigung nur wenig zurück, die Arbeitslosigkeit steigt nur leicht. Dagegen wird das Wachstum von Produktivität und Arbeitskräfteangebot merklich gedämpft. Gemäß der „Hysteresis-Hypothese“ bewirkt die relativ günstige Arbeitsmarktentwicklung in der Rezession auch langfristig positive Arbeitsmarkt-*Performance*. Eine wichtige Komponente der niedrigen Arbeitslosenquoten in Österreich kann deshalb einfach auf die erfolgreiche Verhinderung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in internationalen Wirtschaftskrisen, besonders Mitte der siebziger Jahre, zurückgeführt werden. Relativ milde Rezessionen und ein weniger volatiler Konjunkturzyklus haben auch einen positiven Einfluß auf die langfristigen Wachstumsraten des BIP.¹⁴

Die niedrige Outputvariabilität, besonders in Rezessionsphasen, kann – vor allem in der erfolgreichsten Phase der siebziger Jahre – auf eine Wirt-

460 **Abbildung 4: Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Österreich, Deutschland und in der EU (in%)**



Quelle: OECD.

schaftspolitik zurückgeführt werden, die in ihrer Durchführung sehr pragmatisch war und es sich explizit zum Ziel setzte, die Erwartungen und damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Wesentliche Elemente dieser Politik waren:

- Nachfragemanagement durch Fiskalpolitik, die kurzfristig zur Dämpfung zyklischer Schwankungen eingesetzt wurde und längerfristig auf die Stabilisierung der Unternehmererwartungen und damit eine Forcierung von Investitionen und Wachstum ausgerichtet war. Die wichtigsten stabilisierenden Faktoren bildeten die Wirksamkeit der „automatischen Stabilisatoren“ der öffentlichen Haushalte, der umfassende Wohlfahrtsstaat, das System von steuerlichen Anreizen und Subventionen (vorzeitige Abschreibung, Investitionsfreibetrag, niedrig verzinste Kredite, Exportgarantien). Die Fiskalpolitik hat ihre antizyklischen Zielsetzungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre aufgegeben und agiert seitdem prozyklisch. In Phasen der Hochkonjunktur werden Steuern gesenkt und Transfers ausgeweitet, während in Rezessionsjahren Sparpakete umgesetzt werden.
- Die Bindung des Schillings an die Deutsche Mark wurde zur Stabilisierung der Erwartungen von Exporteuren und Investoren eingesetzt. Dies hat dazu beigetragen, der Wirtschaftspolitik eine langfristige Perspektive zu verleihen, und half, die Preisstabilität aufrechtzuerhalten.
- Die Lohnpolitik war innerhalb des Systems der Sozialpartnerschaft makroökonomisch und mittelfristig ausgerichtet.¹⁵ Sie berücksichtigte antizyklische Wirkungen (in den sechziger Jahren), Leistungsbilanzprobleme (in den siebziger Jahren), den Umstrukturierungsprozeß in der Industrie (in den achtziger Jahren) und die Wechselkursaufwertung (in den neunziger Jahren). Sie hat damit wesentlich zur Stabilisierung der Erwartungen und zur guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen.

Nachfrageorientierte makroökonomische Politik war unter Einsatz der Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik auf die Stabilisierung der Erwartungen der Wirtschaftsakteure ausgerichtet.¹⁶ Die Absicht war, den Konjunkturzyklus zu stabilisieren und damit zu höherem Wirtschaftswachstum beizutragen. Das ist in den siebziger Jahren gelungen, hat aber in den folgenden Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Makroökonomische Politik im Nationalstaat hat im Zuge der Liberalisierung und Integration an Spielräumen verloren. Im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses hat die österreichische Makropolitik schrittweise den (formalen) Spielraum in der Geldpolitik und teilweise – durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt und seine immer restriktiver werdende Interpretation – auch in der Fiskalpolitik verloren. Sobald der Aufholprozeß (zum deutschen Produktivitätsniveau) abgeschlossen war, haben sich die Wachstumsraten verlangsamt; die Notwendigkeit von Innovationsstrategien hat zugenommen, Verteilungskonflikte gewannen an Intensität. Dennoch war der Verlust einer autonomen makroökonomischen Politikstrategie sicherlich auch Ausdruck des fehlenden Willens, eine eigenständige Wirtschaftspolitik, die sich vom neoliberalen EU-*Mainstream* unterscheidet, zu konzipieren.

5. Makroökonomische Wirtschaftspolitik und Strukturwandel

Die makroökonomisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat den Strukturwandel nicht nur gefördert, sondern auch behindert:

- Die effektive Aufwertung des Wechselkurses, die mit der Bindung des Schillings an die DM verbunden war, hat kurzfristig immer wieder zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportindustrie, insbesondere in Phasen der Wechselkurskrisen im Europäischen Währungssystem (etwa zwischen 1992 und 1995), beigetragen. Diese Strategie könnte allerdings in langfristiger Perspektive den Restrukturierungsprozeß beschleunigt haben. Darauf deutet auch hin, daß der Anstieg der Arbeitsproduktivität im exponierten Sektor der Industrie im Vergleich zu den Handelspartnern außerordentlich hoch war.
- Die Lohnpolitik auf der Ebene von Branchen und Unternehmen, die zu relativ hohen inter-industriellen Lohndifferentialen führte, kann den Restrukturierungsprozeß gedämpft haben, in dem sie Arbeit und Kapital zu lange in den Grenzbetrieben hielt und so die Reallokation behinderte.¹⁷
- Die Investitionsförderung in Form von steuerlichen Anreizen mag – vor allem in den siebziger Jahren – den Strukturwandel beschleunigt haben.
- Die Berechnungen der OECD zur Kapitalproduktivität und zur totalen Faktorproduktivität weisen allerdings auf massive Probleme der Effizienz des Kapitaleinsatzes hin. Investitionen in der Bauwirtschaft kommt viel höhere Bedeutung zu als jenen in Innovation und Humankapital.¹⁸ Die niedrige Kapitaleffizienz scheint auch ein Ergebnis der Anreize seitens der Fiskalpolitik zu sein. Steuerliche Begünstigungen für Investitionen in *Hardware* waren lange Zeit sehr hoch, und die Kapitalbesteuerung zählt zu den niedrigsten in der europäischen Union.¹⁹ Zudem werden Investitionen – etwa im Baubereich – stark durch die öffentliche Hand subventioniert. Im Unterschied dazu waren lange Zeit die Anreize für Investitionen in den innovativen Bereichen sehr schwach.
- Der hohe Anteil der Bauinvestitionen, der 14% des BIP ausmacht, kann als ein spezifisch negatives Element im Kontext des Paradoxons hoher Investitionen und niedrigen Wachstums angesehen werden. Ein steigender Anteil der Bauinvestitionen könnte das Wirtschaftswachstum zwar kurzfristig stimulieren, langfristig aber sogar dämpfen.

6. Schlußfolgerungen

Die österreichische makroökonomische Entwicklung unterscheidet sich von jener in der EU und der OECD in zwei Bereichen:

- Erstens war die wirtschaftliche und soziale *Performance* in den siebziger Jahren deutlich besser als in den anderen Industrieländern. Der Wachstumsvorsprung kann auf eine makroökonomische Wirtschaftspolitik zurückgeführt werden, die der Erwartungsstabilisierung besondere Aufmerksamkeit schenkte.
- Zweitens hob sich die österreichische Wirtschaftsentwicklung in Re-

zessionsperioden immer positiv von jener der anderen Industrieländer ab. Die Politikorientierung an antizyklischen und erwartungsstabilisierenden Elementen hat zu weniger volatilen Konjunkturzyklen als in den anderen Industrieländern geführt. Die stabilere makroökonomische Entwicklung hatte auch positive Implikationen für wichtige ökonomische Variablen in längerfristiger Hinsicht, insbesondere für den Arbeitsmarkt.

Österreich hat seinen Wachstumsvorsprung gegenüber den EU-Ländern in den achtziger und neunziger Jahren verloren. Nur während der Rezessionsphase zu Beginn der neunziger Jahre erwies sich die Wirtschaftsentwicklung als relativ günstig. In den Jahren 2000 und 2001 scheint Österreich nach vorläufigen Daten sogar in einen Wachstumsrückstand gegenüber dem EU-Durchschnitt geraten zu sein. Das Faktum, daß das Wirtschaftswachstum nur noch dem EU-Durchschnitt entspricht, kontrastiert besonders stark mit den hohen Investitionsaktivitäten. Das weist auf Ineffizienzen in der Struktur der Investitionen hin, die durch die Bauwirtschaft dominiert werden. Österreich hat einen erheblichen Rückstand hinsichtlich Strukturwandel und Innovation, der möglicherweise schon gesamtwirtschaftlich negative Folgen mit sich bringt.

Die Wirtschaftspolitik sollte daraus zwei Schlußfolgerungen ziehen:

- Die Wiederbelebung einer antizyklischen Orientierung, insbesondere in der Budgetpolitik, ist von zentraler gesamtwirtschaftlicher Bedeutung
- Die Umstellung öffentlicher Förderungen zugunsten aktiver Innovationsstrategien hat hohe Bedeutung für das Wachstumspotential. Neue Schwerpunkte müssen dabei auf Forschung und Entwicklung, Qualifizierung und Bildung gelegt werden. Ausgabenseitige Maßnahmen erscheinen hierfür effizienter als steuerliche Anreize.

Unter diesen Rahmenbedingungen hätte Österreich gute institutionelle Voraussetzungen, um wieder einen Wachstumsvorsprung gegenüber den EU-Ländern zu erlangen.

Anmerkungen

¹ Diese Arbeit basiert auf einer Untersuchung des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit; vgl. Peneder et al. (2001). Der Autor dankt Martha Steiner für die Unterstützung bei der Datenanalyse und -aufbereitung und Michael Peneder, Gunther Tichy und Ewald Walterskirchen für eine kritische Durchsicht des Manuskripts.

² Seidel (1995) diskutiert die Bedeutung von *catch up*- und Konvergenz-Prozessen für das relative Wirtschaftswachstum.

³ Seidel (1982).

⁴ Vgl. Marterbauer, Walterskirchen (1999).

⁵ Der Beitrag der Nettoexporte zum Wirtschaftswachstum – gemessen nach der traditionellen Methode in Form des Wachstumsbeitrags des Außenhandelsaldos – war relativ gering, da nicht nur der Export, sondern auch die Importe dynamisch gewachsen sind. Die Messung des Wachstumsbeitrags der Nettoexporte nach dieser „Lundberg-Methode“ ist allerdings nicht adäquat. Würde der Importgehalt direkt den Exporten auf der einen Seite und der Inlandsnachfrage auf der anderen Seite zugeordnet werden (er beträgt jeweils etwa die Hälfte), wäre der Exportbeitrag zum Wirtschaftswachstum deutlich höher.

⁶ Seidel (1995).

⁷ Daneben ist der Anstieg im Produktivitätswachstum in der zweiten Hälfte der neunziger

Jahre allerdings auch wesentlich auf „erlittene Produktivitätssteigerungen“ zurückzuführen. Personalabbau in bislang geschützten Branchen und Verlagerung von Produktionsstätten mit geringem Produktivitätsniveau nach Osteuropa haben die gemessene Produktivität erhöht.

⁸ Scarpetta et al. (2000).

⁹ Siehe dazu etwa Harcourt (1972).

¹⁰ Scarpetta et al. (2000) 33.

¹¹ Leo (2001).

¹² Tichy (1986); Hahn, Walterskirchen (1992).

¹³ Vgl. Marterbauer, Walterskirchen (1999).

¹⁴ Diese Hypothese entspricht selbstverständlich nicht der neoklassischen Wachstumstheorie, die ausschließlich auf angebotsseitige Determinanten für das langfristige Wirtschaftswachstum setzt. Die keynesianische Wachstumstheorie würde jedenfalls davon ausgehen, daß auch konjunkturelle Entwicklungen Einfluß auf den langfristigen Wachstumstrend haben. „In fact the long-run trend is a but slowly changing component of a chain of short-period situations; it has no independent entity.“ (Kalecki 1968).

¹⁵ Guger (1992, 1998).

¹⁶ Tichy (1984, 1986).

¹⁷ Guger (1998).

¹⁸ Tichy (2000).

¹⁹ Europäische Kommission (2000).

Literatur

European Commission, Public Finances 2000 (Brussels 2000).

Guger, Alois, Corporatism: Success or Failure? Austrian Experiences, in: Pekkarinen, J.; Pohjola, M.; Rowthorn B. (Hrsg.), Social Corporatism. A Superior Economic System? (Oxford 1992).

Guger, Alois, Economic Policy and Social Democracy: The Austrian Experience, in: Oxford Review of Economic Policy 14/1 (1998).

Hahn, Franz; Walterskirchen, Ewald, Stylized Facts der Konjunkturschwankungen in Österreich, Deutschland und den USA (=WIFO Working Papers 58, Wien 1992).

Harcourt, Geoff, Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital (Cambridge 1972).

Kalecki, Michal, Trend and Business Cycle Reconsidered, in: Economic Journal 2 (1968).

Leo, Hannes, ICT Investment and Growth of Output and Productivity, in: Aiginger, Karl; Hutschenreiter, Gernot; Hollenstein, Heinz; Knoll, Norbert; Leo, Hannes; Wieser, Robert, Innovation and Productivity of European Manufacturing (=Background Report for the Competitiveness Report 2001, Brüssel 2001).

Marterbauer, Markus; Walterskirchen, Ewald, Bestimmungsgründe des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 3 (1999).

Peneder, Michael (Koord.); Aiginger, Karl; Hutschenreiter, Gernot; Marterbauer, Markus, Structural Change and Economic Growth. Reconsidering the Austrian „Old-Structures/High-Performance“ Paradox (=Study by the Austrian Institute of Economic Research commissioned by the Federal Ministry of Economics and Labour, Wien 2001).

Scarpetta, Stefano; u.a., Economic Growth in the OECD Area: Recent Trends at the Aggregate and Sectoral Level (=OECD, Economics Department Working Papers 248, Paris 2000).

Seidel, Hans, Der Austro-Keynesianismus, in: Wirtschaftspolitische Blätter 3 (1982).

Seidel, Hans, Wachstum und Konvergenz, in: WIFO-Monatsberichte 1 (1995).

Tichy, Gunther, Strategy and Implementation of Employment Policy in Austria, in: Kyklos 37 (1984).

Tichy, Gunther, Die Amplitude der österreichischen Konjunkturschwankungen im internationalen Vergleich, in: Empirica 13 (1986).

Tichy, Gunther, Technologische Entwicklung als Chance und Herausforderung (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Technikfolgenabschätzung, Wien 2000).

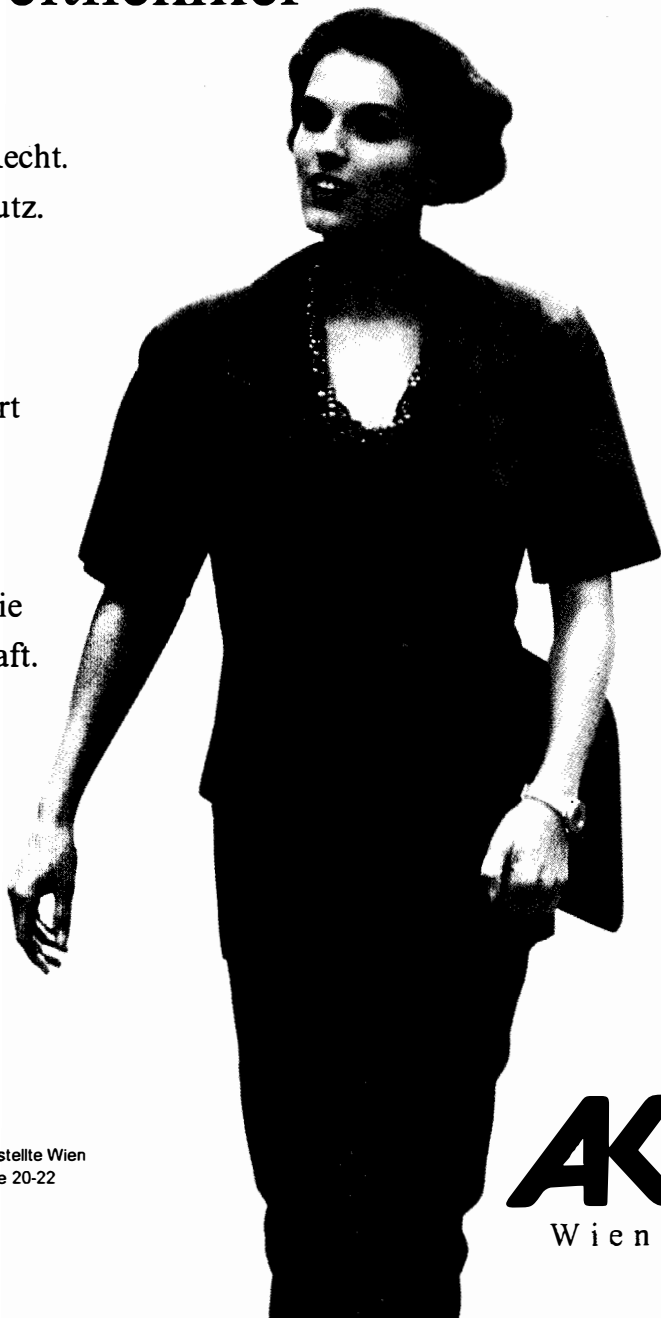
Zusammenfassung

Im Durchschnitt der letzten dreißig Jahre weist Österreich in fast allen gesamtwirtschaftlichen Variablen – vor allem bei Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung – eine relativ günstige Situation auf. Eine genauere Betrachtung dieser Zeitperiode läßt allerdings erkennen, daß der Wachstumsvorsprung Österreichs nur in den siebziger Jahren und in den europäischen Rezessionsphasen erreicht werden konnte. Beide Phänomene können auf die makroökonomischen Wirtschaftspolitik, die an der Stabilisierung der Erwartungen der wirtschaftlichen Akteure ausgerichtet war und erhebliche antizyklische Effekte hatte, zurückgeführt werden. Dieser Wachstumsvorsprung gegenüber den EU-Ländern ging allerdings in den achtziger und neunziger Jahren weitgehend verloren, Zuwächse in Output und Nachfrage entsprachen nur noch dem EU-Durchschnitt. Dies kontrastiert besonders stark mit den hohen Investitionsaktivitäten und weist auf Ineffizienzen in der Struktur der Investitionen hin. Die Investitionen im Baubereich dominieren, während im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und der Innovationen generell ein Rückstand besteht.

Aktiv für Sie

Eine starke Interessenvertretung für alle Arbeitnehmer

- Die AK schafft Recht.
- Die AK gibt Schutz.
- Die AK bildet.
- Die AK sichert
das soziale Netz.
- Die AK verhindert
Preistreiberei.
- Die AK schützt
die Umwelt.
- Die AK sichert die
Sozialpartnerschaft.



Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
Tel.: 501 65-0

AK
Wien

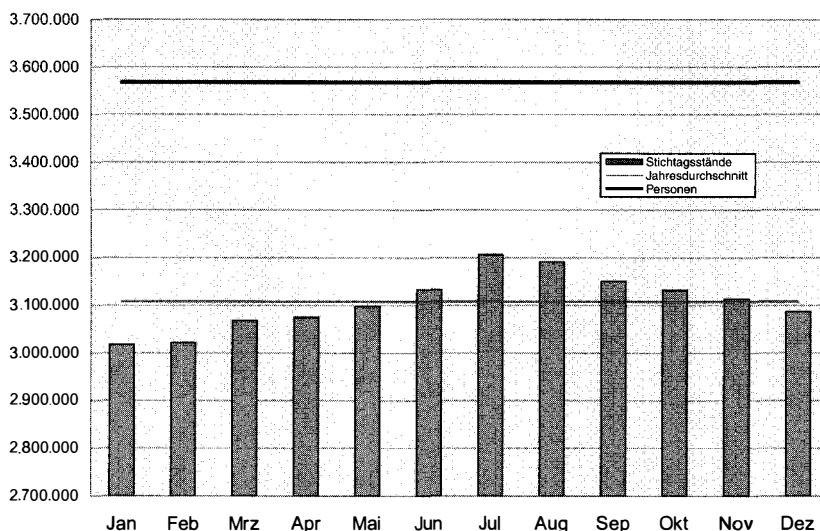
Erste Ergebnisse einer personen- bezogenen Analyse der Beschäftigung Österreichs

Kai Biehl

1. Einleitung

Nach den monatlich veröffentlichten Zählungen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger gab es in Österreich 1999 jahresdurchschnittlich¹ 3,036 Mio. Standardbeschäftigungsverhältnisse.² Gemäß der vorliegenden Untersuchung jedoch, die auf der Datensammlung der Synthesis Forschungsgesellschaft aufbaut, lag die Zahl der Personen, die im selben Jahr entweder jahresdurchgängig oder zumindest vorübergehend standardbeschäftigt war, bei 3,568 Mio. Die Differenz von über einer halben Million ist durch die saisonalen Beschäftigungsschwankungen nicht erklärbar: Auch auf dem Beschäftigungshöchststand zum Julistichtag erreichte die Standardbeschäftigung nur gut 3,2 Mio.

Abbildung 1: Beschäftigung 1999: Stichtagsstände, Jahresdurchschnittsbestand und Personenzahl



Ein Teil der unerklärten Differenz von 360.000 ist eine Folge der laufenden altersbedingten Erneuerungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt. Ältere Menschen gehen in Pension und jüngere rücken aus dem Ausbildungssystem in den Arbeitsmarkt nach. In dem Maße, wie solche Übergänge nicht zum Jahreswechsel, sondern unterjährig stattfinden, erhöhen sie die Personenzahl gegenüber den Beständen. 1999 gab es gut 41.000 unterjährige Übertritte aus Beschäftigung in die Pension und zwischen 50.000 und 100.000 Ersteintritten – abhängig von der operationalen Definition des Begriffs Ersteintritte.

Die verbleibende Differenz von mehr als 200.000 weist auf eine jedenfalls über diesem Wert liegende Personenzahl hin, die aus anderen als den schon angeführten Gründen nicht jahresdurchgängig beschäftigt war. Auch wenn die Abweichung insgesamt relativ gesehen deutlich kleiner ausfällt als beispielsweise bei der Arbeitslosigkeit oder der geringfügigen Beschäftigung, erscheint es doch angebracht, über die betreffenden Personen und ihre Erwerbsmuster mehr Informationen zu gewinnen.

Periodische personenbezogene Auswertungen der Daten sind schon seit Jahren selbstverständlicher Bestandteil der Statistiken zur Arbeitslosigkeit. Ebenso selbstverständlich ist dort die Zerlegung von Änderungen der Arbeitslosigkeit in Personen- und Dauerkomponenten. Analog können auch Beschäftigungsänderungen ihren Ausgang in Veränderungen der Aktivitätskomponente – der Zahl der beschäftigten Personen – und/oder der Intensitätskomponente der aktiven Personen haben.

Die Diskussion über Arbeitskräfteknappheit, oder besser gesagt über partielle Engpässe des Arbeitskräfteangebots, ist aufgrund der jüngsten Entwicklungen etwas abgeflaut, wird aber über kurz oder lang wieder an Bedeutung gewinnen. In diesem Rahmen wird eine Beschränkung auf bestandsbasierte Größenordnungen ungenaue, wenn nicht gar irreführende Ergebnisse bringen.

Mit dieser Studie sollen, zunächst anhand der Standardbeschäftigung, die Möglichkeiten personenbezogener Auswertungen der vorhandenen Beschäftigungsdaten untersucht werden.

2. Anlage der Studie und wichtige Ergebnisse im Überblick

In der vorliegenden Untersuchung werden alle Personen berücksichtigt, welche im jeweiligen Beobachtungsjahr zumindest einen Tag standardbeschäftigt waren. Die zugrundeliegende Datenbasis der Synthesis Forschungsgesellschaft beruht hinsichtlich der Beschäftigungszahlen auf den Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger und hinsichtlich der Arbeitsloskeitsinformationen auf den Daten des AMS. Der Möglichkeit, daß eine Person in einem Zeitabschnitt mehr als einen Versicherungsabschnitt haben kann, wurde durch eine Prioritätenstruktur Rechnung getragen: Es entsteht dadurch in der Auswertung eine eindeutige zeitliche Abfolge von dominanten Zuständen.

Alle Zahlen beruhen nicht auf einer Stichprobe, sondern auf einer Vollauszählung. Deshalb wurde weitestgehend darauf verzichtet, Rundungen vorzunehmen.

Als unselbständig *standardbeschäftigt* gelten im Rahmen dieser Auswertung Personen, wenn sie unselbständig und in vollem Umfang sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Ausgeblendet³ sind daher Personen mit freien Dienstverträgen, Personen mit geringfügiger Beschäftigung sowie Beschäftigte im Rahmen der Saisonierskontingente in der Landwirtschaft und im Fremdenverkehr. Im Rahmen der weiteren Untersuchung bezieht sich der Terminus Standardbeschäftigung ausschließlich auf die Sozialversicherungspflicht und nicht auf Fragen der Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung. Teilzeitbeschäftigte Personen sind in den Zahlen enthalten, sofern sie nicht einkommensmäßig unter der Geringfügigkeitsgrenze liegen.

2.1 Definition der Gruppen

Im Rahmen der Studie werden folgende fünf Personengruppen unterschieden:

- Eintretende ins Erwerbsleben;
- Austretende aus dem Erwerbsleben;
- Durchgängig Beschäftigte;
- Überwiegend Erwerbstätige mit Arbeitslosigkeit und Standardbeschäftigung;
- Personen mit sonstigen Erwerbsmustern.

Ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zur Gruppe der *Eintretenden ins Erwerbsleben* (AU) ist der erstmalige Übergang einer Person bis zum Alter von 25 Jahren in ein unselbständiges Standardbeschäftigungsverhältnis während des Beobachtungsjahres. Bei einem geringen Anteil der Personen finden sich im Eintrittsjahr auch Arbeitslosigkeitsepisoden.

Die Gruppe *Austretende aus dem Erwerbsleben* (PE) enthält Personen, die im Laufe des Beobachtungsjahres ihre Erwerbstätigkeit durch den Übergang ins Pensionssystem beendeten. Für diese Gruppe gibt es keine Altersgrenzen, weil ein Übergang in Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspensionen auch schon nach wenigen Versicherungsjahren möglich ist. Der Übergang in die Pension kann aus Beschäftigung, registrierter Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit erfolgen. Die Bedingung von mindestens einem Beschäftigungstag im Beobachtungsjahr schließt den Übergang aus Langzeitarbeitslosigkeit oder längerer Nichterwerbstätigkeit allerdings aus.

Es war das Ziel der Gruppeneinteilung, nach der Isolierung der Arbeitsmarkterneuerung (Ersteintritte und Austritte) drei weitere disjunkte Gruppen zu bilden, welche sich auch im Grad ihrer Arbeitsmarktintegration voneinander abheben.

Dabei umfaßt die Gruppe der *Durchgängig Beschäftigten* (DG) alle Personen, die keine Beschäftigungsunterbrechungen von mehr als 28 Tagen aufwiesen und im Fall solcher Unterbrechungen nicht als arbeitslos registriert waren.

Die zunächst durchgeführte Unterteilung der verbliebenen Personen nach dem Kriterium, ob sie registrierte Arbeitslosigkeitsepisoden hatten oder nicht, erwies sich als unvereinbar mit dem Ziel, unterschiedliche Grade der Arbeitsmarktintegration zu erfassen: Ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Personen mit Arbeitslosigkeit hatte geringe bis geringste Erwerbsintensitäten. Es bestanden die Möglichkeiten, entweder diese Gruppe weiter zu unterteilen, oder einen Teil der Personen in die Gruppe *Personen mit sonstigen Erwerbsmustern* (SO) umzuschichten, in welcher Phasen der Nicht(standard)erwerbstätigkeit konzeptuell ohnehin bereits vorgesehen waren. Aus Kostengründen wurde der zweite Weg gewählt. Etwa 100.000 Personen mit Erwerbsintensitäten von weniger als 80% wurden verschoben und dadurch die Gruppe der *überwiegend Erwerbstätigen mit Arbeitslosigkeit und Standardbeschäftigung* (ÜE-A/B) von den Personen mit sonstigen Erwerbsmustern abgegrenzt.

2.2 Wichtige Ergebnisse im Überblick

2.2.1 Beschäftigung 1999

Von den 3,567.855 ständig oder vorübergehend standardbeschäftigten Personen des Jahres 1999 waren 2,485.439 oder nicht ganz 70% jahresdurchgängig beschäftigt (DG). Dieser Anteilswert insgesamt streute allerdings beträchtlich: Schon die relativ grobe Untergliederung der Tabellen 1 und 2 zeigt eine weite Spanne zwischen 52,4% der Ausländerinnen und 95,8% der Beamten.

411.896 Personen oder 11,5% gehörten zur Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen (ÜE-A/B). Alle diese Personen hatten Arbeitslosigkeitsepisoden, aber sie waren zumindest 80% des Jahres erwerbstätig (beschäftigt oder arbeitslos). Ihr Anteilswert streute zwischen nahezu 0% bei Beamtinnen und 22,1% bei ausländischen Männern.

Die Gruppe mit den erstmaligen Beschäftigungsaufnahmen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren (AU) umfaßte 97.146 Personen. Der Gesamtanteil betrug 2,7% und streute zwischen 0,1% bei den Beamten und Beamtinnen bis zu 4,7% bei den Ausländerinnen.

41.195 Personen bzw. 1,2% der Gesamtheit traten im Jahresverlauf in Pension über (PE). Die Anteile reichten von 0,38% bei Ausländerinnen bis 1,86% bei männlichen Beamten.

Mit 532.179 Personen hatten knapp 15% der Beschäftigten sonstige Erwerbsmuster (SO). Bei männlichen Beamten war der Anteil dieser Erwerbsgruppe mit 2,1% am geringsten, bei den Ausländerinnen war sie mit 28% nach den jahresdurchgängig Beschäftigten die zweithäufigste Gruppe.

2.2.2 Veränderungen gegenüber 1996

Zwischen 1996 und 1999 erhöhte sich die Zahl der standardbeschäftigten Personen um 104.303 bzw. 3% (siehe Tabellen 3 und 4). Zum Ver-

gleich: der jahresdurchschnittliche Stichtagsbestand (ohne KarenzgeldempfängerInnen und Präsenzdienler) wuchs im selben Zeitraum um knapp 80.000.

In absoluten Zahlen war bei den durchgängig Beschäftigten mit 65.521 Personen der höchste Anstieg zu verzeichnen, gefolgt von den Personen mit sonstigen Erwerbsmustern (+41.175). Prozentuell wuchs die durchgängige Beschäftigung (+2,7%) allerdings langsamer als die Beschäftigung insgesamt, während die Gruppe SO mit 8,4% deutlich schneller zunahm. Mit 10,9% ist die Gruppe der Ersteintretenden in Standardbeschäftigung am stärksten gewachsen. Aufgrund des geringen Anteils dieser Gruppe betrug der Zuwachs jedoch nur 9.537 Personen. Die Zahl der überwiegend Erwerbstätigen ging um 14.833 Personen oder 3,1% zurück.

Der Beschäftigtenzuwachs umfaßte 75.372 Inländer/innen sowie 28.931 Ausländer/innen. Damit betrug die Zunahme der ausländischen Beschäftigten 8% in der personenbezogenen Auswertung gegenüber gut 2% bei den Stichtagsmittelwerten.

3. Methodik und Begriffe der Untersuchung im einzelnen

3.1 Stichtagsstände, beschäftigte Personen eines Zeitraums sowie deren Bestandswirkungen

Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine personenbezogene Auswertung der Erwerbsdatenbank 1999 der Synthesis Forschungsgesellschaft. Diese beruht auf Beschäftigungsdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. Obwohl sie mit den regelmäßig vom Hauptverband gelieferten Statistiken eine weitgehend⁴ übereinstimmende Datengrundlage hat, führt die Art der Auswertung zu teilweise abweichenden Ergebnissen. Diese Abweichungen sind jedoch in ihrem Zustandekommen beschreibbar.

3.2 Personenbetrachtungen und Zustandsbetrachtungen

Die monatlich vom Hauptverband veröffentlichten Zahlen zur Beschäftigung erfassen *Fälle* von Standardbeschäftigung, geringfügiger Beschäftigung usw., soweit diese am jeweiligen Stichtag aufrecht sind. Die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse stimmt *nicht* mit der Zahl der zum Stichtag beschäftigten *Personen* und auch nicht mit den insgesamt pro Monat beschäftigten Personen überein.⁵ Einzelne Personen können verschiedene Beschäftigungsformen parallel und unter Umständen die gleichen Formen auch mehrfach ausüben. Weiters können Beschäftigungsverhältnisse irgendwann zwischen zwei Stichtagen beginnen oder enden. Daher führt eine Gleichsetzung von Beschäftigungsverhältnissen und Personen im allgemeinen zu einer mehr oder minder großen Unschärfe. Diese hält sich im Fall der Standardbeschäftigung bei einer Mehrfachbeschäftigungsquote von weniger als 2% in durchaus vertretbaren

Tabelle 1: Beschäftigung 1999 – Personenzahlen

	DG	ÜE-A/B	AU	PE	SO	alle Gruppen
Arbeiter	916.948	297.765	61.244	17.572	272.647	1.566.176
Männer	624.509	209.795	37.505	11.064	157.043	1.039.915
Frauen	292.439	87.970	23.739	6.508	115.604	526.260
Angestellte	1.214.058	111.398	34.887	17.651	239.344	1.617.337
Männer	557.964	39.821	12.157	8.581	85.047	703.570
Frauen	656.094	71.577	22.730	9.070	154.296	913.767
Beamte	350.717	344	400	5.783	9.728	366.973
Männer	240.656	263	267	4.672	5.241	251.099
Frauen	110.061	81	133	1.111	4.487	115.873
Inländer	2.279.712	336.791	81.794	39.656	439.895	3.177.8
Männer	1.297.391	197.913	42.071	23.434	203.236	1.764.045
Frauen	982.321	138.878	39.723	16.222	236.659	1.413.803
Ausländer	205.727	75.105	15.352	1.539	92.284	390.007
Männer	128.951	53.851	8.452	989	51.275	243.518
Frauen	76.776	21.254	6.900	550	41.009	146.489
Zusammen	2.485.439	411.896	97.146	41.195	532.179	3.567.855

Tabelle 2: Beschäftigung 1999 – Anteile der Personen- und Erwerbsgruppen (In%)

		DG	ÜE-A/B	AU	PE	SO	alle Gruppen
Arbeiter	43,90	58,55	19,01	3,91	1,12	17,41	100,00
Männer	29,15	60,05	20,17	3,61	1,06	15,10	100,00
Frauen	14,75	55,57	16,72	4,51	1,24	21,97	100,00
Angestellte	45,33	75,07	6,89	2,16	1,09	14,80	100,00
Männer	19,72	79,30	5,66	1,73	1,22	12,09	100,00
Frauen	25,61	71,80	7,83	2,49	0,99	16,89	100,00
Beamte	10,29	95,57	0,09	0,11	1,58	2,65	100,00
Männer	7,04	95,84	0,10	0,11	1,86	2,09	100,00
Frauen	3,25	94,98	0,07	0,11	0,96	3,87	100,00
Inländer	89,07	71,74	10,60	2,57	1,25	13,84	100,00
Männer	49,44	73,55	11,22	2,38	1,33	11,52	100,00
Frauen	39,63	69,48	9,82	2,81	1,15	16,74	100,00
Ausländer	10,93	52,75	19,26	3,94	0,39	23,66	100,00
Männer	6,83	52,95	22,11	3,47	0,41	21,06	100,00
Frauen	4,11	52,41	14,51	4,71	0,38	27,99	100,00
Zusammen	100,00	69,66	11,54	2,72	1,15	14,92	100,00

Grenzen (für eine Stichtagsbetrachtung). Aber beispielsweise im Fall der geringfügigen Beschäftigung führt eine Gleichsetzung zu deutlich überhöhten und teilweise irreführenden Werten, insbesondere über längere Zeiträume. Darüber hinaus dürfen in einer Personenbetrachtung die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die Standardbeschäftigungsverhältnisse nur aggregiert werden, wenn vorher um die Überschneidungen und die Mehrfachbeschäftigung bereinigt worden ist. Diese Punkte sind vor allem deswegen erwähnenswert, weil jede gemeinsame Darstellung von Fällen unterschiedlicher Beschäftigungsformen dazu tendiert, über kurz oder lang als Personendarstellung verstanden zu werden.

Ideal wäre eine Auswertung, die sowohl die Personenzahlen als auch die Zahlen der Beschäftigungsformen in allen Kombinationen umfassend darstellt (möglichst als Vollerhebung, um auch über geringbesetzte Merkmalsgruppen verlässliche Aussagen machen zu können). Mit einer personenbezogenen Auswertung der Standardbeschäftigung soll ein erster Teil der benötigten Daten aufbereitet werden, welche unter Umständen Bestandteil solch einer mehrdimensionalen Arbeitsmarktdarstellung sein könnten.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden monatsweise zunächst die *beschäftigten Personen* erfaßt und nach sozioökonomischen Merkmalen untergliedert. Im Unterschied zur Stichtagszählung des Hauptverbandes werden dabei alle Personen erfaßt, die im jeweiligen Monat zumindest einen Tag beschäftigt waren. Aufgrund der monatlichen Fluktuation wird diese Personenzahl dann größer sein als die Beschäftigungszahl zu einem beliebigen Stichtag, wenn nicht der Faktor Mehrfachbeschäftigung stärker ins Gewicht fällt als der Umfang der Austauschprozesse.

Die Kenntnis der Zahlen beschäftigter Personen in den einzelnen Monaten ermöglicht noch keine Aussagen über die unterjährigen Austauschprozesse auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigten der einzelnen Monate sind zum Teil dieselben und zum Teil verschiedene Personen. In einer eigenen Auswertung wurden deshalb die Anfangsbestände der Beobachtungsjahre sowie monatsweise die Neuzugänge⁶ des Jahres erfaßt und der weitere (Standard)Beschäftigungsverlauf dieser Kohorten verfolgt. Damit ist auch gleich eine Kontrollmöglichkeit für die Konsistenz der einzelnen Auswertungen gegeben: Die Summe aus den Weiterbeschäftigten der Vormonate und den Neueintritten muß jeweils die Beschäftigten eines Monats ergeben, und die Summe aus den Anfangsbeständen und den Neuzugängen von zwölf Monaten die Gesamtzahl der Beschäftigten eines Jahres.

Die Kohorten der Neueintritte werden allerdings nur saldenmäßig über die einzelnen Monate verfolgt. Eine zusätzliche Darstellung aller vorübergehenden unterjährigen Beschäftigungsunterbrechungen hätte bei dreizehn Kohorten für zwölf Monate eine Komplexität erreicht, welche sowohl den Darstellungs- als auch den Kostenrahmen dieser Untersuchung gesprengt hätte. Aufgrund anderer Auswertungen läßt sich abschätzen, daß diese unterjährigen Unterbrechungen größenordnungsmäßig den gleichen Umfang haben dürften wie die Neuzugänge eines Jahres.

In einem weiteren Schritt wurde dann die *Bestandswirkung der beschäftigten Personen* errechnet; d.h., die Personen wurden bei der (merkmalsweisen) Addition gewichtet, und zwar mit dem Anteil der im jeweiligen Monat (bzw. im Gesamtjahr) angefallenen Beschäftigungstage an den möglichen Beschäftigungstagen. Ein Tag war bei diesen Berechnungen die kleinste zeitliche Beobachtungseinheit; deshalb blieben die Mehrfachbeschäftigung von Personen ebenso wie die konzeptuell benachbarte Frage der Arbeitszeit unberücksichtigt.

Dieser Bestand ist ein Volumenswert, umgerechnet in Personen-äquivalente, und er wird im allgemeinen nicht mit einem Stichtagsstand der Beschäftigung übereinstimmen. Personen, die irgendwann im Beobachtungsmonat, aber nicht am Stichtag beschäftigt waren, erhöhen den Bestand gegenüber dem Stichtagsstand, während später eingetretene, aber am Stichtag beschäftigte Personen gegenteilige Auswirkungen haben. Der Nettoeffekt ist nur empirisch bestimmbar. Wenn man die Mehrfachbeschäftigung außer acht läßt, sind diese Bestände mit den Stichtagsständen jedenfalls dann gleich, wenn alle Beschäftigten eines Monats monatsdurchgängig beschäftigt waren. In diesem Sinne kann man Stichtagsstände (oder daraus errechnete Monats- und Jahresmittel) als Schätzwerte für die exakteren Bestände ansehen.

Die Gesamtzahlen der Beschäftigungsverhältnisse zu den Stichtagen werden vom Hauptverband in weiterer Folge auch nach Merkmalen der miterfaßten Personen untergliedert. Aufgrund der oben beschriebenen konzeptuellen Unterschiede werden die sich ergebenden Zahlen nur in Ausnahmefällen mit denselben Untergliederungen dieser Untersuchung exakt übereinstimmen. Theoretische Überlegungen lassen erwarten, daß die Unterschiede überdies in einzelnen Merkmalsgruppen beträchtlich höher ausfallen können als in den größeren Aggregaten. Dies wurde in den Untersuchungen bestätigt.

Im Falle von unterjährigen Zustandsänderungen innerhalb der Standardbeschäftigung (Wechsel der Wirtschaftsklassen, der Bundesländer oder der sozialrechtlichen Stellung usw.) wurden sowohl bei den Personen- als auch bei den Bestandsuntergliederungen nach sozioökonomischen Merkmalen die Zuordnungen anteilig nach den Beschäftigungszeiten vorgenommen und die Ergebnisse auf ganze Zahlen gerundet.

3.3 Personen und Bestände

In den Beobachtungsjahren lag die Personenzahl in jedem Monat deutlich über den entsprechenden Beständen (für 1999 siehe Abbildung 2); die Differenz entsteht durch nicht monatsdurchgängige Beschäftigung. Das sind Beschäftigungsabschnitte, welche entweder insgesamt kürzer als ein Monat sind oder teilweise in einen Monat hineinragen. In absoluten Zahlen betrug der Abstand durchschnittlich gut 61.000 und variierte zwischen 40.000 im Februar und knapp 70.000 im Juli. Damit ist zwar erwartungsgemäß die große Mehrzahl der jeweils Beschäftigten auch monatsdurch-

Tabelle 3: Beschäftigung 1996-1999: Veränderung der Personenzahlen

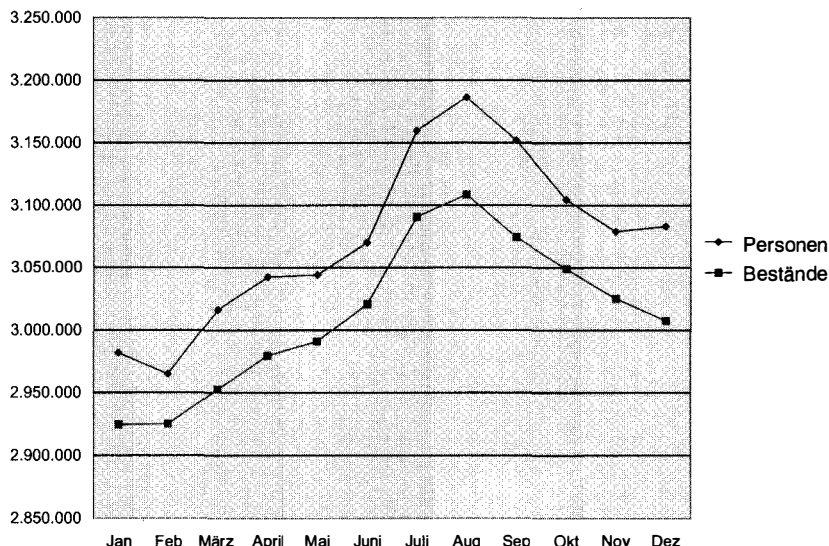
	DG	ÖE-A/B	AU	PE	SO	alle Gruppen
Arbeiter	4.764	-14.833	3.435	-1.981	11.924	3.310
Männer	1.786	-15.798	1.591	-1.435	6.200	-7.657
Frauen	2.979	965	1.845	-545	5.724	10.967
Angestellte	62.817	843	5.743	2.530	23.852	95.785
Männer	20.099	-1.677	2.234	1.471	7.962	30.090
Frauen	42.718	2.520	3.509	1.059	15.890	65.698
Beamte	-3.143	60	92	347	183	-2.463
Männer	-6.004	40	21	-1	72	-5.871
Frauen	2.861	20	70	347	110	3.409
Inländer	53.236	-12.450	6.502	1.050	27.034	75.372
Männer	11.709	-14.009	2.217	172	8.981	9.070
Frauen	41.527	1.559	4.285	878	18.053	66.302
Ausländer	12.285	-531	3.035	1	14.141	28.931
Männer	4.933	-2.866	1.883	-55	7.415	11.310
Frauen	7.352	2.335	1.152	56	6.726	17.621
Zusammen	65.521	-12.981	9.537	1.051	41.175	104.303

Tabelle 4: Beschäftigung 1996-1999: Veränderung der Personenzahlen in %

	DG	ÜE-A/B	AU	PE	SO	alle Gruppen
Arbeiter	0,52	-4,75	5,94	-10,13	4,57	0,21
Männer	0,29	-7,00	4,43	-11,48	4,11	-0,73
Frauen	1,03	1,11	8,42	-7,73	5,21	2,13
Angestellte	5,46	0,76	19,71	16,73	11,07	6,30
Männer	3,74	-4,04	22,52	20,69	10,33	4,47
Frauen	6,96	3,65	18,25	13,21	11,48	7,75
Beamte	-0,89	21,12	29,62	6,37	1,91	-0,67
Männer	-2,43	17,73	8,70	-0,02	1,40	-2,28
Frauen	2,67	33,57	111,30	45,46	2,52	3,03
Inländer	2,39	-3,56	8,64	2,72	6,55	2,43
Männer	0,91	-6,61	5,56	0,74	4,62	0,52
Frauen	4,41	1,14	12,09	5,72	8,26	4,92
Ausländer	6,35	-0,70	24,64	0,07	18,10	8,01
Männer	3,98	-5,05	28,66	-5,27	16,91	4,87
Frauen	10,59	12,34	20,04	11,34	19,62	13,67
Zusammen	2,71	-3,06	10,89	2,62	8,39	3,01

gänglich beschäftigt, aber für eine beträchtliche Zahl von Personen gilt dies nicht (61.000 entsprechen gut 2% des Bestandes).

Abbildung 2: Beschäftigung 1999: Personen und Bestände monatsweise



Die Differenz von Personen und Beständen ist nicht die Zahl der Personen, welche von nicht monatsdurchgängiger Beschäftigung betroffen sind. Der Wert sagt nur aus, daß in diesem Ausmaß theoretisch der Bestand größer oder die Personenzahl geringer sein könnte.

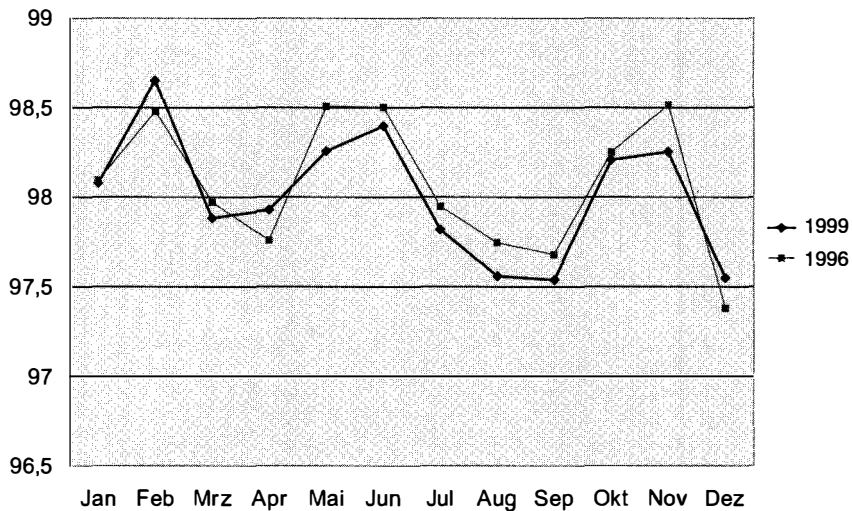
Eine Gegenüberstellung von Personenzahlen und Bestandszahlen für die Gruppe der jahresdurchgängig Beschäftigten ermöglicht weiters eine Abschätzung, inwieweit die Größe dieser Gruppe von der 28-Tage-Regel⁷ beeinflusst wird. Die Differenz beträgt im Schnitt monatlich jedoch nur etwa 100 bei 2,5 Millionen jahresdurchgängig Beschäftigten, von denen knapp 7% im Jahresverlauf den Dienstgeber mindestens einmal gewechselt haben.

Daraus folgt, daß die Differenz zwischen Beständen und Personen von 61.000 praktisch zur Gänze bei den nicht jahresdurchgängig Beschäftigten entsteht. Diese vier Gruppen stellen zusammen durchschnittlich etwa 590.000 Beschäftigte pro Monat; 61.000 entsprechen somit gut 10%.

Das Phänomen nicht monatsdurchgängiger Beschäftigung konzentriert sich nahezu vollständig auf Personengruppen, welche auch nicht jahresdurchgängig beschäftigt sind.

Erwartungsgemäß ist nicht monatsdurchgängige Beschäftigung nicht gleichmäßig über das Kalenderjahr verteilt (siehe Abbildung 3). Der Quotient⁸ aus Beständen und Personen zeigt ein typisches Saisonmuster, welches sich in den beiden Beobachtungsjahren, abgesehen von geringen

Abbildung 3: Beschäftigung 1996 und 1999: Bestände als Prozentsätze der Personenzahlen monatsweise



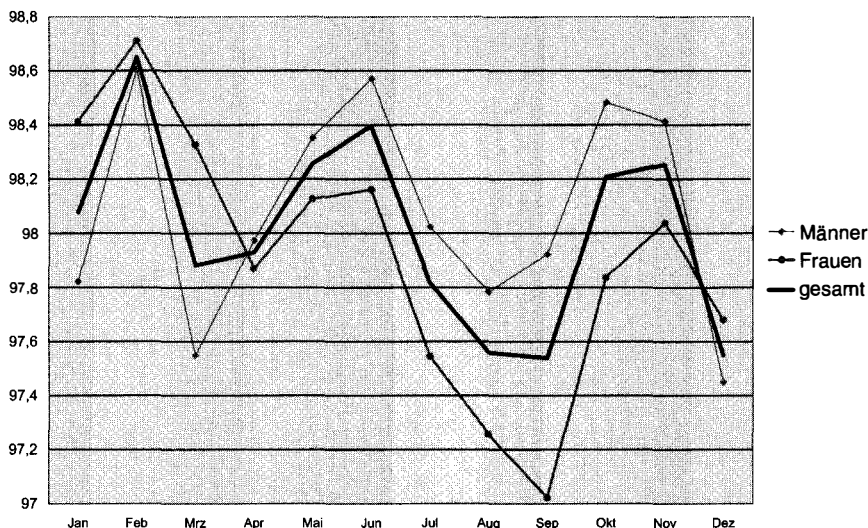
monatlichen Abweichungen, wiederholt hat. Er ist sowohl in jenen Monaten niedriger, wenn in den Saisonbranchen die Beschäftigungsverhältnisse verstärkt beginnen bzw. beendet werden, als auch im Dezember durch den temporären Personalbedarf des Weihnachtsgeschäftes sowie in den Sommermonaten, wenn verstärkt die Übertritte aus dem Ausbildungssystem ins Beschäftigungssystem, Ferialstellen und -praktika sowie befristete Urlaubsvertretungen auftreten.

Die Abbildung 4 zeigt zusätzlich den Graphen für Männer und jenen für Frauen. Bei nur marginal unterschiedlichen Werten im Jahresdurchschnitt (98,0% für Männer und 97,9% für Frauen 1999) und einem ähnlichen unterjährigen Verlauf lagen die Werte für Frauen in den Monaten Januar bis März (bzw 1996 bis April) sowie im Dezember über denen der Männer, in den übrigen Monaten darunter. Die Jahresdurchschnittswerte lagen 1996 für beide um jeweils einen Promillepunkt höher, während sich die Saisonmuster kaum unterschieden.

3.4 Bestände, Stichtagsstände und Monatsmittel im Vergleich

Abbildung 5 zeigt, daß die Stichtagsstände zum Monatsletzten die tatsächlich angefallenen Bestände etwas überschätzen (im Jahresschnitt um 0,75%). Diese Überschätzung ist erwartungsgemäß in den Monaten steigender Beschäftigung – von Februar bis Juli – ausgeprägter als im Rest des Jahres. Ein Übergang zu Monatsmitteln⁹ führt nicht notwendigerweise in allen Monaten zu einer besseren Annäherung: Im Beobachtungsjahr 1999 war in der Hälfte der Monate der jeweilige Stichtagsstand dichter am tatsächlichen Bestand. Der Zeitpunkt des Beschäftigungshöchststandes ist ebenfalls von der gewählten Auswertungsart nicht unabhängig: Bei den

Abbildung 4: Beschäftigung 1999: Bestände als Prozentsätze der Personenzahlen monatsweise (Gesamt, Männer, Frauen)



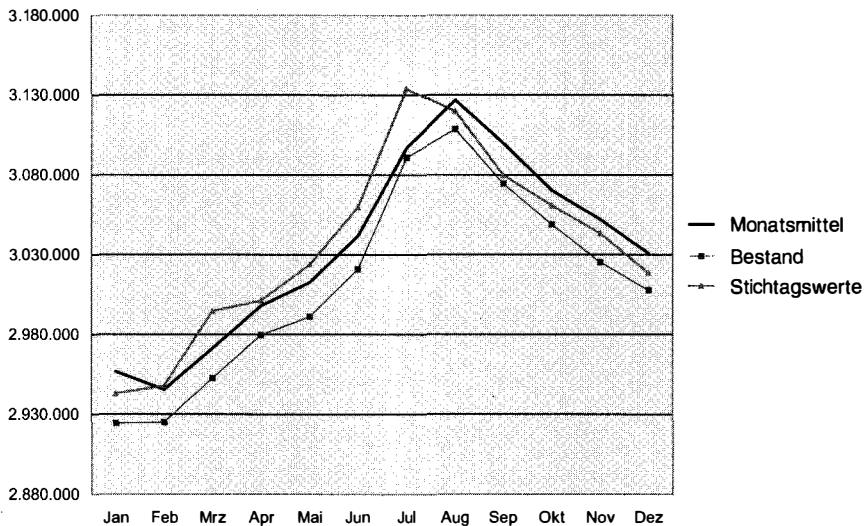
Stichtagsständen lag er im Juli, beim Bestand (und natürlich auch bei den Monatsmitteln hingegen) erst im August.

4. Neuzugänge der Standardbeschäftigung im Jahresverlauf

Die Fluktuation auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, gemessen als Gesamtzahl aller Aufnahmen bzw. Beendigungen von Beschäftigungsverhältnissen, liegt nach derzeitigem Kenntnisstand bei jeweils etwa 1,5 Mio., wobei diese Zahlen keineswegs robust gegenüber Änderungen der operationalen Definitionen sind. In dem Zeitfenster eines Kalenderjahres kann es sich dabei einerseits um neueintretende bzw. für den weiteren Beobachtungszeitraum ausscheidende Personen handeln oder um Unterbrechungen und Wiederaufnahmen von Beschäftigungsabschnitten durch Personen, welche im Jahresverlauf schon standardbeschäftigt waren.

Vorübergehende Unterbrechungen und Wiedereintritte werden im Rahmen dieser Studie nicht näher untersucht, weil sie für das Ziel, die Personenzahlen eines Zeitraums möglichst vollständig zu erfassen, eher ein Nebenthema darstellen und weiters auch die Datenfülle in überschaubaren Grenzen gehalten werden sollte. Erfasst wurden aber neben den Anfangsbeständen¹⁰ monatsweise alle Neuzugänge, und zwar gesondert für die fünf definierten Erwerbsgruppen. Für diese dreizehn Kohorten wurden dann für jeden weiteren Monat die in Beschäftigung befindlichen Personen gezählt. Die Monatsdifferenz zum Startwert einer Kohorte ist somit eine Untergrenze für die Abgänge, weil es in gewissem Umfang auch zu Wiedereintritten kommt. Aus demselben Grund kann außer in der Gruppe der durchgängig Beschäftigten bei den „Verbliebenen“ nicht auf

Abbildung 5: Beschäftigung 1999: monatliche Stichtagswerte und Bestände, Monatsmittelwerte



durchgängige Beschäftigung seit der Beschäftigungsaufnahme geschlossen werden. In den beiden Gruppen der überwiegend Erwerbstätigen sowie der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern reduzieren sich die Anfangsbestände bis Jahresende nicht auf Null; daraus kann aufgrund der Definitionen dieser beiden Gruppen als nichtdurchgängig Beschäftigte auf unterjährige Unterbrechungen in den entsprechenden Größenordnungen geschlossen werden. (Hier handelt es sich wieder um Untergrenzen).

Durch diese Auswertung sollte in erster Linie gezeigt werden, wie sich die Gesamtpersonenzahl im Jahresverlauf aufgebaut hat. Es wird nur ein Teil der Fluktuation sichtbar.

Idealerweise hätte man bei dieser Auswertung nicht Kalenderjahre, sondern Zeiträume von 13 oder sogar 14 Monaten untersuchen müssen – zur Darstellung des Abschlüssens aller Kohorten sogar mindestens 24 Monate. Für die genauere Berechnung der Abgänge eines Jahres wäre der Beschäftigungsendstand des Beobachtungsjahres erforderlich; da aber nur Zahlen über die beschäftigten Personen des Gesamtmonats Dezember vorliegen, können die Dezemberabgänge nicht berechnet werden. Weiters enden zum Jahreswechsel deutlich mehr Beschäftigungsverhältnisse als in den (meisten) übrigen Monaten. Es könnte durchaus aufschlußreich sein, die Differenz zwischen den Anfangsbeständen des Beobachtungsjahres und den Endständen des jeweiligen Vorjahres näher zu untersuchen. (Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Beschäftigungsverhältnissen endet genau mit dem Jahreswechsel).

Ein stärkeres Anwachsen der Zugangszahlen bezogen auf andere Werte des Beschäftigungswachstums – vor allem auf Bestandswerte – kann ein Hinweis auf ein Ansteigen des Arbeitskräfteumschlags, also der Fluktua-

tion, sein. Schneller wachsende Zugangszahlen können aber auch einfach nur Begleiterscheinung des Beschäftigungswachstums selbst sein: Bei einem beschleunigten Beschäftigungswachstum ist damit zu rechnen, daß die Personenzahlen den Bestandswerten vorauseilen. Ein Hinweis auf zunehmende Fluktuation muß somit an anderer Stelle gesucht werden; insbesondere eine gleichzeitige Zunahme des Abschmelzens der Beschäftigungskohorten kann solch ein Hinweis sein.

Es ist allerdings zu beachten, daß die Arbeitsmarktflyktuation auch eine konjunktuelle Komponente haben kann: Wenn in Phasen mit schlechter Arbeitsmarktlage auch weniger attraktive Arbeitsplätze akzeptiert wurden, werden diese im Zuge einer anhaltenden Arbeitsmarkterholung auch verstärkt wieder aufgegeben. Ein Anstieg der Fluktuation kann somit auch temporär und Zeichen einer allgemeinen Verbesserung der Bedingungen sein.

4.1 Zugänge insgesamt

Die 3,567.855 durchgehend oder vorübergehend standardbeschäftigten Personen des Jahres 1999 unterteilen sich in einen Anfangsbestand von 2,915.209 sowie 652.646 im Jahresverlauf neuzugegangene Personen. Das waren durchschnittlich 54.387 Personen pro Monat oder 1,8% des Jahresdurchschnittsbestandes. Damit lagen die Neuzugänge durchschnittlich pro Monat um etwa 46.000 höher als die Bestandsänderungen. Das verdeutlicht das Ausmaß der Fluktuationen.

In absoluten Zahlen lagen die Zugänge der Männer für das gesamte Jahr 1999 um knapp 45.000 höher als die der Frauen, diese hatten jedoch einen höheren Zugangsanteil: 19,5% aller beschäftigten Frauen gingen im Jahresverlauf 1999 zu; das waren 2,1 Prozentpunkte mehr als bei den Männern (17,4%). Diese Differenz betrug 1996 nur 1,2 Prozentpunkte, was jedoch großteils durch das stärkere Beschäftigungswachstum der Frauen bedingt sein dürfte.

1996 betrug der Anfangsbestand noch 2,843.973 Personen, und 619.579 gingen im Jahresverlauf zu (durchschnittlich 51.632 pro Monat). Einem Wachstum der Beschäftigungsbestände um 2,7% steht somit ein Wachstum der Zugänge um 5,3% gegenüber; die Differenz scheint jedoch zu groß zu sein, als daß sie ausschließlich durch das beschleunigte Beschäftigungswachstum erklärt werden könnte. Vieles deutet eher darauf hin, daß die Fluktuation zugenommen hat, parallel zum Anwachsen des Beschäftigungsanteils der Frauen.

Sowohl die Anfangsbestände als auch die Zugänge schmelzen im Verlauf eines Jahres teilweise wieder ab, jedoch mit sehr unterschiedlichen Raten. Im Jahr 1999 haben sich die Anfangsbestände insgesamt bis Dezember um 7,9% (230.450 Personen) reduziert, während im gleichen Zeitraum bereits 39% (254.166 Personen) der Zugänge wieder ausgeschieden waren, also zusammen 485.000 Personen. Gegenüber dem Vergleichsjahr 1996 hat sich das Abschmelzen der Anfangsbestände

prozentuell um 0,3 Prozentpunkte verringert, während das der Zugänge um 0,6%pkte angewachsen ist.

Prozentuell gesehen waren Frauen von diesem Abschmelzen stärker betroffen als Männer, aber der Abstand hat sich verringert: Bei den Anfangsbeständen lag der Wert der Frauen 1996 noch 3,1%pkte höher als bei den Männern (10% gegenüber 6,9%), 1999 nur noch 2,6%pkte. Bei den Zugängen ging der Abstand von 2,4%pkte auf 0,34%pkte zurück, allerdings vor allem aufgrund eines Anstieges bei den Männern um 1,4%pkte.

Bei den Männern sind die Zugänge anteilmäßig ziemlich konstant geblieben, aber der Verbleib war rückläufig. Bei den Frauen hingegen haben die Zugänge relativ an Bedeutung gewonnen, was bei dem deutlich stärkeren Wachstum der Frauenbeschäftigung nicht verwundert. Während bei den Anfangsbeständen die Männer auch 1999 noch deutliche höhere Verbleibsraten aufwiesen, war der Unterschied bei den Zugängen schon fast verschwunden.

Die Dynamik der Anfangsbestände dürfte sich eher in Richtung der männlichen Beschäftigungsmuster entwickeln, während die Zugänge sich eher in Richtung der weiblichen bewegen.

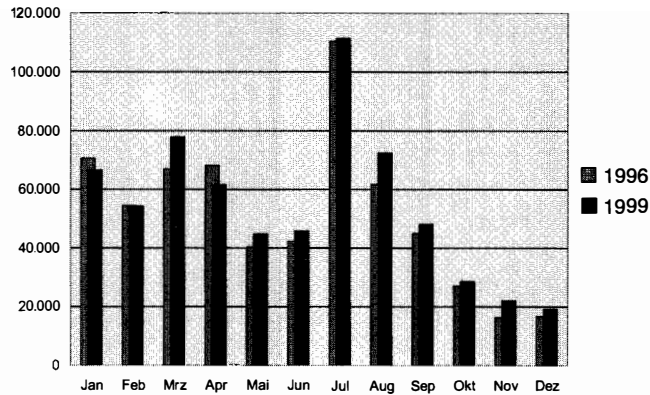
Verglichen mit den Männern waren die Zugänge der Frauen in beiden Beobachtungsjahren gleichmäßiger auf die Kalendermonate verteilt (siehe Abbildungen 6.1-6.3). Besonders in ersten Monaten des Jahres gingen jeweils erheblich mehr Männer zu. Während die Frauen von Februar bis Mai eher gleichmäßige Zugänge zwischen 20.000 und 25.000 pro Monat hatten, zeigten sich bei den Männern besonders im März und April (57.481 bzw. 37.887 Zugänge) ein starker Einfluß der Beschäftigungsanstiege in den Saisonbranchen. In den Monaten Mai bis August waren die Unterschiede auch in absoluten Zahlen nur sehr gering. Der Juli war der zugangsstärkste Monat des Jahres (1999 57.481 Zugänge von Männern sowie 53.899 von Frauen). Danach gingen die Zugänge in beiden Jahren kontinuierlich zurück, bei den Männern allerdings etwas stärker als bei den Frauen. Im Hinblick auf den üblicherweise starken Beschäftigungsrückgang im Januar sind die Zugänge dieses Monats erstaunlich hoch (36.170 Männer und 30.421 Frauen). Das hat seinen Grund in erster Linie darin, daß viele Beschäftigungsverhältnisse genau zum Jahreswechsel enden und der daraus entstehende Ersatzbedarf in den Bestandszahlen kaum sichtbar wird. Auch Übertritte in die Pension häufen sich zu dieser Zeit. Die betreffenden Personen sind zum Stichtag 31. Dezember noch beschäftigt und am Stichtag 31. Januar des Folgejahres bereits weitestgehend durch andere Personen ersetzt, und damit geht bei der Bestandserfassung zu Stichtagen diese Dynamik völlig unter.

4.2 Zugänge nach Erwerbsgruppen

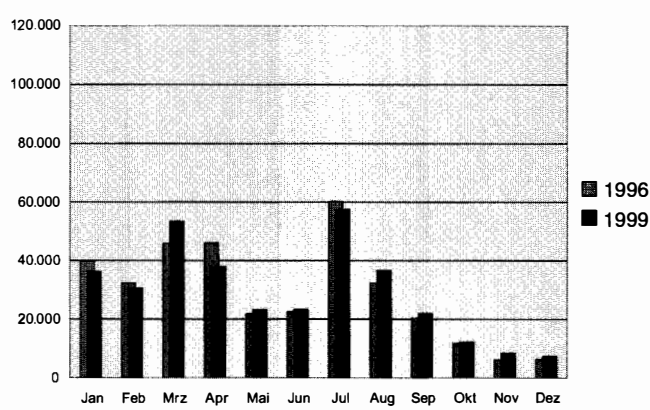
Die untersuchten Erwerbsgruppen zeigen sowohl hinsichtlich ihrer unterjährigen Zugangsmuster als auch hinsichtlich ihres Verbleibs in Standardbeschäftigung deutliche Unterschiede.

Abbildungen 6.1-6.3: Beschäftigung 1996 und 1999: Monatliche Neuzugänge in Standardbeschäftigung

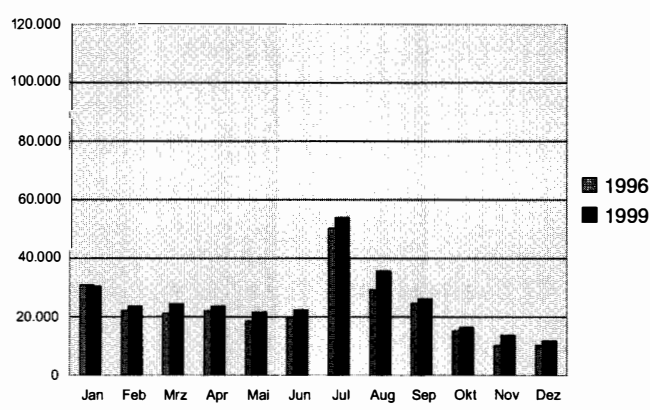
Gesamt



Männer



Frauen



Erstzugänge in *durchgängige Beschäftigung (DG)* kann es definitionsbedingt jedes Jahr nur im Januar geben. 1999 traten 12.453 Personen dieser Erwerbsgruppe ein; das waren 18,7% der Januarzugänge. 1996 waren es noch 15.688 Personen bzw. 22,2%. Die Zugänge in durchgängige Beschäftigung waren in beiden Jahren bei den Frauen in absoluten Zahlen und damit natürlich auch prozentuell höher als bei den Männern. Diese Gruppe schmilzt bis zum Jahresende geringfügig ab (-2.296 Personen), dabei handelt es sich um Todesfälle, welche eine vorher durchgängige Beschäftigungen beendeten. Das ist strenggenommen keine jahresdurchgängige Beschäftigung im engeren Sinn, aber bei einer Verschiebung dieser Personen in die Gruppe jener mit sonstigen Erwerbsmustern wäre diese Information verlorengegangen.

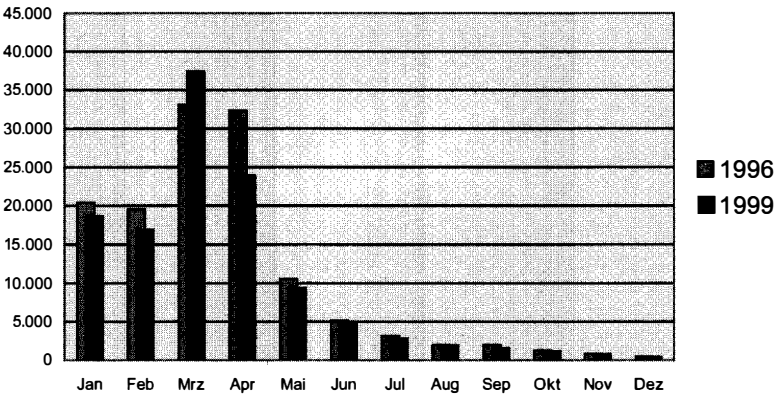
Die Gruppe der *überwiegend Erwerbstätigen mit Arbeitslosigkeit (ÜE-A/B)* verteilte sich auf einen Anfangsbestand von 231.655 (56,2%) und 180.241 Zugänge (43,7%), welche deutlich überwiegend in den ersten vier (bis 5) Monaten der Beobachtungsjahre stattgefunden haben, zwischen 25.000 und 30.000 in den ersten zwei Monaten sowie zwischen 35.000 und knapp 50.000 in den Monaten März und April (siehe Abbildungen 7.1 und 7.2). Ab Mai gingen die Zugänge jeweils merklich zurück. In dieser Gruppe besteht zwischen Männern und Frauen ein deutlicher Unterschied: Während das oben beschriebene Muster für das erste Quartal bei den Männern – um etwa 10.000 Zugänge verkleinert – wieder sichtbar wird,¹¹ lagen die Zugänge der Frauen in diesen Monaten nahezu beständig um die 10.000. Ab Mai waren dann die Zugangsmuster auch in absoluten Zahlen wieder nahezu gleich.

70,4% des Anfangsbestandes (163.173 Personen) befanden sich auch im Dezember in Beschäftigung. Da durchgängige Beschäftigung in dieser Gruppe ausgeschlossen ist müssen diese Personen im Laufe des Jahres Beschäftigungsunterbrechungen gehabt haben – entweder mehr als 28 Tage oder/und Perioden registrierter Arbeitslosigkeit. Das gleiche trifft vermutlich auf zumindest einen Teil Januarzugänge zu. Von den Zugangskohorten fanden sich im Dezember sogar 77,9% in Beschäftigung, das waren 140.432 Personen.

In der Gruppe der *Personen mit sonstigen Erwerbsmustern (SO)* dominierten die Zugänge mit 67,4% (358.388 Personen) deutlich gegenüber dem Anfangsbestand von 32,6% (173.791 Personen). Während bei der Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen vor allem in den ersten Monaten der Jahre zwischen den Zugangsmustern von Männern und Frauen markante Unterschiede sichtbar waren, ist hier weitestgehende Ähnlichkeit gegeben (siehe Abbildung 8). Bis Mai waren die Zugänge jeweils ziemlich gleichmäßig mit durchschnittlich 25.000 pro Monat. In den Haupturlaubsmonaten von Juni bis September waren die Zugänge erhöht mit einer einsamen Spitze im Juli von deutlich über 70.000. Das dürfte im wesentlichen durch Urlaubsvertretungen, Praktika und Ferialjobs zu erklären sein. Vor allem in den Monaten Juli und August ist die Zahl der Jugendlichen zwischen 15 und 25 deutlich erhöht. Zum Jahresende hin

Abbildung 7.1-7.2: Beschäftigung 1996 und 1999: Monatliche Neuzugänge in Standardbeschäftigung, Gruppe ÜE-A/B

Männer



Frauen

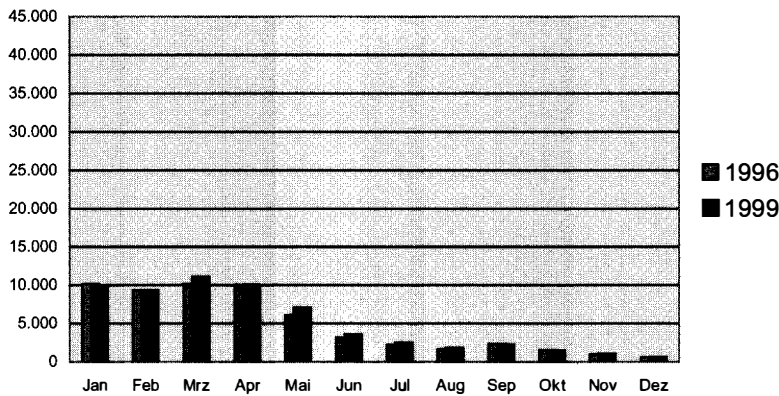
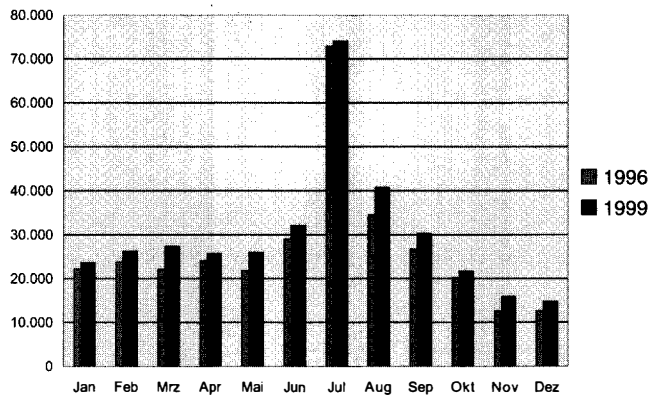


Abbildung 8: Beschäftigung 1996 und 1999: Monatliche Neuzugänge in Standardbeschäftigung, Gruppe SO insgesamt



sinken die Zugänge stetig ab, für Männer vergleichsweise stärker, liegen aber in jedem Monat deutlich über denen der Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen. Dieser Unterschied ist bemerkenswert. Ab August stieg beispielsweise 1999 die Zahl der Nichtbeschäftigten aus der Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen allmählich von 66.000 auf 108.000. Es ist nicht erklärlich, warum diese Personen nicht stärker an den Beschäftigungsmöglichkeiten partizipiert haben, welche offensichtlich von Personen mit sonstigen Erwerbsmustern in diesen Monaten angetreten werden konnten.

In dieser Gruppe befanden sich 28,7% des Anfangsbestandes (49.818 Personen) im Dezember in Beschäftigung sowie 53,7% der Zugänge (192.547 Personen). Für diese Personen aus dem Anfangsbestand (und der Januarkohorte) gilt die Aussage des vorletzten Absatzes analog.

Personen, die allmählich (wieder) in eine durchgängige Beschäftigung hineinwachsen, z.B. nach einer Karenz, finden sich vor allem auch in dieser Erwerbsgruppe. Das erklärt den großen Unterschied in den Verbleibsraten der Zugänge jedoch nicht.

In der Gruppe der *Personen mit Übertritt in die Pension (PE)* dominiert ein Anfangsbestand von 36.778, welcher sich im Jahresverlauf kontinuierlich verringert. Nur 8,4% der 41.195 Personen dieser Gruppe gehen im Jahr des Austritts aus dem Beschäftigungssystem noch zu. Die Zahl der Zugänge nimmt bis zum Jahresende ebenso wie der Anfangsbestand und frühere Zugangskohorten ab. Im Dezember waren 1999 noch 2.267 Personen (6%) beschäftigt. Der Jahresendstand mußte definitionsgemäß Null sein.

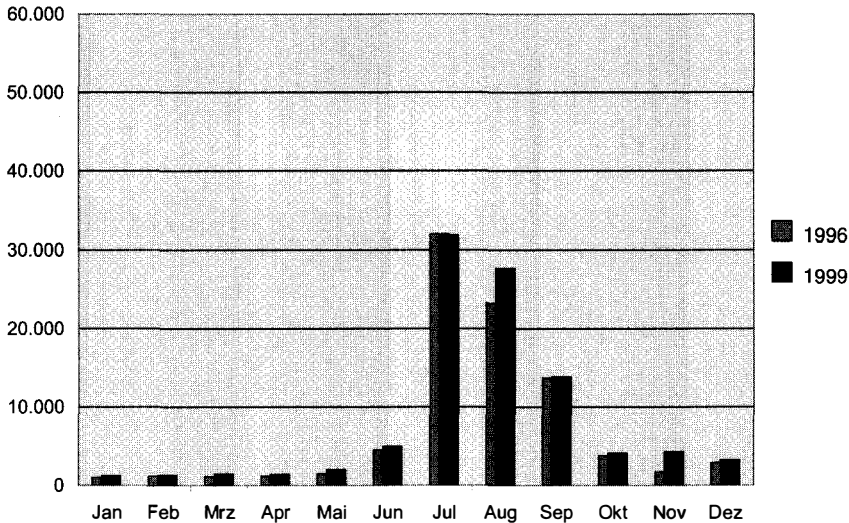
Die Gruppe der *ins Erwerbsleben Eintretenden (AU)* besteht aus Personen, die direkt aus der Ausbildung entweder ein Beschäftigungsverhältnis (meist als Lehrlinge oder nach der Matura) dauerhaft antraten oder eine erste Ferienstelle bzw. ein Praktikum begannen. Damit konzentrierten sich die Zugänge im wesentlichen auf das dritte Quartal (75% oder 73.343 im Jahr 1999). Die anderen 25% waren vermutlich Personen, deren Übergang ins Beschäftigungssystem sich freiwillig oder aufgrund von Schwierigkeiten verzögerte. Einen Anfangsbestand kann es in dieser Gruppe definitionsbedingt nicht geben. 51.860 Personen oder 53,4% waren im Dezember noch in Standardbeschäftigung (siehe Abbildung 9).

Die Auswertung der Zugangskohorten zeigt wiederum, daß die Frauenbeschäftigung im Jahresverlauf unbeständiger ist als die der Männer. Es scheint aber zu einer beiderseitigen Annäherung der Muster zu kommen.

5. Intensität der Standardbeschäftigung (Auslastung der Erwerbspersonen)

Zwischen den beschäftigten Personen eines Zeitraums und den in demselben Zeitraum anfallenden Beständen besteht eine grundlegende rechnerische Beziehung (siehe Kapitel 3), die sich auf unterschiedliche Arten umformen und quantitativ auswerten läßt.

Abbildung 9: Beschäftigung 1996 und 1999: Monatliche Neuzugänge in Standardbeschäftigung, Gruppe AU, gesamt



Der Quotient aus Personen und Beständen gibt den *Personenüberhang* an. In Prozent ausgedrückt, gibt dieser Wert an, in welchem Maß die Zahl der Personen, die im System insgesamt oder in einer Teilmenge der Beschäftigung zum Einsatz kamen, größer war als die jeweiligen Bestandszahlen.

Der Kehrwert dieses Quotienten mal 100, die *Auslastung oder Beschäftigungsintensität* der Personen, gibt an, in welchem Maße die (standard)-beschäftigten Personen im Verhältnis zu einem pro Zeitraum theoretisch maximal möglichen Ausmaß tatsächlich beschäftigt waren. Die beiden Begriffe Auslastung bzw. Beschäftigungsintensität werden im folgenden synonym verwendet.

Durch Multiplikation des Kehrwerts des Personenüberhangs mit der Länge des Zeitraums in Tagen ergibt sich die durchschnittliche *Dauer* der Beschäftigung in Tagen.

Jede dieser Darstellungsarten ist nur jeweils eine mögliche Form, einen ex post gegebenen Zusammenhang zwischen empirisch gemessenen Arbeitsmarktgrößen begrifflich und quantitativ auszudrücken. Es ist zunächst klar, daß eine einfache mathematische Umformung empirisch ermittelter Werte im allgemeinen keine Informationen über Freiwilligkeit oder Unfreiwilligkeit der beteiligten Personen (bzw. auch der Unternehmen) hinsichtlich der Beobachtungen erzeugt. Die gewählte Darstellungsart kann allerdings Assoziationen auslösen und die Richtung weiterer Überlegungen mitbestimmen. Es besteht daher die Möglichkeit von Eigendynamiken, welche auch von den jeweiligen Interessenlagen beeinflusst werden kann.

Eine Darstellung der Ergebnisse als Personenüberhang birgt besonders in einer Arbeitsmarktsituation unklarer partieller Engpässe im Arbeitskräfte-

angebot die Gefahr, daß die tatsächlichen oder vermeintlichen ‚Fachkräftemängel‘ noch weiter nach oben revidiert werden. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß die meisten diesbezüglich vorliegenden Schätzungen bestandsbasiert sind.

Die Auslastungsperspektive wiederum zeigt vorhandene Arbeitsmarktreserven auf, welche unter geeigneten Voraussetzungen aktiviert werden können. Wenn man aber davon ausgeht, daß Vollausslastung der Ressourcen bei den Arbeitskräften der einzige Zustand sei, welcher mit Freiwilligkeit der Beteiligten korrespondieren könne, dann sieht man unweigerlich ein Arbeitsmarktproblem, welches in dieser Form nicht notwendigerweise realitätsfundiert sein muß.

Vieles würde deshalb dafür sprechen, die Darstellungsart der Dauer zu wählen. Zum einen ist die Dauer ein zunächst neutrales gedankliches Konzept, das von den oben erwähnten Problemen am wenigsten berührt wird. Zum anderen ist Dauer, in Tagen, Monaten oder Jahren gemessen, ein vertrautes Konzept, dessen Größen sowie deren Veränderungen unmittelbar verständlich sind. Die Vertrautheit des Begriffe ist jedoch auch das größte Problem dieser Darstellungsart: Veränderungen von weniger als einem Tag werden zu leicht als unwichtig wahrgenommen, auch wenn sie in großen Aggregaten mit beträchtlichen Bestandseffekten verbunden sein können. Außerdem existieren verschiedene, jeweils methodisch berechnete Dauerbegriffe, was ebenfalls zu Unklarheiten beitragen kann.

Es wird deshalb für die weiteren Ausführungen die Darstellungsart der Auslastung bzw. Beschäftigungsintensität gewählt.

In einzelnen kleineren Gruppen kann sich die Beschäftigungsintensität der Personen auch über kürzere Zeiträume durchaus in der Größenordnung von Prozentpunkten ändern, während in größeren Aggregaten aufgrund der Trägheit des Gesamtsystems Verschiebungen eher im Bereich von einigen Promillepunkten zu erwarten sind. In Anbetracht der dann zugrundeliegenden großen Bezugswerte sind diese kleinen Differenzen jedoch nicht zu vernachlässigen: Wenn sich bei einem jahresdurchschnittlichen Bestand von mehr als drei Mio. Beschäftigungsverhältnissen die Auslastung um einen Promillepunkt verringert bedeutet dies über 3.000 zusätzliche Personen für einen unveränderten Bestand. Oder anders ausgedrückt: Auf ein Kalenderjahr umgelegt bedeutet ein Rückgang der Auslastung um einen Promillepunkt, daß grob gerechnet jeder Dritte Beschäftigte seine durchschnittliche Beschäftigungsdauer um einen Tag reduziert.

5.1 Beschäftigungsintensität: Personengesamtheit

Im Jahr 1999 lag die Beschäftigungsintensität insgesamt bei 84,43% (siehe Tabelle 5). Die 2,485.439 jahresdurchgängig Beschäftigten kamen mit 99,95% nahe an den theoretischen Maximalwert,¹² während 1,082.416 Personen ohne jahresdurchgängige Beschäftigung nur 48,8% erreichten.¹³ Unter diesen hatte die Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen mit 70,09%

die höchste Auslastung, gefolgt von den in die Pension Austretenden mit 45,56%. Die Personen mit sonstigen Erwerbsmustern waren mit 37,19% nur noch zu etwas mehr als einem Drittel des Jahres in Beschäftigung, und die Ersteintretenden mit 23,60% zu weniger als einem Viertel.

Auslastungsunterschiede zwischen Personengruppen können durch abweichende Auslastungen in den Erwerbsgruppen zustande kommen und/oder durch eine andere Verteilung der Personen auf die hinsichtlich der Beschäftigungsintensitäten stark unterschiedlichen Erwerbsgruppen. Änderungen bei den Ein- bzw. Austretenden wirken sich aufgrund der geringen Personenzahl dieser Gruppen auf die aggregierten Werte allerdings kaum aus; beide Gruppen zusammen umfassen weniger als 4% aller Personen.

1999 gab es um 104.303 beschäftigte Personen mehr als 1996 (15.261 Männer und 63.635 Frauen), während der durchschnittliche Beschäftigungsstand nur um 78.898 gestiegen war (+16.456 bei den Männern und +48.753 bei den Frauen). Damit ist die Auslastung insgesamt in diesem Zeitraum um 0,26 Prozentpunkte auf 84,43% zurückgegangen, bei den Männern um 0,11 Prozentpunkte auf 85,96%, und bei den Frauen um 0,38 Prozentpunkte auf 82,84%.

5.2 Beschäftigungsintensität: Unterschiede nach Erwerbsgruppen

Die Auslastung der durchgängig Beschäftigten ist um 0,1 Prozentpunkte zurückgegangen; diese Veränderung liegt im Bereich datentechnischer und kalenderbedingter¹⁴ Streuungen und sollte nicht interpretiert werden. Trotz des größten Zuwachses in absoluten Zahlen (+65.209) hat diese Gruppe anteilmäßig 0,2 Prozentpunkte verloren und lag 1999 bei 69,7% (-0,1 %punkte Rückgang bei den Männern auf 72,03% und -0,5%punkte bei den Frauen auf 67,9%).

Die Gruppe der *überwiegend Erwerbstätigen* mit Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ist sowohl in absoluten Zahlen (-12.981) als auch anteilmäßig (-0,7%punkte) zurückgegangen. Die Auslastung hat sich um 1,39 Prozentpunkte auf 70,1% erhöht. Bei den Männern ist die Personenzahl um 16.875 zurückgegangen, die Bestandswirkung hingegen nur um 8.359; daraus resultiert ein Rückgang des Anteils dieser Gruppe um knapp einen Prozentpunkt sowie eine Zunahme der Auslastung um 1,41 Prozentpunkte auf 72,03 % im Jahr 1999. Die Zahl der Frauen ist um 3.894 gestiegen, die Bestandswirkung sogar um 5.185 Personenjahre; die Auslastung stieg um 1,65%punkte auf 67,03%, lag aber immer noch 5%punkte niedriger als die der Männer. 11,54% aller Personen fielen 1999 in die Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen (12,54% der Männer und 10,26% der Frauen).

1999 gab es 97.146 *Ersteintritte* in Standardbeschäftigung, 9.537 mehr als 1996 (50.523 Männer und 46.623 Frauen). Der Anteil dieser Gruppe hat sich um knapp 0,2 Prozentpunkte auf 2,72% erhöht, die Auslastung ist um 0,91%punkte auf 23,6% gefallen.

Tabelle 5: Beschäftigungsintensitäten 1999 nach sozioökonomischen Merkmalen, Gesamtbeschäftigung

	Alle Gruppen	Durchgängig beschäftigt	Überwiegend erwerbstätig	Eintritt in das Erwerbsleben	Austritt aus dem Erwerbsleben	Sonstige Erwerbsmuster
Gesamt	84,43	99,95	70,09	23,60	45,56	37,19
Staatsbürgerschaft						
Inländer/-innen	85,35	99,95	69,45	23,67	45,64	36,91
Ausländer/-innen	76,97	99,96	72,92	23,23	43,44	38,52
Sozialrechtliche Stellung						
Arbeiter/-innen	79,62	99,94	70,95	24,85	42,12	35,44
Angestellte	86,36	99,96	67,72	20,94	46,38	38,55
Beamte/-innen	97,69	99,94	75,06	38,28	53,79	46,20
Wirtschaftsobergruppen						
Land- und Forstwirtschaft	57,36	99,94	70,50	18,99	37,41	23,96
Bergbau	86,68	99,90	75,77	15,55	47,53	32,28
Sachgüterproduktion	87,66	99,95	70,97	23,68	45,80	35,88
Energie- und Wasserversorgung	88,51	99,94	69,49	15,79	47,06	25,21
Bauwesen	82,79	99,94	75,84	29,91	41,23	42,24
Handel, Instandhaltung, Reparatur	84,52	99,96	68,32	25,75	43,52	38,06
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	67,50	99,95	69,23	23,32	38,38	36,26
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	86,87	99,94	71,55	21,03	45,87	37,62
Kredit- und Versicherungs- wesen	89,12	99,95	67,61	14,56	46,63	34,82
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	79,77	99,93	66,23	20,52	45,06	36,46
Öffentliche Verwaltung	89,63	99,94	62,65	20,13	49,31	39,25
Unterrichtswesen	91,33	99,95	68,56	23,17	54,96	44,60
Gesundheit und Sozialwesen	87,81	99,97	66,62	25,48	47,32	42,30
Sonstige Dienstleistungen	78,30	99,95	66,32	23,61	40,71	34,53

41.195 *Austritte aus dem Erwerbsleben* bedeuteten eine Zunahme um 1.051 gegenüber 1996. 24.423 Männer und 16.772 Frauen waren 1999 zumindest vorübergehend beschäftigt und hatten unterjährig den Austritt ins Pensionssystem. Diese Gruppe hat einen Personenanteil von 1,15% (Männer 1,22%, Frauen 1,07%), nahezu unverändert gegenüber dem Vergleichsjahr. Die Auslastung ist um 1,58 Prozentpunkte auf 45,56% gestiegen (Männer +1,22%pkte auf 45,73 und Frauen +1,07 %pkte auf 45,30%).

Die Beschäftigungsintensität von Personen, die in Pension gehen, hängt – abgesehen von der Beschäftigung selbst – entscheidend auch vom Zeitpunkt dieses Übertrittes ab. Bei einer über den Jahresverlauf gleichmäßigen Verteilung dieser Übertritte würde sich ein Auslastungswert von 50% ergeben.

Die Gruppe der *Personen mit sonstigen Erwerbsmustern* ist um 41.175 Personen auf 532.179 angestiegen (254.511 Männer, +16.396; sowie 277.668 Frauen +24.779). Ihr Anteil an allen Personen betrug 1999 14,92%, das war ein Zuwachs um 0,74 Prozentpunkte. 12,68% der Männer und 17,8% der Frauen fanden sich 1999 in dieser Gruppe. Die Auslastung ging gegenüber 1996 um 0,21 Prozentpunkte zurück, -0,07%pkte bei den Männern und -0,33%pkte bei den Frauen. Sie lag damit für beide nahezu gleich bei gut 37%.

5.3 Beschäftigungsintensität: Geschlechtsbezogene Unterschiede

1999 lag die Auslastung der Frauen mit 82,46% um 3,5 Prozentpunkte niedriger als die der Männer. Der Anteil jahresdurchgängiger Beschäftigung war mit 67,88% um 3,17 Prozentpunkte niedriger (Männer: 71,05%) während die Auslastung in dieser Gruppe bei den Frauen sogar um 4 Promillepunkte höher lag (99,97% gegenüber 99,93%). Bei den nicht jahresdurchgängig beschäftigten Frauen war die Auslastung durchwegs geringer als bei den Männern derselben Gruppen: Die größten Abstände fanden sich bei den Eintretenden mit 3,53 Prozentpunkten sowie bei den überwiegend Erwerbstätigen mit 5 Prozentpunkten. Etwas unerwartet ist, daß in der Gruppe der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern die Auslastung der Frauen nur um knapp 4 Promillepunkte geringer als die der Männer war. Hier wirkte allerdings der vergleichsweise höhere Anteil dieser Erwerbsgruppe an allen Personen auf die Gesamtauslastung senkend (17,8% gegenüber 12,68% bei den Männern).

Verglichen mit 1996 ist die Beschäftigungsintensität der Frauen stärker gesunken als die der Männer (-0,38%pkte bzw. -0,11%pkte). Ein Zuwachs bei den Personen mit sonstigen Erwerbsmustern um 24.779 führte zu einer Anteilszunahme dieser Gruppe, verbunden mit rückgängiger Auslastung, welche auch durch den stärkeren absoluten Anstieg der durchgängigen Beschäftigung bei den Frauen nicht kompensiert werden konnte.

5.4 Beschäftigungsintensität: Unterschiede nach sozialrechtlicher Stellung der Personen

5.4.1 Beamte

Es gab 1999 366.973 Beamte – 251.099 Männer und 115.873 Frauen, deren Beschäftigungsintensität insgesamt bei 97,69% lag. Wenig überraschend ist, daß hier durchgängige Beschäftigung bei weitem dominiert. Insgesamt waren nur 4,4% der Beamten nicht jahresdurchgängig beschäftigt: Die Auslastungen lagen jedoch in allen nichtdurchgängigen Erwerbsgruppen deutlich über den Werten von Arbeitern und Angestellten. Die Gruppe der Austretenden aus dem Erwerbsleben war mit 1,58% etwa einen halben Prozentpunkt größer als bei Arbeitern bzw. Angestellten, und es fanden sich auch unter den Beamten knapp 10.000 Personen mit sonstigen Erwerbsmustern.

Gegenüber 1996 ist die Zahl der Beamten um 2.463 gesunken. Es gab um 5.871 weniger männliche Beamte, wobei der Rückgang bei der jahresdurchgängigen Beschäftigung noch stärker war (-6.004). Die Zahl der Beamtinnen stieg hingegen um 3.409, allerdings lag der Anteil der jahresdurchgängigen Beschäftigten in dieser Personengruppe bei nur 84%.

5.4.2 Angestellte

Die Beschäftigungsintensität von 1.617.337 Angestellten betrug 1999 86,36%, also um 11,33%punkte weniger als bei den Beamten. 703.570 männliche Angestellte hatten eine Auslastung von 88,50%, und 913.767 weibliche lagen bei 84,72%. Die geringere Beschäftigungsintensität der Frauen insgesamt resultiert in erster Linie aus einem um 7,5%punkte höheren Anteil nichtdurchgängiger Beschäftigung (28,2% gegenüber 20,7%). Die Auslastungen der nichtdurchgängig beschäftigten Erwerbsgruppen lagen bei den Frauen teilweise über denen der Männer, teilweise darunter, insgesamt jedoch hatten 257.673 nichtdurchgängig beschäftigte Frauen eine um 1,23%punkte höhere Beschäftigungsintensität als die 145.606 nichtdurchgängig beschäftigten Männer.

Die Zahl der Angestellten erhöhte sich von 1996 bis 1999 um 95.785, mehr als zwei Drittel davon Frauen. Durch den Anstieg der Auslastung der Gruppe überwiegend Erwerbstätiger konnte der Anteilszuwachs der deutlich weniger ausgelasteten Personen mit sonstigen Erwerbsmustern nicht ausgeglichen werden: Die Beschäftigungsintensität sank um 0,39% Prozentpunkte, für Männer sogar etwas stärker als für Frauen.

5.4.3 Arbeiter

1999 hatten 1.566.176 Personen aus der Arbeiterschaft eine Auslastung von 79,63%. 1.039.915 Männer kamen auf 81,62%, und 526.260 Frauen auf 75,65%. Die geringere Beschäftigungsintensität der Arbeiterinnen

Tabelle 6: Beschäftigungsintensitäten nach sozioökonomischen Merkmalen, Männer

	Alle Gruppen	Durchgängig beschäftigt	Überwiegend erwerbstätig	Eintritt in das Erwerbsleben	Austritt aus dem Erwerbsleben	Sonstige Erwerbsmuster
Gesamt	85,96	99,93	72,03	25,30	45,73	37,37
Staatsbürgerschaft						
Inländer/-innen	87,00	99,93	71,52	25,61	45,88	36,97
Ausländer/-innen	78,47	99,95	73,89	23,71	42,24	38,96
Sozialrechtliche Stellung						
Arbeiter/-innen	81,62	99,93	72,76	27,29	41,80	36,46
Angestellte	88,50	99,94	68,05	18,09	47,02	37,24
Beamte/-innen	97,81	99,93	76,77	35,96	52,81	44,79
Wirtschaftsobergruppen						
Land- und Forstwirtschaft	57,17	99,92	71,83	18,66	37,27	24,18
Bergbau	88,16	99,90	76,38	18,00	47,09	34,42
Sachgüterproduktion	89,22	99,94	72,75	25,82	46,41	36,04
Energie- und Wasser- versorgung	90,10	99,93	71,15	17,20	47,89	25,36
Bauwesen	82,75	99,93	76,21	31,08	40,55	42,83
Handel, Instandhaltung, Reparatur	86,59	99,94	69,95	27,34	44,48	38,97
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	69,10	99,92	70,36	24,84	36,82	37,85
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	88,90	99,94	72,25	22,50	46,22	38,91
Kredit- und Versicherungs- wesen	92,13	99,94	67,16	15,37	48,72	34,10
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	78,04	99,92	66,45	19,97	41,88	35,18
Öffentliche Verwaltung	91,44	99,92	64,83	22,69	49,91	41,60
Unterrichtswesen	92,71	99,92	65,76	20,29	55,71	43,13
Gesundheit und Sozialwesen	89,53	99,95	63,47	22,46	47,68	40,78
Sonstige Dienstleistungen	77,16	99,92	64,08	18,47	40,14	31,87

Tabelle 7: Beschäftigungsintensitäten nach sozioökonomischen Merkmalen, Frauen

	Alle Gruppen	Durchgängig beschäftigt	Überwiegend erwerbstätig	Eintritt in das Erwerbsleben	Austritt aus dem Erwerbsleben	Sonstige Erwerbsmuster
Gesamt	82,46	99,97	67,03	21,77	45,30	37,02
Staatsbürgerschaft						
Inländer/-innen	83,29	99,97	66,51	21,62	45,29	36,86
Ausländer/-innen	74,48	99,97	70,46	22,65	45,60	37,96
Sozialrechtliche Stellung						
Arbeiter/-innen	75,65	99,96	66,65	20,99	42,68	34,06
Angestellte	84,72	99,97	67,53	22,47	45,77	39,28
Beamte/-innen	97,45	99,96	69,53	42,95	57,90	47,84
Wirtschaftsobergruppen						
Land- und Forstwirtschaft	57,70	99,99	67,83	19,58	37,90	23,55
Bergbau	76,60	99,95	67,52	11,57	52,56	25,02
Sachgüterproduktion	83,93	99,97	67,13	19,26	44,40	35,67
Energie- und Wasser- versorgung	80,32	99,98	65,29	12,49	41,45	24,86
Bauwesen	83,07	99,99	69,22	21,13	45,36	39,01
Handel, Instandhaltung, Reparatur	82,58	99,98	66,83	24,24	42,56	37,47
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	66,53	99,98	68,60	22,55	39,12	35,29
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	80,25	99,95	69,26	19,06	44,42	35,53
Kredit- und Versicherungs- wesen	85,94	99,97	68,05	14,09	44,44	35,19
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	81,41	99,94	65,92	21,04	47,11	37,80
Öffentliche Verwaltung	87,88	99,97	60,88	18,29	48,55	37,68
Unterrichtswesen	90,47	99,97	70,32	24,45	54,25	45,20
Gesundheit und Sozialwesen	87,31	99,97	67,52	26,07	47,17	42,62
Sonstige Dienstleistungen	78,97	99,97	67,69	25,47	41,26	36,22

resultierte sowohl aus einem um 4,5%punkte niedrigeren Anteil durchgängiger Beschäftigung als auch aus einer geringeren Auslastung der nichtdurchgängig Beschäftigten.

Die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen stieg gegenüber 1996 nur um 3.310. Die durchgängig Beschäftigten, die Personen mit sonstigen Erwerbsmustern sowie auch die Eintretenden ins Erwerbsleben hatten Zuwächse, sowohl absolut als auch anteilmäßig. Die Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen verringerte sich um 14.833 Personen bei steigender Auslastung. Es gab insgesamt eine Verschiebung zu den sonstigen Erwerbsmustern, welche bei den Männern durch die stärkere Abnahme der überwiegend Erwerbstätigen kompensiert werden konnte, während bei den Arbeiterinnen die Gesamtbeschäftigungsintensität um 0,34%punkte zurückging.

5.5 Beschäftigungsintensität: Unterschiede nach Staatsangehörigkeit

Die Standardbeschäftigten des Jahres 1999 unterteilten sich in 3.177.848 InländerInnen und 390.007 AusländerInnen. Auf den ersten Blick fällt die um fast 8,4 Prozentpunkte niedrigere Auslastung der AusländerInnen auf: 76,97% gegenüber 85,35%. Wenn man die drei Hauptgruppen betrachtet, das heißt unter Ausblendung der Ein- bzw. Austretenden, war die Auslastung der AusländerInnen in jeder Gruppe mindestens so hoch wie die der InländerInnen. Die geringere Gesamtauslastung ergibt sich damit fast ausschließlich durch den geringeren Anteil von AusländerInnen in *durchgängiger Beschäftigung* (nur 52,75% gegenüber 71,74% der InländerInnen).

Ein Teil dieser Verschiebung hin zu den durchbrochenen Beschäftigungsverläufen der AusländerInnen erklärt sich durch den sozialrechtlichen Status,¹⁵ da ArbeiterInnen einen geringeren Anteil durchgängiger Beschäftigung haben als Angestellte oder Beamte. Ohne Segmentierung müßten Ausländer dann jedoch zwischen den Werten von Angestellten und ArbeiterInnen liegen. Ausländer hatten jedoch mit 52,95% einen um 7,1 Prozentpunkte niedrigeren Anteil durchgängiger Beschäftigung als Arbeiter, und Ausländerinnen mit 52,41% einen um 3,2% Prozentpunkte geringen als Arbeiterinnen.

Die Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen hatte bei den Ausländern und Ausländerinnen den gleichen Anteil wie bei den ArbeiterInnen, die Auslastung war jedoch um knapp 2 Prozentpunkte höher. Bei höherer Beschäftigungsintensität war vor allem der Anteil von Personen mit sonstigen Erwerbsmustern deutlich höher als bei Inländern und Inländerinnen – 21,06 gegenüber 11,52% bei den Ausländern sowie 27,99% gegenüber 16,74% bei den Ausländerinnen.

Der Anstieg der Ausländerbeschäftigung gegenüber 1996 betrug 28.931 Personen und entfiel zu 61% auf Frauen. Wegen der gegenüber InländerInnen noch verstärkten Zunahme der nichtdurchgängigen Erwerbsmuster sank die Beschäftigungsintensität deutlich (-1,44%punkte). Während

bei den Ausländerinnen die Zunahme zumindest in absoluten Zahlen am stärksten bei der durchgängigen Beschäftigung stattfand, wuchs die Ausländerbeschäftigung bei den Männern auch absolut in der Gruppe der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern am stärksten.

5.6 Beschäftigungsintensität: Unterschiede nach Sektoren und Wirtschaftsabteilungen:¹⁶

5.6.1 Primärsektor: Land- und Forstwirtschaft

1999 waren im Primärsektor 46.130 Personen unselbständig standardbeschäftigt, knapp zwei Drittel davon Männer. Die Beschäftigungsintensität der Frauen war einen halben Prozentpunkt höher als die der Männer (siehe Abbildung 10), insgesamt lag sie bei 57,4%. Gut ein Drittel der Frauen und knapp ein Drittel der Männer waren jahresdurchgängig beschäftigt. 17,68% bzw. 19,24% waren überwiegend erwerbstätig mit einer Auslastung, welche sich vom Durchschnitt aller Beschäftigten nicht nennenswert unterschied. Der Hauptgrund für die geringe Beschäftigungsintensität dieses Sektors insgesamt lag außer dem geringen Anteil jahresdurchgängiger Beschäftigung in der geringen Beschäftigungsintensität der Gruppe der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern (23,97%) sowie deren hohem Anteil von 40%. Auffällig ist auch der hohe Anteil der Gruppe der Eintretenden ins Erwerbsleben mit über 7%, bei einer Auslastung unter 20% sowohl für Männer als auch für Frauen.

Gegenüber 1996 erfolgte eine starke Beschäftigungsverschiebung zu den sonstigen Erwerbsmustern sowie ein Anstieg der Zahl der beschäftigten Personen um 3.708. Die Beschäftigungsintensität insgesamt ist um fast 5%punkte gesunken, für Männer deutlich stärker als für Frauen (-5,62%punkte gegenüber -3,36%punkte). Bei einer um fast 2%punkte zurückgegangenen Auslastung wuchs der Anteil der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern im Primärsektor auf über 40% und löste damit die durchgängigen Beschäftigten als personenstärksten Gruppe ab.

Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß die Saisoniers in dieser Auswertung nicht enthalten sind. Eigentlich wäre zu erwarten, daß die Abdeckung von kurzfristigen Bedarfsspitzen durch diese Personengruppe, die Beschäftigung der ansässigen Erwerbsinteressierten stabilisieren sollte.

5.6.2 Sekundärsektor

Im Sekundärsektor (Sachgüterproduktion, Bauwirtschaft, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung) waren 1999 noch 1.062.089 Personen beschäftigt, 29,5% davon Frauen. Mit 86,24% fand sich hier nach wie vor die höchste Beschäftigungsintensität, sowohl für Männer (87,04%) als auch für Frauen (83,66%). Der Anteil durchgängiger Beschäftigung lag marginal unter jenem des Tertiärsektors. Die höhere Beschäftigungsintensität ergibt

sich vor allem aus einem höheren Anteil der überwiegend Erwerbstätigen bei gleichzeitig besserer Auslastung dieser Erwerbsgruppe. 1999 betrug dieser Anteil insgesamt 14,37%, und die Auslastung lag bei 73,91%. Die Beschäftigungsintensität bei den Personen mit sonstigen Erwerbsmustern war etwas niedriger als im Tertiärsektor, was jedoch den deutlich geringeren Personenanteil bei weitem nicht ausgleichen konnte. Die geringere Beschäftigungsintensität der Frauen ergibt sich aus einer – verglichen mit den Männern – ungünstigeren Verteilung auf die Gruppen ÜE-A/B und SO bei gleichzeitig schlechterer Auslastung beider Gruppen (verglichen mit den Männern –7,57%punkte ÜE sowie –2,6%punkte SO).

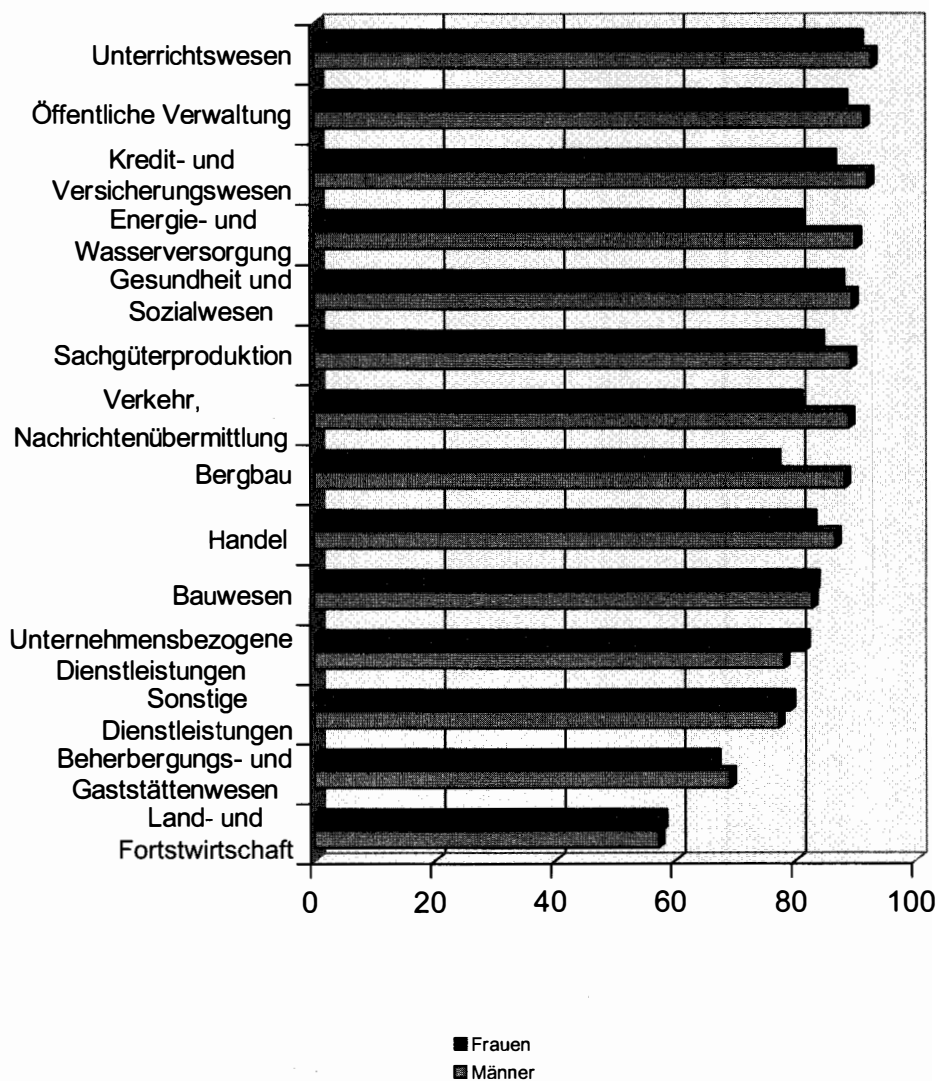
1999 waren 31.441 Personen weniger im Sekundärsektor beschäftigt als drei Jahre zuvor. Prozentuell war der Personenrückgang jedoch größer als der Bestandsrückgang, wodurch die Beschäftigungsintensität um 0,37 Prozentpunkte zunahm. In absoluten Zahlen sind bis auf jene der Eintretenden ins Erwerbsleben die Personenzahlen aller Gruppen zurückgegangen. Gut zwei Drittel des Rückgangs entfielen auf die überwiegend Erwerbstätigen. Die – verglichen mit den Beständen – stärkeren Personenrückgänge führten in dieser Gruppe zu einem Anstieg der Auslastung, bei Männern um 1,28%punkte und bei Frauen sogar um 2,14%punkte (insgesamt +1,38%punkte). In der Gruppe der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern ging die Beschäftigungsintensität der Frauen um 0,84%punkte zurück, während die der Männer um 0,36%punkte zunahm, die Personenanteile stiegen jedoch nur marginal.

5.6.2.1 Sachgüterproduktion

Knapp zwei Drittel aller Beschäftigten des Sekundärsektors arbeiteten 1999 in der Sachgüterproduktion. 29,5% dieser 699.540 Personen waren Frauen. Die Beschäftigungsintensität war – abgesehen von der Gruppe der Austretenden und den durchgängig Beschäftigten – um 2-3%punkte niedriger als im Sekundärsektor insgesamt (siehe Abb. 10). Der deutlich höhere Anteil durchgängiger Beschäftigung (+6,37%punkte) sowie der geringere Anteil überwiegend Erwerbstätiger (-5,81%punkte) konnten dies mehr als ausgleichen. Bei den Frauen war der Anteil nichtdurchgängiger Beschäftigung um 7,5%punkte größer als bei den Männern, bei gleichzeitig niedrigerer Auslastung in all diesen Gruppen. Daraus ergibt sich insgesamt eine um 5,29%punkte geringere Beschäftigungsintensität der Frauen. Der Anteil der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern war bei den Frauen um 6,17%punkte größer als bei den Männern.

Verglichen mit 1996 nahm die Zahl der beschäftigten Personen um 18.572 ab, hauptsächlich bei den durchgängig Beschäftigten und den überwiegend Erwerbstätigen. Obwohl der Rückgang der durchgängig Beschäftigten in absoluten Zahlen am größten war, konnte diese Gruppe durch den stärkeren prozentuellen Rückgang der überwiegend Erwerbstätigen einen leichten Anteilsgewinn verzeichnen. Alles in allem waren sowohl die Anteilsentwicklungen der Gruppen als auch die Veränderungen der Auslastungen eher heterogen.

Abbildung 10: Auslastung der Personen nach Wirtschaftsobergruppen 1999, gereiht nach der Beschäftigungsintensität insgesamt (Männer und Frauen)



5.6.2.2 Bauwesen

1999 waren 311.987 Personen im Bauwesen beschäftigt. Obwohl fast alle Gruppen höhere Beschäftigungsintensitäten aufwiesen, führte der geringere Anteil durchgängiger Beschäftigung (54,19%) zu einer um 3,45%pkte niedrigeren Auslastung als im Sekundärsektor insgesamt. Der Anteil überwiegend Erwerbstätiger war bei den Männern mit 31,17% vergleichsweise fast doppelt so groß. Während die Personen mit sonstigen Erwerbsmustern anteilmäßig kaum vom Rest des Sektors abwichen, war die Auslastung dieser Gruppe um 4,67%pkte höher. Nur 12% der Beschäftigten des Bauwesens waren Frauen, diese jedoch zu einem deutlich höheren Anteil durchgängig beschäftigt. In den quantitativ ins Gewicht fallenden nichtdurchgängigen Gruppen war die Auslastung allerdings teilweise sogar deutlich niedriger als die der Männer, so daß insgesamt die Beschäftigungsintensität der Frauen nur um einen Drittel Prozentpunkt höher war als die der Männer.

Ein Rückgang der Baubeschäftigung gegenüber 1996 um 11.388 Personen setzte sich aus einer Abnahme der nichtdurchgängig beschäftigten Gruppen um 14.031 Personen und einem Zuwachs der durchgängigen Beschäftigung um 2.643 zusammen. Neben der Auslastung der überwiegend Erwerbstätigen stieg damit vor allem auch die Beschäftigungsintensität insgesamt um gut einen Prozentpunkt. Der Beschäftigungsabbau betraf die Männer zu mehr als 100%. Bei den Frauen erhöhte sich jedoch vor allem die nichtdurchgängige Beschäftigung anteilmäßig, wodurch die Auslastung insgesamt um 0,22%pkte zurückging.

5.6.3 Tertiärsektor

Im Tertiärsektor waren 1999 2.459.636 Personen beschäftigt, 1.167.216 Männer und 1.292.420 Frauen. Die Beschäftigungsintensität betrug insgesamt 84,16%, 85,95% bei den Männern und 82,54% bei den Frauen. Die Dienstleistungen hatten den höchsten Anteil durchgängiger Beschäftigung. Die – verglichen mit dem Sekundärsektor – geringere Beschäftigungsintensität resultierte vor allem aus einer ungünstigeren Verteilung der nichtdurchgängig Beschäftigten, aber auch aus einer geringeren Auslastung der Gruppe überwiegend Erwerbstätiger (-6,16%pkte gegenüber dem Sekundärsektor). Obwohl die Beschäftigungsintensität sonstiger Erwerbsmuster hier geringfügig über dem Durchschnitt lag, drückt die Tatsache, daß fast drei Viertel aller Personen dieser Erwerbsgruppe im Tertiärsektor arbeiteten, hier die Gesamtauslastung der Personen.

Gegenüber 1996 nahm die Dienstleistungbeschäftigung um 132.036 Personen zu (Männer +32.008 sowie Frauen +69.896). Obwohl die durchgängige Beschäftigung in absoluten Zahlen am stärksten wuchs, reichte der Zuwachs prozentuell nicht aus, um bei dem starken Zuwachs sonstiger Erwerbsmuster den Anteil halten zu können. Der Rückgang belief sich auf 0,54%pkte bei den Frauen und betrug bei den Männern sogar 0,91%pkte.

Der starke Zuwachs sonstiger Erwerbsmuster fiel bei den Männern sogar höher aus als bei den Frauen und führte zu einem Rückgang der Beschäftigungsintensität um 0,4%punkte insgesamt (Männer -0,42 sowie Frauen -0,32). In der Gruppe sonstiger Erwerbsmuster war die Auslastung der Männer hingegen in etwa konstant, während die der Frauen um 0,19%punkte fiel.

5.6.3.1 Handel

1999 waren im Handel 578.172 Personen beschäftigt. Der Frauenanteil war mit 51,5% etwas niedriger als im Tertiärsektor insgesamt. Die anfängliche Erwartung, daß der Handel zu den Wirtschaftsbereichen mit besonders unbeständiger Beschäftigung und geringer Auslastung gehören würde, hat sich nicht bestätigt. Die Verteilung der Handelsbeschäftigung auf die Erwerbsgruppen liegt sehr dicht bei der Verteilung der Beschäftigten insgesamt, die Personenauslastung ist sogar geringfügig höher. Eine bemerkenswerte Abweichung zur Beschäftigung insgesamt zeigt sich jedoch bei den Beschäftigungsintensitäten in den Erwerbsgruppen: Während die Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen und jene der Austretenden eine um 1,77%punkte bzw. 2,04%punkte niedrigere Beschäftigungsintensität hatte, war diese bei den Eintretenden um 2,15%punkte und bei den sonstigen Erwerbsgruppen um 0,87%punkte höher.

Der Zuwachs von 12.328 Personen zwischen 1996 und 1999 ergab sich durch eine Zunahme bei den Frauen um 12.418 und eine Abnahme bei den Männern um 90 Personen. Damit verbunden war ein geringfügiger Rückgang der Beschäftigungsintensität von Frauen im Handel, welcher durch einen Anstieg bei den Männern insgesamt aber mehr als ausgeglichen wurde. Es fand eine geringe Verschiebung der Beschäftigung von den überwiegend Erwerbstätigen zu den durchgängig Beschäftigten sowie den sonstigen Erwerbsgruppen statt, ansonsten war die Struktur stabil – erstaunlich, wenn man das Bild zugrundelegt, welches allgemein vom Handel herrscht. Es gab lediglich leichte, wenig markante Auslastungsrückgänge bei den Eintretenden und den Sonstigen Erwerbstätigen.

5.6.3.2 Beherbergungs- und Gaststättenwesen

Im Beherbergungs- und Gaststättenwesen arbeiteten 1999 225.329 Personen bei einem Bestand von nur 152.086. Daraus ergibt sich eine Personenauslastung von 67,5% – abgesehen von der Landwirtschaft der niedrigste Wert. Die geringe Beschäftigungsintensität resultierte vor allem aus der Verteilung auf die Erwerbsgruppen: Nur 36,23% waren durchgängig beschäftigt, 27,04% waren überwiegend erwerbstätig und 30,13% waren Personen mit sonstigen Erwerbsmustern. Auch der Anteil der Eintretenden ins Erwerbsleben lag mit 5,93% deutlich über dem Gesamtwert. 62,5% der Beschäftigten waren Frauen. Ein um 2,8%punkte geringerer Anteil durchgängiger Beschäftigung sowie ein um 2,1%punkte höherer Anteil überwiegend Erwerbstätiger mit geringerer Auslastung waren der Haupt-

grund für eine insgesamt um 2,57%punkte niedrigere Beschäftigungsintensität der Frauen. Der Anteil sonstiger Erwerbsmuster war im Fremdenverkehr bei den Männern sogar höher als bei den Frauen, allerdings mit einer etwas besseren Auslastung in dieser Gruppe.

Gegenüber 1996 wuchs die Zahl der Personen um 4.873, wobei einer Zunahme bei den Frauen eine Abnahme bei den Männern gegenüberstand. Dieser Zuwachs betraf erstaunlicherweise zu 80% die durchgängige Beschäftigung (etwa 20% waren Ersteintretende). Eine Abnahme bei den überwiegend Erwerbstätigen um 1.576 Personen war von einer nahezu gleich großen Zunahme bei den Personen mit sonstigen Erwerbsmustern begleitet. Abgesehen von den zahlenmäßig weniger bedeutenden Gruppen Ein- und Austretender ist die Beschäftigungsintensität der Standardbeschäftigung im Fremdenverkehr durchwegs gewachsen, für Frauen aller Gruppen insgesamt um fast einen, für Männer um einen Viertel Prozentpunkt.

Diese Zahlen enthalten nicht die Saisoniers des Fremdenverkehrs.

5.6.3.3 Unternehmensbezogene Dienstleistungen

1999 waren in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen 278.979 Personen beschäftigt, davon 51% Frauen. Der Anteil nicht jahresdurchgängiger Beschäftigung war mit 37,25% hoch. Im Gegensatz zum Handel bestätigte sich hier die Erwartung unbeständiger Beschäftigung. Frauen hatten mit 65,56% noch einen vergleichsweise hohen Anteil durchgängiger Beschäftigung, und auch der Anteil überwiegend Erwerbstätiger war mit 10,97% nur wenig erhöht. In diesem Wirtschaftsbereich lag jedoch die Gruppe der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern weit über den jeweiligen Globalwerten: Bei den Frauen betrug dieser Abstand 2,64%punkte und bei den Männern sogar 9,72%punkte. Während die Beschäftigungsintensität der Frauen dieser Erwerbsgruppe etwas über den Werten der Frauen insgesamt lag, war sie für Männer um 2,2%punkte niedriger. Die Auslastung der überwiegend Erwerbstätigen war bei den Frauen um 1,11%punkte geringer und bei den Männern sogar um 5,58%punkte, verbunden mit einem um 3,63%punkte höheren Anteil. Durchgängig beschäftigt waren nur 58,76% der Männer.

Gegenüber 1996 stieg die Beschäftigung in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen um 57.048 Personen, davon 59,3% Männer. Der Anteil durchgängiger Beschäftigung ging jedoch um 3,6%punkte zurück, weil nur gut 48% des Zuwachses auf diese Gruppe entfielen. Die Beschäftigung von Personen mit sonstigen Erwerbsmustern ist um 43,6% gestiegen, wodurch der Anteil um 2,7%punkte zunahm. Die Beschäftigungsintensität dieser Gruppe sank um 1,54%.

5.6.3.4 Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen

167.091 Personen waren 1999 im Bereich sonstiger Dienstleistungen beschäftigt, davon 63% Frauen. Verglichen mit den ebenfalls sehr hetero-

genen unternehmensbezogenen Dienstleistungen war hier die Beschäftigungsintensität insgesamt um 1,47%punkte niedriger. Der Anteil der Gruppe durchgängiger Beschäftigung war mit 61,91% nur wenig niedriger, und der Anteilsunterschied zwischen Männern und Frauen betrug weniger als einen Prozentpunkt. Auch die Gruppe der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern hatte mit 22,60% bzw. 21,12% ähnliche Anteile, jedoch bei einer um fast 2%punkte geringeren Auslastung. Die geringere Beschäftigungsintensität insgesamt ergab sich in erster Linie durch einen deutlich höheren Anteil von Eintretenden, anteilmäßig zu Lasten der überwiegend Erwerbstätigen. Insgesamt betrug der Anteil der Ersteintretenden in den sonstigen Dienstleistungen 3,71%, 2,64% bei den Männern und bei den Frauen sogar 4,35%. In dieser Gruppe lag die Beschäftigungsintensität der Frauen um 7 Prozentpunkte über der der Männer, in der Wirtschaftsklasse insgesamt um 1,81%punkte.

Verglichen mit 1996 stieg die Zahl der Beschäftigten um 16.847. Obwohl die Gruppe durchgängiger Beschäftigung absolut am stärksten zunahm, verschob sich die Struktur in Richtung geringerer Beschäftigungsintensitäten.

5.6.3.5 Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung und Landesverteidigung

547.120 Personen waren 1999 in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt, etwas mehr als die Hälfte Frauen. Dieser Wirtschaftsbereich hatte mit 81,57% nicht den höchsten Anteil durchgängiger Beschäftigung; sowohl das Unterrichtswesen als auch die Energie- und Wasserversorgung lagen höher. Nicht jahresdurchgängig beschäftigt waren insgesamt 100.825 Personen, ihre Beschäftigungsintensität lag mit 43,9% um fast 5%punkte unter dem Gesamtwert. 24.466 Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung gehörten zur Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen und hatten somit Episoden registrierter Arbeitslosigkeit. Ihr Anteil war um 7%punkte niedriger als unter den Beschäftigten insgesamt, allerdings war auch die Beschäftigungsintensität im selben Ausmaß geringer.

Der Zuwachs um 21.989 Beschäftigte gegenüber 1996 entfiel zu mehr als drei Vierteln auf Frauen sowie zu 92% auf durchgängige Beschäftigung. Vor allem die Gruppe der überwiegend Erwerbstätigen verkleinerte sich, nämlich um 2.196 Personen (vornehmlich Männer). Hingegen stieg die Anzahl der Ersteintretenden etwa im selben Umfang.

5.6.3.6 Unterrichtswesen

Im Unterrichtswesen waren 1999 127.407 Personen beschäftigt, zu 61,3% Frauen. Mit 83,75% fand sich hier der höchste Anteil durchgängiger Beschäftigung. Gegenüber 1996 gab es einen Zuwachs um 19.035 Beschäftigte, durchgängige zu 71,1%. Die Anzahl der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern nahm jedoch um 30% zu und bedingte eine Anteilserhöhung um 1 Prozentpunkt.

5.6.3.7 Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen beschäftigte 1999 166.307 Personen, zu mehr als drei Vierteln Frauen. 76,43% aller Personen waren jahresdurchgängig beschäftigt. Dieser gegenüber allen Beschäftigten um 6,77%pkte höhere Wert resultierte vor allem aus einem deutlich niedrigeren Anteil, überwiegend Erwerbstätiger, während jener der Personen mit sonstigen Erwerbsmustern kaum geringer war.

8.950 Beschäftigte mehr als 1996 waren mit einem Anteilsverlust der durchgängigen Beschäftigung um einen Prozentpunkt verbunden; die überwiegend Erwerbstätigen sowie Personen mit sonstigen Erwerbsmustern wuchsen anteilmäßig um jeweils einen halben Prozentpunkt.

5.7 Personenüberhang nach Altersgruppen

Der Personenüberhang ist bei den jüngeren ArbeitnehmerInnen besonders hoch und geht mit zunehmendem Alter zunächst deutlich zurück, um dann jeweils ab der Altersgruppe, welche die gesetzliche Grenze für Frühpensionierungen umfaßt, wieder anzusteigen (siehe Tabelle 8 und Abbildung 11).

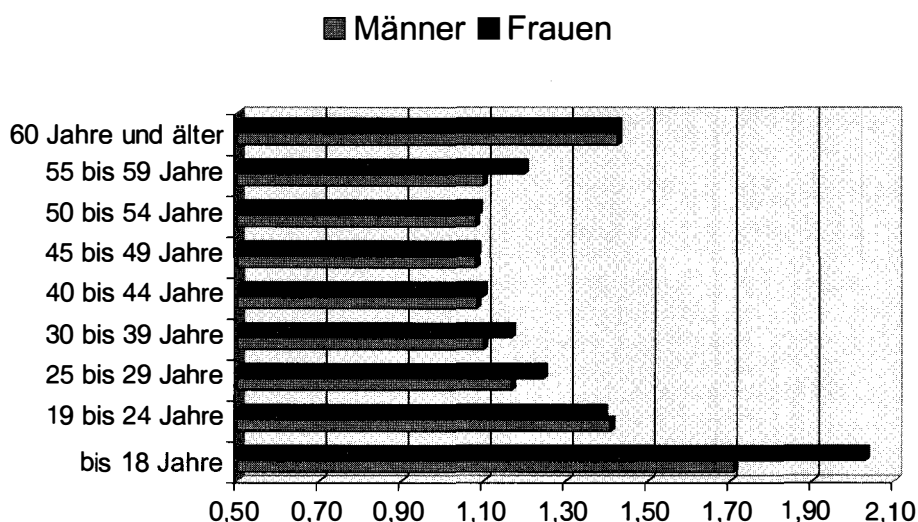
Der Personenüberhang ist für Frauen aller Altersgruppen mit Ausnahme der über 60jährigen größer als für Männer. Die dichteste Annäherung – bis auf knapp einen Prozentpunkt – findet sich in der Altersgruppe der 45-49jährigen.

Bei den *unter 18jährigen* übersteigt die Personenzahl die Bestandswirkungen um 83,5% (70,1% bei den männlichen und 102,1% bei den weiblichen). Dieser hohe Wert resultiert aus dem großen Personenkreis, welcher nur Ferialarbeiten ausübt, einerseits und der Tatsache, daß aufgrund der Lage des Schuljahrs relativ zum Kalenderjahr unterjährige Übertritte von Ausbildung in Beschäftigung systemimmanent sind, andererseits. Mit dem vorliegenden Untersuchungsergebnis nicht quantifizierbar ist die Zahl an Personen, für welche diese Übertritte mit Anlaufschwierigkeiten verbunden waren. Unter Umständen kann aber die Veränderung des Personenüberhangs im Zeitverlauf erste Hinweise in dieser Richtung geben: Gegenüber 1996 ist er um 6,12 Prozentpunkte gestiegen (3,98%Pkte bei den männlichen und 9,14%Pkte bei den weiblichen Jugendlichen).

In den Personengruppen der *19-24jährigen* sowie der *25-30jährigen* nimmt der Personenüberhang dann markant ab – auf 40% insgesamt bzw. 20,2%. In diesen beiden Altersgruppen haben die Beschäftigtenzahlen gegenüber 1996 um 19.000 bzw. 49.300 abgenommen. Bei Bevölkerungsrückgängen um 55.020 bzw. 85.399 in denselben Altersgruppen bedeutet dies einen Anstieg der Standardbeschäftigtenquoten um 4,11 bzw. 2,28 Prozentpunkte. Es war jedoch der Durchschnittsbestand an Beschäftigung stärker rückläufig: bei den 19-24jährigen sogar in absoluten Zahlen, bei den 25-30jährigen prozentuell; daraus ergibt sich ein Anstieg des Personenüberhangs um 1,98 bzw. 1,04 Prozentpunkte.

Tabelle 8: Personenüberhang 1999 nach Altersgruppen

	Männer	Frauen	Gesamt
bis 18 Jahre	1,71	2,03	1,83
19 bis 24 Jahre	1,41	1,39	1,40
25 bis 29 Jahre	1,17	1,25	1,20
30 bis 39 Jahre	1,10	1,17	1,13
40 bis 44 Jahre	1,08	1,10	1,09
45 bis 49 Jahre	1,08	1,08	1,08
50 bis 54 Jahre	1,08	1,09	1,08
55 bis 59 Jahre	1,10	1,20	1,13
60 Jahre und älter	1,43	1,43	1,43

Abbildung 11: Personenüberhang nach Altersgruppen und Geschlecht 1999

Die Zahl der Standardbeschäftigten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im selben Alter erreichte in der Altersgruppe zwischen 19 und 24 Jahren ihren Höchstwert: 81,11% (Männer 85,16%, Frauen 76,96%). Danach ist diese Quote bis auf eine Ausnahme – bei Frauen zwischen 30 und 40 findet sich noch ein Anstieg um knapp 1%pkt – mit dem Alter zunächst leicht und ab 50 Jahren immer steiler fallend.

Die wichtige Frage, inwieweit der Übergang ins Berufsleben mit Problemen verbunden ist und inwieweit der enorme Personenüberhang in den Altersgruppen bis 30 auf gewollte Kombinationen von Ausbildung und Erwerbstätigkeit zurückgeführt werden kann, ist als eigene Fragestellung

nur zu beantworten, wenn das Untersuchungsdesign hierauf zugeschnitten wird. Insbesondere das Fehlen einer vollständig mehrdimensionalen Auswertung wirkt hier sehr einschränkend. Eventuell kann nach dem Vorliegen der auf Stichproben basierenden Arbeitskräftegesamtrechnung der Statistik Austria zusätzliche Information für die Interpretationen gewonnen werden.

Im *Haupterwerbsalter* geht der Personenüberhang insgesamt auf unter 10% zurück, wobei jener für die Frauen immer leicht über dem Wert der Männer bleibt. Für Frauen zeigt sich in der Altersgruppe 55-59 Jahre ein sprunghafter Anstieg von 8,67% auf 19,88%. In dieser Altersgruppe finden de facto die Frühpensionierungen statt. In derselben Altersgruppe der Männer ist ein eher moderater Anstieg um knapp 2 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Bei den *über 60jährigen* beträgt der Personenüberhang bei beiden Geschlechtern 42,6% – bei einer allerdings sehr geringen Beschäftigtenzahl. Die Zahl der Beschäftigten über 60 in Relation zur Bevölkerung zwischen 60 und 65 Jahren betrug 1999 11,4%, die Bestandswirkung dieser Gruppe sogar nur knapp 8%. Der bedeutende Personenüberhang bei den über 60jährigen deckt sich mit der Wahrnehmung, daß in dieser Altersgruppe reguläre Erwerbstätigkeit nur noch für eine verschwindende Minderheit eine Rolle spielt; Nebenverdienste dürften aber in gewissem Umfang noch angestrebt werden.

Anmerkungen

¹ Bei einem 12-Monatsdurchschnitt, der 13-Monatsdurchschnitt des Hauptverbandes liegt etwas niedriger.

² Ohne Präsenzdienster und KarenzgeldempfängerInnen.

³ Selbstverständlich sind diese Personengruppen berücksichtigt, wenn sie infolge von unterjährigen Zustandswechseln auch Standardbeschäftigungsepisoden haben.

⁴ Bestimmte Sachverhalte, welche erst nach den Veröffentlichungen der Monatsdaten des Hauptverbandes bekannt wurden, sind in der Erwerbsdatenbank berücksichtigt und führen zu kleinen Unterschieden. Überdies gibt es in gewissem Umfang Personen, die kranken-, aber nicht pensionsversichert sind. Diese sind in der Erwerbsdatenbank nicht erfaßt.

⁵ Daß der Titel „Beschäftigte...“ für diese Zahlen eher unglücklich gewählt ist, wird einem bewußt, wenn außerhalb der engeren Fachöffentlichkeit Arbeitsmarktfragen erörtert werden.

⁶ *Neuzugänge* sind definiert als erstmalige Aufnahmen von Standardbeschäftigung im jeweiligen Beobachtungsjahr, unabhängig davon, ob diese Personen in früheren Jahren schon einmal standardbeschäftigt waren. Die Neueintretenden können im Beobachtungsjahr sowohl vorher als auch nachher sonstige Erwerbstätigkeiten ausgeübt haben. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei der Gruppe mit den *Ersteintritten* um Personen, welche die erste Standardbeschäftigung ihres Erwerbslebens aufgenommen haben.

⁷ In dieser Erwerbsgruppe sind Unterbrechungen von maximal 28 Tagen zulässig, vorausgesetzt, daß in dieser Zeitspanne keine registrierte Arbeitslosigkeit aufscheint.

⁸ Ein Wert von 100 würde bedeuten, daß es in einem Monat nur monatsdurchgängige Beschäftigung gegeben hat bzw. daß die Linien in Abbildung 2 zusammenfallen.

⁹ Monatsmittel = $\frac{1}{2} \cdot \text{Monat } (n) + \frac{1}{2} \cdot \text{Monat } (n-1)$.

¹⁰ Technisch gesehen heißt Anfangsbestand, daß diese Personen zumindest am 31. Dezember des Vorjahres auch schon ein Standardbeschäftigungsverhältnis hatten. Dieser Wert ist nicht gleich dem Endstand der Beschäftigung im Dezember des Vorjahres, weil relativ viele Pensionierungen aus Beschäftigung genau zum Jahreswechsel erfolgen.

- ¹¹ Die Ursache ist daher vermutlich hauptsächlich die Bauwirtschaft, deren Beschäftigungsaufschwung jährlich auch vom Winterende bestimmt wird.
- ¹² Die in dieser Gruppe zulässigen Kurzunterbrechungen führen übers Jahr summiert zu einem Verlust von 5 Promillepunkten – das entspricht in dieser großen Gruppe doch immerhin 12.427 Personenjahren.
- ¹³ Die Differenz auf 100% macht mehr als eine halbe Million Personenjahre aus.
- ¹⁴ Die 28-Tage-Regel wurde unter anderem eingeführt, um zu verhindern, daß datentechnische, meldebedingte sowie kalenderbedingte Unregelmäßigkeiten inhaltliche Verschiebungen auslösen. So ist es zum Beispiel nicht egal, auf welchen Wochentag der jeweils Monatserste und hier insbesondere der 1. Januar fällt.
- ¹⁵ Etwa vier Fünftel der AusländerInnen sind Arbeiter oder Arbeiterinnen
- ¹⁶ Für Wirtschaftsabteilungen, welche sich strukturell vom Sektor insgesamt nicht nennenswert unterschieden oder die quantitativ unbedeutend sind ist in diesem Artikel keine detaillierte Beschreibung erfolgt.

Zusammenfassung

Der österreichische Arbeitsmarkt ist flexibler, als oft behauptet wird. Dies gilt nicht nur für den Bereich der laufend an Bedeutung gewinnenden atypischen Beschäftigungsformen, sondern auch für die vollversicherungspflichtige Standardbeschäftigung. Neben Arbeitszeitfragen ist es hier vor allem auch von Bedeutung, ob die Beschäftigung jahresdurchgängig ist oder nicht. 1999 standen 3,568 Mio. zumindest vorübergehend standardbeschäftigte Personen mit sehr unterschiedlichen Beschäftigungsintensitäten hinter einem Jahresdurchschnittsbestand von 3.012 Mio. Noch immer dominiert mit knapp 70% die jahresdurchgängige Beschäftigung, aber darüber hinaus waren über 1 Mio. Personen mit teilweise erheblich kürzeren Dauern beschäftigt. Neben der Arbeitsmarkterneuerung ist es vor allem die sehr hohe Betroffenheit von Arbeitslosigkeit mit unterschiedlichsten Dauern aber auch die Existenz eines großen Personenkreises, der zwischen Standardbeschäftigung und Nichterwerbstätigkeit (bzw. anderen Beschäftigungsformen) hin und her wechselt, welche diesen beträchtlichen Personenüberhang erklären können. Schwankungen in diversen Reservepositionen des Arbeitsmarktes sind nicht nur ein konjunkturelles, sondern darüber hinaus auch ein unterjähriges Phänomen.

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 5**

Kapitalismus im 21. Jahrhundert Ein Survey über aktuelle Literatur

Günther Chaloupek, Thomas Delapina (Hrsg.)

Werner Teufelsbauer

Lester Thurows Weg zur Überwindung des konservativen durch einen aufgeklärten Kapitalismus.

Günther Chaloupek

Paul Krugman über die Zukunft des Kapitalismus.

Ewald Walterskirchen

„Die Herausforderung des Weltkapitalismus“ von Robert Gilpin.

Felix Butschek

David Landes' Lehren aus der Vergangenheit.

Peter Rosner

„Aufstieg und Niedergang von Nationen“ und „Power and Prosperity“ von Mancur Olson.

Manfred Prisching

Robert Heilbroners ungreifbare Visionen.

Thomas Delapina

Kapitalismus im 21. Jahrhundert– Versuch eines Resümees.

Wien 2001, 88 Seiten, öS 198,- bzw. € 14,39.

Bestellungen bei: Verlag ORAC, 1014 Wien, Graben 17,
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-142, e-mail: verlag@Orac.at

Die Sozial- und Gesundheitsausgaben des Bundes 2001 bis 2005

Agnes Streissler

1. Inhalt und Ziel der Arbeit

Dieser Artikel stellt den zweiten Teil einer Arbeit über die Sozial- und Gesundheitsausgaben in Österreich dar. Der erste Teil dazu erschien im Heft 27/3 (2001) von WuG. Im vorliegenden Teil geht es um die Prognose der Sozial- und Gesundheitsausgaben des Bundes von 2001 bis 2005. Die Einbettung dieser Ausgaben in die gesamtsstaatlichen Ausgaben laut Maastricht-Konzept wird dabei aus methodischen Gründen (es gibt nur bis 1999 Statistiken für den gesamten öffentlichen Sektor) nicht mehr berücksichtigt.

Vielmehr soll nun der Frage nachgegangen werden, wie sich die Strukturprobleme der vergangenen Jahre in Zukunft auswirken werden. Es wird dabei vom Status quo der Gesetzeslage bzw. von den bis dato vorliegenden Regierungsvorlagen (Stand Juli 2001) ausgegangen – allgemein gehaltene Absichtserklärungen der Regierung, die noch nicht als Gesetzesentwurf vorliegen, werden also nicht berücksichtigt. Für 2001 und 2002 werden die so errechneten Beträge mit den Voranschlägen verglichen, für 2003 bis 2005 wird nur eine Prognose gemacht.

Entsprechend Teil 1 der Arbeit werden die Ausgaben wie in der funktionellen Budgetübersicht (Tabelle 21) zur Budgetrede gegliedert.

Der Prognose liegt eine für den Beirat angefertigte mittelfristige Wirtschaftsprognose des WIFO aus dem Juli 2001 zugrunde, die etwas schwächer als noch im März angenommen ausfällt (sie ist daher auch schwächer als die Prognosen, die den Bundesvoranschlägen 2001 und 2002 sowie dem Kommissionsgutachten zur langfristigen Pensionssicherung zugrunde liegen).

2. Zahlungen des Bundes an die Sozialversicherung

2.1 Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung

Da man seriöserweise bei Prognosen nur vom gesetzlichen Status quo ausgehen kann, muß angenommen werden, daß es nach 2002 keine „außerplanmäßigen“ Überweisungen an den Ausgleichsfonds gibt. So wird

Tabelle 1: Mittelfristige Wirtschaftsprognosen von WIFO und BM f. Finanzen vom Juli 2001

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %)					
	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Unselbständ Beschäft. (WIFO)	0,96	0,42	0,49	0,78	0,96	1,10
Arbeitslose (WIFO)	-12,36	-1,54	-0,16	-2,09	-1,07	-1,89
Konsumdeflator (WIFO)	1,90	2,60	1,90	1,30	1,50	1,60
Lohn- und Gehaltssumme (WIFO)*)	3,50	3,40	3,40	3,40	3,80	4,20
Lohn- und Gehaltss. pro Kopf (WIFO)*)	2,50	2,90	2,90	2,60	2,80	3,10
Arbeitnehmerentgelte*)	3,50	3,40	3,20	2,80	3,80	4,30
Pensionsanpassung (eig. Schätzung)		0,80	1,50	2,00	2,00	2,00
Wertanpassungs-Regelung		0,80	1,90	2,00	2,00	2,00
Umsatzsteuerprognose (BMF, außer 2005)		246.000	254.000	260.000	270.000	280.385
GSBG-Prognose (BMF, außer 2005)		16.200	16.780	17.500	18.100	18.721

*) Während für einkommensabhängige Leistungen die Elastizitäten in bezug auf die Lohn- und Gehaltssumme berechnet werden, muß man bei den lohnsummenabhängigen Einnahmen (Dienstgeberbeiträgen) die Arbeitnehmerentgelte als Bezugsgröße nehmen.

Quelle: Josef Baumgartner (WIFO); Anton Rainer (BMF)

hier angenommen, ebenso wie dies im Kommissionsgutachten zur langfristigen Pensionssicherung geschieht, daß aus der Arbeitslosenversicherung lediglich 356 Mio. € im Jahr überwiesen werden (während für 2002 inklusive der „außerplanmäßigen“ Überweisungen 1.112 Mio. € veranschlagt sind). Dementsprechend ist anzunehmen, daß der Bundesbeitrag in den kommenden Jahren deutlich ansteigen wird, da er tatsächlich die zunehmend größer werdende Finanzierungslücke zwischen Beitrags-einnahmen und Leistungsausgaben abdecken wird müssen.

Aufgrund der Rücknahme der Daten der WIFO-Prognose ist auch anzunehmen, daß infolge der Nettoanpassung die Pensionsanpassungsrichtwerte zurückgehen werden. Hatte die Kommission zur langfristigen Pensionssicherung noch angenommen, daß diese 2002 1,016, 2003 und 2004 jeweils 1,023 betragen würden, wird hier von wesentlich moderateren Anpassungsfaktoren ausgegangen, die 2002 1,015 und 2003 bis 2005 jeweils 1,020 betragen werden.¹ Gleichzeitig gibt es Änderungen bei den Einnahmen, da die Beiträge aufgrund der schlechteren Wirtschaftsprognose ebenfalls sinken werden. Bei der Leistungsberechnung ist allerdings zu berücksichtigen, daß aufgrund der Wertanpassung die Pensionsanpassung zumindest in Höhe der Inflation erfolgen muß – dies ist bei vorliegender Prognose für 2001 und 2002 der Fall. Für 2001 sind die Anpassungsfaktoren bereits Gesetz, daher wird hier mit 1,008 gerechnet, für 2002 muß der Anpassungsfaktor wie in Tabelle 1 beschrieben auf 1,019 erhöht werden.

In den Bundesvoranschlägen wurden für 2001 4,16 Mrd. € und für 2002 4,64 Mrd. € an Bundesbeiträgen zur Pensionsversicherung angenommen. Unter obigen Prognoseänderungen dürften diese Beiträge sich ändern auf 4,25 Mrd. € 2001 und 4,84 Mrd. € 2002. Für diese Jahre sind bereits hohe Überweisungen in den Ausgleichsfonds budgetiert. Für die Folgejahre sind diese derzeit noch nicht abschätzbar, wurden daher auf dem gesetzlich festgeschriebenen niedrigen Niveau gehalten, daher muß der Bundesbeitrag stark ansteigen. Laut Prognose würde er im Jahr 2005 bis auf 6,67 Mrd. € angestiegen sein.

Wie erwähnt, wurde bei dieser Prognose von äußerst moderaten Anpassungsrichtwerten ausgegangen. Würde man diese ab 2003 höher ansetzen (was angesichts der relativ hohen prognostizierten Steigerungen der Lohn- und Gehaltssumme nicht ganz unrealistisch ist), so ergäben sich folgende Mehrausgaben:

Deutlich ist zu sehen, daß hier bereits kleinere Änderungen massive Auswirkungen haben, die noch dazu auch in der zeitlichen Dynamik stark wirken.

Damit steigt in den kommenden Jahren der Anteil, den der Bundesbeitrag an der Summe der Sozialausgaben hat, auf zumindest 35 Prozent an. Diese Zahl sollte aber nur im Zusammenhang mit den anderen Sozialtöpfen interpretiert werden, da ja, wie erklärt, in entsprechendem Ausmaß die Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung sinken sollten.

Tabelle 2: Ausgaben des Bundes im Bereich der Sozialversicherung 1995 bis 2000 (in Mio. €)

	BVA		Prognose				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Pensionsversicherung	4.156	4.639	4.249	4.841	5.949	6.224	6.671
für Arbeiter u. Angestellte (inkl. Bergbau u. Eisenbahn)	2.433	2.608	2.522	2.783	3.809	3.976	4.305
Gewerbl. Wirtschaft	718	1.012	727	1.030	1.080	1.151	1.223
Landwirtschaft	995	1.019	999	1.028	1.060	1.097	1.143
Ausgleichszulagen	881	732	881	735	725	719	714
für Arbeiter u. Angestellte (inkl. Bergbau u. Eisenbahn)	640	118	562	439	433	430	427
Gewerbl. Wirtschaft	79	65	79	65	63	61	59
Landwirtschaft	241	231	241	231	229	228	228
Krankenversicherung	2	2	2	2	2	2	2
Bauern-Krankenversicherung	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Zahlungen an KV-Träger	2	2	2	2	2	2	2
Nachtschwerarbeitsgesetz	29	34	29	34	36	37	39
Sonstige	29	30	29	30	32	33	35
Summe	5.097	5.437	5.190	5.642	6.743	7.015	7.461

Quelle: Budgetübersichten zur Budgetrede 2002; eigene Berechnungen

Tabelle 3: Änderung der Prognose des Bundesbeitrags bei höheren Anpassungsrichtwerten

	Anpassungsrichtwert 1,021		Anpassungsrichtwert 1,025	
	Bundesbeitrag	Diff. zu Prognose	Bundesbeitrag	Diff. zu Prognose
2003	5.971	22	6.060	111
2004	6.270	46	6.454	230
2005	6.743	72	7.032	361

2.2 Ausgleichszulagen

Ab 2001 gilt, daß die Ausgleichszulagen weiterhin mit den Richtsätzen erhöht werden, allerdings zumindest mit der Inflationsrate. Diese Regelung kam bereits 2001 zum Tragen, wo der Richtsatz von 1,008 deutlich unter der Inflationsrate von 1,7% lag (diese „Wertanpassung“ bedingt auch die gegenüber den Vorjahren deutlich erhöhten Ausgaben). Auch 2002 führt die Wertanpassung dazu, daß die relevante Größe die Inflationsrate ist. Man kommt damit für die kommenden Jahre zu folgenden prognostizierten Sätzen:

Tabelle 4: Ausgleichszulagenrichtsätze im Monat (in €) – Prognose bis 2005

	Alleinstehende	Verheiratete
2001	613	875
2002	626	893
2003	638	910
2004	651	929
2005	664	947

Quelle: eigene Berechnungen

Laut Kommissionsgutachten sollte die Zahl der AusgleichszulagenempfängerInnen weiter abnehmen, zumindest wird angenommen, daß der Aufwand für die Ausgleichszulagen trotz steigender Richtsätze auch in den kommenden Jahren sinken wird. Revidiert um die schwächere Wirtschaftsprognose, sollte dies für die kommenden Jahre bedeuten, daß sich der Bundesaufwand für die Ausgleichszulagen folgendermaßen entwickeln wird: Für 2001 und 2002 dürfte der Bundesvoranschlag mit 881 bzw. 732 Mio. € in etwa halten. Bis zum Jahr 2005 würde die Ausgaben dann auf 714 Mio. € sinken (das wären etwas unter 4% der gesamten Sozialausgaben).

2.3 Sonstige Zahlungen an die Sozialversicherung

Für 2001 und Folgejahre sind die Überweisungen an die Bauernkrankenversicherung auf 0 gesetzt. Damit bleiben an sonstigen Zahlungen nur mehr die Zahlungen im Rahmen des Nachtschwerarbeitsgesetzes und kleinere Leistungen über. Laut Bundesvoranschlag machen die sonstigen Zahlungen (inkl. Nachtschwerarbeitsgesetz) 2001 60 Mio. € aus, 2002 66 Mio. €. Diese Voranschläge wurden für die Folgejahre mit 5% fortgeschrieben, so daß man bis 2005 auf einen Betrag von 76 Mio. € käme.

2.4 Politische Implikationen

Im Teil 1 wurden einige Forderungen an die Budgetpolitik im Bereich der Zahlungen an die Sozialversicherung aufgestellt. Diese lassen sich auch auf die Zukunft übertragen.

- ◆ Zumindest für die derzeit im Voranschlag vorliegenden beiden Jahre 2001 und 2002 wurde der Weg einer moderaten Nettoanpassung gewählt. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob dies auch das Ergebnis des Kommissionsgutachtens für 2002 sein wird. Es wurde in den Rechnungen gezeigt, daß bereits ein Anheben des Pensionsanpassungsrichtwertes um 0,1 Prozentpunkte binnen drei Jahren jährliche Mehrkosten für den Bundesbeitrag in der Höhe von 72 Mio. € verursacht.
- ◆ Derzeit ist noch nicht zu erkennen, daß die Budgetpolitik beabsichtigt, dem Grundsatz der strikten Trennung von versicherungsnahen und versicherungsfernen Leistungen zu entsprechen. Vielmehr werden, wie auch noch in den weiteren Kapiteln ausgeführt, die Zahlungen an den Ausgleichsfonds zu niedrig gehalten. Damit bestätigen auch die Prognosen für die Zukunft, wie wichtig es wäre, hier das Verursacherprinzip viel stärker gesetzlich zu verankern.

3. Arbeitsmarktpolitik

Die Prognose der Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik setzt nicht nur die stabile Entwicklung der vergangenen Jahre weiter fort, sie führt sogar zu deutlichen Rückgängen der Ausgaben (von 29% der gesamten Sozialausgaben 2001 auf weniger als 20% im Jahr 2005).

Diese Entwicklung hat wiederum nur wenig mit der Arbeitsmarktlage zu tun. Vielmehr ist sie fast zur Gänze auf budgettechnische Verschiebungen zurückzuführen. Die Tabelle 5 zeigt deutlich, daß die Leistungen im Bereich der Arbeitslosenunterstützung weitgehend konstant bleiben, daß es aber einen deutlichen Rückgang bei den „Sonstigen Ausgaben“ gibt – hierbei handelt es sich um die Kürzung der Überweisung in den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherung.

Tabelle 5: Ausgaben in der Arbeitsmarktpolitik 1995 bis 2000 (In Mio. €)

	BVA		Prognose				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Ämter	54	54	54	54	54	54	54
Arbeitsmarktpolit. Maßnahmen	714	670	714	670	670	670	670
Arbeitslosenunterstützung	1.224	1.220	1.512	1.546	1.552	1.573	1.166
Notstandshilfe	752	738	854	721	754	798	935
Karengeld	497	0	497	0	0	0	0
EU/EWR-Vertrag	1	1	1	1	1	1	1
Schlechtwetterentschädigung	4	4	4	4	4	4	4
Sonderunterstützung	54	48	57	43	33	25	19
Überweisung an das AMS	216	216	216	216	216	216	216
Sonstige Ausgaben	896	1.181	897	1.195	424	424	424
Summe	4.412	4.132	4.806	4.450	3.708	3.765	3.489

Quelle: Budgetübersichten zur Budgetrede 2002; eigene Berechnungen

3.1 Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz

Für die kommenden Jahre wurden folgende Entwicklungen bei den LeistungsbezieherInnen angenommen. Die Zahl der ArbeitslosengeldbezieherInnen entwickelt sich entsprechend der WIFO-Prognose. Auch für die NotstandshilfebezieherInnen wurde kein weiterer Umschichtungseffekt angenommen, sondern ebenfalls unterstellt, daß sie den gleichen Änderungsraten wie die Arbeitslosenzahlen unterliegen.

Ein besonderer Fall liegt für die SondernotstandshilfebezieherInnen vor. Durch das Kinderbetreuungsgeld wird die Sondernotstandshilfe gestrichen. Da nicht klar ist, wie hier Anrechnungen erfolgen werden, wird angenommen, daß diese Fälle mit einer bestimmten Zeitverzögerung wieder in der „normalen“ Notstandshilfe auftauchen werden – für 2002 wurde daher die Zahl der Sondernotstandsfälle auf 0 gesetzt, für 2003 wurde die Hälfte der Fälle der Notstandshilfe angerechnet, und ab 2004 sind sie vollständig in der Notstandshilfe enthalten.

Die Zahl der SolidaritätsprämienbezieherInnen wurde ab 2001 auf 0 gesetzt, die BezieherInnen weiterer kleinerer Leistungen (Altersteilzeit, Weiterbildungsgeld, Schulungsgeld u.a.) wurden konstant gehalten.

Für die Sonderunterstützung wurde angenommen, daß die Zahl der Anspruchsberechtigten weiterhin abnehmen wird (angenommen wurde, daß die Zahl der Übergangsregelungen ab 2001 0 beträgt und die Anspruchsberechtigten aus dem Bergbau jährlich um 12 Prozent abnehmen).

Damit ergeben sich folgende Schätzungen für die Zahl der LeistungsbezieherInnen:

Tabelle 6: Leistungsbezieherinnen von Arbeitslosenversicherungsleistungen im Jahresdurchschnitt

	2001	2002	2003	2004	2005
Arbeitslosengeld	106.239	106.122	103.900	102.789	100.344
Notstandshilfe	73.771	73.655	75.102	77.256	75.794
Sondernotstandshilfe	6.115	0	0	0	0
Sonderunterstützung	2.095	1.927	1.773	1.631	1.501
Weiterbildungsgeld	4.740	4.740	4.740	4.740	4.740
Solidaritätsprämie	0	0	0	0	0
Sonstige Leistungen	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000

3.2 Ausgabenentwicklung

Aus den Budgetzahlen der vergangenen Jahre und der Zahl der LeistungsbezieherInnen lassen sich durchschnittliche Tagsätze errechnen. Diese entsprechen nicht den vom AMS ausgewiesenen tatsächlichen durchschnittlichen Leistungen an Arbeitslose, was auf unterschiedliche

Abgrenzungsmodalitäten sowie auf andere rechentechnische Unterschiede zurückzuführen ist. Diese Rechengröße entwickelt sich ungefähr parallel zu der Lohn- und Gehaltsumme pro Kopf,² läßt sich daher auch für die kommenden Jahre damit fortschreiben.

Wie aus Tabelle 5 zu sehen ist, werden laut dieser Prognose die Leistungen für Arbeitslose in den Jahren 2001 und 2002 über den Voranschlägen liegen, sich danach aber wieder stabilisieren. Diese Abweichungen sind eindeutig auf die veränderte Arbeitsmarktprognoze zurückzuführen.

Der starke Rückgang der Arbeitslosenleistungen 2005 geht allerdings auf eine Gesetzesänderung bei den Krankenversicherungsbeiträgen zurück – laut Regierungsvorlage zum Kinderbetreuungsgeldgesetz werden die Krankenversicherungsbeiträge zum Arbeitslosengeld 2002 bis 2004 auf dem Niveau von 2001 gehalten und dann 2005 auf 6,8 Prozent des Aufwandes reduziert (heute werden sie mit 9,1% des doppelten Aufwandes berechnet).³

Die massivste Auswirkung auf die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung hat aber die Rücknahme der Überweisung an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherung ab dem Jahr 2003 (für 2002 ist durch eine AMPFG-Novelle im Zuge des Kinderbetreuungsgeldgesetzes noch eine Erhöhung vorgesehen). Ab 2003 wird die Überweisung nur mehr 356 Mio. € betragen (statt 1.126 Mio. € im Jahr 2002).

Unter der Annahme, daß die anderen Leistungen in den kommenden Jahren annähernd konstant bleiben werden, würde die Arbeitslosenversicherung somit ab 2003 Überschüsse in der Höhe von etwa 500 bis über 1.000 Mio. € im Jahr 2005 „erwirtschaften“. Das ist noch nicht einmal die Differenz, die durch die niedrigere Dotierung der Überweisung an den Ausgleichsfonds zur Pensionsversicherung entsteht. Diese Gelder sind also nicht ohne weiteres frei verfügbar, sondern es müßte, wie bereits im Kapitel über die Pensionsversicherung angesprochen, zunächst einmal geklärt werden, wieviel die Ersatzzeiten für die Pensionsversicherung, die im Rahmen der Arbeitslosenversicherung erzeugt werden, tatsächlich kosten werden.

3.3 Politische Implikationen

Aus der Analyse ergeben sich folgende politische Forderungen:

- ◆ Wie bereits im Teil 1 der Arbeit dargestellt, besteht das größte Problem in der Unterdotierung der Überweisung an die Pensionsversicherung. Nicht nur sollte diese Zahlung erhöht werden (um den tatsächlichen Aufwendungen zu entsprechen), sie sollte auch in entsprechender Höhe gesetzlich festgeschrieben werden.
- ◆ Weiters ist klarzustellen, ob die geplante Kürzung der Überweisungen an die Krankenkassen nicht zu gröblichen Unterdotierungen führt. Selbstverständlich sollen die Krankenkassen nicht aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung „quersubventioniert“ werden, es ist aber doch anzu-

nehmen, daß die nun geplante Überweisung nicht ausreicht, um die Krankenkosten von Arbeitslosen abzudecken. Derzeit wirkt diese Kürzung eher so, als ob auf Kosten der ohnehin „ungeliebten“ Krankenkasse die Arbeitslosenversicherung „saniert“ werden soll, um angebliche politische Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik vorweisen zu können. Dies ist keine ehrliche Budgetpolitik und nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtet.

- ◆ Die Problematik der Streichung des Karenzgeldes soll hier nicht näher erläutert werden. Es wird kurz beim Kinderbetreuungsgeld darauf eingegangen werden, da der vorliegende Artikel aber eher budgetpolitischer Natur ist, wäre die genauere Darstellung der politischen Debatte um die adäquate Abgeltung von Kinderbetreuung hier fehl am Platz.

Die Forderungen zeigen deutlich, daß eine transparente und zukunftsweisende Budgetierung in der Arbeitslosenversicherung allen Plänen zum „Ausräumen“ dieses Sozialtopfes einen Riegel vorschieben muß.

4. Kriegsoffer- und Heeresversorgung

Insgesamt machten die Ausgaben im Bereich der Kriegsoffer- und Heeresversorgung 2000 408 Mio. € aus. Im Teil 1 wurde bereits beschrieben, daß die Kriegsofferfälle im Jahr etwa mit 7% zurückgehen, die Fälle aus der Heeresversorgung in etwa konstant bleiben und die Durchschnittsrente mit der Pensionsanpassung wächst. Daraus ergibt sich obige Prognose – die Zahlungen im Bereich der Kriegsoffer- und Heeresversorgung werden bis 2005 auf etwas über 360 Mio. € zurückgehen.

Tabelle 7: Ausgaben in der Arbeitsmarktpolitik 1995 bis 2000 (in Mio. €)

	BVA		Prognose				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Bundessozialämter	47	52	47	52	55	57	60
Versorgungsgebühren	338	324	338	321	305	290	275
Sonstige Ausgaben	28	27	28	27	27	27	27
Summe	412	403	413	400	386	374	363

Quelle: Budgetübersichten zur Budgetrede 2002; eigene Berechnungen

5. Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF)

Da in den vergangenen Jahren Überschüsse im FLAF entstanden, verwundert es nicht, daß eine neue Leistung erfunden wurde – das Kinderbetreuungsgeld. Hier wurde in der Prognose nicht auf eigene Berechnungen zurückgegriffen, sondern die Darstellungen in der Regierungsvorlage übernommen (dabei aber durchaus kritisch hinterfragt). Insgesamt werden daher die Ausgaben des FLAF deutlich zunehmen auf 5 Mrd. € bis ins Jahr 2005.

Tabelle 8: Prognose der wichtigsten Leistungen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 2001 bis 2005 (in Mio. €)

	BVA		Prognose				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Familienbeihilfen	2.716	2.696	2.716	2.713	2.695	2.667	2.638
Geburtenbeihilfen	10	10	10	10	0	0	0
Freifahrten/Fahrtbeihilfen	315	325	307	310	311	312	312
Schulbücher	94	94	98	99	99	100	100
Karenzgeld (inkl. PV)	430	0	430	0	0	0	0
Kinderbetreuungsgeld	0	995	0	859	1.083	1.181	1.254
Wochengeld	202	209	207	210	214	218	222
Sonstige	650	227	652	229	197	200	203
Überschuß an Reservefonds	2	2	26	121	68	144	274
Summe	4.419	4.558	4.446	4.552	4.666	4.822	5.022

Quelle: Bundesvoranschläge 1997 bis 2002; eigene Berechnungen

Im Gegensatz zu den bisher betrachteten Sozialtöpfen ist der FLAF auf der Ausgabenseite relativ wenig konjunkturabhängig. Lediglich Leistungen, die an die Einkommen anknüpfen, wie das Wochengeld und die Unterhaltsvorschüsse, werden durch Änderungen in den Wirtschaftsprognosen betroffen. Daneben kann man bei einigen Leistungen (Freifahrten, Schulbücher, Förderungen u.a.) selbstverständlich eine gewisse Abhängigkeit von der Entwicklung des Konsumdeflators annehmen. Ansonsten wird der FLAF einerseits durch die demografische Entwicklung und andererseits ganz wesentlich durch die politischen Vorgaben bestimmt – kein anderer Sozialtopf scheint so sehr die Erfindungsgabe spendabler PolitikerInnen anzustacheln. Einnahmenseitig ist allerdings aufgrund der Hauptfinanzierungsquelle über die Dienstgeberbeiträge eine starke Konjunkturabhängigkeit gegeben.

Die geringe Konjunkturabhängigkeit erklärt auch, warum die Prognose bis 2002 auch nur wenig von den Voranschlägen abweicht. Änderungen ergeben sich für 2001 dadurch, daß die Dienstgeberbeiträge wahrscheinlich höher als angenommen ausfallen werden und damit die Überschüsse im FLAF etwas höher sein werden als veranschlagt. 2002 waren im Voranschlag noch 995 Mio. € für das Kinderbetreuungsgeld vorgesehen, laut Regierungsvorlage wird es im ersten Jahr aber „nur“ 859 Mio. € kosten – hier kommt es also zu einer Verschiebung in Richtung Überschüsse.

5.1 Prognose der Familienbeihilfen

Die demografische Prognose der Statistik Austria aus dem Dezember 2000 nimmt einen weiteren, wenn auch etwas verlangsamten, Rückgang

der Geburten an. Dadurch wird natürlich auch die Alterskohorte der 0-15jährigen zunehmend kleiner (von ca. 1,4 Mio. 1995 wird sie auf ca. 1,3 Mio. 2005 absinken). Übertragen auf die Kinder, für die es Familienbeihilfe gibt, läßt sich schätzen, daß die Zahl, die 1995 noch 1,76 Mio. ausmachte (ohne Selbstträgerschaft), bis 2005 auf 1,64 Mio. absinken wird. Damit sollten die Ausgaben für Familienbeihilfen 2001 mit 2,7 Mrd. € einen vorläufigen Höhepunkt erreichen, der mit der Familienreform 1999 zusammenhängt, und danach wieder zurückgehen auf 2,6 Mrd. €. Diese Prognose beinhaltet bereits die im Kinderbetreuungsgeldgesetz ab 2002 vorgesehene Erhöhung des Mehrkindzuschlages ab dem dritten Kind um 7,3 € im Monat.

Nicht inkludiert in dieser Prognose ist die derzeit nur durch Absichtserklärungen bekannte Idee, daß ab 2003 zusätzlich noch die Familienbeihilfe um 7,3 € im Monat für alle Kinder über drei Jahre angehoben würde. Dies würde zusätzlich in etwa 125 Mio. € im Jahr kosten.

5.2 Einschätzung des Kinderbetreuungsgelds

Mit 2002 wird das neue Kinderbetreuungsgeld eingeführt. Es soll das bisherige Karenzgeld (inkl. Versicherungsbeiträge) sowie die Teilzeitbeihilfe, die Sondernotstandshilfe und die Zahlungen an den Ausgleichsfonds für Pensionsversicherungsträger für Kindererziehungszeiten „ersetzen“. Es ist hier nicht der Platz, die politische Sinnhaftigkeit dieses Instruments (insbesondere in seinen arbeitsmarkt- und frauenpolitischen Auswirkungen) zu diskutieren. Es geht hier lediglich um die budgetäre Einschätzung. Auf den ersten Blick mögen die Nettokosten dieser Leistung nicht so groß erscheinen. So ist der Mehraufwand des Kinderbetreuungsgeldes im Vergleich zum Aufwand für Karenzgeld und Teilzeitbeihilfe zwar 660,8 Mio. €, da aber auch die Überweisung an den Ausgleichsfonds zunächst einmal sistiert wird, sind es auf den ersten Blick „nur“ Mehrkosten von ca. 200 Mio. €.

Reduziert wird dabei aber einerseits der Beitrag für die Krankenversicherung auf die bereits erwähnten 6,8%, andererseits werden, wie auch bereits ausgeführt, die Kindererziehungszeiten, die ja noch dazu im neuen Modell bereits pensionsbegründend wirken sollen, eindeutig zu niedrig dotiert. Im Ministerrat wurde klar herausgestrichen, daß eine vollständige Budgetierung dieser Zeiten ca. 580 Mio. € bedürfte (die Überweisung 2000 an den Ausgleichsfonds gemeinsam mit den Pensionsbeiträgen erreichte in etwa diesen Betrag), vorgesehen sind aber lediglich 282 Mio. €. Dieser Fehlbetrag wird selbstverständlich nicht sofort schlagend, ist aber eine unzumutbare zukünftige Belastung der Pensionsversicherung.

5.3 Sonstiges

Die restlichen Leistungen des FLAF machen in Summe rund eine Milliarde € aus und teilen sich auf eine Vielzahl von Einzelposten auf, die teilweise sehr schwierig zu prognostizieren sind.

Für 2001 ist noch eine Überweisung an den Ausgleichsfonds zur Pensionsversicherung in der Höhe von 465 Mio. € vorgesehen (die wieder unter „Sonstige Ausgaben“ verbucht ist).

Am relativ einfachsten ist noch das Wochengeld zu prognostizieren. Dieses wird aufgrund der angenommenen Gehaltssteigerungen (und dem unterstellten Geburtenrückgang) von 203 Mio. € im Jahr 2000 auf 222 Mio. € im Jahr 2005 anwachsen.

Die Ausgaben für Freifahrten und für Schulbücher sind aufgrund einer Nebenabsprache (sog. *Sideletter*) eigentlich gedeckelt. Gleichzeitig stehen aber in beiden Bereichen in den kommenden Jahren Umstrukturierungen der betroffenen Anbieter (Österreichischer Bundesverlag einerseits, Verkehrsverbünde, ÖBB andererseits) an, so daß nicht klar ist, wie die finanziellen Auswirkungen sein werden. Es wurden daher der Einfachheit halber die Durchschnittsausgaben mit dem Konsumdeflator fortgeschrieben.

5.4 Politische Implikationen

Insgesamt könnte vordergründig davon ausgegangen werden, daß trotz der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes auch in den kommenden Jahren Überschüsse im FLAF entstehen werden. Betrachtet man aber die budgetseitige Kritik am Kinderbetreuungsgeld, so sieht man, daß hier bereits einige Finanzierungslücken konstatiert werden können bzw. daß man von unsauberer Budgetierung sprechen kann. Allein die notwendige Verdoppelung der Überweisungen an die Pensionsversicherung würde die Überschüsse absorbieren. Eine Weiterführung der Krankenversicherungsbeiträge würde weitere 100 Mio. € kosten.

Die geplante Erhöhung der Familienbeihilfen um 87 € im Jahr wäre somit bereits nur mehr unter klar defizitärer Gebarung des FLAF möglich.

Insgesamt kann daher gesagt werden, daß eine transparente Budgetgebarung zeigen würde, daß das Kinderbetreuungsgeld den FLAF über die Maßen belastet.

6. Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz

Das durchschnittliche Pflegegeld macht derzeit etwa 430 € im Monat aus. Dieser Betrag wurde 2001 nicht valorisiert. Für die Folgejahre wurde angenommen, daß er jährlich mit der Inflationsrate valorisiert wird.

Tabelle 9: Prognose des Aufwands für das Bundespflegegeld (in Mio. €)

	BVA		Prognose				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Bundespflegegeld	1.272	1.308	1.277	1.309	1.333	1.362	1.403

Quelle: eigene Berechnungen

Die Zahl der PflegegeldbezieherInnen entwickelt sich in etwa parallel zur Zahl der PensionistInnen – in den vergangenen Jahren machte sie ziemlich konstant etwa 12,6% der Zahl der PensionistInnen aus. Diese Größe wurde daher auch für die kommenden Jahre angenommen. Unter diesen Annahmen wird das Pflegegeld weiterhin langsam ansteigen und 2005 etwa 1,4 Mrd. € ausmachen.

7. Übrige Sozialausgaben

Da es nur um Scheingenauigkeiten ginge, wollte man die einzelnen Ausgaben im Bereich der „Sonstigen Sozialausgaben“ fortschreiben, wird hier nur eine Pauschalfortschreibung der Bundesvoranschläge vorgenommen:

Tabelle 10: Prognose der Sonstigen Sozialausgaben laut Budgetübersichten (in Mio. €)

	BVA		Prognose				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Sonstige Sozialausgaben	252	255	252	255	268	281	295

Quelle: Budgetübersichten; eigene Berechnungen

Ab 2001 wurde der Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik auf 0 gesetzt. Auch die „Kindergartenmilliarde“ ist ausgelaufen. Als neue Ausgabe kam allerdings 2001 die „Behindertenmilliarde“ mit 73 Mio. € hinzu.

2001 und 2002 lauten die Bundesvoranschläge in diesem Bereich daher 252 Mio. € bzw. 255 Mio. €. Diese Zahlen wurden für 2003 bis 2005 mit jährlich fünf Prozent Wachstum fortgeschrieben, so daß sie laut Prognose 2005 295 Mio. € ausmachen würden.

8. Sozialausgaben insgesamt

8.1 Sozialausgabenquote

Der Trend einer sinkenden Sozialausgabenquote könnte sich auch in Zukunft fortsetzen, glaubt man den Regierungsvorgaben:

Laut Voranschlag sollte die Sozialausgabenquote als Anteil an den Bundesausgaben 2002 nur leicht ansteigen, als Anteil am Bruttoinlandsprodukt sollte sie in beiden betrachteten Jahren sinken. Aber auch die hier ange stellte Prognose, die ja auf dem gesetzlichen Status quo beruht, kommt zwar für die Jahre 2001 und 2002 auf etwas höhere Zahlen als der Voranschlag, dennoch wird auch hier für die Zukunft eine sinkende Sozialausgabenquote prognostiziert.

Nun wurde aber im Text mehrfach auf Unterbudgetierungen hingewiesen. Diese können natürlich nur sehr schwer quantifiziert werden. Die folgende Tabelle versucht aber eine vage Einschätzung:

Tabelle 11: Sozialausgaben insgesamt und Sozialausgabenquote 2001 bis 2005

	BVA		Prognose				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Sozialausgaben insgesamt	15.863	16.092	16.384	16.608	17.104	17.620	18.013
In % der Bundesausgaben	26,98	27,60	27,86	28,48	28,56	28,35	27,92
In % des BIP	7,45	7,26	7,69	7,50	7,45	7,35	7,21

Quelle: Budgetübersichten; eigene Berechnungen

Tabelle 12: Fehlbeträge in der bisherigen Budgeteinschätzung der Sozialausgaben bis 2005 (In Mio. €)

	2001	2002	2003	2004	2005
Ersatzzeiten Arbeitslosenvers.			770	770	770
minus Diff. Bundesbeitrag			770	770	770
Ersatzzeiten Kindererziehung		457	450	384	298
Unterdotierung Krankenvers. in KBGG		38	77	84	98
Kürzung KV in der Arbl.vers.		2	7	17	194
Erhöhung Familienbeihilfe			125	125	125
Erhöhung des APRW bei Pensionen um 0,1%			22	46	72
Summe	0	497	681	656	787
Sozialausgaben „neu“	16.384	17.099	17.806	18.301	18.885
in % der Budgetausgaben	27,86	29,33	29,74	29,44	29,27
in % des BIP	7,69	7,72	7,76	7,63	7,56

Quelle: eigene Berechnungen

Ausgegangen wurde dabei von folgenden Annahmen:

- ◆ Die Überweisung an den Ausgleichsfonds aus der Arbeitslosenversicherung für 2002 entspräche den tatsächlichen Kosten der Ersatzzeiten aus der Arbeitslosenversicherung. Das bedeutete jährlich 770 Mio. € zusätzlich zu den fixen 356 Mio. €. Durch diese zusätzliche Überweisung würde sich aber der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung entsprechend reduzieren, so daß es sich hier weniger um eine Unterbudgetierung als um eine falsche Zuordnung handelt.

- ◆ Die im Ministerrat genannten 580 Mio. € wären die tatsächlich notwendigen Mittel zur Abgeltung der Kindererziehungszeiten (dies ist ja auch in etwa der Betrag, der 2001 für Pensionsbeiträge zum Karenzgeld plus Überweisung an den Ausgleichsfonds budgetiert sind). Im Kinderbetreuungsgeldgesetz sind aber wesentlich weniger vorgesehen. Diese 580 Mio. € sind noch dazu ab sofort fällig, damit sind sie gerade in den kommenden Jahren mit erst anlaufenden Pensionsbeiträgen zum Kinderbetreuungsgeld stark unterbudgetiert.
- ◆ Gleiches gilt für die Krankenversicherungsbeiträge zum Kinderbetreuungsgeld. Statt der vorgesehenen 6,8% (bzw. Kappung der Beiträge in den nächsten Jahren) wurde der Bedarf mit den bisher üblichen 18,2% berechnet, getrennt nach dem Aufwand für das Kinderbetreuungsgeld und den Zahlungen in der Arbeitslosenversicherung.
- ◆ Weiters wurde davon ausgegangen, daß als „Wahlzuckerl“ 2003 die versprochene Erhöhung der Familienbeihilfe hinzukommt.
- ◆ Und schließlich wurde noch berücksichtigt, wieviel eine Erhöhung der Anpassungsrichtwerte zur Pensionsversicherung 0,1 Prozentpunkte im Jahr ab 2003 kosten würde.

Berücksichtigt man also die genannten Beträge, so ergeben sich Mehrkosten von jährlich bis über 780 Mio. €. Damit würde die Sozialquote auch wieder deutlich ansteigen auf 29,74% (2003) bzw. 29,27% (2005), und auch im Verhältnis zum BIP könnte man nicht mehr von stetig sinkenden Sozialausgaben sprechen.

8.2 Geht sich eine Lohnnebenkostensenkung aus?

Bereits aus dem eben Gesagten geht hervor, daß die budgetären Spielräume wesentlich enger sind als angenommen. Nun wird der Wirtschaft aber seit Regierungsantritt eine Lohnnebenkostensenkung im Ausmaß von über 1 Mrd. € versprochen. Kann sich diese denn überhaupt ausgehen?

Im Bereich der Sozialausgaben bieten sich aufgrund der Prognose zwei Bereiche an, wo gekürzt werden könnte: bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen und bei den Dienstgeberbeiträgen zum FLAF.

Die Analyse hat aber ergeben, daß gerade in diesen Bereichen unsauber budgetiert wurde. Die derart entstehenden „Überschüsse“ relativieren sich sehr rasch, wenn die oben erwähnten Fehlbeträge berücksichtigt werden:

Stellt man also in der Arbeitslosenversicherung die bislang prognostizierten Ausgaben den aufgrund der Wirtschaftsprognose zu erwartenden Einnahmen gegenüber, so kommt man zunächst auf Überschüsse ab dem Jahr 2003 in der Höhe von 400 bis 1.000 Mio. €. Budgetiert man aber die notwendigen Abgeltungen für die Ersatzzeiten in transparenter Weise in der Arbeitslosenversicherung, statt sie im Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung zu „verstecken“, so bleibt die Arbeitslosenversicherung länger defizitär und würde erst ab 2005 wieder Überschüsse aufweisen. Hier ist aber noch keine Höherdotierung der dringend notwendigen aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vorgesehen.

Tabelle 13: Spielräume für eine Lohnnebenkostensenkung in der Arbeitslosenversicherung und dem FLAF 2001 bis 2005 (in Mio. €)

	2001	2002	2003	2004	2005
Arbeitslosenversicherung*)					
Ausgaben	4.806	4.461	3.726	3.788	3.363
Einnahmen	4.218	4.002	4.135	4.291	4.436
Defizit / Überschuß	-588	-459	409	503	1.073
notwend. Überweisung an Ausgleichsfonds			770	770	770
notwend. Überweisung an Krankenvers.		2	7	17	194
Spielraum	-588	-461	-368	-284	109
Familienlastenausgleichsfonds					
Ausgaben	4.420	4.431	4.599	4.678	4.728
Einnahmen	4.446	4.552	4.666	4.822	5.002
Defizit / Überschuß	26	121	68	144	274
Fehlbeträge im Kinderbetreuungsgeldges.		495	527	468	396
Spielraum	26	-374	-459	-324	-122

*) Die hier angeführten Ausgaben der Arbeitslosenversicherung unterscheiden sich von den vorne aufgeführten, da der Topf der Arbeitslosenversicherung nicht alle Maßnahmen und Ausgaben enthält, die laut Budgetübersichten unter Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen angeführt sind.

Quelle: eigene Berechnungen

Es ist zwar aufgrund der Arbeitsmarktprognosen anzunehmen, daß es längerfristig tatsächlich zu einer Entlastung in der Arbeitslosenversicherung kommen sollte. Vor 2005 hier aber Beiträge senken zu wollen, wäre jedenfalls verfrüht und würde eine völlig falsche Prioritätensetzung bedeuten.

Drastischer gestaltet sich die Lage beim Familienlastenausgleichsfonds. Die vorsichtige Budgetierung der „Nebenkosten“ des Kinderbetreuungsgeldes läßt den FLAF auf den ersten Blick überhaupt nicht defizitär werden. Veranschlagt man aber die oben genau erläuterten Fehlbeträge, so wird der FLAF ab 2002 bereits wieder defizitär, wobei die Fehlbeträge nicht gerade unbeachtlich sind. Hier ist an eine Senkung der Dienstgeberbeiträge gar nicht zu denken.

Würde die Wirtschaft dies alles berücksichtigen und gleichzeitig alle Folgekosten der Dequalifizierung, der Senkung des Arbeitskräfteangebotes etc. durch das Kinderbetreuungsgeld bedenken, dürfte sie im Parlament im übrigen keinesfalls für diese Gesetzesvorlage stimmen...

8.3 Struktur der Sozialausgaben

Im Teil 1 der Arbeit wurde die Frage gestellt, ob in Zukunft eine Abkehr vom familialistischen, konservativen Sozialstaat erfolgen wird. Aufgrund der bisherigen Analyse ist dies nicht anzunehmen. Diese These soll hier noch kurz mit konkreten Zahlen erhärtet werden. Analog zum Teil 1 wird daher die Struktur der Sozialausgaben insgesamt untersucht.

Tabelle 14: Anteile der wichtigsten Sozialausgaben an den Sozialausgaben insgesamt (In %)

	BVA		Prognose				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Bundesbeitrag Pensionsvers.	26,20	28,83	25,93	29,15	34,78	35,32	37,03
Arbeitsmarktpolitik	27,81	25,68	29,33	26,80	21,68	21,37	19,37
FLAF	27,86	28,32	27,14	27,41	27,28	27,37	27,77
Bundespflegegeld	8,02	8,13	7,79	7,88	7,79	7,73	7,79
Sonstige Ausgaben	10,11	9,04	9,81	8,76	8,47	8,21	8,04

Quelle: eigene Berechnungen

Die Dominanz der drei Ausgabenblöcke Pensionen, Arbeitsmarktpolitik und FLAF verstärkt sich in den kommenden Jahren noch weiter – hatten die sonstigen Sozialausgaben 1996 noch 13% ausgemacht, so werden es 2005 nur mehr 8% sein.

Gleichzeitig sieht man aber eine ganz deutliche Verschiebung von Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik in Richtung Pensionsversicherung. Auch wenn es sich hier „nur“ um die fehlende Überweisung in den Ausgleichsfonds handelt, so bestätigt dies eben genau die These von Pensionierung statt Aktivierung – der Strukturwandel am Arbeitsmarkt wird nicht über die Arbeitsmarktpolitik abgefangen, sondern über verstärkte Passivierung.

Gleichzeitig bleiben die Anteile des FLAF relativ konstant – familialistische Ausgaben behalten also ihren wichtigen Stellenwert.

Wie im Teil 1 bereits ausgeführt, muß diese Entwicklung als sehr kritisch angesehen werden, da sie kaum dazu beitragen wird, den weiteren gesellschaftlichen und arbeitsmarktinhärenten Strukturwandel zu bewältigen.

9. Gesundheitsausgaben

Wie im Teil 1 beschrieben, sind die Gesundheitsausgaben des Bundes vom Umsatzsteueraufkommen und von den Ergebnissen des jeweiligen Finanzausgleichs abhängig. Lediglich die sonstigen Gesundheitsausgaben (die wie dargestellt hauptsächlich Ausgaben im Bereich des Umweltschutzes darstellen) sind hiervon unabhängig. Aufgrund ihrer geringen

Größe und ihrer nur nebensächlichen Bedeutung für die hier vorliegende Arbeit werden die Voranschläge dieser sonstigen Gesundheitsausgaben (ebenso wie die sonstigen Zuschüsse für Krankenanstalten) bis 2005 einfach mit 5% p.a. fortgeschrieben.

Ausgehend von der Umsatzsteuerprognose des Finanzministeriums⁴ kann man daher folgende Gesundheitsausgaben des Bundes prognostizieren:

Tabelle 15: Prognose der Gesundheitsausgaben des Bundes 2001 bis 2005 (in Mio. €)

	BVA		Prognosen				
	2001	2002	2001	2002	2003	2004	2005
Beiträge zur Krankenanstaltenfinanzierung	503	513	503	513	524	540	556
§ 57(1) KAG: Umsatzsteueranteil	236	244	236	244	250	259	269
§ 57(2) und (3) KAG: Fixbeträge	158	158	158	158	158	158	158
Zuschüsse für Krankenanstalten	108	111	108	111	116	122	128
Sonstige Gesundheitsausgaben	339	353	339	353	371	389	409
Summe	842	866	842	866	895	929	965
In % der Bundesgesamtausgaben	1,43	1,49	1,43	1,49	1,49	1,49	1,49
In % der BIP	0,40	0,39	0,40	0,39	0,39	0,39	0,39

Quelle: eigene Berechnungen; Prognose von USt und GSBG für 2001 bis 2004 laut BMF

Diese Prognose geht von der Annahme aus, daß der Bund im Rahmen der Krankenanstaltenfinanzierung bis 2005 nichts nachschießen muß.

Fraglich ist natürlich auch, ob die Umsatzsteuerprognose hält – schließlich wird aufgrund der höheren Inflation bereits für 2001 ein höheres Aufkommen erwartet. Dadurch erhöhen sich natürlich auch die Bundesbeiträge, allerdings handelt es sich hierbei nicht um wesentliche Beträge (geht man beispielsweise von einem Umsatzsteueraufkommen aus, das jährlich um 5% höher ist als bisher angenommen, so würde sich dies als Erhöhung von nicht einmal 2,5% bei den Krankenanstaltenfinanzierungsbeiträgen auswirken; das wären ca. 10 Mio. € Mehraufwand im Jahr 2001 und 14 Mio. € im Jahr 2005).

Damit sind die Beträge im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung für die kommenden Jahre um einiges niedriger als in den Vorjahren. 2000 machten sie noch inklusive der Zuschüsse für die Krankenanstalten 576

Mio. € aus. Es ist daher fraglich, ob diese Finanzausgleichsabmachung „hält“ bzw. ob hier nicht abermals die Sozialversicherung auf Kosten des Bundesbudgets über Gebühr belastet werden wird.

Von 2001 bis 2005 gibt es an Gesundheitsausgaben des Bundes also nur mehr die Überweisungen im Rahmen der Krankenanstaltenfinanzierung (ca. 60% der Gesundheitsausgaben des Bundes) und den Sammelposten der „Sonstigen Ausgaben“ (ca 40% des Gesundheitsausgaben des Bundes). Insgesamt werden diese Ausgaben nicht einmal eine Milliarde € erreichen (2002 842 Mio. €; 2005 965 Mio. €). Ihr Anteil an den Bundesgesamtausgaben wird somit ungefähr konstant bei 1,5% bleiben, auch ihr Anteil am BIP wird unverändert bleiben (0,4%).

Daraus schließen zu wollen, daß das Gesundheitswesen keine Kostendynamik aufweist, ist bekanntlich völlig falsch. Da aber die Ausgaben des Bundes nicht direkt dieser Kostendynamik ausgesetzt sind (da sie ja im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung endogen durch das Umsatzsteueraufkommen und nicht exogen durch den Bedarf der Krankenanstalten bestimmt sind und die sonstigen Ausgaben recht wenig Bezug zu den kostendynamischen Bereichen des Gesundheitswesens haben), wird es hier in den kommenden Jahren zu einem Mißverhältnis kommen. Die Sozialversicherungen sind unmittelbar den steigenden Gesundheitskosten ausgesetzt, während der Bund sich tendenziell aus diesem Bereich zurückzieht.

10. Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen

Eine Prognose⁵ der Sozial- und Gesundheitsausgaben bis 2005, die vom gesetzlichen Status quo ausgeht, ergibt eine relativ stabile Entwicklung – die Sozial- und Gesundheitsquote wird zwischen 29 und 30% ausmachen.

Diese auf den ersten Blick stabil erscheinende Budgetlage der Sozial- und Gesundheitsausgaben relativiert sich aber rasch, wenn man die dafür notwendigen Umstrukturierungen und Umschichtungen betrachtet. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies, daß zunehmend Sozial- und Gesundheitsausgaben an die Sozialversicherungen ausgelagert werden. Insbesondere betrifft dies den Bereich der Pensionsversicherung, wo notwendige Dotierungen von Ersatzzeiten nicht in ausreichendem Ausmaß vorgenommen werden. Aber auch im Gesundheitsbereich läßt sich vermuten, daß die sinkenden Gesundheitsausgaben des Bundes vor allem auf Kosten der Sozialversicherungsträger gehen werden.

Auf diese Weise konnten „Spielräume“ in der Arbeitslosenversicherung und im Familienlastenausgleichsfonds geschaffen werden, welche die Regierung für das Kinderbetreuungsgeld einerseits und für eine geplante Lohnnebenkostensenkung ausnützen will. Es handelt sich dabei aber um eine sehr unseriöse Budgetierung. Berücksichtigt man alle „übersehenen“ Beträge, so wird die Sozial- und Gesundheitsquote des Bundes auf über 31% (2003) ansteigen. Eine Lohnnebenkostensenkung ist realistischerweise vor 2005 ebenfalls nicht und selbst dann nur schwer möglich.

Die Analyse zeigt deutlich, daß den in der Zusammenfassung postulierten Herausforderungen mangelhaft bis gar nicht begegnet wurde. Im Gegenteil:

- ◆ Der Familialismus nimmt aufgrund des Kinderbetreuungsgeldes weiter zu. Interessanterweise findet das Sparpaket 2000 („Soziale Treffsicherheit“) kaum Niederschlag in den hier analysierten Zahlen – die als Sozialausgaben des Bundes klassifizierten Ausgaben waren davon kaum betroffen (viele betraf Ausgaben der Sozialversicherung, die Studiengebühren fallen unter Wissenschaftsausgaben etc.). Diese Maßnahmen waren weniger durch die familialistische Grundstruktur der Sozialausgaben geprägt als durch einen pseudo-liberalen Reformehergeiz, Kürzungen bei den mittleren Einkommen vorzunehmen, die unteren Einkommensschichten mehr recht als schlecht zu befrieden und die oberen Einkommensschichten nicht zu tangieren. Hier kann man durchaus Widersprüchlichkeiten in der Sozialpolitik dieser Regierung konstatieren – jedenfalls ist klar, daß sogenannte „sozialdemokratische“ Sozialregime, wie sie beispielsweise in Skandinavien herrschen, nicht Vorbild dieser Regierung sind, während Ernährermodell und Familienzentriertheit unterstützt und ausgebaut werden. Diese Entwicklung ist hinderlich sowohl in bezug auf die Herausforderungen des demografischen Strukturwandels als auch in bezug auf die durch den Postindustrialismus bedingten strukturellen Änderungen am Arbeitsmarkt.
- ◆ Die Pensionsversicherung wird über einen steigenden Bundesbeitrag wieder stärker steuerfinanziert, während der Ausgleichsfonds unterdotiert wird (dies gilt jedenfalls für die FLAF-Zahlungen; ob im Bereich der Arbeitslosenversicherung ab 2003 weitere Erhöhungen geplant sind, bleibt abzuwarten – die dadurch zu erwartenden Defizite sprechen eher dagegen).
- ◆ Die Diskussionen um die Sozialversicherung in den letzten Monaten zeigen deutlich, daß sich der Bund als Gegenspieler dieser Institution sieht. Dies behindert massiv einen konsensualen Problemlösungsprozeß in den immer wichtiger werdenden Bereichen der Pensionsversicherung und des Gesundheitswesens.

Anmerkungen

¹ Diese Größen sind rein spekulativer Natur, da eine Berechnung, die tatsächlich auf der vorliegenden Konjunkturprognose beruhte, zu komplex wäre (nicht umsonst wird hier alljährlich eine ExpertInnenkommission eingesetzt) – weiter unten wird kurz umrissen werden, welche Auswirkung höhere Anpassungsrichtwerte hätten.

² Die Elastizitäten der Tagsätze bezüglich der Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf sind in allen Fällen nahe und rund um 1, lediglich bei der Sonderunterstützung ist die Elastizität nur 0,8 (in diesem Fall wurde auch mit dieser geringeren Elastizität gerechnet).

³ Aufgrund der Pauschalierungsregelung 2002 bis 2004 sind die Krankenversicherungsbeiträge in dieser Zeit nicht mehr einzelnen Leistungen zuordenbar. Sie werden daher hier zur Gänze beim Arbeitslosengeld verbucht und erst ab 2005 gesondert für die Notstandshilfe berechnet.

⁴ Diese reicht nur bis 2004. Es wurde daher für 2005 angenommen, daß das Umsatzaufkommen im gleichen Ausmaß wie 2004 wächst.

⁵ Die den Berechnungen zugrundeliegende BIP-Prognose wurde inzwischen zweimal nach unten revidiert. Dies wird voraussichtlich die angesprochenen Probleme verschärfen. Im Bereich des Arbeitsmarktes wurde die hier angestellte Budgetprognose von Experten als zu pessimistisch eingestuft – im Lichte der neueren Zahlen dürfte sie aber durchaus realistisch sein.

Zusammenfassung

Eine Prognose der Sozial- und Gesundheitsausgaben bis 2005, die vom gesetzlichen Status quo ausgeht, ergibt eine relativ stabile Entwicklung – die Sozial- und Gesundheitsquote wird zwischen 29 und 30% ausmachen. Der erste Eindruck der Stabilität der Budgetlage im Sozial- und Gesundheitsbereich relativiert sich allerdings, wenn man die dafür notwendigen Umstrukturierungen und Umschichtungen betrachtet: Sozial- und Gesundheitsausgaben werden zunehmend an die Sozialversicherungen ausgelagert. Insbesondere betrifft dies den Bereich der Pensionsversicherung.

Auf diese Weise konnten „Spielräume“ in der Arbeitslosenversicherung und im Familienlastenausgleichsfonds geschaffen werden, welche die Regierung für das Kinderbetreuungsgeld einerseits und für eine geplante Lohnnebenkostensenkung ausnützen will. Es handelt sich dabei aber um eine sehr unseriöse Budgetierung. Berücksichtigt man alle „übersehenen“ Beträge, so wird die Sozial- und Gesundheitsquote des Bundes auf über 31% (2003) ansteigen. Eine Lohnnebenkostensenkung ist realistischerweise vor 2005 ebenfalls nicht und selbst dann nur schwer möglich.

Die Analyse zeigt deutlich, daß den in der Zusammenfassung postulierten Herausforderungen mangelhaft bis gar nicht begegnet wurde. Im Gegenteil:

- Der Familialismus nimmt aufgrund des Kinderbetreuungsgeldes weiter zu. Ernährermodell und Familienzentriertheit werden unterstützt und ausgebaut. Diese Entwicklung ist hinderlich sowohl in bezug auf die Herausforderungen des demografischen Strukturwandels als auch in bezug auf die durch den Postindustrialismus bedingten strukturellen Änderungen am Arbeitsmarkt.
- Die Pensionsversicherung wird über einen steigenden Bundesbeitrag wieder stärker steuerfinanziert, während der Ausgleichsfonds unterdotiert wird.
- Die Diskussionen um die Sozialversicherung in den letzten Monaten zeigen deutlich, daß sich der Bund als Gegenspieler dieser Institution sieht. Dies behindert massiv einen konsensualen Problemlösungsprozeß in den immer wichtiger werdenden Bereichen der Pensionsversicherung und des Gesundheitswesens.

KOMMENTAR

Juristisch-ökonomische Anmerkungen zur Reform des Gewährleistungsrechts

Jürgen Noll

1. Einleitung

Mit der nunmehr vonstatten gegangenen Reform des Gewährleistungsrechts¹ konnte man fast nicht mehr rechnen. Zwar wurde schon seit Jahren, insbesondere seit der Anerkennung der vollständigen Konkurrenz zwischen Schadenersatz- und Gewährleistungsansprüchen durch den OGH,² immer wieder darauf hingewiesen, daß das herrschende Gewährleistungsrecht veraltet und sowohl für die Zwecke der modernen Wirtschaft als auch zum Schutz der Konsumenten ungeeignet sei.³ Dennoch blieben bisher die meisten Bemühungen im Ansatz stecken.

Letztlich war der Druck, den die EU durch die Richtlinie 1999/44/EG zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter⁴ erzeugte, ausschlaggebend. Es nimmt nicht wunder, daß die jetzige Reform im wesentlichen aus einer Umsetzung dieser Richtlinie besteht. Die entstandenen Neuregelungen sind dabei durchaus als konsumentenfreundlich zu bezeichnen⁵ und sollen in der Folge kurz zusammengefaßt werden.⁶ Man darf jedoch auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der geänderten Rechtslage nicht übersehen, die wiederum letzten Endes die Konsumenten tref-

fen. Zwar sind diese (noch) nicht in voller Tragweite absehbar; einige Entwicklungen scheinen aber aus ökonomischer Sicht unausweichlich und sollen deshalb angesprochen werden.

2. Hauptpunkte der Reform

2.1 Fristverlängerung und Vermutung der Mangelhaftigkeit

Die zentralen Änderungen durch die Reform betreffen neben der *Vereinheitlichung* der Gewährleistung für Kauf- und Werkverträge (§ 1167 ABGB) vor allem die Verlängerung der *Gewährleistungsfrist* bei beweglichen Sachen auf zwei Jahre (§ 933 ABGB) und die *Vermutung* der ursprünglichen Mangelhaftigkeit (§ 924 ABGB). Mängel, die innerhalb von sechs Monaten nach der Übergabe hervorkommen, werden (widerleglich) als bereits bei der Übergabe vorhanden vermutet. Diese Vermutung tritt nicht ein, wenn sie mit der Art der Sache oder des Mangels unvereinbar ist. Das wäre z.B. bei offenkundigen Spuren einer Fehlbearbeitung der Sache oder offensichtlichen Abnutzungserscheinungen der Fall.⁷

Im Ergebnis entspricht dies einer Art von *Beweislastumkehr*. Der Übernehmer muß zwar nachweisen, daß der Mangel innerhalb von sechs Monaten nach Übergabe hervorkam; dann allerdings ist es (i.d.R.) Sache des Übergebers nachzuweisen, daß dieser Mangel nicht bereits im Zeitpunkt der Übergabe vorhanden war. Dem Übernehmer soll dadurch der bisweilen schwierige Nachweis der Mangelhaftigkeit im Zeitpunkt der Übergabe erleichtert werden. Auch die *Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte* (BAK) wies auf regelmäßig auftretende große sowie oft unüberwindbare Beweis-

schwierigkeiten hin und begrüßt die neue Regelung. Diese basiert im wesentlichen auf der Erwägung, daß ein schon bald nach Übernahme der Sache auftretender Fehler vielfach (zumindest in seiner Anlage) schon bei der Ablieferung vorhanden gewesen sein wird.⁸ Ein weiteres Argument ist die Nähe zum Beweis: Vielfach wird der Übergeber selbst über den nötigen Sachverstand verfügen, mit dem Hersteller in ständiger Verbindung stehen oder mit ihm leichter in Verbindung treten können als der Erwerber.

Eine Folge der Mangelhaftigkeitsvermutung, mit der höchstwahrscheinlich zu rechnen sein wird, besteht darin, daß eben die Frage, wann die Vermutung überhaupt greift, wahrscheinlich zu einer wesentlichen *Vorfrage* in gerichtlichen Auseinandersetzungen wird. Im Begutachtungsverfahren wurde bereits seitens des *Vereines für Konsumenteninformation* (VKI) moniert,⁹ daß häufig über die Zulässigkeit der Vermutung aufgrund der Art der Sache und/oder des Mangels gestritten werden wird. Auch die BAK lehnte diese Ausnahmeregelung als überflüssig ab.

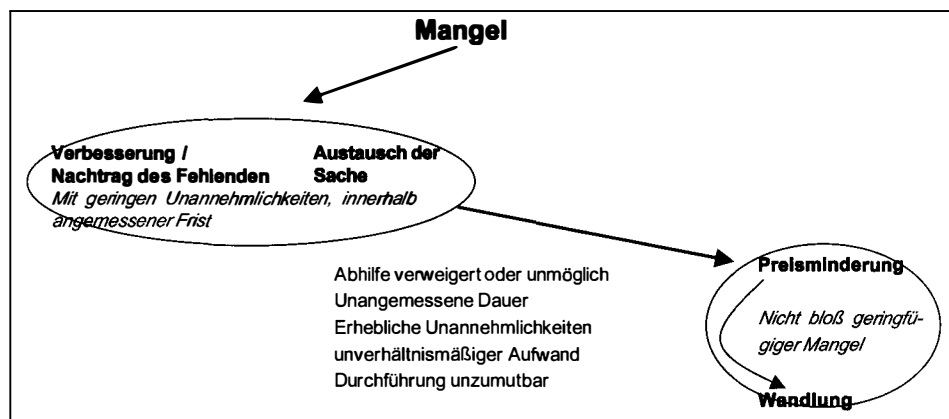
2.2 Neuregelung der Rechtsfolgen

Ebenfalls neu gestaltet wurden die *Gewährleistungsrechte* (§ 932 ABGB). Der Übernehmer kann zunächst nur die

Verbesserung oder den Austausch der Sache verlangen, außer wenn diese Abhilfen für den Übernehmer mit erheblichen Unannehmlichkeiten verbunden wären oder wenn sie ihm aus triftigen, in der Person des Übergebers liegenden Gründen unzumutbar sind. Die Verbesserung oder der Austausch ist in angemessener Frist¹⁰ und mit möglichst geringen Unannehmlichkeiten für den Übernehmer zu bewirken. Sind sowohl Verbesserung als auch Austausch unmöglich, mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden oder werden diese nicht in angemessener Frist vorgenommen bzw. überhaupt verweigert, so hat der Übernehmer das Recht auf Preisminderung. Handelt es sich nicht bloß um einen geringfügigen Mangel, besteht dann ebenfalls das Recht auf Wandlung.

Diese Neuregelung enthält eine Vielzahl unbestimmter Begriffe, worauf auch die BAK bereits hingewiesen hat. Auf die sich entfaltende Judikatur darf man gespannt sein. Des weiteren ist diese Regelung recht kasuistisch. Die untenstehende Skizze möge das Prüfungsschema verdeutlichen.

Von verschiedener Seite wurde im Begutachtungsverfahren darauf hingewiesen, daß der Erwerber im Gewährleistungsfall aufgrund der langen Fristen und der raschen technischen Entwicklung in vielen Gebieten im Wege des



Austausches oft eine bessere Leistung erhalten wird, als er vorher hatte.¹¹ Die Frage, wie allfällige Vorteile ausgeglichen werden könnten, wird von der Neuregelung gänzlich unbeantwortet gelassen und damit der Rechtsprechung anheim gestellt.

Die Parallelität zwischen Gewährleistung und *Schadenersatz* bleibt unangestastet; es werden allerdings die Schadenersatzansprüche für Mangelschäden an die Gewährleistungsrechte angepaßt, so daß auch im Schadenersatzrecht der Verbesserung bzw. dem Austausch Vorrang zukommt (§ 933a ABGB). Des weiteren verfristet zehn Jahre nach Übergabe die Beweislastumkehr (§ 1298 ABGB) für Mangel- und Mangel-folgeschäden.

2.3 Händlerregreß

Einen weiteren Punkt der Reform stellt das – durch Art 4 der EU-Richtlinie vorge-sehene¹² – *Rückgriffsrecht* innerhalb der Vertriebskette dar (§ 933b ABGB).

Die dahinterstehenden Bedenken sind folgende: Die Verschärfungen des Gewährleistungsrechts sollen nicht zu Lasten des Letztverkäufers gehen. Diesem soll ein Anspruch auf Regreß gegen seinen Vormann zukommen. Das dient vor allem dem Schutz kleiner und mittlerer Handelsbetriebe; es wird dadurch verhindert, daß sie mit den Gewährleistungsansprüchen des Käufers „übrigbleiben“. Wie die BAK in Ihrer Stellungnahme zu-treffend hinweist, kann eine solche Rückgriffsregelung auch die Bereitschaft erhöhen, den Pflichten aus der Gewährleistung nachzukommen, da die dadurch bewirkte „Einbußen“ vom Vormann er-stattet werden.

Diese Regelung entspricht auch der ökonomisch durchaus zutreffenden Überlegung, denjenigen haften zu las-sen, der einen Fehler mit dem gering-sten Aufwand entdecken und verhindern hätte können.¹³ Dies sind in aller Regel die Hersteller und nicht die nachfol-

genden Händler. Dazu kommt noch, daß Schäden z.B. auf dem Transport oder in-folge mangelhafter Lagerung geschehen können, so daß auch die Haftung sämt-licher „Zwischenstufen“ des Produktes bis zum Konsumenten gerechtfertigt er-scheint.

Hat ein Unternehmer einem Verbrau-cher Gewähr geleistet, so kann er von seinem Vormann, wenn auch dieser Un-ternehmer ist, auch nach Ablauf der Fri-sten des § 933 ABGB die Gewährlei-stung fordern. Der Anspruch ist mit der Höhe des eigenen Aufwandes be-schränkt. Derartige Ansprüche sind in-nerhalb von zwei Monaten ab Erfüllung der eigenen Gewährleistungspflicht ge-richtlich geltend zu machen.¹⁴ Die Haf-tung eines Rückgriffspflichtigen verjährt jedenfalls in fünf Jahren nach Erbringung seiner Leistung.¹⁵

Unverständlich ist jedoch, daß einem Nicht-Unternehmer ein solcher Regreß nicht eröffnet wurde. Auf sachlich nicht zu rechtfertigende Wertungswidersprü-che wiesen u.a. *Bydlinski* und *Kozioł* in ihrer gemeinsamen Stellungnahme¹⁶ hin. Würde ein Nicht-Unternehmer eine Ware weiterveräußern, müßte er zwar Gewähr leisten; der (länger mögliche) Rückgriff auf seinen Vormann wäre ihm jedoch ver-wehrt. Die Ausgestaltung des Regreß-rechts wird damit in Wahrheit zu einer Privilegierung der Unternehmer.¹⁷

2.4 Sonderfall: Konsument

Als letzte wichtige Neuerung sei noch die Änderung im *Konsumentenschutz-bereich* erwähnt (§ 9 KSchG): Gewährlei-stungsrechte eines Verbrauchers kön-nen vor Kenntnis des Mangels über-haupt nicht ausgeschlossen oder einge-schränkt werden. Die Vereinbarung einer kürzeren als der gesetzlichen Gewähr-leistungsfrist ist unwirksam. Bei der Ver-äußerung gebrauchter beweglicher Sa-chen¹⁸ kann jedoch die Gewährlei-stungsfrist auf ein Jahr verkürzt werden, sofern dies im einzelnen ausgehandelt

wird. Sofern es sich um Kraftfahrzeuge handelt, ist eine solche Verkürzung nur dann wirksam, wenn seit dem Tag der ersten Zulassung mehr als ein Jahr verstrichen ist.

3. Wirtschaftliche Auswirkungen

3.1 Kosten- und Preiserhöhungen

Durch das Zusammenspiel der Beweislastumkehr und der längeren Frist wird es unbestreitbar zu mehr Gewährleistungsfällen kommen.

In der Stellungnahme der *Industriellenvereinigung*¹⁹ wurde auf eine intern durchgeführte Abschätzung der Folgekosten Bezug genommen, wonach mit einer (branchenspezifisch unterschiedlichen) Erhöhung der Kosten der Abwicklung von Gewährleistungsfällen in Höhe von (durchschnittlich) 30% zu rechnen ist. Es wird befürchtet, daß eine allgemeine Preissteigerung sowie Rationalisierungsmaßnahmen unvermeidbar wären, um diese Kosten abzufangen. Die Möglichkeit, Produkte zu verbessern, um Gewährleistungsfälle gleichsam „im Keim zu ersticken“, wurde jedoch nicht einmal angedacht und stellt offensichtlich keine Option der Industrie dar. Überhaupt ist diese Zahl eher als „Panikschätzung“ einzustufen, denn auch die EU-Kommission war sich der möglichen Kosteneffekte bewußt und hat entsprechende Studien in Auftrag gegeben, welche jedoch nur geringfügige Preissteigerungen prognostizierten.

Viele Unternehmen gewähren darüber hinaus beispielsweise ohnehin bereits seit vielen Jahren freiwillig Garantien, deren Geltungsdauer weit länger als die bisherigen Gewährleistungsfristen ist. Ein derart großer „Umstellungsschock“ dürfte daher – trotz der pessimistischen Erwartungen – m.E. nicht eintreten. Inwieweit allerdings die nunmehrige Reform von manchen lediglich als Vorwand für unliebsame Betriebsentscheidungen genommen wird, bleibt abzuwarten.

3.2 Gewährleistung und „Signaling“

Seit *Akerlof* 1970 die Ökonomen für den Zusammenhang zwischen Qualitätsunsicherheiten und der Funktionsfähigkeit eines Marktes sensibilisiert hat,²⁰ hat sich der Begriff des „*Signaling*“ für die Versuche, gute Qualität nach außen transparent zu machen, etabliert. Dabei geht es im wesentlichen darum, mögliche Käufer von der vorhandenen Qualität des Gutes zu überzeugen, damit nicht bloß deren Skepsis allfällige Kaufentscheidungen negativ beeinflußt.

In seinem Aufsatz zeigte *Akerlof*, daß die Unsicherheit über die Qualität der angebotenen Waren bzw. Leistungen schlimmstenfalls zum Zusammenbruch eines Marktes führen kann, da sich kein Abnehmer findet, der den verlangten Preis zu zahlen bereit ist.²¹ In solchen Fällen dienen z.B. Garantien dazu, dem (potentiellen) Käufer die (gute) Qualität des Produktes zu signalisieren. Denn – so der (erhoffte) Gedankengang des Käufers – kein Verkäufer würde sich auf eine Garantieverpflichtung einlassen, wenn die Ware bekanntermaßen minderwertig wäre. Stellt sich aber trotzdem im nachhinein die Mangelhaftigkeit heraus, dann kann sich der Käufer zumindest auf die Durchführung einer Verbesserung verlassen. Garantien ermöglichen es daher, einen Markt „am Leben zu erhalten“.

Das Rechtsinstitut der Gewährleistung kann dazu analog gesehen werden. Selbst wenn primär der Gedanke des Konsumentenschutzes im Vordergrund stehen sollte, darf nicht übersehen werden, daß das Bestehen der Gewährleistung sich positiv auf das Funktionieren eines Marktes auswirkt, was wiederum den Anbietern zugute kommt. Die durch die Reform des Gewährleistungsrechts bewirkte Verlängerung der Frist mag zwar höhere Kosten verursachen; sie trägt aber auch zu einem höheren Vertrauen in die angebotenen Güter bei.

In diesem Zusammenhang ist die in § 9 KSchG normierte Möglichkeit zu hin-

terfragen, wonach die Gewährleistungsfrist in bestimmten Fällen verkürzt werden kann.

In seiner Stellungnahme zum Entwurf vermeinte der *ÖAMTC*,²² daß die Verhandlungsposition der Verbraucher nicht stark genug sei, um einen Gebrauchtwagenhändler, der nur ein Jahr Gewährleistungsfrist anbietet, zu einer Verlängerung auf zwei Jahre zu bewegen. In der Praxis würde es darauf hinauslaufen, daß der Handel geschlossen – möglicherweise in Form eines empfohlenen „Muster-Kaufvertragsformulars“ – nur ein Jahr Gewähr leisten wird. Der Verbraucher würde zu den ihm diktierten Bedingungen abschließen müssen. Diese Gefahr steht jedoch m.E. kaum zu befürchten, da „einzeln ausgehandelt“ im Sinne des § 9 KSchG wohl nicht die Aufnahme in ein Formular meinen kann.

Ebenfalls ist zu bedenken, daß die (ausgehandelte) Verkürzung der Gewährleistungsfrist auch durchaus (wirtschaftlich) negative Folgen für den Verkäufer haben kann. Welcher Konsument wird z.B. sein Vertrauen in ein Kraftfahrzeug legen, dessen Verkäufer auf eine Verkürzung der Gewährleistungsfrist drängt? Ein derartiges Ansinnen wird vielmehr den Argwohn des Verbrauchers wecken. Solange man daher die generelle Fristverkürzung durch z.B. branchendeckende Allgemeine Geschäftsbedingungen für unzulässig erachtet, dürften solche Vereinbarungen nur selten vorkommen, nämlich dann, wenn es wirklich sachlich gerechtfertigt ist und beide Parteien einverstanden sind.

4. Zusammenfassung

Ziel der Reform war hauptsächlich die Stärkung der Rechtsstellung der Konsumenten. Dies wurde durch eine allgemeine Änderung des Gewährleistungsrechts in Form einer Verlängerung der Gewährleistungsfrist sowie durch eine Umkehr der Beweislast für das ursprüngliche Vorliegen eines Mangels zu errei-

chen versucht. Verbrauchern gegenüber wurden zusätzlich die Möglichkeiten der Einschränkung der Gewährleistungsansprüche minimiert.

Im Ergebnis wird es sicher zu einer vermehrten Heranziehung der Händler (bzw. Produzenten) auf dem Weg der Gewährleistung kommen. Es ist jedoch ebenso wahrscheinlich, daß die (durchschnittliche) Mangelhaftigkeit der Güter nicht sinken wird, sondern daß die (aufgrund der Verbesserungs- und Ersatzleistungen) erhöhten Kosten der Unternehmer auf deren Abnehmer überwältzt werden. Im Grunde genommen werden die Konsumenten die neu gewonnene Sicherheit zu einem gewissen Teil selbst bezahlen. Daran vermag auch das Regreßprivileg nichts zu ändern. Selbst wenn die Kosten entlang der Vertriebskette auf den Ursprung der Mangelhaftigkeit zurückfallen, wird dort dieser neue Kostenfaktor in die Kalkulation eingehen und sich entlang derselben Linie in erhöhten Preisen wieder zurückbewegen.

Das ist jedoch kein Grund, die erfolgte Reform zu diskreditieren. Die Kosten erhöhungen werden kein exorbitantes Maß erreichen, da die überwiegende Zahl von Waren in der Regel ohnehin die entsprechende Qualität aufweist und auch bisher Mängel – sofern vorhanden – meistens in der ersten Zeit des Gebrauchs auftraten.

Insgesamt können sich Konsumenten aufgrund der Reform einer erhöhten Sicherheit erfreuen, die vielleicht sogar auf dem einen oder anderen Gebiet mark- und geschäftsförderlich ist.

Anmerkungen

¹ BGBl I 48/2001. Die hier dargestellte Rechtslage gilt für Rechtsgeschäfte, die nach dem 31.12.2001 abgeschlossen werden.

² 7.3.1990, 1 Ob 536/90 = SZ 63/37 = EvBl 1990/129 = JBl 1990, 648 = RdW 1990, 153 = WBl 1990, 220 = ecolex 1990, 279 = JAP 1990/91, 158.

- ³Vgl. u.a. Kandut, Das Gewährleistungsrecht beim Kauf [1991]; Krejci, Reform des Gewährleistungsrechts [1994]; Welser, Schadenersatz statt Gewährleistung [1994]; Welser, Der Entwurf für ein neues Gewährleistungsrecht, in: *ecolex* (1995) 11; Terlitzka, Die geplante Reform des Gewährleistungsrechts, in: *JAP* (1994/95) 266 sowie *JAP* (1995/96) 196. Ausführlich sind auch die Darlegungen der ErlBem zur RV Blg 422 StenProt 21.GP; im Internet unter <http://www.parlinkom.gv.at/pd/pm/XXI/texte/004/00422.doc> abrufbar.
- ⁴ABl L 171/12 (7. Juli 1999). Im Internet unter http://europa.eu.int/eur-lex/de/lif/dat/1999/de_399L0044.html abrufbar.
- ⁵Auch die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte lobte die nunmehrige Umsetzung der Richtlinie als „Chance, die Dysfunktionalität des österreichischen Gewährleistungsrechts zu beseitigen“ (Stellungnahme dem Autor vorliegend).
- ⁶Für eine allgemeine Darstellung siehe Welser, Das neue Gewährleistungsrecht, in: *ecolex* (2001) 420. Zu einem Spezialproblem vgl. Jud, Gewährleistung beim Reiseveranstaltungsvertrag, in: *ecolex* (2001) 430.
- ⁷Die ErlBem zur RV nennen als Beispiele etwa die Verkalkung eines Dampfboilerleisens oder die Abnützung von Bremsbelägen eines innerhalb kurzer Zeit intensiv benützten PKW.
- ⁸In der Stellungnahme des OGH wird sogar von einer „Erfahrungstatsache [gesprochen], daß Mängel bei industriell gefertigten Gebrauchsgütern meist in den ersten sechs Monaten nach der Lieferung auftreten“. (Im Internet unter http://parlinkom.gv.at/archiv/XXI.pdf/ME/00/00/000075_07.pdf abrufbar.)
- ⁹Im Internet unter http://www.parlinkom.gv.at/archiv/XXI.pdf/ME/00/00/000075_08e.pdf abrufbar.
- ¹⁰Allerdings hat der Übernehmer dem Übergeber nicht – wie in § 918 ABGB – die Frist selbst zu setzen; vielmehr muß der Übergeber von sich aus tätig werden.
- ¹¹Vgl. z.B. die Stellungnahmen der Wirtschaftskammer Österreich und des BMWA. (Im Internet unter http://www.parlinkom.gv.at/archiv/XXI.pdf/ME/00/00/000075_28.pdf bzw. unter http://parlinkom.gv.at/archiv/XXI.pdf/ME/00/00/000075_27e.pdf abrufbar.)
- ¹²Dazu eingehend Jud, Zum Händlerregreß im Gewährleistungsrecht, in: *ÖJZ* (2000) 661.
- ¹³Vgl. ausführlich Posner, *Economic Analysis of Law*, 4. Aufl. (1992) 163ff.
- ¹⁴Diese Frist ist gegenüber dem Entwurf erneut (von drei auf zwei Monate) verkürzt worden. Zwar mag dies die Rechtssicherheit fördern, rasch eine Klärung zu finden. Auch wird verhindert, daß Beweise untergehen. Allerdings ist diese Frist in Wahrheit viel zu kurz bemessen, da sie dem Regreßberechtigten nahezu keine Möglichkeit läßt, allfällige strittige Forderungen mit seinem Vormann außergerichtlich zu bereinigen.
- ¹⁵Dieser Text folgt nahezu wörtlich dem Vorschlag in Jud, in: *ÖJZ* (2000) 661 aE.
- ¹⁶Im Internet unter http://www.parlinkom.gv.at/archiv/XXI.pdf/ME/00/00/000075_13e.pdf abrufbar.
- ¹⁷Auch vom BMWA wurde in dessen Stellungnahme die Einführung eines gesonderten Rückgriffsrechts als nicht notwendig abgelehnt.
- ¹⁸Diese Ausnahme wurde von der BAK abgelehnt. Der Händler hätte auch die Möglichkeit, die Gewährleistung durch entsprechende Aufklärung über vorhandene Abnützungen etc. abzuwenden. Durch die Ausnahmebestimmung wird die Möglichkeit des Anreizes zu umfassender Information des Käufers unterlaufen.
- ¹⁹Im Internet unter http://www.parlinkom.gv.at/archiv/XXI.pdf/ME/00/00/000075_17.pdf abrufbar.
- ²⁰Akerlof, The Market for „Lemons“: Quality Uncertainty and the Market Mechanism, in: *Quarterly Journal of Economics* 84 (1970) 488-500.
- ²¹Ein Rechenbeispiel möge die Grundüberlegung verdeutlichen: Ein Konsument möchte eine bestimmte Ware, die – sofern mangelfrei – für ihn 10.000.- wert ist. Sollte sie mangelhaft sein, ist sie diesem Konsumenten nur 1.000.- wert. Die Wahrscheinlichkeit für beide Fälle betrage $\frac{1}{2}$. Die Ware hat daher einen erwarteten Wert von $(\frac{1}{2} \cdot 10.000.- + \frac{1}{2} \cdot 1.000.-) = 5.500.-$. Wird die Ware teurer angeboten, kommt kein Geschäft zustande, da der (risikoneutrale) Konsument davor zurückschreckt, dennoch eine

mangelhafte Leistung zu erhalten. Wird sie billiger angeboten, könnte der Abnehmer erst recht annehmen, daß man ihm minderwertige Ware verkaufen möchte.

²²Im Internet unter http://www.parlinkom.gv.at/archiv/XXI.pdf/ME/00/00/000075_24e.pdf abrufbar.

Wirtschaft & Umwelt

Die Zeitschrift
für Umweltpolitik.
Wir schreiben, was
Menschen&Umwelt
bewegt. In der Politik.
Im Betrieb. Im Leben.
Alle drei Monate neu.
Ein Jahr Wirtschaft &
Umwelt kostet
S 100,-/€ 7,20.
Für AK-Mitglieder
ist die Zeitschrift
kostenlos. Rufen Sie
an. Bestellen Sie
Ihr Gratis-Probeheft.



AK
plus

01/501 65-2424

The Role of Employer Associations and Labour Unions in the EMU

Institutional Requirements for European Economic Policies

Hrsg. von Gerhard Huemer, Michael Mesch und Franz Traxler

(im Auftrag des Arbeitskreises für ökonomische und soziologische Studien)

Inhalt

Does a European Social Model Exist and Can It Survive?

Berhard Ebbinghaus

**Adapting the European Model: the Role of Employers' Associations and
Trade Unions,** Colin Crouch

European Macro-Economic Policy

Summary of a presentation by Ludwig Schubert

**Is there a Need for a Co-ordinated European Wage and Labour Market
Policy?**

Ulrich Fritsche, Gustav A. Horn, Wolfgang Scheremet, Rudolf Zwiener

**Societal Support for Social Dialogue. Europe's Trade Unions and
Employers' Associations,** Jelle Visser

Wage-setting Institutions and European Monetary Union

Franz Traxler

Reforming the Channels of Representation for an Eventual Euro-Democracy

Philippe C. Schmitter

The Role of the Associations in a European Constitution

Justin Greenwood

Summary of the Conference

Michael Mesch, Clarisse Pásztor, Thomas Zotter

**Conclusions by the Arbeitskreis für ökonomische und soziologische
Studien**

Ashgate Publishing Ltd, Aldershot 1999, 222 Seiten, Hardback, £ 39,95.

Zu bestellen bei: Nicky Comber, Ashgate Publishing Direct Sales,
Bookpoint Limited,

39 Milton Park, Abingdon, Oxon OX14 4TD, United Kingdom.

Tel: +44 (0) 1235 827730

Fax: +44 (0) 1235 400454

E-Mail: orders@bookpoint.co.uk

BÜCHER

Zur Evolution der Wachstumsgrenzen

Rezension von: Norbert Reuter, Ökonomik der ‚Langen Frist‘: Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Metropolis-Verlag, Marburg 2000, 511 Seiten, öS 650 bzw. € 39,80.

Die institutionell-evolutorisch angelegte Habilitationsschrift Reuters ist ein mutiges Unterfangen. Der Autor grenzt sich von vornherein gegen die vorherrschende Wachstumstheorie ab, da sie kaum institutionelle, historische, geographische, soziale, politische und bedürfnistheoretische Faktoren berücksichtigt. Ein treffenderer Untertitel des Buches könnte lauten: Zur Evolution der Wachstumsgrenzen in Industriegesellschaften. Reuter will die durch die Expansion des Wirtschaftssystems selbst verursachten Wachstumsgrenzen, insbesondere auf der bedürfnistheoretischen Seite, untersuchen (S. 15). Er begibt sich mit dem bedürfnistheoretischen Schwerpunkt und der Konzentration auf die lange Frist auf ein vom *mainstream* in der systematischen allgemeinen Theoriebildung weitestgehend vernachlässigtes Feld. Im Bereich der Mikroökonomie erlebte die Bedürfnisdimension mit dem Indifferenzkurvenansatz einen außerordentlich hohen Grad an Realitätsferne.

Reuter vertieft in seiner Arbeit einerseits Vorüberlegungen seines Doktorvaters und Betreuers der Habilitation, K.G. Zinn.¹ Ferner wendet er aber den in seiner Dissertation erarbeiteten kritisch-institutionalistischen Ansatz auf eine Ökonomik der langen Frist an.² In den meisten Arbeiten Reuters geht es um Bausteine für eine allgemeine heterodoxe Theoriebildung, flankiert von einer dogmengeschichtlichen Einbettung und gemessen an der wirtschaftspolitischen Relevanz der Aussagen. Die Arbeit stellt sich bewußt in den Kontext der verstärkt seit den 1970er Jahren vorgebrachten ökologischen und ethisch-moralischen Argumente gegen ein rein quantitatives Wachstumsziel einerseits und die für Befürworter bedenkliche säkulare Abnahme der Wachstumsraten als Trend in praktisch allen entwickelten Industrieländern andererseits.³ Wie in seiner Dissertation hat der Autor alle erdenkliche Literatur verarbeitet und diskutiert, so daß sich das Werk auch als Fundgrube zum Stand der Literatur und Diskussion eignet.

Reuter beginnt mit einer kritischen Darstellung der Theorien diskontinuierlicher Kapitalakkumulation. Zunächst diskutiert er die Theorie langer Wellen im Anschluß an Kondratieff, Schumpeter, Mensch, Mandel und z.B. van Gelderen. Sie besagt, daß Bündel technischer Basisinnovationen (Dampfmaschine, Eisenbahn) alle 50-60 Jahre auftreten und für endogene, regelmäßige Fundamentalschwankungen der Wirtschaftsaktivität verantwortlich sind. Nach Reuter stehen die empirische Evidenz und auch die eindeutige Trendermittlung nach wie vor auf schwachen Füßen. Zwar bestehe bei Schumpeter der Einbezug psychologischer, soziologischer und evolutionstheoretischer Elemente, insgesamt sei aber der Ansatz der meisten Theoretiker dieser Tradition eher mechanistisch, z.B. hinsichtlich der einseitigen Bedeutung der rei-

nigenden Depression als Voraussetzung für den neuen Aufschwung. Auch mute u.a. Schumpeters Sichtweise „wenig problemorientiert an, impliziert sie doch die Botschaft von unbegrenztem Wachstum, das weder Sättigungstendenzen von der Angebots- und der Nachfrageseite her noch in irgendeiner Weise ökologische Grenzen oder Schranken der Ressourcenverfügbarkeit oder der technischen Entwicklung kennt“ (S. 60), sofern die Gesellschaft Pionierunternehmern keine Steine in den Weg lege.

Positiver bewertet er den Ansatz von B. Lutz (1984), der von komplexen Prosperitätskonstellationen und Akkumulationsregimes mit historisch einmaligen Strukturkombinationen des Ökonomischen, Kulturellen und Politischen im Anschluß an die Regulationsschule (Boyer) ausgeht; es sei keineswegs sicher, daß sich stets eine neue lange Welle mit umfassendem, neuem Zielsystem herausbilde. Etwas angestückt wirkt Reuters Abschlußurteil, daß „eine isolierte Betrachtung des technischen Fortschritts zur Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung genauso zu kurz greift wie ... ausschließlich industriepolitische Forderungen“ (S. 98).

Die in Kapitel drei vorgestellten Stufen- und Stadientheorien teilen diese Schwäche nicht. Dies gilt insbesondere für die Vertreter der historischen Schule, von denen Reuter W. Roscher und G. Schmoller hervorhebt. Seine ausgesprochen kurze Darstellung (S. 103-111) kommt zu dem Schluß: „Die Frage nach ‚inneren Kräften‘, die diese Entwicklung in ‚Stufen‘ vorantreibt, wird vor allem unter Rückgriff auf die Metaphysik ... behandelt – und bleibt damit weitgehend unbeantwortet.“ (S. 112) Einzig Büchers Hinweis auf die menschliche Unersättlichkeit biete eine nicht-metaphysische Erklärung. Reuters Darlegung lebt weitgehend von Zitaten aus der älteren Sekundärliteratur. Sie bleibt den durchaus kritisierenswerten Überlegungen der historischen Schule völlig äußerlich und stellt nicht einmal die elementarsten Grundbausteine vor, geschweige denn die intensive neuere Rezeption in der Sekundärliteratur.⁴

Eine gewogenere und breitere Darstellung erfährt im folgenden die marxistische Interpretation gesellschaftlicher Evolution. Die Marxsche Stufentheorie der Produktivkräfteentfaltung wird vorgestellt (die urgemeinschaftliche, antike, feudale u.a. Phasen), wobei Reuter eine nicht-mechanistische Interpretation bevorzugt. Am tendenziellen Fall der Profitrate wird Marx' Intuition erläutert, daß der Kapitalismus strukturell krisenanfällig sei. Allerdings haben Marx und Engels nach Reuter auch wesentliche Entwicklungen nicht vorhergesehen (der demokratische und soziale Staat mit Umverteilungswirkungen, der Einfluß der Gewerkschaften usw.). Als bleibende Erkenntnis verdanken wir Marx die „Herausarbeitung der Bedeutung fortgesetzter Akkumulation als notwendige Bedingung für den Fortbestand des privatwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystems“ (S. 133).

Der stadientheoretischen Interpretation des Werkes von J.M. Keynes kommt für Reuters Arbeit besondere Bedeutung zu, da sie den geheimen Leitfaden seiner Überlegungen in prognostischer und normativer Hinsicht enthält. Neben der sinkenden Grenzneigung zum Verbrauch in der *General Theory* bezieht Reuter sich vor allem auf drei weitere Artikel Keynes' aus den Jahren 1925, 1930 und 1943.⁵ Der kritische Engpaß der Kapitalakkumulation wird von Keynes auf der Nachfrageseite identifiziert. Für die Nachkriegszeit prognostizierte Keynes eine mit hohen Investitionen verbundene Wiederaufbauphase, in einer zweiten entspricht das Investitionsvolumen der Sparquote, in der dritten Phase (nach Keynes' Rechnung um das Jahr 2030) übersteigt die Spartätigkeit das Konsumniveau. Sättigungstendenzen zeichnen sich angesichts der hohen Güterausstattung der Haushalte ab. Die Attraktivität des Konsums sinkt, da die absoluten Bedürfnisse relativ begrenzt und die relativen zur Befriedigung des Veblenschen Demonstrationskonsums psychologisch motiviert und

zeitbedingt seien. Als Folge der Sättigungstendenz sollte kurzfristig durch öffentliche Eingriffe sinnvoller Konsum gefördert werden, Sparen sei zu mißbilligen und insbesondere längerfristig die Arbeitszeit zu senken, was zu vermehrter Freizeit (der Dreistunden-Arbeitstag), Muße und kulturell anspruchsvollen Beschäftigungen führen sollte. Diesen Zustand kann man als wachstumslose Stagnationsphase oder aber wie Reuter als ein goldenes Zeitalter qualitativen Fortschritts und der Überwindung des Ökonomismus befürworten.

Nach einer Diskussion von W. Mitscherlichs Pendeltheorie zwischen Individualismus und Universalismus als konstituierenden Prinzipien entfaltet Reuter die Fourastiésche Drei-Sektoren-Hypothese, in deren Mittelpunkt differentielle Produktivitätsfortschritte und die Saturierung menschlicher Bedürfnisse stehen. Der bis um 1800 vorherrschende primäre Sektor (Landwirtschaft) trifft bei mittelmäßigem Produktivitätsfortschritt auf absolut begrenzte Bedürfnisse, der in der Industriegesellschaft dominierende sekundäre Sektor weist hohe Produktivität auf, so daß Arbeitskräfte für den von der Bedürfnisseite her unbegrenzten tertiären Dienstleistungssektor frei werden und zwischen dem Jahr 2000 und 2050 in eine Überflußgesellschaft mit verkürzbaren Arbeitszeiten wie bei Keynes auch zu einer Transformation vom *homo oeconomicus* zum *homo intellectualis* führen werde. Technischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Fortschritt laufen bei Fourastié harmonisch zusammen, was Reuter für nur schwer vereinbar mit der Wirtschaftsrealität unserer Tage (stagnierende Massenkaufkraft, Arbeitslosigkeit) hält. Zudem vermißt er den Einbezug der Dimension der Einkommensverteilung. Auch kommt etwa Gershunys empirisch überprüfbare These zur Sprache, nach der die relativ hohen Preise im Tertiärsektor eher zu eigener Dienstleistungsproduktion durch Güter führt (Waschmaschinen). Reuter weist auch darauf hin, daß Fourastié eigentlich mittelfristig weniger von einer absoluten Sättigung im sekundären Sektor ausgeht, sondern eher einen Preisverfall im Auge hat, der durch den schnelleren Produktivitätsfortschritt im Vergleich zum Steigen der Bedürfnisse begründet liegt. Reuter sympathisiert natürlich mit der Vorstellung einer tertiären Zivilisation und der These, daß der Kapitalismus sich durch den technischen Fortschritt selbst zerstört, da als seine Folge Boden und industrielle Anlagen keine Renten mehr abwürfen (S. 199).

Wie die anderen Stadentheoretiker beruht auch W. Rostows hier zu vernachlässigende Stufentheorie auf qualitativen Plausibilitätsüberlegungen unter Zuhilfenahme der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die in ein Endstadium jenseits des Massenkonsums mündet. Reuter bemerkt daher am Ende des Kapitels zu Recht, daß alle hier behandelten Stufentheorien als wachstumspessimistische Stagnationstheorien bezeichnet werden können. Die Ausnahme besteht in der Stufentheorie D.C. Norths im Rahmen der Neuen Institutionenökonomik. Reuter sieht sie in einer sehr gedrängten Zusammenfassung als Verlängerung der Neoklassik, woran sich auch nach Norths Abkehr vom strikten Effizienzparadigma nicht viel geändert habe, da z.B. Ideologien rein in einem Transaktionskosten senkenden Rahmen mißverstanden und die bestehende Literatur zu institutionellen Fragestellungen in den Nachbarwissenschaften konsequent ignoriert würde. Die im dem Stadium des (inter)nationalen Güteraustausches endende Stufentheorie könne die Stadienabfolge nicht erklären, da die Senkungen von Transaktionskosten Ursache und Folge des geschichtlichen Wandels zugleich seien, ein systemunabhängiger Effizienzbegriff kaum formulierbar ist und sich North alleine der Frage der Rahmenbedingungen eines maximalen Wachstums verschrieben habe. So angedeutet Reuters Kritik ausfällt, so berechtigt erscheint sie uns doch zu sein.⁶

Im vierten Hauptteil seiner Arbeit rekonstruiert Reuter zunächst die Stagnationsvorstellungen der Klassiker. Ganz überzeugend belegt er an Stellen aus dem *Wealth*

of Nations, daß A. Smith eine Expansionsphase der wirtschaftlichen Entwicklung für begrenzt hielt und eine je systemspezifische Akkumulationsgrenze annahm („sooner or later ... each country would attain its full complement of people and capital“). Nach ihrem Erreichen müssen auch die Reallöhne sinken. Wenngleich Reuter die betreffenden Stellen bei Smith wohl etwas übergewichtet (allerdings bezeichnet er Smiths Hinweise auch als *vage*), ist seine Pointierung dennoch sinnvoll, da sie in aller Regel kaum Erwähnung in der Smith-Rezeption findet. Es folgen die Argumente von Malthus und Ricardo, die bekanntlich auf der begrenzten Expansionsmöglichkeit landwirtschaftlicher Produktion als letzter Ursache der für die Zukunft feststehenden Stagnation basierten und sich im Falle Malthus' mit der quasi-naturgesetzlichen Bevölkerungsexpansion und sich bei Ricardo durch das Aufzehren des Profits durch den steigenden Bodenrentenanteil (Differentialrententheorie) begründete. Für eine aktuelle Stagnationstheorie eigneten sich die Klassiker allerdings weniger, da sie systematisch die Bedeutung des technischen Fortschritts (etwa zur Hebung des Nahrungsmittelangebots) unterschätzten, wenngleich sich z.B. bei Malthus – wie schon von Keynes betont – Argumente der effektiven Nachfrage und solche der Verteilung *in nuce* finden. Anerkennung findet bei Reuter auch J.St. Mills Aufforderung, stagnativen Tendenzen Positives abzugewinnen und das Stoßen, Drängen und Treten (daß jedes mit Blumen bedeckte Feld und jede Wiese umgepflügt werden müsse, wie es bei Mill heißt) endlich Einschränkungen erföhre.

Auch beim späten Schumpeter findet sich die Vision einer postkapitalistischen Ära, die insbesondere mit der Herausbildung von Großunternehmen und den schwindenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für mutige Einzelunternehmer zusammenhängt. Im folgenden greift Reuter die spezifische Variante der Keynesianischen Stagnationsthese A. Hansens auf, bei der exogene historische Faktoren nachlassender Investitionsgelegenheiten (und nicht Bedürfnissättigung) durch ein vermindertes Bevölkerungswachstum, das Entfallen der territorialen Expansion und das Auftreten des neuen Typus eines Kapital sparenden technischen Fortschritts eine entscheidende Rolle spielen, die nur durch ergänzende öffentliche Investitionen aufgefangen werden können. Die Kritik habe Hansens Überlegungen nur relativiert. Schließlich geht Reuter auf die Erklärungsansätze von Baran, Sweezy und Steindl ein, die die Ursache der Stagnation bzw. deutlicher Bremseffekte in Prozessen wirtschaftlicher Konzentration verorteten.

Im recht kurzen fünften Kapitel skizziert Reuter Grundelemente der formalen alten (Harrod, Domar, Solow) und neuen (Lucas, Grossman, Romer) Wachstumstheorie. Er findet ihre Ergebnisse enttäuschend, da sie ahistorisch seien, keine neuen – nur formal neu verpackte – Erkenntnisse (etwa über positive externe Effekte der Wissensgenerierung) beinhalte, nachfragetheoretische Aspekte vernachlässige und statt dessen eine naive Annahme über unendliche menschliche Bedürfnisse treffe, ein unkritisches Verständnis der Technik habe und die institutionelle Evolution von der Mangel- zur Überflußgesellschaft ignoriere. Aus dem Fragezeichen zu dieser Entwicklung ist bei Reuter jetzt ein Ausrufezeichen geworden, das er im längsten Kapitel sechs seiner Arbeit über die bedürfnistheoretischen Grundlagen der Ökonomik begründen will und dem die Ansicht zugrunde liegt, daß „Annahmen über die ökonomische Rolle von Bedürfnissen und ihre Veränderung im Zeitablauf letztlich entscheidend für die Einschätzung zukünftiger Verläufe des wirtschaftlichen Wachstums sind“ (S. 446).

Reuter geht es nicht um ein niet- und nagelfestes Modell, sondern um Mosaiksteine (S. 381), die sich zu einem qualitativen Gesamtbild fügen sollen, nach deren Fragestellung allein man schon vergeblich beim *mainstream* suche. Zur Fundierung un-

ternimmt er einen breit angelegten Streifzug durch die soziologische Bedürfnis- und Wertewandelforschung, aber auch (sozial)psychologische, kulturkritische u.a. Ansätze werden unter die Lupe genommen. Als Gewährsmann einer abgewogenen Position führt er Maslows Bedürfnishierarchie an, der ein Schichtungsmodell menschlicher Bedürfnisse vertritt, an dessen oberster Stelle die Bedürfnisse nach Achtung und Selbstverwirklichung stehen. Man mag sich fragen, ob Maslows Höchstwert der Selbstverwirklichung tatsächlich kulturübergreifende Geltung hat oder nicht doch eine humanistisch eingefärbte Darstellung des majoritären amerikanischen Selbstideals darstellt und daher nicht nur dort auch in jeder *business school* auf dem Lehrplan steht. Nach Reuter zeigt er zumindest, daß die Unbegrenztheit menschlicher Bedürfnisse nicht mit grenzenlosem Konsumstreben gleichzusetzen sei und das Bedürfnis nach Achtung oder Geltung, wie schon Veblen hervorhob, nicht zwangsläufig durch Statuskonsum befriedigt werden muß, d.h. unbegrenzte komplexe Bedürfnisse nicht die Notwendigkeit unbegrenzten Wachstums begründen können. Der Wertewandel in den letzten Jahren mag allerdings Anlaß sein sich zu fragen, ob der Weg zu postmaterialistischen Werten (Inglehart) oder der Vorrang des Seins vor dem Haben (Fromm) insbesondere bei Jugendlichen tatsächlich ein unumkehrbarer Langzeitrend ist. Offen mag bleiben, ob Maslow *den* Erkenntnisstand der modernen Sozialpsychologie darstellt.

Die Unterscheidung von ‚wahren‘ und ‚falschen‘ Bedürfnissen hält Reuter für eine rein normative, nicht wissenschaftlich entscheidbare Frage; gleiches gilt aber auch etwa für den Begriff der Knappheit, der im Anschluß an Sahlin als Relation zwischen Bedürfnissen und Befriedigungsmitteln zu fassen sei. Von einem altinstitutionalistischen *habit*-Blickwinkel aus erklärt Reuter auf originelle Weise die Tatsache, daß nicht nur in der BRD das Sozialprodukt seit langem jährlich um einen relativ konstanten Betrag (55 Mrd. DM) ansteige: Es bestehe die Abhängigkeit des Konsumverhaltens von Gewohnheiten, Sitte und Brauch, d.h. Beharrungskräften, die inkompatibel mit exponentiellem Wachstum und den durch es bewirkten dauernden Umwelt- und Produktveränderungen seien. Von der Angebotsseite her besteht das Problem, die unsicheren Konsumentenwünsche trotz Werbung halbwegs sicher vorherzusagen, was zu zwangsläufigen Fehlplanungen führe. Nachfrageseitig werden zunehmend weniger dringliche materielle Bedürfnisse befriedigt, mit der Zunahme des Angebots steigt aber auch der Zwang zur Entscheidung. Ein wesentlicher Baustein seines Sättigungsarguments besteht im Verweis auf die nicht vermehrbare Ressource Zeit, die dem Kauf, der Wartung und schließlich dem Konsum von Gütern definitive Grenzen setze und die Tendenz fördere, auf bestimmte zeitraubende Konsumgüter von vornherein ganz zu verzichten. Ferner erwähnt Reuter die Dimension der Einkommensverteilung, wobei er eine endogene Tendenz zur Vermögens- und Einkommenspolarisierung im Kapitalismus unterstellt, was zu einem Kaufkraftentzug der breiten Masse der Bevölkerung führt. Schließlich fragt Reuter, ob tatsächlich ständig neue Bedürfnisfelder entdeckt würden oder nicht vielmehr vorhandener Bedarf produktiver bedient werde, was sich nicht zwangsläufig in höherem Wachstum niederschlagen müsse.

Niedrigere Wachstumsraten werden im abschließenden Kapitel sieben (dessen Seiten 428–451 eine gute Gesamtzusammenfassung des Buches bieten) durch bedürfnistheoretische Bremsen erklärt. Natürlich kann man viele Kritikpunkte an Reuters Überlegungen anführen: Die Sparquote steigt nicht zwangsläufig mit dem Volkseinkommen (weder in der BRD noch in den USA, wo gerade die reiche Oberschicht in den letzten Jahren entsparnte und das Konsumfeuerwerk entfachte, siehe S. 436), die Fourastiésche These tendenziell unbegrenzter Dienstleistungsnachfrage wird et-

was vordergründig abgebugelt (S. 438), und ob Maslow ein definitiv sicheres psychologisches Fundament bietet (S. 447), könnte wohl bezweifelt werden. Die endogenen Grenzen des Wachstums verortet Reuter auf der Bedürfnisebene. Er meint, hierbei nicht auf ökologische oder ethische-moralische Überlegungen eingehen zu müssen (S. 451). Es geht ihm um objektive Grenzen oder Barrieren, die das Ziel der Herstellung dauerhaft hohen Wachstums als unerfüllbar erscheinen lassen. Seinem Unmöglichkeitstheorem liegt die frohe Botschaft des Übergangs von der Mangel- zur Überflußgesellschaft zugrunde. Vor allem zur Lösung der Problematik der Arbeitslosigkeit bedürfe es eines intelligenten und gestaltenden Staates, der Arbeitszeitverkürzungen durchsetzt und zunehmende Verteilungskonflikte bei geringem Wachstum abfedert.

Zu würdigen ist Reuters gedankenvolles Bemühen um Argumente, das die Lektüre lohnt. Viel Arbeit steckt in seinem niveauvollen dogmengeschichtlich-kritischen Streifzug durch die Literatur (zur Erinnerung: Smith, Ricardo, Malthus, Mill, Marx, Fourastié, Schumpeter, Keynes, Kondratieff, Lutz, Schmoller, Mitscherlich, Rostow, North, Hansen, Maslow usw.). Er behandelt die genannten Autoren sachkundig vor dem Hintergrund seiner Fragestellung. Der Vorwurf, er habe aus Mosaiksteinen nur intuitive Folgerungen gezogen, verfängt nicht, da interessante Aussagen und Vermutungen stets auf qualitativen Abduktionen (Peirce) beruhen. Die Frage ist allerdings, ob Reuter nicht eine Art *fallacy of misplaced objectivity* begeht bzw. einer deterministischen These des tendenziellen Falles der Konsumbereitschaft aufsitzt. Nicht zu bestreiten ist zum Beispiel, daß es in der Diskussion etwa um die gegenwärtigen Wachstumsprobleme Japans auch eine ernstzunehmende bedürfnisstagnationstheoretische Interpretation gibt. Die Hauptstoßrichtung seiner kritischen Arbeit beruht jedoch auf der Aussage, daß der Mensch nicht zwangsläufig unersättlichen marktvermittelten Güterhunger habe, sondern sich z.B. das Bedürfnis nach Achtung auch in nicht pekuniär Vermitteltem äußern könne, d.h. aber nur: kann, nicht muß. Der Mensch als frei wertendes Wesen kann den Weg zunehmenden Konsums nehmen, er muß aber nicht. Seine These objektiver Bedürfnis-Sperren läßt sich isoliert bedürfnistheoretisch nur schwer halten: Es erscheint nicht ausgeschlossen, mit superraffinierten UMTS-Handys herumzufuchteln, deren Preis oder Wertschöpfung das Dreifache der heutigen Modelle ausmacht. Hier ist Wachstum möglich, auch wenn der Tag nur 24 Stunden hat und im Grunde keine wirklich neue Bedürfnisdimension hinzugefügt wird.

Der Rezensent hält es für sinnvoll, die ökologische und ethisch-moralische Dimension ins Spiel zu bringen. Da unser Erdball nicht auch jährlich wächst, ist ein permanentes weltweites exponentielles Wachstum wohl auf Dauer keine vernünftige Zielsetzung; die ökologischen Globalbedrohungen rücken sichtbar näher. Weil der Mensch aufgrund seiner bedürfnisanthropologischen Offenheit, die Reuter nachweist, auch dann noch ein Mensch ist, wenn er z.B. Achtungserfolge auch ohne demonstrativen Güterkonsum erzielt, wäre es überlebenswichtig, hier zum Beispiel durch Erziehung und das entsprechende Setzen gesellschaftlicher Anreize umzusteuern. Mit Aristoteles ließe sich ethisieren, daß der Mensch nur dann ganz auf der Höhe der ihn vom Tier distinguierenden Möglichkeiten ist, wenn er Muße und Zeit zur Bildung hat. Ganz moralisch muß sich jeder die Frage gefallen lassen, ob des Menschen Wert und Glückseligkeit sich in der Anhäufung von Geld, Konsum- und Ostentationsgütern erschöpfen sollte. Der von Reuter geforderte zivilisatorische Paradigmenwechsel ist nötig und ökologisch-moralisch-ethisch begründbar und forderbar, aber eben nicht zwangsläufig. Er bedarf der ökologisch-moralischen Flankierung, sonst landen wir wieder bei einem – diesmal nachfrageseitigen – objektivistischen Determinismus.

Helge Peukert

Anmerkungen

¹ Siehe z.B. Zinn (1997).

² Reuter (1994).

³ Siehe hierzu die interessante Tabelle zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts auf S. 24.

⁴ Peukert (2001a).

⁵ Die Beiträge sind in deutscher Übersetzung abgedruckt in Reuter (1998).

⁶ Peukert (2001b).

Literatur

Lutz, Burkhard, Der kurze Traum immerwährender Prosperität (Frankfurt 1984).

Peukert, Helge, The Schmoller renaissance, in: History of Political Economy 33 (2001a) 71-116.

Peukert, Helge, Bridging old and new institutional economics: Gustav Schmoller and Douglass C. North, seen with old institutionalists' eyes, in: European Journal of Law and Economics 11 (2001b) 91-130.

Reuter, Norbert, Der Institutionalismus (Marburg 1994, Zweitaufgabe 1996).

Reuter, Norbert, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität (Marburg 1998).

Zinn, Karl G., Konjunktur und Wachstum (Aachen 1997).

Ökologische Ökonomik

Rezension von: Robert Constanza, John Cumberland, Herman Daly, Robert Goodland, Richard Norgaard, Einführung in die Ökologische Ökonomik. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von Thiemo W. Eser, Jan A. Schwaab, Irmi Seidl, Marcus Steven, übersetzt von Hermann Bruns, Lucius & Lucius, Stuttgart 2001, 355 Seiten.

Zum Aufbau des Buches

Bei dem rezensierten Buch handelt es sich um eine Übersetzung des 1998 in Englisch erschienenen Lehrbuches der obengenannten Autoren, das für die deutsche Auflage durch zahlreiche Kurzbeiträge weiterer Autoren ergänzt wurde. Diese Kurzbeiträge korrigieren Versäumnisse der Originalausgabe, ermöglichen den Vergleich mit den Beispielen aus den USA und berücksichtigen Perspektiven von Autoren, die mit denen der Verfasser des Originals nicht immer deckungsgleich sind. Nach Auffassung der Herausgeber besteht das Ziel des Buches einerseits darin, den US-amerikanischen und europäischen Vergleich und Diskurs zu fördern, andererseits dem deutschsprachigen Leser eine „*State-of-the-art*“-Darstellung der Ökologischen Ökonomik als transdisziplinärem Ansatz zu geben.

Das Buch teilt sich in fünf Kapitel, wobei die Hauptanteile der 355 Seiten auf das zweite Kapitel (Die historische Entwicklung von Ökonomik und Ökologie', ca. 70 Seiten), das dritte Kapitel (Fragestellungen und Grundlagen der Ökologischen Ökonomik', ca. 110 Seiten) und das vierte Kapitel (Politiken, Institutionen und Instrumente', 100 Seiten) entfallen. Das erste Kapitel (Das gegenwärtige Dilemma der Menschheit', 20 Seiten) und die Schlußfolgerungen im fünften

Kapitel (4 Seiten) sind vergleichsweise knapp gehalten. Angefügt sind ein Register, ein Literaturverzeichnis sowie eine Auswahl weiterführender Literatur.

Die Fragestellung

Die auf der Erde vorhandenen, ausbeutbaren und regenerierbaren Ressourcen sind begrenzt, und ihr Verbrauch ist zwischen armen und reichen Ländern ungleich verteilt. Die Thematik nachhaltigen Wirtschaftens ist nicht zu trennen von den globalen Problemen der Armut, Überbevölkerung und Migration. Die Ökologische Ökonomik befaßt sich mit keinem unbedeutenden und isolierbaren Problembereich.

Können Energie- und Rohstoffkrisen durch Anpassungsprozesse, technologische Innovationen und den Wechsel der ausbeutbaren Ressourcen immer wieder gemeistert werden? Sind optimistischer Fortschrittsglaube und das Vertrauen auf nicht-nachhaltiges Wachstum und in die Funktionsfähigkeit der Märkte zu rechtfertigen? Diese Position, wie sie vor über zwanzig Jahren z. B. von Horst Siebert (1979) formuliert wurde, ist nach Ansicht der Autoren heute mit folgenden Problemen konfrontiert: Das „Raumschiff Erde“ ist vom Absturz bedroht; die Märkte leisten keine intertemporale Allokation, die sowohl dem Ziel der Nachhaltigkeit als auch dem der intra- wie intergenerativen Verteilungsgerechtigkeit entspricht. Diese Probleme verlangen die Beachtung des Vorsorgeprinzips und damit auch von *Worst-Case*-Szenarios und der daraus resultierenden Handlungskonsequenzen: Maßnahmen sind erforderlich, die über die Fixierung am Wachstumsdenken und die Herstellung der Funktionsfähigkeit von Märkten hinausgehen. Im Hinblick auf diese Probleme ist das Buch ein Beitrag, der die Diskussion um Problemlösungen voranbringen kann. Die Frage, ob und wie auch die gängige Wirtschaftstheorie verändert werden muß und wie das „komplexe theoreti-

sche Gebäude der nachhaltigen Entwicklung“ (S. 20) respektive der Ökologischen Ökonomik aussehen soll, findet jedoch keine zufriedenstellende Antwort.

Die einzelnen Kapitel

Im *ersten Kapitel* machen die Autoren an Hand bzw. unter der Prämisse aktueller ökologischer Probleme – wie z. B. dem Abbau der Ozonschicht und dem Klimawandel – deutlich, daß ein dringender Handlungsbedarf in Richtung nachhaltiger Entwicklung besteht. Die Themen der Ökologischen Ökonomik stehen im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen und Interessen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die Diskussion um Existenz wie Ausmaß von Umweltschäden würde durch verlässliche Daten, die die bereits eingetretenen Schäden und deren zukünftigen Verlauf repräsentieren, erleichtert. An solchen Daten hapert es jedoch häufig, wie die Autoren an mehreren Stellen des Buches betonen. Die Komplexität der Zusammenhänge und die Probleme bei der Messung von Naturkapitalverbrauch und Umweltschäden rechtfertigen jedoch angesichts der möglichen Konsequenz einer nicht revidierbaren Zerstörung der Umwelt keineswegs ein weiteres Abwarten auf die Entwicklung verbesserter Methoden. An späteren Stellen (S. 96, S. 168 ff) betonen die Autoren, daß in der Umweltpolitik nicht auf vermeintlich sichere Erkenntnisse gewartet werden kann. Da Wissen nicht auf abbildenden, sondern auf konstruktiven Tätigkeiten beruht, könnte man noch weitergehen und fordern, daß auch die Gewinnung von Wissen und seine Eignung/Verwendung in den Diskussionsprozeß einbezogen werden. Die Existenz echter Unsicherheit erfordert nicht nur eine „neue Sichtweise“ (S. 172) im Hinblick auf die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern auch die Bereitschaft der wissenschaftlichen Politikberatung – und ihrer Auf-

traggeber –, Politik nach dem Vorsorgeprinzip zu machen oder zu akzeptieren. Dies schließt die Auftraggeber im weiteren Sinne – die Wähler – mit ein.

Das *zweite Kapitel* befaßt sich mit der historischen Entwicklung von Ökonomik und Ökologie. Die Herangehensweise der Autoren ist eher historisierend als analytisch: Der Versuch, das gegenwärtige oder zukünftige „Bild“ (oder mehrere mögliche „Bilder“) der Ökologischen Ökonomik systematisch mit den theoretischen Vorläufern zu verbinden, wird nicht unternommen. Die Autoren stellen statt dessen ökonomische Konzeptionen und Begriffe vor, die ihrer Ansicht nach für die Charakterisierung des Verhältnisses von Ökonomik und Ökologie bedeutsam sind. Dabei stehen klassische und neoklassische Ansätze deutlich im Vordergrund. Angesichts der Relevanz von Institutionen (vgl. S. 66, S. 95 und das gesamte vierte Kapitel), wie z. B. von *Property Rights* und der Umweltschutzgesetzgebung, ist die Nichtberücksichtigung der Alten wie der Neuen Institutionenökonomik durch die Autoren unverständlich. Die Herausgeber haben versucht, diesen Mangel durch die Integration einer Box zur Neuen Institutionenökonomik etwas abzufangen.

Die Autoren fühlen sich nicht an die theoretische Tradition der Neoklassik gebunden (S. 84). Ihr Denken und ihre Lösungsstrategien – wie etwa die Pigou-Steuern – entstammen jedoch überwiegend der Neoklassik, die sie insbesondere um die Berücksichtigung der Verteilungsfrage ergänzt wissen möchten (S. 81 f). Dabei werden die Türen zu Bereichen aufgestoßen, die über die üblicherweise der Ökonomik zugeordneten hinausgehen. Die Autoren formulieren es vorsichtig: „Wenn Nachhaltigkeit eine intergenerative und intragenerative Umverteilung erfordert, so muß eine ethische Diskussion geführt und die Demokratie gestärkt werden.“ (S. 84) Dabei liefern Ökonomen kein Expertenwissen für bestimmte Auftraggeber, sondern Inputs für „die demokratische Debatte“ (ebd.).

Die Ökologie befaßt sich – so der „Kern aller Definitionen“ (S. 43) – mit der „Beziehung der Organismen zu ihrer Umwelt“ (ebd.). Die Ökologie schließt daher die Beziehungen des Menschen zur Umwelt explizit ein. Soweit ökonomische Systeme ebenfalls Beziehungen dieser Art enthalten, gibt es Berührungspunkte zwischen beiden Arten von Systemen. Zwei Probleme werden hier jedoch deutlich: einerseits die Praxis der Ökologie, die „das Studium menschlicher Gesellschaften“ (S. 57) de facto ausgespart ließ, andererseits die Betrachtung des Menschen in der Ökonomik als handelndes Wesen. Während in den Sozialwissenschaften die natürliche Umwelt nicht thematisiert wird, modelliert die Ökologie den Menschen nicht als handelndes Subjekt. Die Ökologische Ökonomik will keine Alternative zu den bestehenden Wissenschaften im Sinne einer neuen Einzeldisziplin sein, sondern (wie zu Beginn des dritten Kapitels erläutert wird) Ökologie und Ökonomik – „neben vielen anderen Fachgebieten“ (S. 95) – in einer transdisziplinären Synthese vereinen.

Ökonomische Systeme werden von ökonomischen Theorien, *ökologische Systeme* von ökologischen Theorien her bestimmt.¹ Wie die *Systeme der Ökologischen Ökonomik* aussehen sollen, ist von ihr selbst anzugeben. Ein Problem besteht darin, die für soziale und ökonomische Systeme konstitutiven handlungstheoretischen Aspekte z. B. mit dem koevolutionären Ansatz (S. 76) zu verbinden. Nun ist es nicht die Aufgabe eines einführenden Lehrbuches, theoretische Systeme zu entwickeln. Ein Hinweis auf die Schwierigkeiten und Fragen, die mit der Entwicklung dieser *transdisziplinären Disziplin* verbunden sind, wäre aber wünschenswert gewesen. Eine grundlegende Frage ist, ob die zusammenhängende Analyse ökologischer und ökonomischer Systeme tatsächlich die Entwicklung eines transdisziplinären Ansatzes erforderlich macht

bzw. warum nicht eine interdisziplinäre Zusammenarbeit der Ökonomik mit den anderen, von gemeinsamen Fragestellungen tangierten, Wissenschaften ausreicht. Aussagen, wonach ökologische und ökonomische Systeme „offensichtlich“ die Merkmale lebender Systeme aufweisen und „daher mit den Methoden der klassischen, reduktionistischen Wissenschaft nur begrenzt analysierbar“ (S. 62) sind, suggerieren, daß diese Fragen längst beantwortet sind und die Alternative spezifiziert ist. Das ist aber nicht der Fall, wie anschließend an zwei Beispielen gezeigt werden soll.

Erstens, Nicht-Reduktionismus, Systemanalysen und die Reduzierung von Komplexität schließen sich keineswegs aus.² Selbst wenn empirisch alles mit allem zusammen hängt (S. 77), ist bei der Modellierung von Systemen eine Reduzierung von Komplexität unvermeidlich. Dabei ist es nicht erforderlich, ein theologisch-naturwissenschaftlich geprägtes Gesetzmäßigkeitsdenken auf die Analyse sozialer Systeme zu übertragen. Die Konzeption der Selbstorganisation, die zunehmend auch auf Naturgesetze angewandt wird, und die des Sozialgesetzes sind Alternativen zu der gottgegebenen natürlichen Ordnung.³ Am Ende des zweiten Kapitels (S. 91) wird zwar das Gesetzmäßigkeitsdenken insgesamt in Frage gestellt. Es fehlt jedoch der Rückbezug zu einer Diskussion der ökologisch-ökonomischen Systeme.

Zweitens, die Entwicklung der physikalischen Wissenschaft beeinflusste Adam Smith bezüglich der Gleichgewichtsidee ökonomischer Systeme.⁴ Das ist aber nicht gleichbedeutend mit der Behauptung der Autoren, daß – durch eine Verwendung dieser Analogie – „die Gesetze der Physik die Wirtschaft bestimmen“ (S. 27). Nicht die Analogie selbst ist problematisch, sondern ihre Übertragung in ungeeignete Bereiche.

Im *dritten Kapitel* wird eine grundlegende Charakterisierung der Ökologischen Ökonomik als transdisziplinäre

Wissenschaft versucht, und ihre derzeit wichtigsten Themen werden erläutert. Grundlegende Elemente des Leitbildes der Ökologischen Ökonomik werden genannt (S. 95 f): Auffassungen über die Beschaffenheit des Objektbereiches (z.B. die Vorstellung der Erde als ein geschlossenes thermodynamisches System) vermischen sich mit politischen Zielen (Herstellung einer hohen Lebensqualität), Konsequenzen aus angenommenen Tatsachen (die Analyse komplexer Systeme ist mit hohen Unsicherheiten behaftet) und politischen Schlußfolgerungen (z.B. zu agieren anstatt zu reagieren). Dies sind, wenigstens teilweise, eher Elemente eines Leitbildes einer politischen Bewegung als einer Wissenschaft.

Drei Ziele der Ökologischen Ökonomik werden in dem vorliegenden Buch genannt: das Erreichen einer ökologisch nachhaltigen Größenordnung (Kennzeichnung der ökologisch akzeptablen absoluten Größe einer Volkswirtschaft und ihres Durchsatzes), einer gerechten Verteilung der Ressourcen durch Zuweisung von Eigentumsrechten und durch Transfers, und einer effizienten Allokation (im Sinne der neoklassischen Wohlfahrtstheorie).

Die Autoren machen deutlich, daß diese Ziele unabhängig voneinander sind und durch zielspezifische Politikinstrumente realisiert werden sollen. Die Werte der Zielvariablen *Größenordnung* und *gerechte Verteilung* sollen dabei nicht durch das Preissystem, sondern durch einen davon differenten gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß bestimmt werden.⁵ Dabei wird das Allokationsziel nicht den beiden anderen übergeordnet, sondern umgekehrt: „ethische Urteile über die Qualität der sozialen Beziehungen“ (S. 99) dominieren die Analyse der Zahlungsbereitschaft. Nichts gesagt wird zu der Frage, wie man mit einer Situation umgehen will, in der die individuellen Präferenzen und die ethischen Urteile konfliktieren.

Die Allokationstheorie kann bekanntlich wenig zur Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage sowie dem Problem der Größenordnung beitragen. Das Paretooptimum ist ein Kriterium der Wohlfahrtstheorie, das zu Zielen, die dort nicht enthalten sind, nichts besagt. Es bewertet nur gleichgerichtete Nutzenänderungen. Für alles, was darüber hinaus geht, ist ein Konsens nicht zu erwarten. Da die Ökologische Ökonomik – so sehen es zumindest die Autoren – einen Großteil der neoklassischen Allokationstheorie übernimmt (S. 96), stellt sich daher die Frage, woher dann die theoretischen Grundlagen für die Erreichung der vom Allokationsziel unabhängigen Ziele stammen.

Die Ökologische Ökonomik ist ein Forschungsgebiet, das theoretisch – verglichen mit der Neoklassik – insbesondere bezüglich der Wirtschaftssubjekte zur Integration veränderter oder erweiterter Annahmen drängt. Im Hinblick auf die Spezifikation des ökonomischen Parts von ökologisch-ökonomischen Systemen sind drei Dinge konstitutiv, die in ihrer Gesamtheit mit der Neoklassik nicht zu vereinbaren sind oder diese grundlegend verändern würden: (i) interaktives, soziales Handeln,⁶ (ii) die Gestattung einer eigenen Wahrnehmung der modellierten Akteure⁷ und (iii) die Modellierung der Konsequenzen dieser eigenen Wahrnehmung, z.B. als mentale Modelle⁸ in Verbindung mit einer Handlungstheorie. Es ist erforderlich, die „Umwelt-epistemologie des Alltagshandelns“ und damit die Bildung von Präferenzen und die Rolle von Werten zu berücksichtigen. Man hätte sich daher eine fundiertere Diskussion der handlungstheoretischen Grundlagen der Ökonomik und des methodologischen Individualismus gewünscht. Die von den Autoren angeführte „konkrete Erfahrung von Personen in einer Gesellschaft“ (S. 184) ersetzt diese nicht. Das Buch ist von einigen Mißverständnissen im Hinblick auf die – zugegebenermaßen – sehr unterschiedli-

chen Interpretationen des methodologischen Individualismus geprägt.⁹ Die Position des methodologischen Individualismus beinhaltet nicht, das Individuum als nicht-gesellschaftliches Wesen¹⁰ zu betrachten oder die Einflüsse der System- auf die Individualebene generell auszublenden.¹¹

Der Abschnitt zur Eignung des Brutto-sozialprodukts (BSP) zur Messung der Wohlfahrt oder des Einkommens im dritten Kapitel greift ein lang diskutiertes Thema wieder auf. Es sollte von allen Interessierten mit Gewinn gelesen werden. Die Autoren schlagen vor, das BSP als Maß für den Umfang der Marktaktivitäten zu benutzen und auf dieser Grundlage die Frage, welcher Zusammenhang zwischen Marktaktivitäten und Wohlfahrt besteht, „klarer und neutraler“ zu stellen. Die öffentlichen Diskurse können von einer verbesserten und breiteren argumentativen Basis profitieren und die gegenwärtige Fixierung der Wirtschaftspolitik auf das Wirtschaftswachstum durch die Einführung alternativer, verbesserter Maßstäbe für Entwicklung und Wohlfahrt aufgebrochen werden.

Wenn der Begriff des *nachhaltigen Wachstums* – bezogen auf das Gesamtsystem Erde – tatsächlich ein Oxymoron ist, wie die Autoren behaupten (S. 148),¹² dann ist es dringend erforderlich, den alternativen Begriff der *nachhaltigen Entwicklung* zu operationalisieren. Dabei sollte stärker deutlich gemacht werden, daß Investitionen in den Umweltschutz lohnend sind und sich hervorragend einfügen in den zur Zeit stattfindenden Wandel der industriellen Struktur, wonach das produzierende Gewerbe im Vergleich zum Dienstleistungssektor schrumpft. Zwar sind auch im Dienstleistungssektor die Probleme einer öko-effizienten Ressourcenwahl (vgl. S. 106) keineswegs gelöst. Die Zunahme des Anteils von Dienstleistungen an der Gesamtleistung von Unternehmungen, die selbst keine klassischen Dienstleister sind, und eine in Dienstleistungsunternehmungen einfa-

cher, d. h. mit vergleichsweise geringeren Investitionen in die Produktionssysteme, zu erreichende Öko-Effizienz sind jedoch relevante Ausgangspunkte für „governance by government“ und „governance without government“.¹³

Das dritte Kapitel ist im Hinblick auf die Systematik stärker als das zweite. Einige inhaltliche Überschneidungen mit dem vierten Kapitel (warum schließt das dritte Kapitel mit *Politischen Empfehlungen*, wenn das gesamte vierte Kapitel der Politik gewidmet ist?) sollten in einer zweiten Auflage korrigiert werden.

Warum sollen nur wissenschaftliche Gemeinschaften über gemeinsame Leitbilder verfügen,¹⁴ nicht aber soziale Gemeinschaften? Die Diskussion über ein *gesellschaftliches* Leitbild einer nachhaltigen Gesellschaft leitet daher das *vierte Kapitel* ein. Im vierten Kapitel werden u.a. allgemeine Grundsätze über Leitbilder präsentiert, die nach Auffassung der Autoren wohl für sich sprechen. Die Leitbild-Diskussion ist im dritten wie im vierten Kapitel unbefriedigend. Sie bleibt auch unverbunden. Ein Leitbild wissenschaftlichen Forschens, wie es die Ökologische Ökonomik für sich entwickeln kann, kann nicht zugleich zum Leitbild von sozialen Gemeinschaften werden. Wie von den Autoren im zweiten Kapitel festgehalten: Ökonomen können Inputs in Diskurse einbringen, Informationen z.B. über die Auswirkungen individuellen Handelns von Anbietern wie Nachfragern von Leistungen. Schließlich sind, und dies betonen die Autoren des vorliegenden Buches in ihren *Schlußfolgerungen* (vgl. S. 311), Veränderungen im Handeln von individuellen wie korporativen Akteuren, wie z. B. Gemeinden, Staaten und internationalen Organisationen, maßgeblich für die Durchsetzung der Anliegen der Ökologischen Ökonomik.

Das vierte Kapitel beinhaltet Abschnitte zu umweltschutzpolitischen Herausforderungen, Instrumenten und zu Politikstrategien für unterschiedliche räumliche Ebenen (lokal, regional, national).

Das Kapitel ist informativ; allerdings wird der Lesefluß dadurch beeinträchtigt, daß allein die Hälfte der 36 Boxen dort plaziert ist.

Eine Analyse der Politikinstrumente ist erforderlich, insbesondere wenn die überwiegende Orientierung der Umweltpolitik am Ordnungsrecht aufgebrochen und auch anreizbasierte Instrumente eingesetzt werden sollen. Die Autoren empfehlen ein konstruktives Vorgehen, welches das Handeln und dessen mögliche Ergebnisse in den Vordergrund und den Theoriestreit in den Hintergrund stellt. Beide Ansätze, „*Command-and-Control*“ (S. 239) und der Marktansatz (S. 252) sollten allerdings von einem institutionenökonomischen Ausgangspunkt, der Wissensprozesse explizit einbezieht,¹⁵ diskutiert werden.

Eine Marginalanalyse, wie sie der Pigou-Steuer zugrunde liegt, scheitert an den Anforderungen der Informationsbeschaffung (S. 255). Darüber hinaus, und das ist Coases Argument gegen Pigous Analyse, gebietet die bloße Existenz von Externalitäten keinen Grund für eine Intervention des Staates.¹⁶ In dieser Hinsicht ist Coase kein „Pigovian“, denn der Wert der gesamten Produktion wird durch den Staatseingriff nicht unbedingt maximiert. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es zu erreichen, daß die individuellen und organisationalen Akteure mit ihren Handlungen den gesamten Wert der Produktion maximieren (in dieser Hinsicht sieht sich Coase durchaus als „Pigovian“). Dieses Ziel ist aus ökologisch-ökonomischer Perspektive zu spezifizieren.

Das Coase-Theorem, welches die theoretische Grundlage für die Ausgabe der Emissionszertifikate ist, beruht auf der Annahme wohldefinierter Rechte und eines ökonomischen Systems ohne Transaktionskosten. (Neue Institutionenökonomik beginnt jedoch erst mit der Aufhebung dieser Annahme). Bereits Coase (1960, 1988b) betont, daß die Vergabe von Verfügungsrechten eine

Frage der *sozialen Wahl* ist – und damit ein Problem, das die Beurteilungsmöglichkeiten der Ökonomik übersteigt: „In this article, the analysis has been confined, as is usual in this part of economics, to comparisons of the value of production, as measured by the market. But it is, of course, desirable that the choice among different social arrangements for the solution of economic problems should be carried out in broader terms than this and that the total effect of these arrangements in all spheres of life should be taken into account. As Frank H. Knight has so often emphasized, problems of welfare must ultimately dissolve into a study of aesthetics and morals.“ (S. 154) Im Sinne der Autoren mit Coase über Coase hinauszugehen, heißt daher erstens, die entsprechende soziale Wahl zu diskutieren, und zweitens, von neoklassischer Maximierung auf nachhaltige Entwicklung umzuschalten.

Abschließende Bewertung

Die Thematik der Ökologischen Ökonomik weist über die klassischen Anwendungsgebiete der Ökonomik hinaus, indem etwa die Verteilung durch gesellschaftliche Entscheidungsprozesse bestimmt werden soll. Die Ökologische Ökonomik berührt daher neben der Wohlfahrtsökonomik, der Umwelt- und der Wirtschaftsethik auch die Praktische Philosophie.¹⁷ Dabei geht es um die Probleme der Vereinbarkeit von individueller und sozialer Wahl, aber auch um die Einschränkung von Wahlmöglichkeiten sowie um ethisches oder moralisches Handeln der Akteure.

Erfordert die Erreichung der Ziele der Ökologischen Ökonomik tatsächlich die Entwicklung einer übergreifenden Disziplin an Stelle interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Philosophie, Sozial- und Naturwissenschaften? Die Antwort auf diese Frage steht noch nicht fest. Aus der Verbundenheit ökonomischer und ökologischer Fragestellungen zu

schließen, daß diese transdisziplinär untersucht werden müssen, ist ein Trugschluß.¹⁸ Es stellt sich daher die Frage, ob und wie Transdisziplinarität anders begründet werden kann. Die Alternative zum transdisziplinären Ansatz ist, sich auf eine Weiterentwicklung der im Hinblick auf die ökologische Fragestellung relevanten Konzepte und erforderlichen Ergänzungen der Ökonomik zu konzentrieren, um die Ökonomik für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit fit zu machen. Der Auszug der Ökonomik aus der Philosophie läßt sich sicher nicht rückgängig machen. Die Zahl der Ökonomen, die Fehlentwicklungen (wie etwa die Überformalisierung) korrigieren wollen, wächst jedoch.

Aber auch eine transdisziplinäre Ökologische Ökonomik muß überlegen, wie der transdisziplinäre Verbund aussehen soll. Die Autoren wollen immerhin die Ökonomik – wenn auch als transdisziplinären Ansatz – „neu definieren“ (S. 20). Dies ist ihnen nicht gelungen. Von den Autoren des vorliegenden Buches erhält der Leser eine Fülle von Informationen über alternative Sichtweisen und Konzepte. Ohne theoretische Perspektive fällt die Einordnung jedoch schwer. Zu wenig enthält das Buch darüber, wie und auf welcher theoretischen Grundlage Probleme wie die Bestimmung der ökonomisch-ökologischen Systeme, die begrifflichen Fragen (z.B., was bedeutet „Nachhaltigkeit“?,¹⁹ was ist eine gerechte Verteilung?), die Operationalisierungsprobleme (wie kann man feststellen, ob ein System nachhaltig ist, über eine gerechte Verteilung verfügt oder sich dorthin entwickelt?) angegangen werden sollen. Das Buch bietet jedoch einen guten Einstieg zur Diskussion der Möglichkeiten und Instrumente der Wirtschaftspolitik. An vielen Stellen wird gezeigt, daß bei der Diskussion der umweltpolitischen Instrumente nicht nur eine Position möglich ist. Kontexte und konkrete Umstände spielen eine Rolle. Praktische Erfahrungen werden die

theoretische Spezifikation von Möglichkeiten und Grenzen von Wirtschaftspolitik verbessern. Daß institutionentheoretische Ansätze hinter neoklassischen zurückstehen, sollte sich ändern, denn die Konzipierung, Durchsetzung und Veränderung von Institutionen, d. h. von Regeln interaktiven Handelns in sozialen Systemen, spielen für die Erreichung der Ziele der Ökologischen Ökonomik eine große Rolle.

Weitere Auflagen des Buches sollten zu einer inhaltlichen Überarbeitung der Kapitel, zur Verbesserung der Systematik der behandelten Inhalte sowie zur Korrektur der zahlreichen Rechtschreibfehler genutzt werden. Auch sind nicht alle im Text zitierten Titel im Literaturverzeichnis enthalten.

Michaela Haase

Anmerkungen

¹ Beziehungen zwischen den Theorien verschiedener Disziplinen sind damit nicht ausgeschlossen. So gehen in die Bestimmung ökonomischer Systeme, sofern diese auch als soziale Systeme betrachtet werden, auch Sozialtheorien ein.

² Barber (1993).

³ Vgl. Hampe et al. (1998).

⁴ Vgl. Albert (1977), Niquet (1989).

⁵ Einkommen und die damit verbundene Zahlungsbereitschaft können ebenfalls als Ausdruck der gesellschaftlichen Wertschätzung derjenigen Aktivitäten aufgefaßt werden, die zu dem Einkommen führen.

⁶ Coleman (1990), Barber (1993), Haase (2000).

⁷ Niquet (1989), Hampe et al. (1998).

⁸ Denzau, North (1994).

⁹ Vgl. Kincaid (1997).

¹⁰ Vgl. von Hayek (1976).

¹¹ Coleman (1990).

¹² Die Behauptung der Autoren kann als nicht widerlegbarer Gemischtquantensatz reformuliert werden: Für jedes System gibt es einen Zeitpunkt, ab dem es nicht mehr wächst. Dies schließt nicht aus, daß genügend Subsysteme absterben und auf diese Weise zumindest zeit-

- weise ein weiteres Wachstum anderer Subsysteme bis zur Wachstumsgrenze ermöglichen.
- ¹³ Zürn (1998).
- ¹⁴ Vgl. Schneider (2001).
- ¹⁵ Vgl. Pennington (2001).
- ¹⁶ Coase (1998a) 26.
- ¹⁷ Die Ökonomik kann als Abkömmling der Praktischen Philosophie bezeichnet werden. Diese gliedert sich – nach Aristoteles – in die Disziplinen der Ethik, Ökonomik und Politik. Wie Meran es „überspitzt formuliert“, (bestand) (d)er Beitrag der Philosophie zu einer Wirtschaftsethik (...) ursprünglich also darin, daß sie als Ökonomie auftrat“. Meran (1987) 22. Nach dem mittlerweile erfolgten „Auszug der Ökonomie aus der Philosophie“ (ebd.) versteht sich die Ökonomik überwiegend als theoretische und empirische Wissenschaft.
- ¹⁸ Pennington (2001) 177.
- ¹⁹ Nach Ansicht der Autoren ist die Definition des Nachhaltigkeitsbegriffes nicht schwierig (vgl. S. 117). Was jedoch häufig als Definition vorgeschlagen werde, sei eher eine „Prognose über die Wirkung von heute durchgeführten Maßnahmen“ (ebd.). Daher müßten die Autoren auch ihre Definition („ein System, das überlebt bzw. fort dauert“) eher als Prognose einordnen. Es ist jedoch erforderlich, die Definition und die Festlegung ihres Inhalts von der Ermittlung dessen, was dann unter die Definition fällt, zu trennen. Die Definition legt fest, welche Entitäten unter den Begriff „Nachhaltigkeit“ fallen. Empirisch entsteht dann das Problem, daß entweder alles Existierende unter den Begriff fällt, da es offensichtlich überlebt hat, oder daß Kriterien $k_1, \dots, k_n$ gefunden werden müssen, an denen – auf der Grundlage des jetzigen Wissens – das zukünftige Überleben prognostiziert werden kann. Das Prädikat „ist nachhaltig“ wird dann immer dann vergeben, wenn $k_1, \dots, k_n$ vorliegen. Wie komplex der Nachhaltigkeitsbegriff tatsächlich ist, verdeutlichen Jörissen et al. (1999).
- Literatur**
- Albert, H., Individuelles Handeln und soziale Steuerung. Die ökonomische Tradition und ihr Erkenntnisprogramm, in: Lenk, H. (Hrsg.), Handlungstheorien interdisziplinär. IV. Sozialwissenschaftliche Handlungstheorien und spezielle systemwissenschaftliche Ansätze (München 1977) 177–225.
- Barber, B., Constructing the Social System (New Brunswick und London 1993).
- Coase, R. H., The Firm, the Market, and the Law, in: ders., The Firm, the Market, and the Law (Chicago und London 1988a) 1–31.
- Coase, R. H., The Problem of Social Cost, in: The Journal of Law and Economics 3 (1960) 1–44; wiederabgedruckt in: ders., The Firm, the Market, and the Law (Chicago und London 1988b) 95–156.
- Coleman, J. S., Foundations of Social Theory (Cambridge, MA, u.a. 1990).
- Denzau, A.; North, D. C., Shared Mental Models: Ideologies and Institutions, in: Kyklos 47 (1994) 3–31.
- Haase, M., Institutionenökonomische Betriebswirtschaftstheorie: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre auf sozial- und institutionentheoretischer Grundlage (Wiesbaden 2000).
- Hampe, M.; König, P.; Lotter, M.-S., Gesetze und Typen der Ordnung in Natur, Gesellschaft und Recht, in: Dialektik 2 (1998) 131–139.
- Hayek, von F. A., Wahrer und falscher Individualismus, in: ders., Individualismus und wirtschaftliche Ordnung (Salzburg 1976) 9–48.
- Jörissen, J.; Kopfmüller, J.; Brandl, V.; Paetau, M., Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung (=Forschungszentrum Karlsruhe (Technik und Umwelt) 1999, Wissenschaftliche Berichte, FZKA 6393).
- Kincaid, H., Individualism and the Unity of Science (Lanham, MD 1997).
- Meran, J., Der Beitrag der Philosophie zu einer zeitgemäßen Wirtschaftsethik, in: Ökologische Ethik der Ökonomie? Schriftenreihe des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) 7 (1987) 20–47.
- Niquet, B., Wie der Wirtschaftswissenschaftler mit seinen Theorien letztendlich nur etwas über sich selbst aussagt, in: Nackmayr, J.-D. (Hrsg.), Perspektiven? Die Herausforderung der Wissenschaft. Essays und Gespräche

- zum 40. Gründungsjahr der Freien Universität Berlin (Berlin 1989) 132–141.
- Pennington, M., Environmental Markets vs. Environmental Deliberation: A Hayekian Critique of Green Political Economy, in: *New Political Economy* 6/2 (2001) 171–190.
- Schneider, D., Betriebswirtschaftslehre. Band 4: Geschichte und Methoden der Wissenschaft (München und Wien 2001).
- Siebert, H., Die Knappheit natürlicher Ressourcen, in: *Mannheimer Berichte* 17 (1979) 457–461.
- Zürn, M., Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Deregulierung als Chance (Frankfurt am Main 1998).

Europäische Betriebsräte

Rezension von: Wolfgang Lecher, Hans-Wolfgang Platzer, Stefan Rüb, Klaus-Peter Weiner, *Verhandelte Europäisierung. Die Einrichtung Europäischer Betriebsräte – Zwischen gesetzlichem Rahmen und sozialer Dynamik, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2001, Schriften der Hans-Böckler-Stiftung, Band 48, 242 Seiten, DM 53.*

Daß sich die Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses zugunsten des letzteren verschoben hat, wird heute höchstens aus interessenpolitischem Kalkül bezweifelt. Daß transnationale Kapitalinteressen auf einzelwirtschaftlicher Basis einen wesentlich höheren Organisationsgrad erreicht haben als transnationale Arbeitnehmerinteressen, steht ebenso außer Streit. Beide Behauptungen gründen sich auf konkrete politische und institutionelle Bedingungen auf nationaler und supranationaler Ebene, die diese Situation begründet haben.

Die Vermutung liegt nahe, daß die Schaffung geeigneter Instrumente zu einer Veränderung des Machtungleichgewichtes zwischen Kapital und Arbeit ein schwieriger Prozeß ist und daß Initiativen auf diesem Gebiet oft Alibicharakter haben. Wie könnte es sonst beispielsweise der Fall sein, daß am Beginn des 21. Jahrhunderts Arbeitnehmer in Europa noch immer darum kämpfen müssen, nicht von Unternehmen gegeneinander ausgespielt zu werden, nur weil die Betriebsstätten in verschiedenen Ländern liegen? Warum wissen die Arbeitnehmer kaum etwas über die Arbeitsbedingungen an unterschiedlichen Konzernstandorten? Wodurch wäre erklärbar, daß die Erkenntnis der Arbeitnehmervertreter

verschiedener Betriebsstätten eines weltweit agierenden Konzerns, im ‚gleichen Boot‘ zu sitzen, erst jetzt gesetzlich untermauert wird – nach rund einem Jahrhundert der Internationalisierung von Konzernen? Daß die Antwort auf seiten des Kapitals liegt, da es nur auf Drohung und gesetzlichen Druck seitens des Staates reagiert, macht das hier zu besprechende Buch deutlich. Obwohl in seiner Empirie teilweise überholt, schildert es eine höchst detaillierte Momentaufnahme sowie Erklärungsansätze des Prozesses der Etablierung Europäischer Betriebsräte. Kurz gefaßt, haben „... der im einzelnen analysierte Verlauf und die Ergebnisse des EBR-Prozesses ... gezeigt, daß sich der spezifische Modus der verhandelten Europäisierung, also die vertragliche Selbstregulierung unter dem Vorbehalt hilfsweise (supra-)staatlichen Eingreifens, insgesamt bewährt hat. Der auf europäischer Ebene, also gleichsam von ‚oben‘ politisch strukturierte und rechtlich flankierte Prozess erfordert(e) und ermöglicht(e) eine von ‚unten‘ aufwachsende Europäisierung...“ (S. 232).

Die Autoren relativieren diese positive Einschätzung – und das ist der eigentliche Gewinn bei der Lektüre dieses Buches –, indem sie ihre Analyse in den breiten Rahmen der Diskussion um europäische Interessenvertretung und das Fehlen eines Äquivalents korporatistischer Struktur jenseits der nationalen Ebene einbetten. Der Prozeß der Etablierung europäischer Betriebsräte ist ein Lehrstück der Hindernisse und Fehleinschätzungen auf dem Weg der Bildung demokratischer Strukturen im Wirtschaftsbereich, unabhängig von der jeweiligen Ebene.

Das Buch beginnt mit einem Überblick zum politisch-historischen Kontext der Entstehung und Konkretisierung der Europäischen Betriebsratsrichtlinie. Der Hauptteil ist dem gesetzlichen Normalverfahren („Artikel 6“) gewidmet, wobei fünf Fallstudien die idiosynkratische Na-

tur der Einrichtung Europäischer Betriebsräte zeigen. Angesichts stark sinkender Zuwachsraten der Zahl Europäischer Betriebsräte wird die Frage diskutiert, wie diese nachlassende Dynamik zu erklären ist. Dabei wird die Sicht des Managements eingenommen und aufgezeigt, daß die der Phase ‚rechtlich erzwingbarer‘ Europäischer Betriebsräte vorgeschaltete Phasen der ‚freiwilligen‘ bzw. ‚erzwungen freiwilligen‘ Einrichtung ein für das Management vorteilhafter Weg waren und daher zu Vorzieheffekten geführt haben. Dies könnte erhebliche Auswirkungen auf das Implementierungsdesign künftiger Richtlinien der EU auch bzw. gerade in unterschiedlichen Bereichen haben. Neben anderen wichtigen Faktoren wird die Unternehmensumorganisation und -restrukturierung erwähnt, welche ein zunehmend wichtiges Hindernis bei der Einrichtung Europäischer Betriebsräte darstellt bzw. eine zunehmend bedeutende Umgehungsmöglichkeit für Unternehmen werden könnte.

Auf Arbeitnehmerseite wird eindrucksvoll und konkret die Konkurrenzsituation nationaler Gewerkschaften geschildert, wobei aber auch deren Lernfähigkeit und Kompromißbereitschaft hervorgehoben wird.

Im letzten Teil wird Bilanz gezogen, wobei die Bedeutung der Änderungsmöglichkeiten und das Verhältnis der Europäischen Betriebsratsrichtlinien zu anderen Strukturen inter- und supranationaler Interessenvertretung diskutiert werden.

Viel zu oft fehlt eine Evaluierungsphase nach der Implementierung gesetzlicher und anderer Maßnahmen im industrie- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß. Eine Früherkennung von Differenzen zwischen der Intention der Entscheidungsträger und der Interessen bzw. dem konkreten Handeln der Adressaten hilft, volkswirtschaftliche Kosten durch rasche Revision zu beheben. Insbesondere dort, wo nicht auf die Freiwilligkeit der Akteure gesetzt werden

kann und gesetzliche Regeln nur auf die Sicherung eines Mindeststandards abzielen, so wie es m.E. bei der Europäischen Betriebsratsrichtlinie der Fall ist, können die Kosten beträchtlich sein. Schließlich hat das Binnenmarktprogramm der EU eine recht eindeutige interessenpolitische Handschrift. Falls es noch irgendeine Aufgabe der Politik sei, im Schulterschuß mit den Arbeitnehmern für einen Ausgleich zu sorgen, böten sich hier vielfältige Handlungsmöglichkeiten, die das Buch aufzeigt.

Bei aller positiven Einschätzung der Bedeutung des Buches für den aktuell ablaufenden politischen Gestaltungsprozeß in diesem Bereich sollen zwei Aspekte erwähnt werden, die beim Lesen unangenehm auffallen. Der erste Aspekt ist, daß weder die entsprechende Richtlinie, noch ein Abkürzungsverzeichnis (obwohl Abkürzungen sehr häufig verwendet werden), noch ein Stichwortverzeichnis (Routine in jedem Textverarbeitungsprogramm) geboten werden, was unter Umständen mit der Tatsache, daß das Buch nur einer von drei Bänden zu den Ergebnissen eines Langzeitprojektes ist, zu tun hat. Der zweite Aspekt ist, daß die empirische Untersuchung einen problematischen Beigeschmack aufweist, da nur Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien aufgenommen wurden, wobei die letzten drei Staaten stark unterrepräsentiert sind. Wo bleibt ‚der Rest‘ Europas? Gerade die nicht zuletzt aufgrund ihrer Kleinheit wesentlich korporatistischer organisierten Volkswirtschaften hätten u. U. eine interessante ‚Kontrollgruppe‘ ermöglicht und eventuell als Nebeneffekte Anhaltspunkte für die zu integrierenden Transformationswirtschaften geliefert.¹

Seit der großen Konferenz des NBER² sind einige Jahre vergangen, die wertvolle Erfahrungen und institutionelle Änderungen gebracht haben, die die Mär einer schwachen Interessendurchsetzung auf Arbeitnehmerseite jedenfalls deutlich relativieren.

Christian Bellak

Anmerkungen

¹ Vgl. etwa Steiert (2000), der eine größere Zahl von Ländern einbezieht.

² Vgl. Rogers, Streeck (1995).

Literatur

Rogers, J.; Streeck, W., Works Councils: Consultation, Representation, and Cooperation in Industrial Relations (NBER, Chicago 1995).

Steiert, R., A Comparison of the Structures of Selected European and World Works Councils (=Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft Nr. 14, Berlin 2000).

Deutsche Hayek-Gesamtausgabe

Rezension von: Viktor Vanberg (Hrsg.),
Friedrich A. von Hayek, Wirtschaft,
Wissenschaft und Politik. Aufsätze zur
Wirtschaftspolitik, Band A6 der
„Gesammelten Schriften in deutscher
Sprache“, Verlag Mohr Siebeck,
Tübingen 2001, 283 Seiten, DM 108.

Neun Jahre nach dem Tod von F. A. Hayek (1899-1992) eröffnet der Verlag Mohr Siebeck mit einem Band, der Aufsätze zur Wirtschaftspolitik enthält, eine Ausgabe der gesammelten Schriften in deutscher Sprache. Die Ausgabe soll aus zwei Abteilungen mit zusammen zwölf Bänden bestehen. Die auf acht Bände geplante Abteilung A wird die Aufsätze Hayeks enthalten, die Abteilung B die „Bücher“, wobei nur vier Veröffentlichungen Hayeks als solche eingestuft werden (Der Weg zur Knechtschaft; Mißbrauch und Verfall der Vernunft; Die Verfassung der Freiheit; Recht, Gesetzgebung und Freiheit).¹

Diese Einteilung versteht sich insofern nicht von selbst, als einige selbständige Buchpublikationen Hayeks wie „Geldtheorie und Konjunkturtheorie“ (1929) oder „Prices and Production“ (1931) in der Abteilung Aufsätze erscheinen werden, andere wie „The Fatal Conceit“ (1988, dt. 1996), „The Pure Theory of Capital“ (1941) oder „The Sensory Order“ (1952) nicht in die gesammelten Schriften aufgenommen werden bzw. eine deutsche Übersetzung nicht geplant ist. Eine weitere Konsequenz der neuen Gesamtausgabe wird darin bestehen, daß die in bisherigen Sammlungen („Individualismus und wirtschaftliche Ordnung“, „Freiburger Studien“) enthaltenen Aufsätze Hayeks in Zukunft in anderer Zusammenstellung publiziert sein werden. Zahlreiche Aufsätze werden für die neue

Gesamtausgabe erstmals ins Deutsche übersetzt werden. Editionsprobleme könnten sich daraus ergeben, daß einzelne Aufsätze schon bisher in deutscher und englischer Sprache verfügbar waren, jedoch mit gewissen Abweichungen in der Textierung. In solchen Fällen werden editorische Erläuterungen, welche sich im ersten hier besprochenen Band auf ein absolutes Minimum beschränken, von ausführlicherer Art erforderlich sein.

Die deutschen „Gesammelten Schriften“ sind von deutlich geringerem Umfang als die seit 1988 in der University of Chicago Press erscheinende amerikanische Ausgabe der „Collected Works of F. A. Hayek“. Von den dort geplanten 22 Bänden sind bisher allerdings erst sieben erschienen.

Der Band A6, mit dem die gesammelten Werke Hayeks bei Mohr Siebeck eröffnet werden, enthält Aufsätze sowohl zu grundlegenden wie auch zu speziellen Fragen der Wirtschaftspolitik, der älteste aus dem Jahr 1928, der jüngste aus 1984. Die Aufsätze – häufig der Text von Reden und Vorträgen zu vielfältigen Anlässen – sind allesamt Interventionen in wirtschaftspolitische Diskussionen von praktischer Bedeutung. Sie zeigen Hayek als wortgewaltigen Advokaten der Marktwirtschaft in dem von ihm vertretenen spezifischen Sinn, und dabei gleichzeitig als unorthodoxen Denker, unorthodox sowohl in Hinsicht auf gängige wirtschaftspolitische Konzeptionen als auch in bezug auf die neoklassische Theorie.

Die beiden ältesten Aufsätze aus 1928 und 1930, also aus jener Zeit, als Hayek Leiter des neu gegründeten Instituts für Konjunkturforschung war, beschäftigen sich mit den Auswirkungen des Mieterschutzes in Österreich. Das Hauptaugenmerk Hayeks gilt dabei den allokativen Verzerrungen und ihren vielfältigen Auswirkungen, welche mit der Dauer der Beibehaltung der Festschreibung der Mieten auf dem Vorkriegsniveau immer weiter zunehmen. Während

die Sozialdemokraten den Mieterschutz vor allem aus sozialpolitischen Gründen verteidigten, wurde er auch von den bürgerlichen Parteien, die die Mehrheit im Parlament hatten, nicht angetastet, wobei von dieser Seite die ausfuhrfördernde Wirkung niedriger Mieten betont wurde, da diese den Lohn niedrig hielten und so die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhöhten. Dieses Argument anerkennt Hayek in keiner Weise, da er bezweifelt, daß die Gewerkschaften eine Erhöhung der Mieten ohne weiteres durch Lohnerhöhungen kompensieren könnten. Überraschenderweise erörtert Hayek auch makroökonomische Aspekte einer Aufhebung des Mieterschutzes und verkennet dabei deren negative Auswirkungen keineswegs. Durch eine verminderte Kaufkraft der Mieter und eine erhöhte Kaufkraft der Hausbesitzer kommt es zu einer „Überleitung der Nachfrage von bestimmten Gruppen von Konsumgütern auf andere ... Zweifellos würde eine solche Verschiebung der Nachfrage, wenn sie sich als Folge einer plötzlichen starken Erhöhung der Mietzinse in kurzer Zeit vollzöge, eine schwere Störung der gesamten Wirtschaft bedeuten.“ (S. 202) Bei der Lösung des Problems plädiert Hayek – ungewohnt pragmatisch – für eine behutsame Vorgangsweise. „Denn die Überzeugung, daß ein freier Wohnungsmarkt an sich das Wünschenswerte ist, heißt natürlich noch lange nicht, daß heute eine fristlose Aufhebung des Mieterschutzes der zweckmäßigste Weg zu diesem Zustand ist.“ (S. 221) Anstelle der Hayek zu einschneidend erscheinenden schrittweisen Anhebung aller Mietzinse schlägt er u.a. vor, „den Mieterschutz von einer dinglichen Belastung des Wohnraumes in ein persönliches Recht des Mieters zu verwandeln“ (S. 222) und für frei werdende Wohnungen eine freie Mietzinsbildung zuzulassen, wodurch allmählich ein freier Wohnungsmarkt wieder etabliert werden könne. Eine solche Regelung wurde vierzig Jahre später von der Regierung Klaus

umgesetzt, in den siebziger Jahren allerdings wieder modifiziert.

Bemerkenswert sind die sehr pragmatischen Problemlösungsvorschläge in der Frage der Mietpreisbildung Hayeks auch deshalb, weil er hier in einem Gegensatz zu seinem Mentor Ludwig Mises steht. Sozialpolitisch motivierte Eingriffe in die Marktpreisbildung hatte Mises nicht nur aus wohlfahrtstheoretischen Gründen abgelehnt, er glaubte dahinter eine Strategie des „Destruktionismus“² zu erkennen, der durch Aushöhlung und Entwertung der Eigentumsrechte eine kapitalistisch-rationale Wirtschaftsführung zunehmend unmöglich machen und so einen schleichenden Übergang zum Sozialismus herbeiführen würde. In späteren Schriften hat sich Hayek – wenn auch in anderem Zusammenhang – ähnlicher Gedankengänge durchaus bedient, während seine frühen wirtschaftspolitischen Beiträge keine Unterstellungen dieser Art enthalten.

In dem Aufsatz „Die Aktiengesellschaft in einer demokratischen Gesellschaft: In wessen Interesse sollte sie und wird sie geführt werden“ aus 1960 tritt Hayek dafür ein, daß Aktiengesellschaften einzig dem Ziel verpflichtet sein sollen, den höchsten langfristigen Kapitalertrag zu erzielen, und nicht im Interesse des Managements, der Arbeitnehmer des Unternehmens oder allgemein „der Öffentlichkeit“ geführt werden soll (S. 46f). Als wichtigste Argumente führt Hayek die Verselbständigung der Kapitalgesellschaft gegenüber den Eigentümern, deren Vermögen sie treuhändig verwalten, und die Fehlallokation der Ressourcen an, da es durch Gewintheaurierung zur Bildung übermäßig großer Konzerne durch Maximierung des Umsatzes an Stelle des Gewinnes kommt. Als Gegenmittel bringt Hayek die Verpflichtung zur Ausschüttung des gesamten Gewinnes und die Beschränkung des Stimmrechts auf natürliche Personen in Diskussion, welche den Aufbau von Großkonzernen durch das Eingee-

hen von Schachtelbeteiligungen unterbinden könnte. Hayeks Bedenken gegen diese Tendenzen sind primär davon motiviert, daß solche Gebilde allzu leicht einer immer stärkeren staatlichen Kontrolle bis hin zur Sozialisierung unterworfen werden könnten. Bedenklich findet er aber auch „eine Ausweitung der Befugnisse des Managements von Aktiengesellschaften in kulturellen, politischen und moralischen Fragen“ (S. 58). Der kritische Gehalt dieser Aussage ist heute sicher nicht geringer als zur Zeit der Entstehung des Aufsatzes, der den theoretischen Apologeten des heutigen Finanzmarktkapitalismus kaum bekannt sein dürfte.

Die meisten der im Band A6 publizierten Aufsätze beschäftigen sich mit den Themen Inflation oder/und Interventionismus in der Wirtschaftspolitik. Von den ersten Aufsätzen aus den Jahren 1947 und 1950 an hat Hayek das Konzept der „Vollbeschäftigungspolitik“ in Frage gestellt und bestritten, daß man durch Geldmengen- und Kreditexpansion auf Dauer Vollbeschäftigung erhalten könne. Es ist hier nicht möglich, auf Hayeks einzelne Argumente im Lichte der Inflationstheorien der sechziger und siebziger Jahre einzugehen. Die von Hayek immer wieder vorausgesagten negativen Wirkungen der Inflation hielten sich etwa zwei Jahrzehnte lang in kontrollierbaren Grenzen, bis in den siebziger Jahren die Inflation weltweit außer Kontrolle geriet und in der Folge unter bedeutenden Opfern an Arbeitslosigkeit wieder auf ein tragbares Ausmaß reduziert wurde. Ob Hayek die nunmehr seit über einem Jahrzehnt herrschende Doktrin vom „nichtinflationären“ Wirtschaftswachstum billigen würde, erscheint aber mehr als fraglich. Denn er trat für ein Konstanthalten bzw. für Zunahme der Geldmenge im Ausmaß der realen Produktionssteigerung ein. Bei einer solchen Politik würden allerdings deutlich mehr Unternehmungen und Löhne der betroffenen Arbeitnehmer vom Preissenkungsdruck erfaßt werden, als dies bei einem mittleren

Inflationsziel von 2 bis 3 Prozent der Fall ist, wie es heute der Geldpolitik der EZB und des Federal Reserve Board zugrunde liegt. Hayek hat Recht behalten mit seiner grundsätzlichen Kritik an einer „inflationistischen Vollbeschäftigungspolitik“. Daraus folgt jedoch nicht die Richtigkeit des Postulats der absoluten Preisstabilität. Die herrschende wirtschaftspolitische Praxis geht davon aus, daß die von Hayek so stark in den Vordergrund gestellten Gefahren der Selbstbeschleunigung und der Fehlallokation der Ressourcen bei einer maßvollen Inflation im genannten Ausmaß unter Kontrolle gehalten werden können.

Ähnlich wie Schumpeter³ sah Hayek in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Inflation als potentielle Ursache immer stärkerer wirtschaftspolitischer Eingriffe in das Marktgeschehen, die letztlich zu Planwirtschaft und Sozialismus führen würden. Obwohl sich diese Tendenz, zu der in der engeren Nachkriegszeit zweifellos Ansätze vorhanden waren – z.B. während der ersten Labour-Regierung in Großbritannien – in den fünfziger Jahren nicht fortsetzte, sondern im Gegenteil die Demontage der Planungssysteme begann, ging Hayek in den nächsten Jahrzehnten nie davon ab, in verschiedensten Formen der Intervention Schritte zu einer zentralen Planwirtschaft zu sehen. So wandte er sich in einem 1963 gehaltenen Vortrag gegen die auf der Harrod-Domar'schen Wachstumstheorie aufbauende Idee einer „planmäßigen Bestimmung der Kapitalbildungsrate“: „... ist zu erwarten, daß sich in einem solchen System die Marktwirtschaft auch dauernd hält? Oder führt es nicht notwendig zu einer schrittweisen Ersetzung der Marktwirtschaft durch eine Zwangsverwaltungswirtschaft? Es ist manchmal schwer, den Eindruck zu vermeiden, daß die Befürworter der staatlichen Lenkung der Kapitalbildung nicht wenig von dem Hintergedanken beeinflußt werden, damit indirekt einer planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung zuzusteuern.“ (S. 110)

Ähnliche Gefahren sah Hayek im Zusammenhang mit kollektivvertraglicher Lohnfestsetzung, Einkommenspolitik, Pensionsversicherung, steuerlicher Umverteilung u.a. Theoretisch ist eine solche Gefahr nicht völlig von der Hand zu weisen. Aber es verwundert doch, daß Hayek sich nie die Frage gestellt hat, wieso der Interventionismus in den fast fünfzig Jahren, die Hayek nach dem Zweiten Weltkrieg miterlebte, in keinem einzigen westlichen Land in ein System der umfassenden Planwirtschaft umgeschlagen ist. An dieser Tatsache so konsequent vorbeizusehen ist bei jemandem, der sich so intensiv mit dieser Problematik beschäftigt, erklärungsbedürftig. In seiner Freiburger Antrittsvorlesung (1962) gibt Hayek einen Grund für die oft äußerst beharrlich anmutende Realitätsferne seiner theoretischen Konstruktionen für die Wirtschaftspolitik. Viel verdanke er dem Umstand, daß er den größeren Teil seines Lebens als Lehrer und Forscher im Ausland verbracht habe.

„Wenn es mir gelungen ist, während dieser Zeit ein einigermaßen geschlossenes System wirtschaftspolitischer Ansichten zu entwickeln, so verdanke ich das nicht zuletzt dem Umstand, daß ich mich auf die Rolle des Beobachters beschränken konnte, nie fragen mußte, was im Augenblick politisch möglich war oder irgendeiner Gruppe, mit der ich verbunden war, nützen konnte.“ (S. 79)

Das kritische Potential der Hayek'schen Ökonomie gegenüber der Neoklassik, seine von letzterer grundverschiedene Sicht des wirtschaftlichen Prozesses kommt in den Aufsätzen zur Wirtschaftspolitik nur sporadisch zum Ausdruck. Das Erscheinen der ‚Gesammelten Schriften‘ – ein der Bedeutung des Autors angemessenes Projekt, das hoffentlich in vernünftiger Zeit zu einem Abschluß gebracht werden kann – wird neue Anreize und Gelegenheiten bieten, die Möglichkeiten von Hayeks Ansatz auch in neue Richtungen hin auszuloten.

Günther Chaloupek

Anmerkungen

¹ Siehe dazu den ausführlichen Verlagsprospekt „Friedrich A. von Hayek, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache“ (1999), der eine vorläufige Liste aller aufzunehmenden Titel von Aufsätzen und Büchern enthält.

² Mises (1922) 447ff.

³ Schumpeter (1950).

Literatur

- Mises, Ludwig von, *Die Gemeinwirtschaft* (Jena 1922).
 Schumpeter, Joseph A., *The March into Socialism*, in: *American Economic Review* 40/2 (1950).

Zur Zukunft der österreichischen Demokratie

Rezension von: Anton Pelinka, Fritz Plasser, Wolfgang Meixner (Hrsg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie.

Trends, Prognosen und Szenarien,
Schriftenreihe des Zentrums für
angewandte Politikforschung, Band 22,
Signum Verlag, Wien 2000, 487 Seiten,
öS 591.

Rechtzeitig zum 55. Geburtstag der Zweiten Republik plante – ganz in der Tradition österreichischer Jubiläumspublikationen – das ‚Zentrum für angewandte Politikforschung‘ eine mit einem Ausblick auf die Zukunft verbundene Bestandsaufnahme über Gesellschaft, Politik und Politikverständnis. Prominente Vertreter der universitären Politikwissenschaft wollten damit wohl einmal mehr ihre Passion als Politikberater und Trendforscher unter Beweis stellen.

Allerdings: der Regierungswechsel im Jänner 2000 und der in der Folge konsequent betriebene gesellschafts- und wirtschaftspolitische ‚Umbau‘ des Landes machen deutlich, daß sich politisches Handeln nur bedingt prognostizieren läßt. Die AutorInnen waren zwar bemüht – wie einleitend zugegeben wurde –, ihre zum Teil bereits fertiggestellten Aufsätze dem geänderten politischen Umfeld anzupassen, doch konnten sie weder die Maßnahmen noch die Auswirkungen der Schwarz-Blauen-Regierungspolitik vorhersagen.

„Angewandte Politikwissenschaft“, so wie sie von den Herausgebern verstanden wird, versucht überwiegend auf Grund von sozialwissenschaftlichen Datenmaterialien (sozioökonomischen Daten, Umfrageergebnissen und Befragungen) Trends festzustellen und aus diesen sowie aus der Analyse des Han-

delns der politischen Akteure Szenarien für zukünftige Entwicklungen zu entwerfen.

Dieser gleichsam ‚positivistische‘ sozialwissenschaftliche Ansatz, der sich vor allem an Ulrich Beck und Anthony Giddens orientiert, läßt nicht nur mögliche ökonomische Interventionen und Handlungsoptionen vermissen, sondern versperrt bedauerlicherweise auch den Blick auf kulturwissenschaftlich orientierte Betrachtungsweisen und Methoden.

So bietet der vorliegende Sammelband keine fundierte kritisch-reflexive Kritik an „der Politik der Spät-Moderne“ und eröffnet nur wenige handlungstheoretische Interventionspotentiale. Ebenso fehlt eine Erörterung der vielleicht zukünftige Entwicklungen vorwegnehmenden Symbolik. In vielen Beiträgen geht es vielmehr um eine weitgehend unreflektierte, aus Meinungsforschung und Medienbeobachtung gewonnene Beschreibung der Gegenwart und zum Teil allgemein gehaltener Zukunftsszenarien.

Das dem Buch zugrundeliegende Schema sieht demgemäß so aus: Ausgehend von einer alternden Gesellschaft (Fassmann/Münz) mit neuen Spannungs- und Konfliktlinien, zunehmender Deregulierung und Flexibilisierung (Preglau), der Ausdifferenzierung der alten Klassengesellschaft nach Lebensstilen, die gesamtgesellschaftliche Konsensfindung erschweren (Richter) und einer damit einhergehenden partiellen „Entsolidarisierung“ (Denz/Zulehner), abnehmender politischer Beteiligung (Ullrich) und einer (zu) langsam voranschreitenden „Feminisierung der Politik“ (Steininger) lösen sich die alten Parteilinien auf, und es kommt zu einer „Neuausrichtung des Wahlverhaltens der ÖsterreicherInnen“ (Plasser/Ullrich).

Während sich der „Kommunikationswandel“ zunehmend in einer „Amerikanisierung“ des politischen Wettbewerbs spiegelt (Plasser), sich vielleicht neue Chancen einer „BürgerInnenbeteiligung

im digitalen Zeitalter“ (Bruck) ergeben könnten, birgt er infolge unterschiedlicher Qualifikationsmuster für die Gesellschaft Gefahren einer „digitalen Klassengesellschaft“ (Filzmeier).

Jedenfalls ist ein „Wandel der Institutionen“ festzustellen, der neue Perspektiven für das österreichische Parteiensystem (Müller) eröffnet und ein neues „Rollenverständnis“ und neue „Vertretungsstile“ der Parlamentarier (Pelinka) erforderlich zu machen scheint. Zunehmend kommt das herkömmliche „Regierungssystem unter Druck“ (Welan), nicht zuletzt da die „Handlungsspielräume nationaler Politik in einer erweiterten EU“ (Puntscher Riekmann) kleiner werden. Die Sozialpartnerschaft hat zwar nicht ausgespielt, steht aber ebenfalls „unter Druck“ und verliert tendenziell an Einfluß (Karlhofer/Talos), bei einer gleichzeitigen Aufwertung des österreichischen Föderalismus innerhalb einer europäischen Regionalisierung (Polaschek). Eine „Demokratiereform“ erscheint als politische Notwendigkeit (Neisser), zumal sich Österreich nach Ansicht einflußreicher Journalisten zunehmend von einer „Konsens- zur Konfliktdemokratie“ (Pelinka/Plasser/Meixner) entwickelt.

In Summe kann nach den hier gebotenen Studien von einer zunehmenden, gleichsam unausweichlichen „Amerikanisierung“ der österreichischen Gesellschaft und somit auch Politik und Politikrezeption gesprochen werden. Doch was bedeutet diese ‚Botschaft‘? Wird damit nicht eine neue, andere „symbolische Ordnung“ konstruiert, die sich trefflich zur (Neu-)Inszenierung politischer Macht(-formen) eignet? Was heißt es, „Zukunftsszenarien“ zu formulieren, die gegenwärtige Sichtweisen und Analysen als „real“ und nicht als zeitgebundene Konstrukte ansehen? Die Sozial- und PolitikwissenschaftlerInnen des vorliegenden Bandes bleiben nicht nur eine Antwort schuldig, sie sehen diese derzeit den intellektuellen Diskurs beherrschenden Fragen nicht einmal.

Sicherlich: das „Zusammendenken“ in einer angeblichen unhinterfragten „neuen Unübersichtlichkeit“ (Beck) scheint schwieriger geworden, allzu schnelle „Erklärungen“ oder massenwirksame Prognosen unter dem Mantel der Wissenschaft sind gerade deshalb mehr denn je mit Vorsicht zu genießen. Gerade deshalb hätte man sich eine kritischere, selbst-reflexivere Haltung über die eigenen Postulate von den AutorInnen gewünscht. Geht man davon aus, daß die hier beschriebenen und prognostizierten Entwicklungen und Tendenzen einen nicht zu unterschätzenden Diskursbeitrag inner- und außerhalb der Politikwahrnehmung und -gestaltung darstellen, somit allein durch ihre Formulierung bestätigend oder auch verändernd wirken (können), so wäre ein breiteres Optionsfeld an (Zukunfts-)Szenarien zu wünschen. Auch wäre es den hier vertretenen PolitikwissenschaftlerInnen nicht schlecht angestanden, klarer ihre Standortgebundenheit im gegenwärtigen hegemonialen Denken zu hinterfragen oder zumindest klarer zu formulieren. Trotz aller Kritik am wissenschaftstheoretischen Ansatz der sich hier präsentierenden österreichischen ‚angewandten Politikwissenschaft‘ ist der Sammelband für alle am politischen Geschehen Interessierten durchaus zu empfehlen: Viele (gängige) An- und Einsichten finden ihre Bestätigung, die gebotenen Ausblicke sind zweifellos ein interessanter Beitrag zum gegenwärtigen Diskurs über die (zukünftige) und zivilgesellschaftliche Gestaltung der Demokratie. Darüber hinaus: vom Standpunkt der ‚Zeitgeschichte‘ bietet das Buch nicht nur zahlreiche Daten und Fakten, sondern eröffnet einen wertvollen Einblick in die Rezeption von Gesellschaft und Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. So gesehen möchte der Rezensent das Werk in seiner Bibliothek nicht missen und wird es sicherlich öfters zu Rate ziehen.

Klaus Dieter Mulley

Eine quantitative Geschichte der Weltwirtschaft

Rezension von: Angus Maddison, *The World Economy. A Millennial Perspective*, Development Centre Studies, OECD, Paris 2001, 383 Seiten.

Angus Maddison läßt sich heute als erster Repräsentant der Schule des *'growth accounting'* bezeichnen. Da sich die neoklassische Theorie als völlig ungeeignet erwies, etwas über die Determinanten der langfristigen Wirtschaftsentwicklung auszusagen, versuchten einige Autoren, empirisch Faktoren zu isolieren, welche die unterschiedliche Wachstumsperformance von Staaten und Regionen über die Zeit erklären könnten. Von der Sache her trug dieses Bemühen stets quantitativen Charakter.

Auf diese Weise entstanden auch die ersten umfassenden internationalen Wachstumsvergleiche, wie etwa diejenigen von Denison¹ oder Bairoch,² welche natürlich als erste Versuche noch mit zahlreichen Problemen behaftet waren.

Maddison untersuchte sowohl die relevanten Wachstumsdeterminanten im Rahmen internationaler Wirtschaftsvergleiche als auch die langfristige Wirtschaftsentwicklung einzelner Länder, wie etwa Chinas, Indiens oder Mexikos. Im Zuge dieser Studien entstanden immer mehr lange statistische Reihen für sehr viele Staaten. Diese legte er schließlich in seiner Studie *'Monitoring the World Economy 1820-1992'* (OECD, Paris 1995) vor.

Diese Untersuchung präsentierte in der Hauptsache Daten für 56 Staaten über Bevölkerung, BIP sowie BIP pro Kopf von 1820 bis 1992, ergänzt durch kürzere Reihen über Beschäftigung, Arbeitsstunden, Arbeitsproduktivität sowie Außenhandel. Die Arbeit enthielt auch

Kapitel über die Bestimmungsgründe des Wirtschaftswachstums sowie eine Darstellung der langfristigen Weltwirtschaftsentwicklung.

Die nunmehr vorgelegte Studie *'The World Economy. A Millennial Perspective'* greift weit über die letzte hinaus. Zwar enthält sie abermals die Daten von 1820 an, versucht aber diese für die wichtigsten Länder und alle Regionen der Welt weit in die Vergangenheit zurückzuführen. Das geschieht natürlich nur für einzelne Stichjahre, beginnt jedoch immerhin mit Christi Geburt, 1000, 1400, 1500, 1600 und 1700. Für diese Jahre präsentiert der Autor Bevölkerung, Geburtenraten, BIP und BIP pro Kopf sowie deren durchschnittliche Veränderungsraten. Die Daten dafür gewinnt er aus einzelnen Länderstudien, welche er versucht, konsistent zu machen, fehlende Werte schätzt er selber.

Dem statistischen Anhang stellt er diesmal eine umfassende Geschichte der weltwirtschaftlichen Entwicklung voran, welche in der Antike beginnt und bis zur Gegenwart reicht. Maddison geht von Europa als dem Motor der weltwirtschaftlichen Entwicklung aus und analysiert dessen Einfluß auf die anderen Regionen der Welt. Er demonstriert die spezifische Entwicklung dieses Kontinents, genauer gesagt Westeuropas, durch einen Vergleich mit der früher höchstentwickelten außereuropäischen Kultur, mit China. Infolge der Rückschläge durch die Völkerwanderung lag das europäische Pro-Kopf-Einkommen um 1000 deutlich unter jenem Chinas. (Tatsächlich müßte der Tiefpunkt etwa im 7. Jahrhundert angesetzt werden, da sich im Reiche Karls des Großen die europäische Wirtschaft schon wieder in einer expansiven Phase befand). Um 1250 hatte Europa wieder das chinesische Niveau erreicht. Um 1500 übertraf es dieses schon um fast ein Drittel, um 1820 lag es doppelt so hoch und war 1973 14 mal höher.

In diesen Daten spiegelt sich der europäische Wachstumsprozeß, jener der

Industriellen Revolution, der – wie ebenfalls die Daten zeigen – schon sehr früh begonnen hat (siehe dazu auch die in dieser Zeitschrift im Heft 26/2 (2000) 261-280 veröffentlichte Studie „Europa und die Industrielle Revolution“). Maddison beschreibt den europäischen Expansionsprozeß an Hand der wichtigsten Wachstumszentren. Im frühen Mittelalter dominierte Venedig den europäischen Fernhandel. Im 15. Jahrhundert eroberte Portugal die Weltmeere, in welcher Rolle es im 17. Jahrhundert von Holland abgelöst wurde, das sich nicht nur zur ersten Seehandelsnation aufschwung, sondern auch eine respektable Produktion, wie etwa in der Tucherzeugung und im Schiffsbau, zu Wege brachte. Außerdem organisierte es Fachmärkte und erbrachte Finanzdienstleistungen. Die Industrielle Revolution, der technische Durchbruch, erfolgte dann in England.

Der Autor analysiert in diesen Entwicklungsphasen den jeweiligen Zusammenhang zwischen diesen europäischen Zentren und deren außereuropäischen Handelspartnern und Kolonien. Den wichtigsten dieser Regionen widmet er Kapitel, welche jeweils nicht nur deren Entwicklung schildern, sondern auch versuchen, Gründe für die Unterschiede darin zu identifizieren.

So meint er beispielsweise, daß die dramatische Expansion der Vereinigten Staaten und das Nachhinken Südamerikas darauf zurückgehen, daß die Ressourcen des letzteren in weit höherem Maße in die Mutterländer der Kolonien flossen als im Norden. Die britischen Kolonien verfügten über besser ausgebildete Arbeitskräfte, gewährten mehr intellektuelle Freiheit und ermöglichten mehr soziale Mobilität. 1776 hatten sie neun Universitäten, die spanischen Kolonien zwei, welche sich auf Theologie und Recht spezialisierten. Das geistige Leben wurde dort scharf von der Inquisition kontrolliert. Der Grund und Boden wurde von Hacienderos besessen, welche an

der Produktion wenig interessiert waren, während in Nordamerika der Familienbetrieb dominierte, aus dessen Eigentümern eine Schicht aktiver, unternehmerischer Menschen entstand, welche die ökonomische Entwicklung bestimmen sollte.

Alle diese historischen Kapitel enthalten abgesehen von den zitierten Reihen noch eine Fülle interessanter Tabellen aus verschiedenen Studien, wie etwa die Transportkapazität der europäischen Handelsflotten, die Exporte von Gold und Silber aus Westeuropa, den Bevölkerungsanteil in Städten über 10.000 Einwohnern, die Größe der europäischen Armeen usw.

Im dritten Kapitel folgt dann eine Darstellung der Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit dem Schwerpunkt auf dem ‚Goldenen Zeitalter‘. Die Wachstumsverlangsamung der folgenden Jahre ist der Autor geneigt, teilweise der Wirtschaftspolitik zuzuschreiben, wobei er in seiner Begründung eher einem keynesianischen Ansatz folgt.

Obwohl Maddison also immer wieder verschiedene Erklärungen für Veränderungen der Wirtschaftsentwicklung anbietet und Zusammenhänge herstellt, läßt sich nicht sagen, daß der Studie ein durchgängiges theoretisches Konzept zugrunde liegt. Es geht dem Autor offenbar eher um eine narrative Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung, welche die Plausibilität der zusammengestellten Zahlen untermauert.

Für den österreichischen Leser beinhalten die jüngsten Arbeiten Maddisons einen rätselhaften Punkt. Schon in ‚Monitoring the World Economy‘ enthält die Reihe des österreichischen BIP – durchaus plausible – Werte für die Jahre des Ersten Weltkrieges. In den Erläuterungen dazu fehlt jedoch jeder Hinweis auf eine Quelle. Das Geheimnis dieser Daten wird auch durch das vorliegende Werk nicht gelüftet, so daß der Leser weiter mit diesem Rätsel leben muß.

Alles in allem handelt es sich ohne jeden Zweifel um ein Standardwerk nicht nur für jeden wirtschaftshistorisch Interessierten, sondern auch für den Ökonometriker.

Felix Butschek

Anmerkungen

¹ Denison, E. F., Why Growth Rates Differ (Washington 1967).

² Bairoch, P., Europe's Gross National Product 1800-1975, in: The Journal of European Economic History 5 (1976).

Reihe „Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK-Wien“

Band 1: „Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren“, hrsg. von Günther Chaloupek und Michael Mesch, 198 Seiten, öS 298,- bzw. € 21,66.

Band 2: „Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates“, hrsg. von Günther Chaloupek und Bruno Rossmann, 114 Seiten, öS 198,- bzw. € 14,39.

Band 3: „Faktorproduktivität im internationalen Vergleich – Belgien, Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweden“, von Franz R. Hahn, Wolfgang Gerstenberger, Willem Molle und F. J. Meyer zu Schlochtern, 114 Seiten, öS 198,- bzw. € 14,39.

Band 4: „Die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor“, hrsg. von Günther Chaloupek und Michael Mesch, 110 Seiten, öS 198,- bzw. € 14,39.

Band 5: „Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Ein Survey über aktuelle Literatur“, hrsg. von Günther Chaloupek und Thomas Delapina, 88 Seiten, öS 198,- bzw. € 14,39.

Die Reihe erscheint im Verlag ORAC, 1014 Wien, Graben 17, Tel 01/534 42-0, Fax 01/534 52-142, e-mail: verlag@Orac.at.

Die brasilianische Krise aus der Perspektive der Regulationstheorie

Rezension von: Andreas Novy, Brasilien:
Die Unordnung der Peripherie, Promedia
Verlag, Wien 2001, 364 Seiten, öS 350.

Der Autor, außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Wirtschaftsgeographie der Wirtschaftsuniversität Wien, hat sich für den vorliegenden Band, seine Habilitationsschrift, das ambitionierte Ziel gesetzt, eine Reinterpretation der politischen und ökonomischen Geschichte Brasiliens vorzunehmen, „um aktuelle Brüche und Kontinuitäten, Krisen und Stabilisierungen besser zu verstehen“ (S. 71).

Die Ansätze, die Novy bei diesem Versuch der Neuinterpretation verwendet, sind einerseits jene der CEPAL¹ und des berühmten brasilianischen Ökonomen und Wirtschaftshistorikers Celso Furtado,² der in der analytischen Tradition ersterer steht, und andererseits der französischen Regulationstheorie. Furtado sieht Entwicklungsschübe und Krisen in der Wirtschaftsgeschichte Brasiliens vor allem als Resultat geänderter Einbindungen in die Weltwirtschaft. Die Einseitigkeit dieses Zugangs, die den internen polit-ökonomischen Prozessen zu wenig Bedeutung beimißt, veranlaßt Novy dazu, für seinen analytischen Ansatz auch die Regulationstheorie heranzuziehen. Deren Überlegungen gelten in erster Linie diesen internen Strukturen und Prozessen.

Kernkonzepte der Regulationstheorie sind ‚Akkumulationsregime‘ und ‚Regulationsweise‘. Aglietta³ unterscheidet zwei idealtypische Akkumulationsregimes: Das dominant *extensive* Akkumulationsregime zeichnet sich durch soziale und räumliche Expansion des

Kapitalismus aus. Das dominant *intensive* Akkumulationsregime ist nach innen orientiert, charakterisiert durch nachhaltig hohe Steigerungsraten der Produktivität infolge des technischen und organisatorischen Fortschritts, in räumlicher Hinsicht durch die Intensivierung der räumlichen Nutzungen und einen massiven Urbanisierungsprozeß. In der Realität handelt es sich jeweils um bestimmte Kombinationen dieser beiden Idealtypen.

Eine Regulationsweise läßt sich definieren als eine Verknüpfung von expliziten Regeln und sozialen Normen. An der gesellschaftlichen Regulation, einem komplexen Prozeß der Stabilisierung von Handlungsmustern, ist eine Vielzahl von Akteuren beteiligt, und sie spiegelt die jeweiligen Machtverhältnisse wider. Die staatliche Regulierung durch Verfassung, Gesetze und Verordnungen bildet bloß einen Teilbereich der Regulation. Prägend für eine bestimmte Regulationsweise sind die konkreten Regulationsformen in vier wesentlichen Bereichen: Staat, Lohn-, Geld- und Konkurrenzverhältnis.

Stabilität wird gemäß Regulationstheorie durch die Vereinbarkeit des jeweiligen konkreten Akkumulationsregimes mit der jeweiligen Regulationsweise erreicht. Krisen resultieren demgemäß aus Brüchen in Akkumulation und/oder Regulation, welche zu Unvereinbarkeiten zwischen der bestehenden Regulationsweise und dem betreffenden Akkumulationsregime führen.

Für seine Analyse der polit-ökonomischen Entwicklung Brasiliens wählt Novy eine Periodisierung, die sich von der traditionellen in einigen Punkten unterscheidet:

- Die Phase von der Entdeckung durch die Portugiesen im Jahre 1500 bis zur Unabhängigkeit 1822 war gekennzeichnet durch sklavereibasierte Akkumulation und koloniale Regulation.
- Von 1822 bis zum Einbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 bzw. dem

Putsch des Jahres 1930 war die Entwicklungsweise unter indirekter britischer Vorherrschaft außenorientiert, das Akkumulationsregime extensiv.

- Die Phase von 1929 bis Anfang der achtziger Jahre war geprägt durch intensive nationalstaatszentrierte Akkumulation und nationale entwicklungsstaatorientierte Regulation.
- Seit 1982 befindet sich das intensive nationalstaatszentrierte Akkumulationsregime in der Krise, eine konsistente Regulation erweist sich aufgrund der Schwächung des Nationalstaats als schwierig.

In dem stabilen intensiven Akkumulationsregime, das sich nach dem Ersten Weltkrieg bzw. in voller Intensität in den dreißiger Jahren herausbildete, war der Staat zunächst der dominante Akteur. Die verfolgte binnenorientierte Entwicklungsstrategie beruhte in erster Linie auf importsubstituierender Industrialisierung.⁴ Der Zeitraum von 1945 bis 1962 war durch außergewöhnlich hohe Raten des Wirtschaftswachstums charakterisiert. Während sich die Importsubstitution, welche u.a. durch ein abgestuftes Wechselkursystem und die Zollgestaltung unterstützt wurde, vor 1945 vor allem im Konsumgüter- und Produktionsgüterbereich vollzog, erfolgte sie danach ebenfalls im Kapitalgütersektor.

Auch nach dem Militärputsch⁵ von 1964 setzte sich die nationalstaatsorientierte Entwicklungsweise fort, wenngleich in etwas abgewandelter Form. Getragen wurde die Wachstumsstrategie von der sog. *Tripe*, der 'dreieinigen' Allianz aus Staat, ausländischen transnationalen Konzernen und nationalen Unternehmern. Sie beruhte auf dem massiven Einstrom von Direktinvestitionen, staatlicher Investitionstätigkeit und verstärkter Exportorientierung und -diversifizierung:

- Der Beitrag der transnationalen Konzerne zu den industriellen Investitionen belief sich auf rund zehn Prozent, aber ihre tatsächliche Bedeutung war

infolge ihres Übergewichts in den modernen und besonders rasch expandierenden Branchen (Fahrzeuge, Maschinen, Chemikalien) und ihrer Schlüsselrolle hinsichtlich der Im- und Exporte des Sachgütersektors⁶ erheblich höher.

- Der Staat investierte einerseits im Infrastrukturbereich, andererseits in den verstaatlichten Industrien (Schwerindustrie, Bergbau, Petrochemie).
- Die Förderung der Ausfuhr verarbeiteter Produkte erfolgte mittels schrittweiser Abwertungen, steuerlicher Anreize und Subventionen. Die Abhängigkeit von Primärgüterexporten sank infolgedessen.

Obwohl die Bedeutung des Agrarsektors in den fünf Dekaden zwischen 1930 und 1980 wesentlich abnahm, behielten die Großgrundbesitzer ihre Position im herrschenden Machtblock. Die Rolle der Agraroligarchie war aber ausschließlich defensiv, nämlich darauf ausgerichtet, eine Veränderung in der Landverteilung zu verhindern.

Während des 'Brasilianischen Wirtschaftswunders' der Jahre 1967 bis 1974 lagen die jährlichen Wachstumsraten des BIP zwischen neun und vierzehn Prozent.⁷ Doch schon nach dem ersten Ölpreisschock zeigte sich die anhaltende und grundlegende außenwirtschaftliche Verwundbarkeit der Entwicklungsweise. Die reichlich fließenden ausländischen Kredite zu günstigen Konditionen ermöglichten es nochmals, diese Anfälligkeit zu überspielen. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erfolgte auf dieser Grundlage ein weiterer Wachstumsschub mit jährlichen Zuwachsraten des BIP zwischen fünf und acht Prozent.

Anfang der achtziger Jahre geriet die intensive nationalstaatszentrierte Akkumulation endgültig in eine schwere Krise. Aufgrund des zweiten Ölpreisschocks, der Verdoppelung des internationalen Zinsniveaus und der drastischen Verschlechterung der brasilianischen Austauschrelationen spitzten sich die Ver-

schuldungs-, Zahlungsbilanz- und Inflationsprobleme zu. Ende 1982 war eine Umschuldung nicht mehr zu vermeiden, und Brasilien mußte beim Internationalen Währungsfonds um Hilfe nachsuchen. Der Verhandlungsprozeß über die Umschuldung dauerte annähernd zwei Jahre.

1964 hatten die Militärs die Führung in einer Krise an sich gerissen, 21 Jahre später ließen sie Staat und Wirtschaft in einer noch tieferen Krise zurück und übergaben die Verantwortung wieder an zivile Politiker. Die Bemühungen des ersten Präsidenten der ‚Neuen Republik‘ Sarney (1985-90) um die Stabilisierung der Wirtschaft scheiterten allesamt. Die Gratwanderung zwischen Hyperinflation und schwerer Rezession des von 1990 bis 1992 regierenden populistischen Präsidenten Collor, welcher wegen erwiesener Korruption und drohender Amtsenthebung „freiwillig“ zurücktrat, mißlang ebenfalls gründlich. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen fiel in dieser Zeit auf den Stand von 1978 zurück, und die Inflationsrate lag 1992 bei rund 1.000 Prozent.

Erst unter Collors Nachfolger Franco (1992-94) erfolgten wesentliche Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung. Der ‚Plano Real‘ des damaligen Finanzministers und nunmehrigen Präsidenten Cardoso setzte neben dem Abbau des staatlichen Haushaltsdefizits und der Deindexierung der Wirtschaft auf den Wechselkurs als nominalen Anker: Im Juli 1994 wurde der Real als neue Währung eingeführt und an den Dollar gekoppelt.⁸

Fast unangreifbar durch das ‚Wunder‘ der Währungsstabilisierung, konnte der Soziologe und einstige Dependenztheoretiker⁹ Cardoso die Präsidentenwahl im Oktober 1994 gewinnen, allerdings nicht etwa als Kandidat einer sozialdemokratisch orientierten Linken, sondern des traditionellen Machtblocks und der Mitte-Rechts-Parteien. Als Ziele seiner Regierung nannte er neben der wirtschaftli-

chen Stabilisierung die Modernisierung des Staates und die Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeit.

In der ersten Amtsperiode stand die Inflationsbekämpfung im Vordergrund. Tatsächlich gelang es, die Inflationsrate zwischen 1995 und 1998 von 15% auf 2% zu senken. Begleitet war diese Dämpfung des Preisauftriebs allerdings von einer wachsenden Überbewertung des Real in Relation zum US-Dollar. Infolgedessen stieg das brasilianische Leistungsbilanzdefizit bis 1998 auf 33,6 Mrd. US-\$ an, und das Land geriet nach einer mehrjährigen (1993-97) Phase passabler Wirtschaftsentwicklung 1998 in eine schwere Rezession. Die stark überbewertete Währung wurde bis über die Wiederwahl Cardosos im Oktober 1998 hinaus mit Milliarden von Dollar an Währungsreserven gestützt, um das ‚Udenkbare‘, den Fall des Real, zu verzögern. Die Dollarzuflüsse sicherte die Zentralbank durch ein extrem hohes Zinsniveau in Brasilien, was aber gleichzeitig zum explosiven Anstieg der Inlandsverschuldung des Staates führte. Unternehmungen und private Investoren zogen es unter diesen Bedingungen vor, in Finanzkapitalanlagen statt in Realkapital zu veranlagen. Anfang 1999 verlor der Real in wenigen Tagen über 40% seines Außenwertes. „Wieder einmal hatte eines der brasilianischen Wunder direkt in die nächste Krise geführt.“¹⁰

In politischer Hinsicht stützt sich Cardoso auf eine Allianz aus industriellem Großbürgertum und Latifundisten. Während diese Machtgruppen noch in den sechziger Jahren die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftssektoren betrieben, treten sie nun für einen neoliberalen Kurs ein. Wie in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern dominierten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Themen wie Deregulierung, Privatisierung, Defizit- und Schuldenabbau die politische Diskussion und die Regierungsprogramme. Von Cardoso initiierte Maßnahmen bewirkten auf vielen wesentli-

chen Gebieten gänzlich veränderte Regulationsformen: Was die Wettbewerbsverhältnisse betrifft, fand eine Öffnung bislang abgeschotteter Märkte statt. Im staatlichen Bereich wurden Aufgaben privatisiert, ausgelagert oder dezentralisiert. Das korporatistisch-autoritäre Modell der Arbeitsbeziehungen brach zusammen, an seine Stelle trat ein kompetitives Modell. Alles in allem konstatiert Novy eine neue Regulationsweise.

In wichtigen Bereichen stieß Cardoso jedoch mit seinen Reformvorhaben an machtpolitische Grenzen, da er für deren parlamentarische und faktische Durchsetzung auf die Unterstützung seiner ultrakonservativen Verbündeten aus der Nordost-Region,¹¹ dem am wenigsten entwickelten Landesteil, angewiesen war. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, daß die Bodenreform in den ersten Ansätzen steckenblieb. Nach wie vor zeichnet sich der Agrarsektor Brasiliens durch eine extrem ungleiche Verteilung von Grund und Boden aus. Zweifellos wird der Frage der Bodenverteilung eine ganz entscheidende Bedeutung für die zukünftige Entwicklungsweise des Landes zukommen.

Weiterhin weist das politische System Brasiliens gravierende Mängel auf, welche erhebliche Entwicklungshindernisse darstellen. Unter diesen strukturell bedingten Defiziten sind in erster Linie Klientelismus, Partikularismus (d.h. die Dominanz von Sonderinteressengruppen im politischen Entscheidungsprozeß), Interventionismus, Bürokratismus, mangelnde Kontinuität, Neigung zur Improvisation, Korruption, überhaupt der Mangel an *'good governance'* und politischer Moral der Eliten,¹² die erschreckend geringe Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, zuletzt auch wieder die Auflösung der Gewaltenteilung zu nennen.

Die geringen Fortschritte bzw. die vielen Rückschritte in bezug auf die Reformierung des politischen Systems während der Amtszeit Cardosos haben freilich nicht nur mit traditionellen Gebräu-

chen, verkrusteten Strukturen und der Zusammensetzung der regierenden Parteienallianz, sondern auch mit den persönlichen Prioritäten und dem politischen Stil des Amtsinhabers zu tun.

So war für die Zulassung der Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten eine Verfassungsänderung nötig. Die Zustimmung der einzelnen Abgeordneten mußte sich Cardoso durch Bewilligung unzähliger Ausgabenposten für jeweils lokale Projekte erkaufen, was sich im Anstieg des Haushaltsdefizits nachlesbar niederschlug (von 3,9% 1996 auf 7,7% des BIP 1998).

Novy weist besonders darauf hin, daß die Gewaltenteilung von der Regierung Cardoso systematisch untergraben wurde, und zwar durch den exzessiven Erlass von Notverordnungen (zeitlich befristeten Gesetzen) seitens der Exekutive. Sarney erließ jeden 13. Tag eine Notverordnung, Collor jeden fünften und Cardoso 1995/96 jeden Tag zwei Notverordnungen! (S. 138)

Trotz der zahlreichen Eingriffe sei es, so Novy zusammenfassend, nicht gelungen, „ein kohärentes Akkumulationsregime mit einer entsprechenden sozialen und politischen Regulationsweise zu etablieren“. (S. 310) Die Entwicklungsstrategie der späten sechziger und der siebziger Jahre, welche zwar von einem Militärregime eingeleitet und verfolgt wurde, aber mit einem relativ konsistenten Akkumulationsregime verbunden war, welches auch der Unterschicht Wohlfahrtsgewinne brachte, bewertet der Autor positiver „als die gegenwärtige Wirtschaftsstrategie, die von an der nationalen Produktion desinteressierten Rentiers bestimmt wird“. (S. 314)

Dieses analyseorientierte und ungeheuer faktenreiche Werk sei vor allem jenen LeserInnen empfohlen, die an der Anwendung des regulationstheoretischen Instrumentariums auf einen konkreten Fall interessiert sind.

Michael Mesch

Anmerkungen

¹ CEPAL = UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika.

² Zu den wichtigsten Werken Furtados zählen: *Diagnosis of the Brazilian Crisis* (Berkeley 1964); *The Brazilian 'Model'*, in: *Social and Economic Studies* 22 (1973) 122-131; *Die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens* (München 1975; im Original 1959); *Economic Development of Latin America* (Cambridge 1976).

³ Aglietta, Michel, *A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience* (London 1987).

⁴ In dieser Phase beschleunigte sich die Urbanisierung. 1980 war bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 51,6%, in Städten (>20.000 Einwohner) ansässig; Fausto, Boris, *A Concise History of Brazil* (Cambridge 1999) 323.

⁵ Zur politischen Entwicklung nach dem Militärputsch siehe Roett, Riordan, *Brazil. Politics in a Patrimonial Society* (New York 1978).

⁶ Auf die von regulationstheoretischen Ansätzen ausgehende Analyse und Interpretation der polit-ökonomischen Entwicklung der Stadt und des Bundesstaates São Paulo, dem wirtschaftlichen Zentrum

des Landes, kann im Rahmen einer kurzen Besprechung nicht näher eingegangen werden (siehe Kapitel 3).

⁷ Siehe dazu Tyler, William G., *The Brazilian Industrial Economy* (1981).

⁸ Der Real war nicht wie der argentinische Peso im Verhältnis 1:1 an den US-Dollar gebunden, sondern wurde von der Zentralbank innerhalb einer festgesetzten Bandbreite gestützt und tendenziell leicht abgewertet. An der wachsenden Überbewertung vermochten diese kleinen Abwertungsschritte jedoch nichts zu ändern.

⁹ Cardoso, Fernando Henrique; Faletto, Enzo, *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika* (1969) ist eines der wichtigsten Werke der Dependenztheorie.

¹⁰ Bernecker, Walther L.; Pietschmann, Horst; Zoller, Rüdiger, *Eine kleine Geschichte Brasiliens* (Frankfurt 2000) 313.

¹¹ In den neun Staaten der Nordost-Region lag das Pro-Kopf-Einkommen 1995 bei durchschnittlich 49% des gesamtstaatlichen Niveaus (S. 113).

¹² Wöhlcke schreibt im Hinblick auf die gesellschaftlichen Eliten von einem geradezu „klassischen Desinteresse am Wohl der ganzen Nation“; Wöhlcke, Manfred, *Brasilien. Diagnose einer Krise* (München 1994) 99.

Dienstleistungsstandort Wien

Beschäftigung – Innovation – Wettbewerbsfähigkeit

Eine Studie im Auftrag der Kammer
für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Schmee, Michael Mesch (Hrsg.)

Michael Mesch

Einleitung: Zur Tertiärisierung der österreichischen und der Wiener
Wirtschaft.

Peter Mayerhofer

Regionale Effekte der Tertiärisierung in Österreich.

Peter Prenner

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Wiener Dienstleistungssektor.

Karl Wörister

Geringfügige Beschäftigung in Wien.

Peter Mayerhofer

Abwanderung in die Umlandbezirke auch aus dem Wiener
Dienstleistungssektor?

Peter Mayerhofer

Wiens Tertiärsektor im europäischen Städtevergleich.

Peter Mayerhofer

Wie innovativ sind Wiens Dienstleistungsunternehmen?

Johanna Ettl

Extramurale soziale Dienste im Bereich der Betreuung und Pflege alter
Menschen.

Josef Schmee

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen.

Wien 2000, 299 Seiten, öS 600,-.

Bestellungen bei: PETER LANG GMBH, Europäischer Verlag der
Wissenschaften, D-60489 Frankfurt/M., Eschborner Landstr. 42-50,

Tel. ++49/69/78 07 05-0, Fax ++49/69/78 07 05-50,

e-mail: zentrale.frankfurt@peterlang.com

Jahresregister 2001

	Nummer	Seite
<i>Biehl, Kai</i>	Erste Ergebnisse einer personenbezogenen Analyse der Beschäftigung Österreichs	4 467
<i>Fritz, Oliver; Getzner, Michael; Mahringer, Helmut; Ritt, Thomas</i>	Nachhaltigere Produktion: Beschäftigungseffekte und Instrumente	2 167
<i>Hagemann, Harald; Schreyer, Markus; Seiter, Stephan</i>	Produktivität und Wachstum – Lernen von den USA?	3 277
<i>Kalmbach, Peter</i>	Neue Ökonomie: Ökonomisch Neues oder ‚Same Procedure as Every Year‘?	2 145
<i>Kittel, Bernhard; Traxler Franz</i>	Lohnverhandlungssysteme und Geldpolitik. Ein internationaler Vergleich und seine Implikationen für die Währungsunion	1 11
<i>Leitsmüller, Heinz; Rossmann, Bruno</i>	Ausgliederungen aus dem Bundeshaushalt. Eine Evaluierung aus volks- und betriebswirtschaftlicher Sicht	1 41
<i>Marterbauer, Markus</i>	Der Verlust des Wachstumsvorsprungs. Österreichs makroökonomische Entwicklung von 1970 bis 2000	4 443
<i>Pankov, Vladimir</i>	Die russische Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts	2 187
<i>Schlager, Christa</i>	Löhne und Gehälter 1980-1999. Einige Beobachtungen zur Lohnentwicklung und -verteilung anhand der Sozialversicherungsstatistik	3 345
<i>Schürz, Martin</i>	Die Glaubwürdigkeit der Federal Reserve Bank: Vertrauen zwischen Eliten	1 69
<i>Streissler, Agnes</i>	Die Sozial- und Gesundheitsausgaben des Bundes 1995 bis 2000	3 315

	Nummer	Seite
<i>Streissler, Agnes</i> Die Sozial- und Gesundheitsausgaben des Bundes 2001 bis 2005	4	509
Editorials		
<i>„New Economy“</i>	1	1
Die zittrige Hand der EZB als Konjunkturrisiko?	2	137
Eine ‚entscheidende Phase‘ für die EU-Osterweiterung	3	269
Sind sie vorbei, die Zeiten des sinnlosen wirtschaftspolitischen Aktivismus keynesianischer Prägung?	4	?
Berichte und Dokumente		
<i>Reidl, Christine; Reidl, Sybille</i> Stichwort: Lebenslanges Lernen. Partnerschaftliche Aufteilung von Reproduktionsarbeit bei TeilnehmerInnen der Berufsreifeprüfung	3	363
<i>Tumpel, Gertrude</i> Zwei Jahre Europäische Währungsunion – eine erste Erfahrungsbilanz	1	87
Kommentare		
<i>Chaloupek, Günther</i> „Schneller, höher, stärker“ – oder vielleicht das Gegenteil	2	219
<i>Noll, Jürgen</i> Juristisch-ökonomische Anmerkungen zur Reform des Gewährleistungsrechts	4	531
Bücher		
<i>Backhaus, Jürgen (Hrsg.)</i> Werner Sombart (1863-1941) – Klassiker der Sozialwissenschaften (Günther Chaloupek)	3	393
<i>Burggraf, Shirley</i> The Feminine Economy and Economic Man. Reviving the Role of the Family in the Post Industrial Age (Agnes Streissler)	1	101
<i>Chaloupek, Günther; Delapina, Thomas (Hrsg.)</i> Kapitalismus im 21. Jahrhundert: Ein Survey über aktuelle Literatur (Helge Peukert)	3	382

	Nummer	Seite
<i>Constanza, Robert; Cumberland, John; Daly, Herman; Goodland, Robert; Norgaard, Richard</i>	Einführung in die Ökologische Ökonomik (Michaela Haase)	4 546
<i>Craig, Lee A.; Fisher, Douglas</i>	The European Macroeconomy. Growth, Integration and Cycles 1500-1913 (Andreas Weigl)	2 266
<i>Dombois, Rainer; Pries, Ludger</i>	Neue Arbeitsregimes im Transformations- prozeß Lateinamerikas: Arbeitsbeziehungen zwischen Markt und Staat (Gerhard Melinz)	2 238
<i>Dörrenbächer, Christoph; Plehwe, Dieter (Hrsg.)</i>	Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen (Christian Bellak)	2 243
<i>Eatwell, John; Taylor, Vance</i>	Global Finance at Risk. The Case for International Regulation (Egon Matzner)	3 371
<i>Fajertag, Giuseppe; Pochet, Philippe (Hrsg.)</i>	Social Pacts in Europe – New Dynamics (Michael Mesch)	2 229
<i>Fritz, Wolfgang</i>	Der Kopf des Asiaten Breitner. Politik und Ökonomie im Roten Wien (Josef Schmee)	3 410
<i>Graham, Edward M.</i>	Fighting the Wrong Enemy (Christian Bellak)	2 243
<i>Huffschnid, Jörg</i>	Politische Ökonomie der Finanzmärkte (Kunibert Raffer)	1 115
<i>Kontler, László</i>	Millenium in Central Europe. A History of Hungary (Michael Mesch)	3 422
<i>Laimböck, Max</i>	Die soziale Krankenversorgung zwischen Staat, Monopol und Wettbewerb (Oskar Meggeneder)	3 402
<i>Latzer, Michael (Hrsg.)</i>	Mediamatikpolitik für die Digitale Ökonomie. eCommerce, Qualifikation und Marktmacht in der Informationsgesellschaft (Michael Mesch)	1 112
<i>Lecher, Wolfgang; Platzer, Hans-Wolfgang; Rüb, Stefan; Weiner, Klaus-Peter</i>	Verhandelte Europäisierung. Die Einrichtung Europäischer Betriebsräte (Christian Bellak)	4 555

		Nummer	Seite
<i>Maddison, Angus</i>	The World Economy. A Millenial Perspective (Felix Butschek)	4	564
<i>Mairhuber, Ingrid</i>	Die Regulierung des Geschlechterverhältnisses im Sozialstaat Österreich (Christa Schlager)	2	258
<i>Matzner, Egon</i>	Die vergeudete Republik. Wie sie wiederbegründet werden könnte (Robert Schediwy)	3	399
<i>McRobbie, Kenneth; Polany Levitt, Kari (Hrsg.)</i>	Karl Polanyi in Vienna. The Contemporary Significance of the Great Transformation (Robert Schediwy)	1	123
<i>North, Michael (Hrsg.)</i>	Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick (Martin Mailberg)	1	128
<i>Novy, Andreas</i>	Brasilien: Die Unordnung der Peripherie (Michael Mesch)	4	567
<i>Oswalt, Walter (Hrsg.)</i>	Walter Eucken, Ordnungspolitik (Detlef J. Blesgen)	3	388
<i>Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.)</i>	Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Klaus Dieter Mulley)	4	562
<i>Rainer, Norbert (Hrsg.)</i>	Österreichs Statistik in der Europäischen Integration (Reinhold Russinger)	1	120
<i>Reuter, Norbert</i>	Ökonomik der ‚langen Frist‘: Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften (Helge Peukert)	4	539
<i>Sandte, Holger</i>	Moderate Inflation, Wirtschaftswachstum und Geldpolitik (Thomas Zotter)	2	250
<i>Schmee, Josef; Mesch, Michael (Hrsg.)</i>	Dienstleistungsstandort Wien. Beschäftigung – Innovation – Wettbewerbsfähigkeit (Andreas Weigl)	1	110
<i>Schönfeld, Roland</i>	Slowakei. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Martin Mailberg)	1	131
<i>Schröder, Rudolf</i>	Konfliktbewältigung, soziokulturelles Erbe und wirtschaftlicher Fortschritt (Felix Butschek)	2	254

		Nummer	Seite
<i>Siebert, Horst (Hrsg.)</i>	Globalization and Labor (August Gächter)	2	246
<i>Sottoli, Susana</i>	Sozialpolitik und entwicklungspolitischer Wandel in Lateinamerika. Konzepte und Reformen im Vergleich (Gerhard Melinz)	2	238
<i>Steindorff, Ludwig</i>	Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Michael Mesch)	3	422
<i>Tálos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard (Hrsg.)</i>	NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Karl Wörister)	2	261
<i>Toporowski, Jan</i>	The End of Finance. Capital Market Inflation, Financial Derivatives and Pension Fund Capitalism (Egon Matzner)	3	371
<i>Traxler, Franz; Blaschke, Sabine; Kittel, Bernhard</i>	National Labour Relations in Internationalized Markets. A Comparative Study of Institutions, Change, and Performance (Michael Mesch)	2	229
<i>Vanberg, Viktor (Hrsg.)</i>	Friedrich A. von Hayek, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Aufsätze zur Wirtschaftspolitik (Günther Chaloupek)	4	558
<i>Weigl, Andreas</i>	Demographischer Wandel und Modernisierung in Wien (Josef Schmee)	3	418
<i>Wilkinson, Richard G.</i>	Kranke Gesellschaften – Soziales Gleichgewicht und Gesundheit (Engelbert Theurl)	3	405

„Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

- Heft 1-51: vergriffen
Heft 52: Beschäftigung und wirtschaftliche Dynamik in Europa; Oktober 1994
Heft 53: Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Lehranfängern; Sept. 1994
Heft 54: Saisonale Muster von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich; September 1994
Heft 55: Interessensysteme und Politik, Versuch einer Evaluierung; Jänner 1995
Heft 56: vergriffen
Heft 57: Anmerkungen zum Verhalten börsenemittierender Unternehmen aus einzel- und gesamtwirtschaftlicher Sicht; Juni 1995
Heft 58: Kosten und Finanzierung der Lehrlingsausbildung – Empirische und konzeptionelle Probleme; Oktober 1995
Heft 59: Entwicklung und Zukunft der österreichischen Sozialpartnerschaft; Dezember 1995
Heft 60: Argumente zur Pflichtmitgliedschaft in den Kammern; Dez. 1995
Heft 61: Zwischen Erwerbstätigkeit und Familie; Die Verteilungssituation unselbständig beschäftigter Frauen in Österreich; März 1996
Heft 62: 75 Jahre Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer; Juni 1996
Heft 63: vergriffen
Heft 64: Das EU-Budget; April 1997
Heft 65: Internationaler Wettbewerb: Herausforderung für Lohn- und Beschäftigungspolitik; Mai 1997
Heft 66-67: vergriffen
Heft 68: Grundsätze und Wirkungsweise der europäischen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik; Juli 1997
Heft 69: vergriffen
Heft 70: Beschäftigungstendenzen im österreichischen Dienstleistungssektor 1971–97; Juli 1998
Heft 71: Die Risiken der Deflation und Wege zu ihrer Vermeidung; Februar 1999
Heft 72: Das österreichische Gesundheitswesen; April 1999
Heft 73: Entwicklungen bei Sozialleistungen in den 90er Jahren; Okt. 1999
Heft 74: Die Rolle von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion; November 1999
Heft 75: Einfluß des Wirtschaftswachstums auf die Arbeitslosigkeit; Oktober 2000
Heft 76: Der Wirtschaftsbereich Kultur und Unterhaltung und seine Rolle im Wiener Arbeitsmarkt; November 2000
Heft 77: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im tertiären Sektor Wiens in den achtziger und neunziger Jahren; November 2000
Heft 78: Bildungserträge, vergriffen; aber als pdf-Datei zum Herunterladen im Internet: <http://www.akwien.at/Publikationen>, siehe dort unter: B-Bildungserträge
-

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und Vervielfältiger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien;
alle: 1041 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Arbeitsrecht

**Sozial-
versicherungsrecht**

**Lohnsteuer
und Abgaben**

AngG § 27

EstG §

AngG § 27 Z1

EstG §

AngG § 27 Z1

§

EstG §



Arbeitsrecht

Sozial- versicherungsrecht

Lohnsteuer und Abgaben

AngG § 27

Der bewährte ARD-ONLINE-Dienst bietet Ihnen eine immer auf dem aktuellen Stand befindliche Datenbank aller Artikel der Zeitschrift ARD-Betriebsdienst seit 1996 mit allen Funktionen und Annehmlichkeiten, die sich der Praktiker für seine tägliche Arbeit wünscht:

- Sie erhalten die wichtigsten Neuerungen per E-Mail
- flexible, komfortable Volltextsuche
- interaktive Formulare arbeiten für Sie

Testen Sie

ARD-ONLINE

ARD-ONLINE
1 Monat lang kostenlos
und unverbindlich

**Infos und Bestellungen:
Graben 17, 1010 Wien,
Tel. (01) 534 52-1512, Fax DW 165
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at**

LexisNexis
ARD Qrac

**Ihr Verlag für Steuern,
Recht und Wirtschaft.**



INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO (Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift) ist eine Publikation des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich.

Das WISO sieht seine Aufgabe vor allem in der Veröffentlichung neuer, aus Arbeitnehmersicht wichtiger sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse. Durch die Bereitstellung fundierter (Hintergrund-)Information soll bei relevanten gesellschaftspolitischen Themen damit auch der Arbeitnehmerstandpunkt in die Diskussion eingebracht werden.

Themen, die u. a. bisher im WISO behandelt wurden: Lohnpolitik, Soziale Sicherheit, Gesundheit am Arbeitsplatz, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Verstaatlichte Unternehmen, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Wohnbau, Europäische Union, Mitbestimmung, ...

Das WISO richtet sich insbesondere an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Parteien, Kammern und anderen Institutionen sowie an alle an Arbeitnehmerfragen Interessierte.

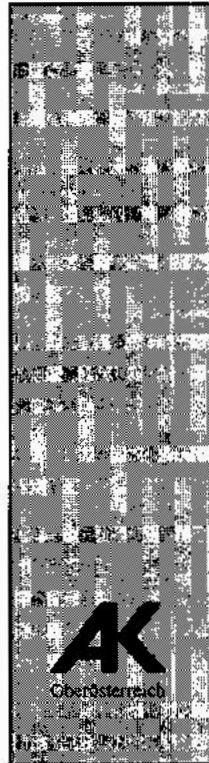
Erscheinungsweise: vierteljährlich, 4 Textbände

Preise: Jahresabonnement EURO 18,10 (ATS 250,-)

Studierende mit Inskriptionsnachweis EURO 10,90 (ATS 150,-)

Einzelausgabe EURO 5,80 (ATS 80,-)

Bei Bestellungen aus dem Ausland werden sowohl für das Abonnement als auch für Einzel Exemplare zusätzlich EURO 3,60 (ATS 50,-) für Versandkosten und Überweisungsgebühren verrechnet.



BESTELLSCHHEIN

Ich bestelle zum jährlichen Abonnementpreis von EURO 18,10 / ATS 250,- (bzw. EURO 10,90 / ATS 150,- für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis) ____ Exemplar(e) der Zeitschrift "WISO" - WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES ISW.

Name/Institution _____

Straße _____

Plz/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10
A-4020 Linz
Tel.: ++43/732/669273-3321
Fax: ++43/732/669273-2889
e-mail: wiso@ak-ooe.at

Dr. Andreas Tinholzer

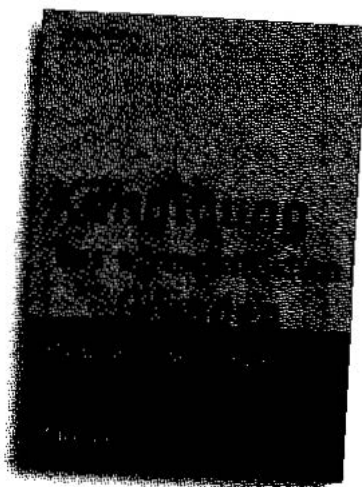
Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen

Orac Rechtspraxis

In einem marktwirtschaftlichen System steht es grundsätzlich im Ermessen des Unternehmers, mit welchen und mit wie vielen Arbeitskräften er sein Unternehmen betreiben will. Die Kündigung von Arbeitnehmern hat jedoch der Gesetzgeber aus sozialpolitischen Gründen Beschränkungen unterworfen. Dabei ist zwischen dem allgemeinen Kündigungsschutz und dem besonderen Kündigungsschutz für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern zu unterscheiden.

Dieses Buch bietet Arbeitgebern und Personalverantwortlichen eine eingehende Darstellung der inhaltlichen und formalen Voraussetzungen für eine rechtmäßige Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen. Arbeitnehmer und ihre Vertreter hingegen finden hier Argumente für eine erfolgreiche gerichtliche Geltendmachung des allgemeinen oder besonderen Kündigungsschutzes.

Die Darstellung erfolgt in einer leicht verständlichen Sprache und enthält zahlreiche Hinweise auf die einschlägige Judikatur sowie Fallbeispiele, Praxistipps, Checklisten und Zusammenfassungen.



Wien 2001, 120 Seiten,
Preis S 330,25 / € 24,-
Best.-Nr. 87.24.01
ISBN 3-7007-2052-1

Infos und Bestellungen: Graben 17, 1010 Wien (Verlagsadresse)

Tel.: (01) 534 52-0, Fax: (01) 534 52-141, bestellung@lexisnexus.at, www.lexisnexus.at

LexisNEXIS
ARD ORO

Ihr Verlag für Steuern, Recht und Wirtschaft.

NEUERSCHEINUNGEN

USA — Modellfall der New Economy ?

Herausgegeben von Arne Heise

266 Seiten, 24,80 EUR, 43,50 SFr, ISBN 3-89518-353-9

Beiträge von Eileen Appelbaum/Christian Weller, Georg Erber/Harald Hagemann/
Markus Schreyer/Stephan Seiter, Heiner Flassbeck, Trevor Evans/Michael Heine/
Hansjörg Herr, Arne Heise, Elke Muchlinski, Jan Prieue, Stephan Schulmeister

Die Beiträge dieses Bandes befassen sich mit den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, den mikroökonomischen Voraussetzungen, aber auch den Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA, die als "New Economy" mystifiziert werden. Was steckt tatsächlich hinter der veränderten Wachstumsentwicklung in der Triade?

Frauen in der Ökonomie

Die Anfänge in Großbritannien

Herausgegeben von Anka Gronert

254 Seiten, 24,80 EUR, 43,50 SFr, ISBN 3-89518-347-4

Der Beitrag der Frauen zur Entwicklung der Nationalökonomie ist ein bislang noch weitgehend unbekanntes Thema. Wie in der Profession selber liegen die Anfänge hierzu in England. Dieser Band zeigt anhand ausführlicher biographischer Portraits von Jane Marcet, Harriet Martineau, Harriet Taylor Mill, Mary Paley Marshall, Beatrice Potter Webb und Clara Elizabeth Collet auf, wie dieser Beitrag zustande kam und worin er bestand. Es entsteht das Bild sehr engagierter Autorinnen, Forscherinnen und Dozentinnen im Rahmen der sozioökonomischen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts